



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



3 2044 102 828 720

76
10.5

Bd. May 1935

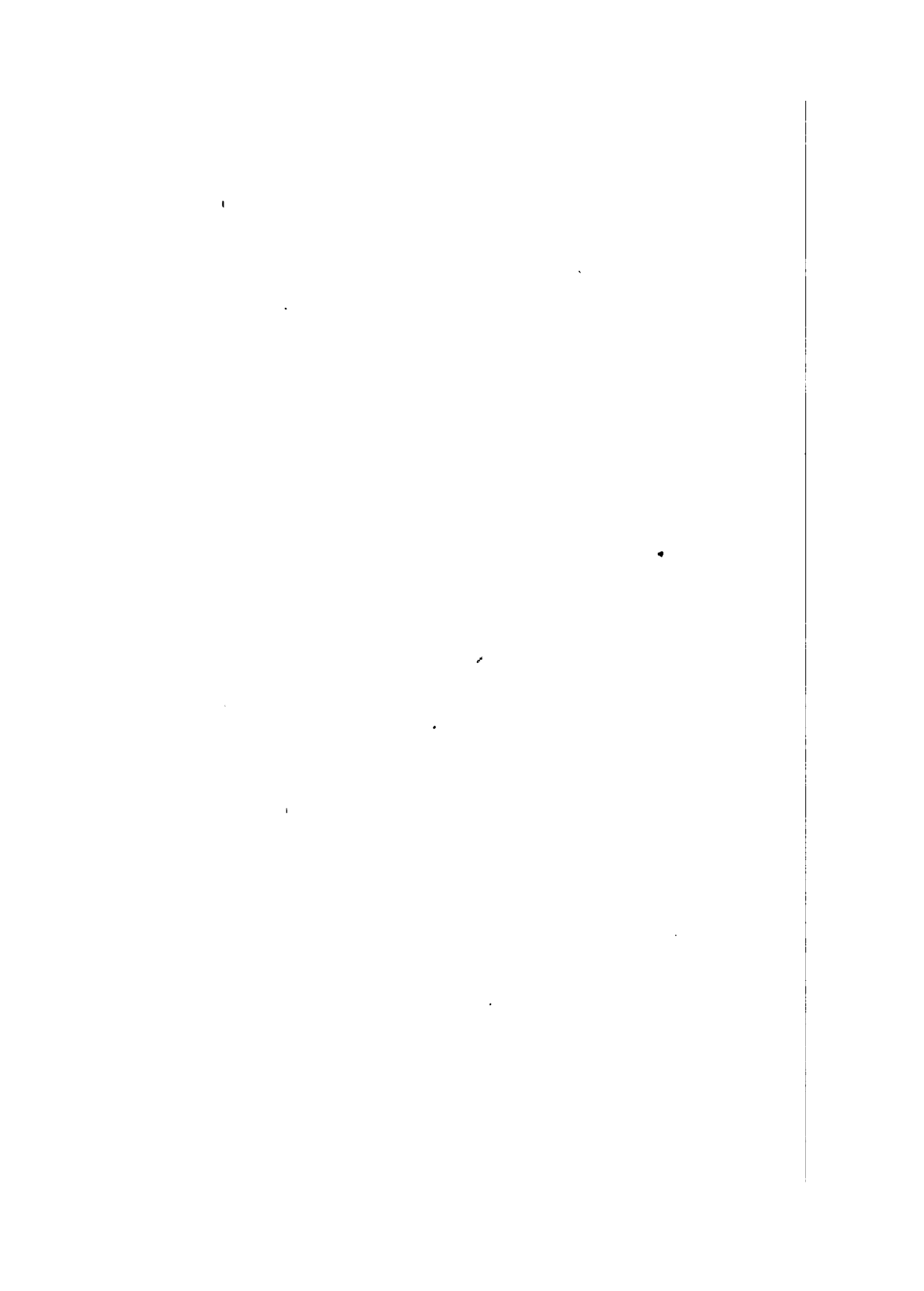


HARVARD LAW LIBRARY

FROM THE LIBRARY
OF THE
FÜRST ZU STOLBERG
AT
WERNIGERODE

Received April 21, 1932





Dritte Auflage.

$\frac{76}{10.5}$



Baron St.....r.

Der

49

Berliner Hof

und

seine Politik.



Berlin 1888.

Hugo Steinitz, Verlag.

STOLBERG SEAL

Graf. v. v. Inb. Friedrich.

$\frac{76}{10.5}$



Baron St., r.



z

Der Berliner Hof

und

49

seine Politik.

Dritte Auflage.



Berlin 1888.

Hugo Steinitz, Verlag.

APRIL 21, 1932

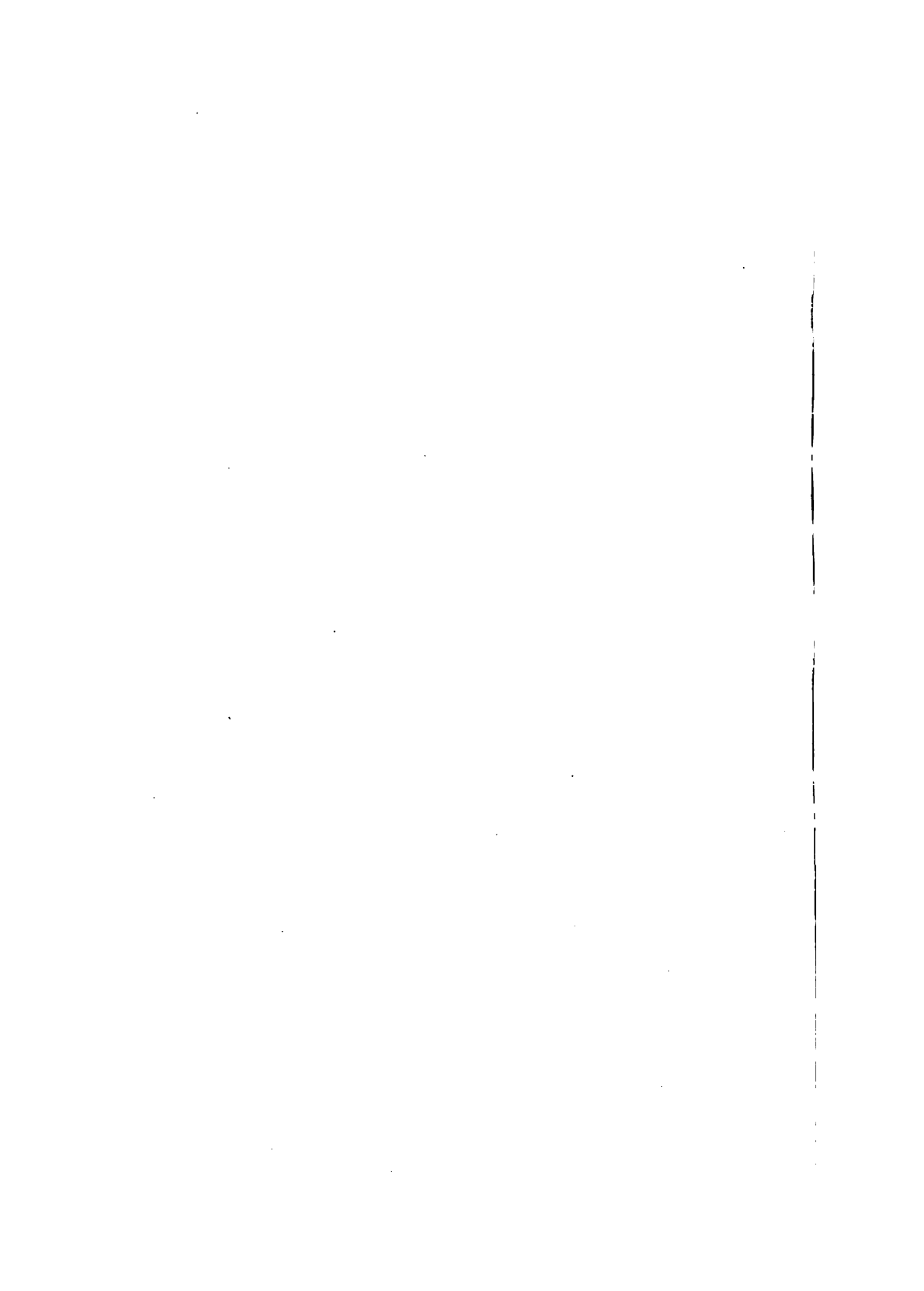
J. B. Hunt, No. 4, Jacksonville, Fl.

Inhalts-Verzeichniß.



	Seite.
Kaiser Friedrich	1
Hohe Damen	67
Der Thronerbe	133
Fürst Bismarck	173
Die Kreuzzeitungspartei	207
Die Militärpartei	249
Der Ultramontanismus	279
Graf Herbert Bismarck	301
Ein verhaßter Minister	321

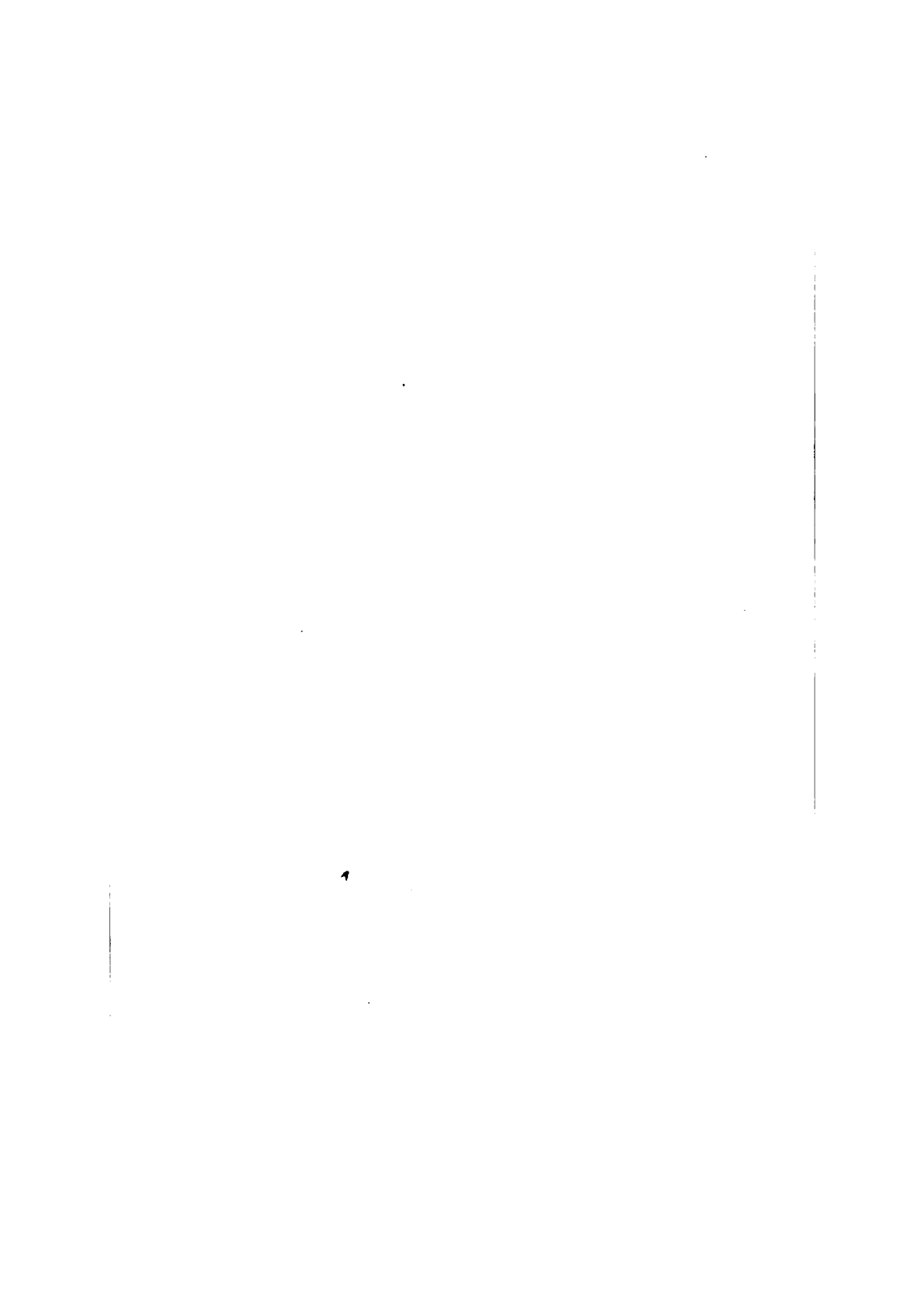




Kaiser Friedrich.



Der Berliner Hof und seine Politik.





Am 19. September 1862 früh 8 Uhr entstiegen auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin einem Coupé erster Klasse zwei ziemlich gleich hoch gewachsene Männer, der eine in Civil, der andere ein Militär. Nur der Letztere erregte einige Aufmerksamkeit beim Publikum. Man flüsterte sich zu: „Der Kriegsminister.“ Der andere Herr interessirte Niemanden. Es war Herr v. Bismarck.

Sie hatten von Frankfurt a. M. an die nächtliche Eisenbahnfahrt zusammen gemacht. Herr v. Bismarck kam dahin aus den Pyrenäen, von wo eine Depesche aus dem königlichen Cabinet ihn nach Berlin rief. Herr v. Roon war ihm entgegengefahren. Wenn die Coupé-Wände in jener Nacht Ohren zu hören und einen Mund zum Wiedererzählen gehabt hätten! Herr v. Bismarck war schon für den Tag seiner Ankunft in Berlin Nachmittag 2 Uhr zur Audienz beim Könige befohlen. Daher die Eile, mit der der Kriegsminister, der bereits das Ministerium Muerzwald überbauert hatte, und der jetzt entschlossen war, auch aus

dem Ministerium Hohenlohe-Ingelfingen wieder in das Ministerium Bismarck einzutreten, seinem jüngeren Freunde und Gefinnungsgenossen bis Frankfurt entgegenfuhr, um ihn auf Alles gründlich vorzubereiten. Es gab Vieles zu erzählen. Im Vorbergrunde der Unterhaltung stand die Versicherung des Herrn v. Roon: daß der König keine Bedingungen mehr an den Eintritt des Herrn v. Bismarck in das Ministerium knüpfe. Dem König hatte bis dahin die antiösterreichische Politik des ehemaligen Frankfurter, dann Petersburger und zuletzt Pariser Gesandten dermaßen widerstrebt, daß er auch dann, als Herr v. Schleinitz im September 1861 das Ministerium Auerwald-Schwerin in Stich ließ, noch nicht an Herrn v. Bismarck als Nachfolger dachte, und daß er, als dieses Ministerium im März 1862 demissionirte, immer noch zögerte, bis es im September desselben Jahres nach dem Rücktritt des Ministeriums Hohenlohe-Ingelfingen keine Wahl mehr gab. Entweder Herr v. Bismarck oder keine Armee-Reorganisation: Herr v. Roon selber war es gewesen, der den König vor diese Alternative stellte.

Man weiß, wie wenig Herr v. Bismarck nach der Ehre eines Minister-Portefeuilles geizte, wenigstens bezeugen es die Briefe an seine Gemahlin aus jener Zeit. Das eine Mal schreibt er: „Ich komme mir in Gedanken daran (an den Ministerposten) vor, wie ein kranker Kunststreiter“; das andere Mal: „Ich trinke mir einen Rausch an, wenn ich erst meine Beglaubigung nach Paris (als Gesandter) in der Tasche habe;“ das andere Mal: „Du kannst nicht mehr Abneigung gegen die Wilhelmstraße haben, als ich.“ Er hoffte, indem er nach Paris ging, den nach ihm haschenden

Kreisen aus dem Sinn zu kommen. Es half nichts. Der Pariser Aufenthalt dauerte nur wenig über drei Monate. Und so finden wir ihn denn „eingefangen“ (sein eigener Ausdruck) auf der Rückreise nach Berlin im Monat September. Sein Reisegefährte sprach von der Opposition im Parlament, die über den kommenden Mann, der ihren Widerstand brechen sollte, verächtlich spottete, auch von der reaktionären Opposition, die den Herrn v. Bismarck nur als einen Sturmbock gegen die Liberalen ansah, dessen man sich recht bald wieder zu entledigen hoffte, weil er sonst „die reorganisirte Armee zu einem Kriege mit Oesterreich mißbrauchen würde.“

Herr v. Roon und Herr v. Bismarck bestiegen am Anhalter Bahnhof denselben Wagen, der zuerst den Kriegsminister nach der Leipziger Straße, den Anderen sodann nach dem Hotel Petersburg brachte. Das Ministerhotel in der Wilhelmstraße war noch nicht disponibel. Dort hauste noch Graf Bernstorff.

Wir sagten oben, auf dem Anhalter Bahnhofe hätte Niemanden der Reisegefährte des Herrn v. Roon interessirt. Es gab eine Ausnahme. Georg v. Vincke war mit demselben Zug gekommen, ohne zu ahnen, mit wem er fuhr. Er war am Bahnhofe nicht wenig überrascht, Herrn v. Bismarck mit dem Kriegsminister aus demselben Coupé aussteigen zu sehen. Zu einer gegenseitigen Begrüßung kam es nicht. Durch Georg von Vincke gelangte aber die Kunde von der Ankunft der Beiden nach dem Dönhofsplatz. Hier erkannte man sofort die Situation. Der Kriegsminister hatte den neuen Ministerpräsidenten geholt, um ihn schon unterwegs gehörig zu instruiren. Georg v. Vincke war an diesem Tage an launigen Einfällen und Glossen reicher als je. „Sie

wollen sich gewiß noch einmal an der einsamen Pappel schlagen," bemerkte ihm ein Kollege — Herr v. Vincke hatte sich mit Herrn v. Bismarck einige Zeit zuvor vor dem Schönhauser Thore geschossen. Den Anlaß gab eine spöttische Aeußerung des Ersteren über den Letzteren. „In der Rivalität mit Oesterreich haben wir es schon bis zur paritätischen Cigarre gebracht," hatte Herr v. Vincke mit Bezug auf einen bekannten Vorgang aus der Frankfurter Zeit im Abgeordneten-hause bemerkt. Jetzt, wo Herr v. Bismarck als designirter Ministerpräsident nach Berlin gekommen war, ergoß sich der Spott des Freiherrn in ähnlicher Weise. Er sprach von der „Feuer- und Eisenpolitik" die jetzt an's Ruder käme. So lautete ursprünglich das Programm des Herrn v. Bismarck, noch ehe er Minister wurde. „Blut und Eisen" ist erst später daraus geworden, und zwar durch einen Lapsus linguae Bismarcks. Herr v. Vincke sprach auch von dem „Napoleonsvergötterer", von dem „Renommisten", er bedauerte die Kollegen „des für sie zu genialen Ministers" und persiflirte die Kreuz- und Querzüge, die es jetzt in der auswärtigen Politik geben würde.

Herr v. Bismarck war um fünf Uhr des Tages seiner Ankunft in Berlin wieder bei Herrn v. Roon. Er berichtete von seiner Audienz beim Könige. Er erzählte, er habe denselben sehr aufgeregt und gleichzeitig deprimirt gefunden, sogar voll Besorgniß vor revolutionären Ereignissen mit tragischem Ausgange. Er habe darauf geäußert, er würde es für ein ruhmvolles Ende halten, wenn er seinen Kopf für S. Majestät auf den Block legen müsse, aber es sei nach seiner Auffassung kein Grund zu solchen Befürchtungen vorhanden, es denke Niemand an Revolution und wenn der

König Befürchtungen wegen des Abgeordnetenhauses hege, so würde er (Bismarck) ihm zeigen, wie man mit solchen Leuten umgehen müsse.

Am nächsten Tage, also am 20. September, war Herr v. Bismarck beim Kronprinzen in Potsdam. Es ist unentschieden, ob schon bei dieser Gelegenheit oder erst bei einem späteren Besuch Herr v. Bismarck die Worte geäußert hat: „Ich habe dem Kronprinzen, der durch Erziehung und Tendenzen mehr der Mann der parlamentarischen Regierung ist, gesagt: „Was liegt daran, wenn man mich aufhängt, wenn nur der Strick Ihren Thron fest an das geeinte Deutschland bindet.“

Auf das konstitutionelle System des Kronprinzen hat in jener Zeit und später Herr v. Bismarck öfter hingewiesen. Zu Anfang August des Jahres 1866 erschien Herr v. Kleist-Rekow an der Spitze einer Deputation von Parteigenossen bei Herrn v. Bismarck in Prag, um denselben zu bewegen, die äußeren Erfolge zu einem Siege des „conservativen Prinzips“ auch im Innern zu verwerthen, d. h. mit Berufung darauf, daß die preußische Verfassung für die erweiterten Aufgaben des vergrößerten Staates nicht zugeschnitten sei, dieselbe zu beseitigen und eine neue zu oetroniren. Herr v. Bismarck erkannte unschwer, daß ein reactionäres Regiment in Preußen der verhängnißvollste Fehler sein würde, zu welchem ein Staatsmann dem Könige in jenem Augenblicke rathen konnte. Er erwiderte der Deputation: „Haben Sie die Einwilligung des Kronprinzen?“ Die Deputation verstand die Antwort und ließ die Angelegenheit fallen.

Der Kronprinz war es, der nach Königgrätz, woran er selber einen so hervorragenden Antheil hatte, auf In-

demnität drang, d. h. auf die formelle Anerkennung, daß die Regierung verfassungswidrige Ausgaben geleistet habe. Der König widerstrebte anfangs. Herr v. Bismarck schlug die Bedenken nicht durch die konstitutionellen Gründe des Kronprinzen nieder, sie standen nicht bei ihm in erster Linie, vielmehr ist mit den auswärtigen Beziehungen, wie sie nach dem Kriege sich zu gestalten drohten, die Idemnität in Zusammenhang zu bringen, mit welcher Herr v. Bismarck vor das preußische Abgeordnetenhaus trat. Der Kanzler hat in jener Zeit angedeutet, weshalb er auf die Idemnität, auf die volle, auch äußere Versöhnung so großen Werth legte: für ihn war es weit weniger eine innere preußische als eine äußere, zunächst deutsche Frage. „Wir wünschen den Frieden“, sagte er, „weil das Vaterland ihn in diesem Augenblick mehr bedarf, als früher“, und fügte hinzu: „Die Aufgaben der auswärtigen Politik sind noch ungelöst, die glänzenden Erfolge der Armee haben unsern Einfluß im Spiele nur erhöht, wir haben mehr zu verlieren als zuvor, gewonnen ist das Spiel noch nicht, aber je fester wir zusammenhalten im Innern, desto sicherer sind wir, es zu gewinnen in diesem Augenblick.“ Dies wurde damals nicht ganz verstanden und konnte nicht verstanden werden, weil man nicht ahnte, daß Bismarck bereits damit beschäftigt war, um ganz Deutschland durch die Schutz- und Trugbündnisse ein Band zu schlingen, noch auch, daß er gerade damals die Gelüste Frankreichs zur Vergrößerung (auf unsere Kosten oder mit unserer Hülfe) zurückzuweisen hatte. Selbst seine Freunde konnten nicht begreifen, warum er so lebhaft auf der Idemnität bestand: in Bezug auf die Kurzsichtigkeit derselben klagte er schon von Prag aus

über die Leute, die nicht weiter sehen, als ihre Nase reicht.

Mit den innern Schwierigkeiten, wenn es sich um sie allein gehandelt hätte, wäre er leicht fertig geworden. Die Wahlen, welche beim Beginn des Krieges, aber vor dem glücklichen Verlauf desselben, stattgefunden, hatten fast 150 statt 25 Konservative in das Abgeordnetenhaus geführt und von der früheren Fortschrittspartei sagte sich bald noch über die Hälfte der Mitglieder los: von den nahezu 300 Stimmen, welche früher zu der großen Opposition gehörten, waren ihrer kaum 70 treu geblieben. Wenn die Regierung nach Königgrätz oder nach der Gewinnung der Stellung, die Preußen damals einnahm, das Land noch einmal hätte befragen wollen, so würden die Reihen der Opposition noch bei weitem mehr gelichtet worden sein und es wäre, selbst in Berlin, schwerlich ein Abgeordneter gewählt worden, der nicht die Indemnität (d. h. im Sinne der Regierung, die nachträgliche Genehmigung der ohne Budget geleisteten Ausgaben) hätten erteilen wollen.

Diese innern Angelegenheiten aber beschäftigten, wie gesagt, den Grafen Bismarck nicht in erster Linie, er hatte vielmehr Deutschland und Europa im Auge, er wollte vor allem dafür sorgen, daß bei dem damals drohenden nahen Kriege mit Frankreich ganz Deutschland zusammenstehe. An demselben 5. August, an welchem die Thronrede die Nachsicherung der Indemnität zuerst ankündigte, trat in der That der französische Botschafter mit jenen Forderungen des napoleonischen Frankreich hervor, auf welche er die kurz abweisende Antwort des Grafen Bismarck erhielt und wenige Tage darauf nach Paris überbrachte.

Es folgte der plötzliche Wechsel des auswärtigen Ministers und der augenblicklichen Politik in Frankreich.

Das war der Zusammenhang, in welchem die Regierung damals den innern Frieden brauchte, und um ihn zu besiegeln, Indemnität beantragte. Diese hatte daher nicht den Sinn einer Abbitte für begangenes Unrecht und konnte ihn nicht haben, sie erhielt vielmehr ihre eigentliche und volle Bedeutung nur durch die Gesamtheit der damaligen Ereignisse, jener Ereignisse, welche einem der eifrigsten Gegner Preußens und des Grafen Bismarck in Süddeutschland das Geständniß abpreßten: er habe nicht gewußt, daß unser Staatsmann ein so deutsches Herz habe.

Der Regierungsantritt des Prinzregenten hatte in drei großen Fragen viel verheißende Ansätze gemacht. Im Innern wurde die neue Aera eröffnet, die deutsche Politik schien sich durch den engeren Anschluß der deutschen Fürsten an den Prinzregenten umgestalten zu wollen. Im Verhältniß zu dem Ausland trat die Verbindung mit England in den Vordergrund. Ueber alle diese Keime ging ein schneller Sturm; die neue Aera endete im Konflikt, die deutsche Politik trieb in die Bahnen, welche zum Jahre 1866 leiteten, an die Stelle der englischen Beziehungen trat, getragen von einer Persönlichkeit, die eben aus dem Schatten heraus zu treten begann, die Annäherung an Rußland und Frankreich. Nach jenen verlassenen, anscheinend folgenlosen Bestrebungen hat sich nur selten der Blick zurückgewendet, da er sehr bald von einer großartigeren und konsequenteren Politik gefesselt wurde, einer Politik, die Preußen und Deutschland erst auf die Höhe ihrer gegenwärtigen Machtstellung führte. Während der Prinzregent und spätere König in der praktischen und

verantwortlichen Politik nach innen und außen den Einfluß seines jüngeren Freundes, des Prinz-Gemahls von England, allmählich überwand, blieb der Kronprinz im Bannkreise seines Schwiegervaters, der mündlich und durch eine vieljährige Korrespondenz mit demselben von der Verlobung an im engen Verkehr blieb. Der kronprinzliche Hof bildete noch lange das englische Element in Berlin, nachdem der Streit der russischen und englischen Partei, welcher besonders die erste Hälfte der fünfziger Jahre beherrschte, bereits verstummt war.

* * *

Man weiß, daß Kaiser Wilhelm als Prinz von Preußen, der Olmüz ein zweites Jena nannte und sich genöthigt fand, vor dem Ministerium Manteuffel sich von Berlin zurückzuziehen, und in Koblenz wie in einer Art Exil zuzubringen, eine besondere Anregung für seine politischen Auffassungen durch seine häufigen Besuche von England und insbesondere durch den lebhaften schriftlichen und mündlichen Verkehr mit dem Prinz-Gemahl Albert erhielt. Der Prinz von Preußen ward von dem jüngeren Freunde früh angezogen, wie auch er alsbald mit besonderer Sympathie am Hofe von St. James betrachtet wurde. Gleich das erste Mal, als er Ende August und Anfang September 1844 in Windsor erschien, schrieb die Königin Viktoria — und gewiß auch aus der Seele ihres Gemahls heraus —: „Er gefällt mir sehr gut, er ist äußerst lebenswürdig, angenehm und verständig, heiter und bequem im Verkehre.“ — „Er ist sehr unterhaltend, verständig und offen. Ueber die öffentlichen Fragen sprach er höchst offen, milde und verständig und würde, glaube ich, ein zuverlässigerer und stetigerer König sein, als der gegenwärtige.“

Bunsen (der preußische Gesandte in England) schrieb gleichzeitig von dem Prinzen, er habe England lieb gewonnen, bewundere seine Größe und begreife, daß sie die Folge seiner politischen und religiösen Institutionen sei. Die Ueberzeugung, daß Preußen in die Bahn der konstitutionellen Staatsform einlenken müsse, brachte der Prinz insbesondere als die unverrückte Richtschnur seines ferneren Handelns von England nach Preußen zurück, als er im März 1848 als Flüchtling in England gelebt hatte. Prinz Albert schrieb damals: „Den Prinzen von Preußen dürfen wir nicht umkommen lassen. Er wird angefeindet, weil er gefürchtet wird; doch ist er nobel und ehrlich und ganz der neuen Bewegung für Deutschland ergeben. Er nimmt die Sache mit militärischer Ehre und vertheidigt den Posten, der ihm anvertraut ist.“

Es hat später keine Frage der europäischen Politik gegeben, die nicht von den beiden fürstlichen Korrespondenten eingehend besprochen worden wäre. Die Stellungnahme Preußens und Englands wurde jedesmal kritisch beleuchtet. „Es war — schreibt der Herausgeber der Korrespondenz der beiden Prinzen — nur natürlich, daß der Prinz Wilhelm in jenen Zeiten des Uebergangs, die auch ihm nicht leicht wurden, dem Urtheile des weit jüngeren Freundes, der aber schon eine mehrjährige Schule großer Erfahrungen auf dem Boden des englischen Staatslebens durchgemacht hatte, eine Art Autorität beimah.“ Derselbe Herausgeber nimmt, „den Ton der Ueberlegenheit“ auf Seiten des Prinzen Albert in Schutz, indem er bemerkt: „Es ist zu beachten, daß dieser Ton eben nur in Verbindung mit dem Einfluß Englands, mit dem imponirenden Eindruck von dessen Institutionen und Weltstellung zu denken ist.“

Vor der Regentschaft des Prinzen Wilhelm lieferte namentlich der Krimkrieg dem Briefwechsel mit dem Prinzen Albert reichlichen Stoff. Ein Schreiben des letzteren vom 9. Mai 1854 an seinen Intimus Baron von Stockmar ist voller Betrübniß über die Politik des Königs Friedrich Wilhelm IV. und klagt über die „schändliche“ Behandlung des Prinzen Wilhelm. „Wenn zu solcher Schwäche und Vielwetterwendigkeit, wie sie der preußische Hof nun schon seit 1845 und 1846 zeigt, noch ein bedeutendes Begehrungsvermögen kommt, so wird seine Politik zugleich von Europa verachtet und gehaßt. Sie war: Anfeindung Louis Philipps, zweideutige Behandlung Belgiens, Karlistismus in Spanien, Unterstützung König Ottos, Hostilität gegen die Schweiz, Zustimmung zur Vernichtung Krafkaus, Hingebung an Metternichs Polizeimaßregeln, dann 1848 und 1849 Holstein, Malmö, Erfurt, Warschau, und seitdem Neuchatel; reine Reaktion.“

An den Prinzen von Preußen schrieb der Prinz-Gemahl unter dem 23. Oktober 1854: „Ich überschiere Dir (im engsten Vertrauen) die Abschrift eines Briefes, den ich nun schon vor zwei Monaten dem Könige schrieb. Alles, was ich in demselben als Befürchtungen aussprach, ist seitdem theils wahr geworden, theils im Begriffe wahr zu werden. Die Erbitterung hier und in Frankreich gegen Preußen ist im Zunehmen, indem man es als den alleinigen Freund Rußlands auf dem Kontinente und die alleinige Ursache davon ansieht, daß ein vereinigtes Europa dem Kriege nicht ein schnelles Ende machen kann. Es ist viel Blut und von dem edelsten Blute Englands geflossen, und es geht bei Völkern nicht anders als bei Thieren; wenn sie Blut ge-

sehen haben, sind sie nicht mehr dieselben und nicht zu bändigen. Sinope hat uns aus dem Stadium der diplomatischen Negotiationen mit einem Schlage in das der militärischen Demonstrationen und so in den Krieg geführt. Die Alma und Sebastopol machen die orientalische Frage vergessen und schreien nach Vernichtung Rußlands. Schon wird in Paris die Restitution Polens besprochen und findet ein Echo in England, und in Boulogne hofft die Armee, wie ich jetzt höre, sich nächstes Jahr mit den Preußen zu schlagen. Die Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges kann wahrscheinlich vermieden werden, wenn Oesterreich aufrechtig unserem Bündnisse beitrith. Dies zu verhindern scheint indessen der Hauptzweck der gegenwärtigen preußischen Politik, weil man vielleicht fühlt, daß man bald nachfolgen oder allein ganz Europa gegenüberstehen müßte. Je größer indessen die Anstrengungen sind, die von Frankreich verlangt werden, desto größer werden die Ansprüche sein, die es am Ende des Krieges zu machen sich berechtigt fühlen wird, und je isolirter wir mit Frankreich als einzigem Allirten dastehen werden, desto mehr werden wir genöthigt sein, solchen Ansprüchen, sollten wir sie auch im Herzen gar nicht billigen können, unsere volle Unterstützung zu leihen. Wer anders hat in der Geschichte je die Beche bezahlen müssen als Deutschland? Und war das je aus einem andern Grunde, als weil es uneinig war und aus Schwäche eine zweideutige Politik verfolgte? Dies sind alles Befürchtungen, die in mir aufsteigen, und die ich mich nicht enthalten konnte, Dir, wie sie sind, mitzutheilen. Ich befürchte dabei, daß die Leidenschaftlichkeit zur Ungerechtigkeit führen wird, wie die Ausfälle unserer Presse gegen Preußen schon be-

weisen, daß solche dasselbe Gefühl und denselben Fehler in Preußen hervorrufen werden, und daß in nicht langer Zeit Nationen, welche alle Ursache und alles Interesse zur gegenseitigen wärmsten Freundschaft haben, in den Wahn gerathen werden, sie ständen sich wirklich feindlich gegenüber und müßten sich gegenseitig hassen. Denn die Spitzfindigkeit z. B. der Times, den König schimpfen zu können, ohne die Nation zu verunglimpfen, ist nicht stichhaltig.“

(Fürst Bismarck sagte 1878: „Ich weiß, welche Künste der Ueberredung, der Drohung bei Preußen angewandt wurden, um uns hineinzutreiben wie einen Heshund in einen fremden Krieg und es war nur — was dem hochseligen König nicht genug zu danken ist — der persönliche Widerstand, den der König dagegen geleistet hat, der verhindert hat, daß dieser Mißgriff damals begangen wurde, daß wir einen Krieg führten, der von dem Augenblick an, wo wir den ersten Schuß thaten, der unsrige geworden wäre und Alle hinter und neben uns hätten eine gewisse Erleichterung empfunden und uns gesagt, wenn es genug war.“)

Es war eine „kleine, aber mächtige Partei“, welche in Berlin am Ruder war und in Rußland ihren Halt suchte. Wie sie über die „englische Heirath“ dachte, als es lautbar wurde, daß Prinz Friedrich Wilhelm sich um die Prinzessin Victoria von England bewürbe, hat diese noch als Kronprinzessin erfahren. „Daß mit der Prinzessin aus dem Inselreich mit seiner eigenartigen und so stark ausgeprägten Entwicklung seit undenklicher Zeit zum ersten Male ein fremdes Element in die Herrscherfamilie eingetreten sei, konnte Niemand verkennen. Je nachdem man nun für das ebenso eigenartige, womöglich noch stärker ausgeprägte

preußische Wesen eine Beimischung englischer Denk- und Empfindungsweise wünschte oder fürchtete, waren die Reflexionen freudige oder bedenkliche.“ Am meisten widerstrebt die Königin Elisabeth dem englischen Element. Der König Friedrich Wilhelm IV gab seine Zustimmung, obwohl er in Folge der Ereignisse während des Krimkrieges nicht nur gegen das Kabinet, sondern auch gegen den Hof von St. James ernstlich verstimmt war.

* * *

Ein halbes Jahr nach der Vermählung des Kronprinzen im Laufe des Spätfommers 1858 kamen die Königin Victoria und der Prinz-Gemahl, der übrigens schon im Juni einen Ausflug nach Gotha und an den preußischen Hof gemacht hatte, nach Potsdam zum Besuch des Kronprinzlichen Paares, und wohnten einige Tage auf Babelsberg, wo die Königin die Proclamation an die Inderredigirte. Der Hof beeiferte sich, der englischen Königsfamilie die ausgesuchtesten Ehren zu erweisen. Der Geburtstag des Prinzen Albert wurde glänzend gefeiert, am Abend fand eine großartige Illumination der Höhen und Gärten um Potsdam, sowie der Brücke von Glinicke statt, welche durch ein Gemälde verewigt wurde, das in Babelsberg seinen Platz fand. Die Minister, die Generalität wurden vorgestellt, wobei Marschall Wrangel sich durch seine Ungezwungenheit der Königin bemerkbar machte. In ihrem Tagebuche bezeichnete ihn Ihre Majestät als einen „großen Charakter“. Er nannte sie: „Meine liebe Königin“ und sagte ihr: „Sie sehen aus, als ob Sie zum Tanze gingen.“ Mit großer Auszeichnung gedenken die Königin wie Prinz Albert Alexander's von Humboldt; die Königin ließ nach

der Abreise durch die Prinzessin von Preußen Humboldt um einige Stellen der Ansichten der Natur und des Kosmos in seiner Handschrift bitten und richtete einen sehr schmeichelhaften Brief an ihn, den er Barmhagen zur Durchsicht mittheilte, da, wie er schreibt, „in meinem Uralter alle Scham für Selbstlob längst verschwunden ist.“ Sehr wenig gefiel dagegen der Ministerpräsident Otto von Manteuffel, von dem es in dem Tagebuch der Königin heißt, „er war unfreundlich, mürrisch und unangenehm.“

Am 4. Mai 1858 schreibt Prinz Albert an den Prinzen, dessen Stellvertretung für den kranken König eben auf ein halbes Jahr verlängert worden war: „Die Art wie das Ministerium Manteuffel bei den letzten Wahlen seinen Einfluß mißbraucht hat, rief bei allen patriotischen und denkenden Männern von Gefühl einen so tiefen und wohlbegründeten Ekel hervor, daß Sie nicht nur gerechtfertigt, sondern durch eine heilige Pflicht gebunden sind, eine Wiederkehr so beschämender Vorgänge unter der Sanction Ihres Namens zu verbieten und zu verhindern. Daß man aus der Popularität Ihres Names Kapital schlagen wird, ist natürlich zu erwarten. Aber dies zu verhindern und dem Volke die unbeschränkte Ausübung des ihm vom Könige in der Verfassung feierlich gewährleisteten politischen Rechtes zu sichern, wird eine Pflicht sein voller Segen für Sie und für Preußen. Wie weit es für Sie, der Sie unglücklicherweise allein dastehen, möglich ist, über die Regierung Kontrolle zu üben, welche erforderlich ist, darüber kann ich mir bei der Entfernung kein Urtheil bilden. Doch wird vermuthlich eine feste Durchführung Ihres Willens genügen.“

Die Fortdauer der Stellvertretung des Königs durch den Prinzen von Preußen erwies sich als unmöglich. Die Ernennung desselben zum Regenten war zur absoluten Nothwendigkeit geworden, das erkannte man in Preußen und Deutschland, wie in dem liberal gesinnten Auslande. Der russische Hof empfand die Entlassung Manteuffels allerdings als eine Niederlage. Aber auch Napoleon war durch den Rücktritt des unter russischer Kontrolle stehenden preussischen Kabinetts sehr unangenehm berührt. Er betrieb damals eine russische Alliance und hoffte, durch den bis dahin dominirenden Einfluß Rußlands in Berlin Preußen von jeder selbständigen, die französischen Bestrebungen kreuzenden Politik fern gehalten zu sehen. Der Sturz Manteuffel's und die demselben folgende liberale und nationale Politik des Prinz-Regenten hatten ihn aus der Fassung gebracht und im Januar 1859, wo der Ausbruch des Krieges mit Oesterreich bevorstand, den er ursprünglich als den Vorläufer einer Rheincampagne betrachtet hatte, erging er sich einem Agenten des Königs der Belgier gegenüber in maßloser Redeweise betreffs der Entlassung des preussischen Reaktionsministeriums, die er als ein ihm persönlich zugefügtes Unrecht ansah und in der er den Einfluß des Herzogs Ernst von Koburg und des Prinz-Gemahls erkennen wollte, welche er beschuldigte, eine deutsche Liga gegen Frankreich zu betreiben. Prinz Albert wußte wohl, weshalb Napoleon sich gerade jetzt so entrüstet gegen Berlin zeigte, denn, wie er dem König Leopold schrieb, war dem kriegslustigen Kaiser durch den Sturz Manteuffel's gerade im kritischsten Augenblick das seinem Zwecke dienliche Werkzeug durch die Finger geschlüpft.

Der Prinz-Gemahl zeigte sich besonders erfreut durch den Umschwung der Dinge in Preußen. Er schrieb am 18. Oktober 1858 an den Prinzen von Preußen: „Mein lieber Cousin! Ich weiß, Sie haben in diesem Augenblick mehr als gewöhnlich zu thun, und sollten nicht mit Briefen belästigt werden. Aber ich kann nicht umhin, Ihnen durch ein paar Zeilen zu der vollkommenen Lösung der Regentschaftsfrage Glück zu wünschen. Die rein negative Stellung, welche Sie einnahmen, war ausreichend, um, wie ich immer erwartete, diese Lösung in Uebereinstimmung mit Ihren eignen Wünschen, dem Buchstaben des Gesetzes und dem Willen des Landes herbeizuführen. Ich bin aber ebenso verpflichtet, mit Bewunderung das beispieldwürdige Benehmen des preussischen Volkes anzuerkennen, das mit dem traurigen Zustand seines Souveräns Mitgefühl, Anhänglichkeit an sein Haus, festes Vertrauen zu Ihnen und in Folge hiervon eine große Fassung in Ertragung der oft willkürlichen Maßregeln zeigte, welche es als seine heiligsten Interessen verlegend empfand. Gebe Gott, daß Sie trotz der vielen persönlichen Schwierigkeiten, welche Sie bedrängen werden, erfolgreich sein mögen, das Ihnen gezeigte Vertrauen wahr zu machen.“ An Stockmar schreibt Prinz Albert unterm 20. Oktober über die Regentschaft: „Der Prinz hat den ersten Theil seiner Aufgabe gut überwunden, und wir können Gott danken, daß die Regentschaft im Ganzen in einer würdigen und verfassungsmäßigen Weise eingeführt worden ist. Jetzt kommt der allerkritischste Punkt — die Wahl eines Ministeriums. Gelingt es ihm, fähige Männer zu finden, oder auszuwählen, so wird sich seine Regierung durch ihre offenbar ruhige Stärke, ihre Gerechtigkeit, Unparteilich-

keit und Einfachheit für das Land im höchsten Grade wohlthätig erweisen. Ist das Gegentheil der Fall, so haben er und das Land eine besorgnißerregende Zukunft vor sich.“ Die Berufung des Ministeriums Hohenzollern entsprach den Erwartungen des Prinz-Gemahls, der darüber an den Prinz-Regenten schreibt: „Windsor Castle, 9. November 1858. Lassen Sie mich Sie aus innerstem Herzen zu der brillanten Lösung des zweiten Theiles Ihrer großen und schwierigen Aufgabe beglückwünschen. Ihr Ministerium besteht in der That aus ehrenwerthen Männern; es wird sich im Innern und nach außen Respekt verschaffen und man wird Ihnen für die ruhige und entschlossene Art Beifall zollen, in der Sie gehandelt haben, um das, was Ihnen die Gerechtigkeit und die besten Interessen Ihres Landes zu verlangen schienen, durchzuführen. Sie werden nach Außen und in Ihrer eigenen Seele Kämpfe zu bestehen gehabt haben, und ich kann wohl begreifen, daß Ihnen der Kampf schwer geworden ist. Doch werden Sie in Ihrer eignen Ueberzeugung zweifellos Freude und Kraft finden und die Zunahme an Selbstvertrauen, von der Sie mir als dem Resultat des Erfolges sprachen, den die Richtung, welche Sie in der Regentschaftsangelegenheit eingeschlagen haben, gehabt hat, wird sicherlich durch den zweiten Erfolg weiter gesteigert werden.“ An Stockmar schreibt Prinz Albert: „Welch' herrliche Wendung die politischen Dinge in Berlin genommen haben! Man kann in der That den Prinzen nicht genug preisen. Ich bin sehr erfreut darüber, daß er seinen Sohn zu den Staatsrathssitzungen zugezogen hat.“ Baron Stockmar sah bald darauf den Prinz-Regenten und berichtet darüber nach England: „Ich habe bei dieser Gelegenheit einen klaren

Einblick in seine (des Prinz-Regenten) Natur gewonnen und gefunden, daß er weit mehr Beachtung, Werthschätzung und Vertrauen verdient, als ihm die Mehrzahl der ihn umgebenden Personen erwiesen hat. Als er mir seine Ansichten über die Politik Preußens in Bezug auf einen Nachbarstaat (Oesterreich?) entwickelte, fand ich sie so vernünftig, so einfach, so aufrichtig und ehrenhaft, daß ich ihm die Hand küßte.“

Um dieselbe Zeit hatte der Prinz-Regent dem Prinzen Albert seine Pläne für die innere und auswärtige Politik Preußens mitgetheilt, welche dem Prinz-Gemahl sowohl für Deutschland als für Europa als heilbringend erschienen. Seine Antwort, Windsor Castle, 26. November 1858 lautet: „Mein lieber Cousin! Ich kann Ihren willkommenen Brief vom 18. Oktober nicht länger unbeantwortet lassen. Sie haben mir großes Vergnügen durch die Uebersendung Ihrer Ansprache an das Ministerium bereitet: denn sie ist so hochsinnig, männlich, gerecht und liberal, daß Sie meinem Herzen wohl gethan hat. Die Stellung, welche Sie in der innern und auswärtigen, in der weltlichen und kirchlichen, in der preußischen und deutschen Politik genommen haben, erscheint mir durchaus richtig, und giebt mir die Versicherung einer glücklichen Zukunft für Preußen und für Sie. Auch denke ich nicht, daß Sie zu fürchten brauchen, gegen Ihre bessere Ueberzeugung in eine andere Richtung gedrängt zu werden. Der Ausfall der Wahlen zeigt ziemlich deutlich, daß die Partei des gesetzmäßigen Fortschrittes und der naturgemäßen Entwicklung mit den Demokraten nichts gemein hat und daß dieser Partei die Masse des Volkes vertraut und mit den anderen nichts

zu thun haben mag. Was mich besonders erfreut, ist die Aussicht, unter den fünf Mächten in Zukunft eine kontinentale Macht zu sehen, welche ihren Standpunkt einzig und allein innerhalb der Grenzen der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit nimmt und so ein korrekatives Element von höchster Bedeutung in der kontinentalen Politik der Intriguen sein wird.“

Der Prinzregent gab dem Prinzen von Wales, der auf einige Wochen bei seiner Schwester zum Besuch gewesen war, einen Brief an dessen Vater mit, in welchem er für die beiden eben angeführten Briefe dankt, die Schwierigkeiten seiner Stellung auseinander setzt und den Prinz-Gemahl um eine freie Äußerung über die Lage ersucht. Dieser antwortete unterm 22. Dezember 1858: „Ich bin hoch erfreut, daß Sie mir in Ihrem Briefe Gelegenheit gegeben haben, auf die neue Phase Ihrer politischen Stellung einen Blick zu werfen. Sicherlich wird die kommende Session keine leichte sein, nachdem den freien Stimmen des Volkes nach langer Periode des Druckes plötzlich Luft gegeben ist. Indessen kann ich, die Sache im Ganzen betrachtet, den Druck und die plötzliche Aufhebung desselben berücksichtigend, nur die Macht der Selbstbeherrschung, welche die Nation bis jetzt gezeigt hat, bewundern. Sollten einige extravagante Forderungen oder selbst Absurditäten hervortreten, so werden dieselben Sie weder unwillig machen, noch beunruhigen, noch als Abwehr zu einer feindseligen Haltung verleiten. Auf jeden Fall ist es eine freie Versammlung einiger Hundert Männer, die, soweit möglich ist, diejenigen Interessen und Stimmungen der verschiedensten Art repräsentiren, welche die Triebfedern des Königreiches als ein Ganzes darstellen. Auf dieser Ver-

schiedenheit der Interessen und Gefinnungen und ihrer gegenseitigen Wirkungen auf einander beruht das Leben und das Wohlbefinden der Gemeinde und des Staates und hieraus entspringt, wie in der organischen Welt, die Lebenskraft und die Fähigkeit des Gedeihens. Die Stellung des Regenten ist die eines Moderators und dem Gemeinwohl wird durch Ihre Bereitschaft, dasselbe überall mit Festigkeit zu gebrauchen, ein großer Dienst geleistet. Es wird an denen nicht fehlen, die, wenn das politische Treiben zu lebhaft werden sollte, ein malitioses Vergnügen darin finden werden, auf diesen Umstand hinzuweisen als auf einen Beweis dafür, daß die früher und oft ungeseglich angewandten Repressionsmaßregeln trotz alledem nicht so schlecht waren, und daß Sie jetzt die Früchte Ihres Vertrauens ernteten. Dies würde jedoch gerade so weise sein, als wenn man sich vor Lachen ausschütten wollte, weil ein Pferd widerspenstig ist und seine Widerspenstigkeit dem Reiter unbequem wird und wenn man diesem empfehlen würde, statt sein Roß nach Ritterart zu reiten, auf einem hölzernen Schaukelpferde zu bleiben. Leute dieses Schlages zurechtzusetzen, dazu bedürfen Sie weder der Rechtfertigung, noch der Entschuldigung; denn Sie haben nur Ihre Pflicht erfüllt als ein Unterthan, ein Prinz und ein Mann von Ehre. Die Verfassung, welcher Sie Treue geschworen haben, ist nicht von Ihnen verliehen worden, aber sie stammt direkt von denen, welche es Ihnen vielleicht zum Vorwurf machen werden, daß Sie dieselbe durchgeführt haben. Auch ist sie nicht übereilt bewilligt worden, sondern sie ist ein Rückschritt, bedingt durch den Widerstoß, der dem Gewaltsausbruch von 1848 folgte, welcher Ausbruch wiederum direkt durch den König hervorgerufen wurde, da er von seinen

früheren Verheißungen und Zusicherungen zurücktrat, und wenn wir das gesunde Prinzip, nein die Pflicht, welche Ihre Richtschnur ist, auf die Quelle zurückführen wollten, so haben wir uns nur der heiligen Versprechungen zu erinnern, welche die preußische Krone ihrem Volke machte, als sie dasselbe aufrief, für die Freiheit gegen den französischen Unterdrücker zu kämpfen, und dem sie neue Bethuerungen machte, als der Friede gesichert war. Niemand, der die Vergangenheit mit klarem Blick zu betrachten fähig ist, wird in Ihnen einen Jakobiner sehen, oder wünschen, daß Ihr moderirender Einfluß, wie auch immer ins Spiel gebracht, durch die Art, wie er ausgeübt wird, Ihren Feinden jemals Gelegenheit geben möge, das Vertrauen der Nation zu Ihnen erschüttern und sie eine neue Reaktion befürchten zu lassen. Denn, wenn die Ausübung einer Pflicht Millionen Menschen einen Impuls geben wird, so ist die Aufgabe, diesen Impuls immer gut unter Kontrolle zu behalten, eine außerordentlich schwere, und eine solche, zu deren Durchführung dieses Vertrauen vor allen Dingen nöthig ist. Verzeihen Sie diese lange Dissertation. Die Bedeutung des Gegenstandes und meine Hochachtung für Sie und nicht meine Neigung zu plaudern, sind dafür zu tadeln. In treuer Freundschaft. Albert.“

Der Prinz-Gemahl von England zeigte sich dagegen durch die preußische Politik von 1861 nicht befriedigt. Dieser Stimmung gab er in Briefen an einen Freund in Berlin wiederholt unzweideutigen Ausdruck: „Preußen, — schreibt er — macht den Anspruch, an der Spitze Deutschlands zu stehen, aber es ist nicht deutsch in seinem Verhalten. Der Zollverein war die einzige deutsche That, auf die es hinweisen kann. Es führt Deutschland nicht auf dem Pfade der Frei-

heit und der konstitutionellen Entwicklung, was Deutschland (Preußen eingeschlossen) erfordert und wünscht . . .“ „Ich wiederhole, daß eine weite, liberale, edelmüthige Politik die Vorbedingung für ein Bündniß mit England, für die Hegemonie in Deutschland, für den militärischen Ruf Preußens ist. — So lange Preußen eine derartige Politik nicht aufnimmt, kann es kaum etwas Anderes als Kerger und Demüthigung erfahren.“ Von einer preußisch = englischen Allianz, auf welche der Prinz hier anspielt, wollte man damals weder in Preußen, noch in England etwas wissen; denn das Nationalgefühl der Engländer wie der Deutschen war durch den Verlauf, den die Affaire Macdonald in Bonn genommen, mächtig erregt. Die „Times“ schürte den Haß gegen die Deutschen, Lord Palmerston sprach im Parlament in ziemlich verächtlichem Tone von Preußen, das alle Ursache hätte, sich zu hüten, England herauszufordern, das Verhalten Preußens sei in dieser Angelegenheit „ein Fehler und ein Verbrechen“ zugleich gewesen. Kapitain Macdonald, um die Sache, welche solche Dimensionen angenommen, hier kurz zu erwähnen, hatte am 12. September 1860 sich auf der Eisenbahn in Bonn ungebührlich benommen, einer Dame den Einlaß in ein Coupé verweigert und den intervenirenden Beamten thätlich insultiert, war dafür ohne viel Umstände festgenommen und vor Gericht gestellt worden. Der Staats-Prokurator bezeichnete in der Begründung der Anklage das Verhalten der englischen Reisenden im Allgemeinen als anmaßlich, unverschämmt und lümmelhaft. Macdonald ward zu 20 Thaler Strafe und in die Kosten verurtheilt. Darüber war man in England im höchsten Grade entrüstet und es fehlte nicht viel, daß sich dieser Handel zu einem casus belli,

komplizierte. Lord Robert Cecil später Marquis of Salisbury und Staatssecretär des Aeußern, hatte die Sache im Parlament zur Sprache gebracht und Palmerston darauf, wie erwähnt, in einer Preußen provozierenden Art geantwortet. Im preußischen Abgeordnetenhause nahm Herr v. Vincke die Angelegenheit auf (6. Mai), indem er Lord Palmerstons Aeußerung, daß Preußen Englands bedürfe, gebührend zurückwies: für England sei die Nothwendigkeit größer, sich mit Preußen zu alliiren, da die anderen Mächte es isolirt hätten. Freiherr von Schleinig hatte in einer Depesche an den Grafen Bernstorff gegen die Auslassungen des englischen Ministers sehr entschieden Verwahrung eingelegt, und erklärte auf die Interpellation Vindes: „Die Aeußerungen Lord Palmerstons haben einen peinlichen Eindruck auf uns gemacht; sie sind in hohem Grade bedauerlich. Lord Palmerston scheint das hohe und gerechte Selbstbewußtsein, mit welchem er die Geschicke einer großen Nation leitet, bei einer benachbarten, völlig ebenbürtigen Nation nicht anerkennen zu wollen. Bei allem Werth, der auf ein gutes Einvernehmen mit England zu legen ist, freuen wir uns doch, daß Preußen es nicht nöthig hat, für die Freundschaft irgend einer Macht das Opfer seiner Unabhängigkeit zu bringen.“ Der Minister schloß mit dem Wunsche, „daß ein an sich unerheblicher Vorfall nicht dazu dienen möge, eine Mißstimmung in dem guten Vernehmen der beiden Nationen und Regierungen herbeizuführen und daß dies letztere erhalten bleibe im eigenen Interesse beider Nationen und zum Heile der Welt.“

* * *

Dem Briefwechsel des Prinz-Gemahls mit dem Prinzen

und späteren Prinz-Regenten Wilhelm lief derjenige mit dem Prinzen Friedrich Wilhelm parallel. Dieser hatte seinem Schwiegervater im Oktober 1855 mitgeteilt, daß er jetzt fleißig in der Verwaltung arbeite. Erst die Regierung zu Potsdam, an deren Sitzungen er früher theilgenommen, sodann die Ministerien des Innern, des Krieges, des Handels und der Finanzen in Berlin waren es, wo der Prinz eine reiche und lohnende Beschäftigung suchte. In seinem Briefe an den Schwiegervater über diesen Gegenstand hatte der Prinz auch von seiner Abneigung gegen das „herrschende System“ gesprochen. Prinz Albert antwortete: „Mein lieber Fritz! Ich sage Dir meinen herzlichsten Dank für Deine freundlichen Zeilen vom 22. ultimo. Die Zustände Preußens, die Du darin beschreibst, sind höchst bedenklicher Natur, und solche Pläne, wie sie die reaktionäre Partei im Sinne hat, mit solchen Mitteln verfolgt, wie jetzt bei den Wahlen angewandt worden sind, können die größte Gefahr für die Monarchie bewirken. . . Ich frage mich dabei, was die Pflichten der folgenden Generationen der Aussaat solcher Drachenzähne gegenüber seien und muß mir antworten, daß Moral, Gewissen und Patriotismus ihnen auferlegt, nicht unthätige Zuschauer bei dem Morde einer beschworenen Staatsverfassung zu stehen. Und wenn ich überlege, was ich unter gegebenen Umständen thun würde, so wird es mir ganz klar, daß ich einen feierlichen Protest gegen solche Folgen einlegen würde, nicht im Sinne einer Opposition gegen die Regierung, sondern im Sinne einer Rechtsverwahrung derer, deren Rechte ich für unzertrennlich von den meinigen ansehen würde — „die meiner Nation und meines Volkes“ — und im Sinne

einer Gewissensreinigung, daß ich keinen Theil an dem sündlichen Werke habe. Um den Schritt aber alles Aussehens zu berauben, als sei er durch Oppositionsgefühl oder durch Sucht nach Popularität diktiert, — und um vielleicht den Schritt gar unnöthig zu machen — würde ich jetzt schon bei denen, die das Anrecht begehren werden, ganz vertraulich die Anzeige machen, daß ich im gegebenen Falle zu einem solchen Schritte mich genöthigt sehen würde, und davon gegen meine Freunde gar kein Geheiß haben — würde außerdem aber in vollem Frieden mit den Regierenden fortleben. Ich bin überzeugt, daß eine solche Haltung den Böswilligen einige Furcht einflößen und bei der Nation dazu beitragen würde, nicht alle Hoffnung zu verlieren und die Hoffnung ist die wichtigste Basis der Geduld.“

Das preußische Volk sah in der Nachricht, daß Prinz Friedrich Wilhelm in erweitertem Umfange sich den Staatsgeschäften widme, die hoffnungsvolle Gewähr, daß dereinst keine einseitige, nur den zufälligen Neigungen des künftigen Herrschers entsprechende Regierung, sondern ein plan- und einsichtsvolles, mit den durch die junge Verfassung gewonnenen und verbürgten staatsbürgerlichen Freiheiten völlig ausgeföhntes Regiment Platz greifen werde. Von dem Ernste und der Pflichttreue des Prinzen hoffte man, daß auch hier keine halbe Arbeit in den Ministerien, sondern eine ganze volle geleistet werde.

Durchaus kühler verhielt sich hierzu Prinz Albert; derselbe fährt in dem angedeuteten Briefe fort: „In Deinem Briefe an Victoria vom 3., den sie gestern erhielt, erzählst Du von Deinen neuen Arbeiten und Studien in den verschiedenen Ministerien. Wenn Du einige Zeit darin ge-

arbeitet haben wirst, so wird Dir die Wahrheit des Ausspruches Axel Ogenstiernas recht deutlich werden: „Mein Sohn, Du wirst Dich wundern, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird.“ Ich fürchte nur, daß Niemand ein Interesse daran finden wird, Dir die Prinzipien, auf die es ankommt, klar zu machen, und man Dich dagegen vielleicht nicht unabsichtlich mit der Masse des Details und der sogenannten Arbeit zu erdrücken suchen wird. Doch wird es immer das Gute haben, daß Du den Geschäftsgang deutlich kennen lernen wirst. Die meisten deutschen Bureaukraten sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht; sie halten die Idee des Baumes schon für etwas Gefährliches und messen seinen Reichthum nach der Dichtigkeit, mit der die Bäume aneinander stehen, nicht nach der Kräftigkeit ihres Wuchses. Dabei ist die Last deutscher Akten etwas Entsetzliches.“

Endlich bemerkt der Schwiegervater: „Wicky ist in anderer Weise auch recht thätig: sie hat viel und vielerlei gelernt. . . . Sie kommt nun alle Abende von 6—7 Uhr zu mir, wo ich eine Art allgemeiner Katechisirung mit ihr vornehme. Um das Alles zu ordnen, lasse ich sie die Gegenstände ohne äußere Hülfe ausarbeiten, was sie mir dann zur Korrektur bringt. Sie schreibt soeben ein kurzes Kompendium der römischen Geschichte.“

So begann von dem Augenblicke der näheren Bekanntschaft zwischen dem preussischen Prinzen und dem Vater seiner Verlobten eine staatsmännische Schule für den Kronprinzen und spätern Kaiser, deren Einfluß auf denselben anscheinend ein bleibender gewesen ist. Daher das Urtheil des Herrn von Bismarck über den ehemaligen Kronprinzen als „den Mann der parla-

mentarischen Regierung durch Erziehung und Tendenzen.“ In der Zeit des Verfassungskonfliktes hatte dieser eine schwierige Stellung, Friktionen konnten nicht ausbleiben. Am 1. Juni 1863 wurde die bekannte Preßverordnung erlassen, die einen Sturm der Entrüstung in Deutschland hervorrief. Die Regierung berief für den Erlaß dieser Ordonnanz sich auf den sogenannten Nothstandsartikel Art. 63 der Verfassungsurkunde: „Nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes es dringend erfordern, können, insofern die Kammern nicht versammelt sind, unter Verantwortlichkeit des gesammten Staatsministeriums Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen.“ Der Landtag war unmittelbar vor Erlaß dieser Ordonnanz verabschiedet worden. Die Ordonnanz ermächtigte die Regierungspräsidenten, jede Zeitung nach mehrmaliger Verwarnung zu unterdrücken.

Der Kronprinz befand sich damals mit der Kronprinzessin auf einer Inspektionsreise in Ostpreußen und benutzte, wie erzählt wird, am 5. Juni in Danzig die Gelegenheit, bei der Begrüßung durch den Oberbürgermeister v. Winter seiner Verwahrung gegen diese Preßordonnanz Ausdruck zu geben. Nach den damaligen Tageblättern äußerte der Kronprinz etwa: „Auch ich beklage, daß ich zu einer Zeit hergekommen bin, in welcher zwischen Regierung und Volk ein Zerwürfniß eingetreten ist, welches zu erfahren mich in hohem Maße überrascht hat. Ich habe von den Verordnungen, die dazu geführt haben, nichts gewußt. Ich

war abwesend. Ich habe keinen Theil an den Rathschlägen gehabt, die dazu geführt haben. Aber wir alle, und ich am meisten, der ich die edlen landesväterlichen Intentionen und die hochherzigen Gesinnungen Sr. Majestät des Königs am besten kenne, wir alle haben die Zuversicht, daß Preußen unter dem Scepter Sr. Majestät der Größe sicher entgegengeht, die ihm die Vorsehung bestimmt hat.“

Ein liberales Blatt schrieb: „Nachdem der Kronprinz bereits vor Antritt seiner Inspektionsreise die Ueberzeugung ausgesprochen hatte, daß die projektirten Ordonnanzen ungesetzlich und gefährlich sein würden, hat derselbe, sobald ihm auf der Reise die Preßverordnung vom 1. Juni zukam, noch vor der Danziger Rede in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten gegen diese Maßregel als eine verfassungswidrige und verderbliche protestirt und jede Mitverantwortlichkeit für dieselbe ausdrücklich abgelehnt. Diese Verwahrung und die darauf folgende Rede zu Danzig veranlaßten in Berlin Berathungen darüber, was gegen solchen Widerstand zu thun sei. Man berieth zunächst vom Standpunkte militärischer Disziplin strenge Maßregeln, begnügte sich aber allmählig mit einer Verwarnung. Darauf hat der Prinz die Erklärung abgegeben, daß er bei seiner Auffassung verharren müsse, bereit sei, dafür einzustehen und seine Aemter niederzulegen, daß er in diesem Falle den König um Anweisung eines Aufenthaltes bitte oder um das Recht, einen solchen zu wählen.“

Dieser üblichen Darstellung des vielbesprochenen Vorgangs gegenüber wird von anderer Seite versichert, daß derselbe den ihm gegebenen ernsten Charakter gar nicht gehabt hat. Als der Oberbürgermeister von Danzig — so

lautet die andere Lesart — es nicht unterlassen konnte, in seiner Begrüßungsrede das peinliche Aufsehen zu berühren, das im Lande der Erlaß der Preßverordnung mache, wollte der Kronprinz in seiner Leutseligkeit diesen von dem Oberbürgermeister selber in das Fest gebrachten Miston sofort wieder entfernen, indem er das Bedauern ausdrückte, das er selber über den zwischen der Regierung und dem Lande ausgebrochenen Konflikt empfinde. Als er aus den Zeitungen der nächsten Tage ersah, wie seine Worte aufgebauscht worden waren, schickte er seinen Adjutanten Loucadou nach Berlin, um die Darstellung des Vorgangs auf den wahren Sachverhalt zurückzuführen. Damit war die Sache erledigt. Als der Kronprinz einige Tage darauf nach Marienburg kam, wurde er wieder vom Bürgermeister haranguirt. Derselbe hub mit Worten an, die auf eine etwas lange Rede schließen ließen. Der Kronprinz wandte sich zu dem neben ihm stehenden Landrath und fragte ihn: „Wird das wieder politisch?“ Der Landrath konnte ihm versichern, daß dem Bürgermeister von Marienburg nichts ferner läge, als wieder Politik in die Begrüßungsrede zu verflechten. Damit war der Kronprinz sehr zufrieden und hörte den Bürgermeister mit gewohnter Freundlichkeit bis an das Ende der Rede an.

Der Kronprinz mag sich immerhin der Opposition im Verfassungskonflikt zugeneigt haben, aber diese Haltung, wie die Sympathie für den Augustenburger, die Abneigung gegen den Krieg mit Oesterreich, die Theilnahme am Geschick der Welfen-Dynastie waren private Angelegenheiten des kronprinzlichen Paares, die auf den Gang der Ereignisse keinen Einfluß haben konnten, wiewohl der Kronprinz in der Frage

der deutschen Bundes-Reform, in der Angelegenheit des Krieges mit Oesterreich u. s. w. wiederholt zu Rathe gezogen wurde und sein nicht immer konsentirendes Votum abgab. Als aber der König abdanken wollte, wenn das Werk der Armee-Reorganisation nicht durchzuführen sei, lehnte der Kronprinz die Uebernahme der Regierung um den Preis der Verzichtleistung auf jene Reorganisation ab. Es überwog bei ihm die Erklärung eines seiner Rathgeber, ein preussischer König, der als solcher damit behütire, daß er die Organisation der Armee störe und die Stärke derselben herabdrücke, werde seine ganze Regierungszeit hindurch der Armee gegenüber eine wenig ehrenvolle Stellung einnehmen.

* *

Die liberale Partei hütet einen kostbaren Schatz von gelegentlichen Aeußerungen des Kaisers aus der Kronprinzenzeit, auf die sie schon lange die Zukunft ihrer Sache stützt. „Mit jener vollkommenen Pflichterfüllung, die alle Hohenzollern auszeichnet, verbindet er in seinem öffentlichen Auftreten die Zurückhaltung und Selbstbeherrschung, die seiner Stellung ziemt; wo er aber ein- oder ein anderes Mal, von der Großherzigkeit und dem Edelstinn seines Charakters fortgerissen, aus dieser Zurückhaltung herausgetreten ist, da haben seine Worte, seine Verurtheilung gewisser Tendenzen und Parteien den lautesten und begeistertsten Wiederhall gefunden. Bei der Zerklüftung und Zerrissenheit in unserem noch so jungen neuen Reich, das einen seiner wichtigsten und stärksten Einigungspunkte gerade in der Persönlichkeit unseres Kaisers findet, ist es eine Lebensfrage für unsere Einheit nach Innen und unsere Macht nach Außen, daß sein Nachfolger dereinst von gleicher Liebe und Verehrung aller deutschen Stämme

Der Berliner Hof und seine Politik. 3

getragen sei. Wie überwältigend auch das Genie eines Staatsmannes sei, es kann die Zukunft eines Volkes nicht sichern. Noch auf Menschenalter hinaus wird darum die Persönlichkeit unserer Herrscher ein gewichtiger Faktor für die Gestaltung Deutschlands sein. Solche Gedanken drängen sich in diesen von so heftigen Leidenschaften und so bitteren Anklagen erfüllten Tagen unabweislich auch denen auf, die sich sonst von dem politischen Treiben ferner zu halten pflegten; ihre Hoffnung auf die Zukunft, ihre Freude am Vaterlande beruht auf der Gewißheit, daß gegenüber der Unruhe, der Projectenmacherei und dem Chaos der Interessenwirthschaft in dem Kaiser und seinem Sohne uns ein fester Halt der Einheit und der Freiheit, der Ordnung und des Rechts, eine Stetigkeit und Dauer verheißende Schutzmacht gegeben sei.“

So schrieb ein secessionistisches Blatt zum 18. October 1881. Kaiser Friedrich war kaum von San Remo in Charlottenburg eingetroffen, um den Thron seiner Väter zu besteigen, als die liberale Presse ein ganzes Füllhorn von solchen Worten, welche als eine „Verurtheilung gewisser Tendenzen und Parteien“ den „lautesten und begeistertsten Widerhall“ gefunden hatten, ausschüttete und viel Vergessenes und Unbeachtetes wieder an das Tageslicht zog. Man hat in die Anthologie auch Worte aufgenommen, welche der Höflichkeit und Liebenswürdigkeit, mit der der ehemalige Kronprinz bei dieser und jener Gelegenheit verstimmten Gemüthern, die bei ihm ihre Klagen anbrachten, den Muth und die Hoffnung nicht hat benehmen wollen. Er hat gerade als Kronprinz politische Gegensätze durch seine Akkomodation zu mildern gesucht. Hatte einmal der Reichskanzler den berliner „Fortschrittling“ in der Stadtverwaltung etwas scharf

mitgenommen, so war es dem Kronprinzen ein Herzensbedürfnis, und zumal in der Erwiderung eines Neujahrs-wunsches, den städtischen Behörden das Zeugnis zu geben: „Wenn der Theilnahme freundliche Erwähnung geschieht, welche ich für die fortschreitende Entwicklung der Hauptstadt in Wohlstand und Gesittung hege, so kann ich mir nicht versagen, bei diesem Anlasse auszusprechen, wie ich der Leitung der städtischen Verwaltung volle Anerkennung für die einsichtige und planvolle Fürsorge zolle; welche sie der körperlichen Wohlfahrt wie der geistigen und sittlichen Bildung der Bevölkerung widmet. Wo immer ich Gelegenheit fand, städtische Einrichtungen und Anstalten zu besuchen, haben die wahrgenommenen Erfolge mich mit lebhafter Befriedigung erfüllt.“ Der Kronprinz hat den in Berlin zu einem Feste versammelten Turnern, die in der Konfliktzeit durch ihre Leistungen für das Vaterland die Armee-Reorganisation überflüssig machen wollten, und sich nicht wenig höhniisch von kompetenter Stelle abgewiesen sahen, von England telegraphirt: „Ich begrüße Ihr Fest als eine neue willkommene Gelegenheit, Genossen aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes zu vereinigen und eine Kunst zu fördern, deren nutzbringende Thätigkeit von mir schon in früher Jugend geschätzt ward und die gegenwärtig mit neuem Eifer erfaßt, sicherlich bei richtiger Handhabung die Söhne des Vaterlandes zu thatkräftigen Stützen seiner Schicksale anleiten muß.“ Die Gegner des „Systems Mühler“, das besonders in der Zeit von 1866 bis 1871 als „des neuen Deutschlands unwürdig“ von den Liberalen gebrandmarkt wurde, erhielten mehr als eine Beruhigung aus dem Munde des Kronprinzen. Zur Feier des hundertsten Geburtstages Schleiermachers

richteten der Kronprinz und die Kronprinzessin vom Schlosse Windsor an den Oberbürgermeister Seidel von Berlin das folgende Telegramm:

„Von der Heimath entfernt, wünschen wir lebhaft, wenigstens auf diesem Wege, dem Magistrat und den Stadtverordneten der Hauptstadt einen Beweis unserer Theilnahme an der heutigen Feier zum Andenken Schleiermachers zu geben; jenes Mannes, der nicht minder durch sein Wirken für die Kirche und die Belebung wahrhaft kirchlichen Lebens, als durch den ruhmvollen Antheil, den er in schwerer Zeit an der Erweckung und Bethätigung vaterländischen Aufschwungs genommen, unvergänglich in den Herzen unseres Volkes zu leben verdient.“

Das Telegramm fand sofort seinen Kommentar dahin: „Diese Worte werfen ein helles Licht auf die religiösen Anschauungen des Kronprinzen. Der Geist Schleiermachers, den er also feiert, bedeutet den Glauben an die sittliche Macht der Freiheit, die Frömmigkeit ohne die Knechtschaft der dogmatischen Formel, den Muth, der für die Wahrheit des Gewissens gegen die Herrschsucht und den Unfehlbarkeitswahn in die Schranken tritt.“

Man maß den Werth der Worte des Kronprinzen an dem Widerstand, den eine Partei dem Bemühen des Berliner Magistrats, für die Feier des hundertsten Geburtstages Schleiermachers die Nikolaikirche zu erlangen, geleistet hatte.

Bluntschli schreibt in seinem Tagebuche aus dem Jahre 1868: „10. Mai Abends bei den Männern des Unionsvereins. Die religiösen Zustände Berlins sind schauerlich. Die Massen verhalten sich vollständig theilnahmslos und

negativ. Die große Mehrzahl der Geistlichen dagegen bekennt eine engbeschränkte Orthodogie. In den höheren Regionen ist übrigens auch noch einer wider den andern, wie insbesondere der Oberhofprediger Hoffmann und der Kultusminister v. Mühler bezw. Frau v. Mühler. Jener will die Union halten, dieser sie untergraben. Auch wird in Berlin bei durchaus politischen Anstellungen sehr auf kirchliche Rechtgläubigkeit gesehen. Das geschieht noch im 19. Jahrhundert und in dem Staate Friedrichs des Großen. Der König ist nicht exclusiv, aber seine Umgebung größtentheils, der Kronprinz denkt freier. Die Kronprinzessin wird von der Heuchelei abgestoßen und durchschaut sie.“

Im Jahre 1871 fiel Herr v. Mühler beim Kronprinzen ernsthaft in Ungnade, nicht wegen seiner Richtung, sondern weil der Kultusminister es versäumt hatte, sich mit dem Kronprinzen als Protektor der Kunstanstalten bei Ernennung eines Dezerenten für Kunstangelegenheiten in seinem Ministerium über die Personenfrage zu verständigen. Als Herr v. Mühler darauf ging, standen auf der Kandidatenliste für den vakanten Posten sehr orthodoxe Persönlichkeiten neben Falk.

Welche Stellung Kaiser Friedrich innerhalb der evangelischen Kirche einnimmt, dafür beruft man sich auch auf seine Ausführungen in den Freimaurerlogen und bei der Lutherfeier in Wittenberg. Am 20. Januar 1883 weihte der damalige Kronprinz das neue Gebäude der Loge Royal York „Zur Freundschaft“ mit einem Trinkspruch ein, in welchem er sagte:

„Die Zeit, in der wir leben, verlangt Licht und Aufklärung. Wir dürfen an dem Herkömmlichen, selbst

wenn es uns theuer und werth geworden ist, nicht darum festhalten, weil wir es als Ueberlieferung empfangen haben, weil wir uns in dasselbe wie in eine Gewohnheit nun einmal eingelebt haben. Auch bei uns heißt es: „Nicht Stillstand, sondern Fortschritt.“

Und in Wittenberg ermahnte der spätere Kaiser die Bevölkerung, die hohen Güter, welche die Reformation uns errungen, mit demselben Muth und demselben Geist zu behaupten, mit dem sie einst errungen wurden. „Möge diese Feier insbesondere uns in dem Entschlusse festigen, alle Zeit einzutreten für unser evangelisches Bekenntniß und mit ihm für Gewissensfreiheit und Duldung! Und mögen wir stets dann eingedenk bleiben, daß die Kraft, das Wesen des Protestantismus nicht in Buchstaben beruht und nicht an starrer Form, sondern in dem zugleich lebendigen und demüthigen Streben nach der Erkenntniß christlicher Wahrheit.“ Dieser Geist werde die deutsche evangelische Kirche vor Zwietracht bewahren und ihren Frieden fest und dauernd begründen.

Diese Worte des Kronprinzen fanden in Preußen, in ganz Deutschland große Beachtung. Fast die gesammte Presse beschäftigte sich mit ihr, mindestens die liberale. Sie wurden von ihr mit großer Genugthuung besprochen. Die Nationalzeitung feierte sie in folgender Weise:

„Zwei bedeutungsvolle Kundgebungen hat das Wittenberger Lutherfest heute weiter zu verzeichnen gehabt, den Erlaß unseres Kaisers und die Ansprache, mit welcher der Kronprinz die Verlesung dieses Erlasses begleitete. Der kaiserliche Erlaß gedenkt in erhebenden Worten des gewaltigen und gottgesegneten Wirkens Luthers; der Erlaß

schließt mit einer zu Herzen gehenden Zusammenfassung dessen, was die Lutherfeste fördern sollen: Die Weckung und Vertiefung evangelischer Frömmigkeit, die Wahrung guter Sitte und die Befestigung des Friedens. In der ganzen protestantischen Welt wird man diese Worte unseres greisen Kaisers mit tief empfundener Rührung vernehmen.

Die Ansprache, welche der Kronprinz in Vertretung seines kaiserlichen Vaters gehalten hat, nimmt den in dem Erlaß enthaltenen Gedanken auf und führt ihn in seiner Weise durch, welche zu großartiger und weisevoller Offenheit in das tiefste Gemüths- und Geistesleben des fürstlichen Sprechers hineinführt. Den Ausgangspunkt nimmt die Ansprache von der Stellung Luthers zu der deutschen Nation, der diese einzige Persönlichkeit so Herrliches und Herzerquickendes geschaffen hat, der mit gewaltiger Hand die deutsche Sprache formte, daß sie die umfassendste Trägerin des menschlichen Gedankens werden konnte, welche die Welt noch gehört hat, zugleich die tiefste und innigste. Der Kronprinz betont mit besonderem Nachdruck das, was die That Luthers nicht nur den protestantischen Glaubensgenossen, sondern was sie vielmehr der ganzen Welt gewonnen hat: die Gewissensfreiheit und die Duldung, zwei Worte, die nicht einmal ihrem Wortsinne nach die Welt gekannt hatte, ehe die große Befreiungsthat von Wittenberg vollzogen wurde. In diesem Sinne dürfen Alle, welcher religiösen Ueberzeugung sie auch sein mögen, diese Gedentage mit begehen. Gewissensfreiheit und Duldung! Edle Doppelsprossen, die Zeugniß ablegen von der unerschöpflichen Lebenskraft des Christenthums! Sie sind unter dem Schutze und der Pflege der Reformation erwachsen, sie gehören zu

ihrem theuersten geistigen Besiz. Möge sie ihn zu schützen und zu wahren wissen!

Der Kronprinz ist dann in den Kreis des protestantischen Bekenntnisses eingetreten und hat mit wenigen markigen Zügen den wahren Charakter desselben gezeichnet. Nicht in Buchstaben und in der starren Form ist Kraft und Wesen des Protestantismus zu finden — denn wo weder Entwicklung noch Wachsthum ist, da ist kein Leben — das Streben ist es, das unausgesetzte lebendige und demüthige Ringen nach der Erkenntniß christlicher Wahrheit, was den Protestantismus geschaffen hat, was ihn allein kräftig und lebendig erhalten kann.

Aus dieser durch so große christliche Erinnerungen geweihten Stätte, bei einer für die protestantische Welt so feierlichen Veranlassung konnte nicht Größeres sich vollziehen, als das Bekenntniß, welches der Erbe des deutschen Kaiserthrones heute abgelegt hat. Man darf sagen, daß der volle Geist der Reformation gerade auf diesem Vorgange geruht hat. Die Form, welche Luther der äußeren kirchlichen Gestaltung gegeben hat, beruht auf einer höchst erhabenen Auffassung des fürstlichen Amtes und Berufes. Nicht bloß den äußeren Schutz und Schirm der staatlichen Gemeinschaft soll der Fürst führen, mitten hinein stellte ihn Luther in die tiefsten und innersten Angelegenheiten des Menschen; in der gemeinsamen Verfolgung der erhabensten Ziele sollen Fürst und Volk immer fester zusammenwachsen.

Dieser große Gedanke des Reformators hat selten eine schönere Frucht getragen, als es die Botschaft war, welche der Kronprinz nach Wittenberg brachte und in den demwürdigen Worten, mit denen er sie der Festversammlung

überlieferte. Wir sind auf das Festeste überzeugt, daß durch diesen Tag schon ein Großes erreicht ist in den Zielen, die der Kronprinz heute gesteckt hat. Der Stärkung des protestantischen Bewußtseins, der Wahrung der deutschen evangelischen Kirche vor Zwietracht und der Begründung festen und dauernden Friedens.

Das Wittenberger Fest hat durch die heutigen Vorgänge einen Charakter erhalten, der weit über das hinausgeht, was nach der ersten Anlage desselben erwartet werden konnte. Wir können nur wünschen, daß das Fest sich nur vollenden möge in dem Geiste, den der Erlaß des Kaisers und die Ansprache des Kronprinzen athmen: deren letzter Wunsch übereinstimmend für die evangelische Kirche der Frieden ist.“ —

Kaiser Wilhelm richtete bekanntlich bei der Uebernahme der Regierung jene berühmte Ansprache an die Minister, in der es heißt: „In beiden Kirchen — der evangelischen wie der katholischen — muß mit allem Ernst den Bestrebungen entgegengetreten werden, die dahin abzielen, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche — wir können es nicht leugnen — ist eine Orthodorie eingetehrt, die mit ihren Grundanschauungen nicht verträglich ist und die sofort in ihrem Gefolge Heuchelei hat . . . Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen, und dieses ist immer ins Auge zu fassen und von äußerem Gebahren und Schaustellungen zu unterscheiden.“ Kaiser Wilhelm hat deswegen den Hofprediger Stöcker so wenig als das apostolische Glaubens-

bekennniß verleugnet, was wiederum ihn nicht gehindert hat, noch kurz vor seinem Tode an die Freimaurerloge „Lucens“ in Rostock aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens ein Glückwunschsreiben zu richten, in welchem er zunächst seiner Hoffnung für das weitere Gedeihen der Loge Ausdruck giebt. Mit Beziehung auf die letztere führt Sr. Majestät in seinem Glückwunschsreiben aus: „Dann wird auch dieselbe ein lebendiges Zeugniß dafür ablegen, daß die Freimaurerei vorzugsweise geeignet ist, nicht allein ihre Mitglieder zur wahren Religiosität, zur freudigen und opferwilligen Erfüllung der ihnen in ihrer Familie, ihrem Berufe und sonstigen öffentlichen Wirkungskreisen obliegenden Pflichten zu erziehen und durch fortschreitende Selbstveredelung wahrhaft zu beglücken, sondern auch zum Wohle der gesammten Menschheit mit segensreichem Erfolge thätig zu sein.“ Die Kreuzzeitung mag von eigenthümlichen Empfindungen beherrscht worden sein, als sie diese Notiz in ihrem „Zuschauer“ versteckt anbrachte. Bei einem Besuche des Domkandidatenstifts im Juni 1879 sagte Kaiser Wilhelm: „Sie wissen alle, meine Herrn, daß ich aus voller und freier Ueberzeugung der positiven Union angehöre, welche mein seliger Vater gestiftet hat. Der Grund und Fels, an dem ich und wir alle uns halten müssen, ist der unverfälschte Glaube, wie ihn die Bibel lehrt. Es giebt ja viele, welche nicht ganz denselben Weg einschlagen; jeder handelt ja nach bestem Wissen und Gewissen und richtet danach sein Thun, Handeln und Wollen ein. Ich achte, ehre und dulde sie!“ Als dann Kaiser Wilhelm im Oktober 1885 die Generalsynode in der Kapelle des Domkandidatenstiftes vorgestellt wurde, äußerte er: „Es sind Sachen geschehen vor Ihrer aller Augen,

durch die Preußen hochgestellt ist, höher, als man je es erwartet hat. Sie alle sind Zeugen hierfür gewesen. Das vollendete Werk wird bestehen, wenn sein Fundament bleibt: Reinheit der Religion und Fortschritt in jedem guten Werk.“

Gegen den Antisemitismus hat Kaiser Friedrich als Kronprinz eine entschiedene feindselige Stellung eingenommen. Das Wort, das er zu dem verstorbenen Stadtrath Magnus gesprochen, ist gerichtlich bezeugt und von der deutschfreisinnigen Partei zu Wahlzwecken reichlich ausgebeutet worden. Ein Flugblatt in Siegen vom Jahre 1885 enthielt die Worte:

Zur Stichwahl!

Herr Hofprediger Stöcker in Berlin hat in Deutschland eine Bewegung ins Werk gesetzt, welche Sr. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz schon im Februar 1880

eine Schmach für Deutschland

genannt hat, indem der hohe Herr hinzufügte, er habe sich im Auslande gegenüber dieser Agitation geschämt.

In demselben Sinne sprach sich der Kronprinz am 14 Januar 1881 wiederholt aus.

Wähler! Einen Mann wie Stöcker, von dessen Wirken unser allverehrter Kronprinz so denkt und spricht, dem könnt Ihr Eure Stimme nicht geben!

Nun Ihr das wißt, werdet Ihr sicher nicht noch einmal für Stöcker stimmen! Wer ein treuer Patriot ist, darf solchen Mann nicht wählen!

Ihr Männer, die Ihr des Königs Rock getragen, könnt Ihr noch einmal für Stöcker stimmen, wenn Ihr wißt, wie der Kronprinz über sein Wirken urtheilt?

Laßt Euch nicht noch einmal verführen, hier leset Ihr die Wahrheit über Herrn Stöcker.“

Dem Dr. Baumgarten, der 1881 eine von ihm unter dem Titel: „Wider Herrn Hofprediger Stöcker, eine christliche Stimme über die Judenfrage“ veröffentlichte Broschüre dem Kronprinzen überreicht hatte, dankte dieser schriftlich mit den Worten: „Ich habe mit besonderem Interesse die kleine Schrift empfangen, welche Sie die Güte hatten Mir zu überreichen, und nehme gern Veranlassung, Ihnen für diese willkommene Sendung bestens zu danken.“

Die Schrift des Dr. Baumgarten bietet vielleicht das Schärffste, was gegen Stöcker geschrieben worden ist. Sie sagt zum Schluß: „Alles das, wovor der Oberkirchenrath vor zwei Jahren gewarnt hat, wird jetzt in der preußischen Landeskirche öffentlich gefeiert als Anbruch einer neuen christlichen Aera. Alles, was der Oberkirchenrath von den heillofen Folgen eines politischen Christenthums gesagt hat, das zeigt sich jetzt zum Schrecken derer, welche ein geistliches Urtheil haben. In dieser gefährlichen Lage muß der Oberkirchenrath sein unheimliches Schweigen brechen, und zwar muß er deutlich reden, die Trompete muß einen deutlichen Ton geben, sagt der Apostel Paulus. Der Oberkirchenrath muß diese verderbliche geistliche Demagogie öffentlich züchtigen und den Anführer namentlich und öffentlich zur Rede stellen. Denn was Stöcker seine christlichen Erfolge nennt, das sind seelenmörderische Gefahren für Kirche und Staat. In solchen ungeheuren Selbsttäuschungen über sich selbst und über seine Erfolge bewegt sich dieses Stöcker'sche Christenthum. Das wahre Christenthum ist das Licht der Welt, dieses Christenthum ist ein Irrewisch, der führt in Sumpf

und Moor. Das ist der dritte Beweis von der Unächttheit des Stöcker'schen Christenthums. Auf Grund meines dreifachen Beweises erkläre ich zum Schluß: „Laut und immer lauter in steigender Kraft muß sich erheben der moralische und der christliche Protest gegen die Selbstüberhebung, gegen die Verfolgungssucht, gegen die Korruption dieses sogenannten sozialen Christenthums; unter keinen Umständen darf die geistige Leitung unseres Volkes diesem Scheinchristenthum überlassen werden, denn es ist nicht wahr, wessen dieses Christenthum sich rühmt, es kann nicht die Schäden und Gebrechen der Zeit heilen und corrigiren, darum nicht, weil es selber vor Allem einer gründlichen Korrektur im höchsten Grade bedürftig ist.“

War es nicht der Kronprinz, der den verstorbenen Stadtschulrath Dr. Cauer veranlaßte, den am 30. Januar 1881 gehaltenen Vortrag über Lessing drucken zu lassen? Einen Vortrag, in dem es heißt: „Gegenüber den fragenhaften Ausartungen deutscher Gesinnung, die sich heute hervormagen, ist es recht, die Weltbürgerlichkeit des achtzehnten Jahrhunderts in's Feld zu führen, die sehr viel deutscher ist, als die Karikatur des französischen Chauvinismus, die sich unter und für Deutschtum ausgiebt, und wer sich zurückgestoßen fühlt von der Brutalität, die heute auf der Gasse — und leider nicht nur auf der Gasse ihr Wesen treibt, der findet nirgends bessern Trost, als im Anschauen und Genuße Lessing'scher Humanität.“ Nach diesem Vortrage trat der Kronprinz an den Redner, drückte ihm dankend die Hand und bat ihn diese Worte drucken und verbreiten zu lassen, damit sie allenthalben beherzigt würden.

Nach der Auffassung der „Kreuz = Zeitung“ hat der

Kronprinz die im Monat Juni 1885 an eine Deputation der Königsberger Universität gerichtete Aeußerung, er halte die Ueberhebung über fremde Nationen für undeutsch, mit besonderer Rücksicht auf den Antisemitismus gethan.

* * *

Der Verkehr des Kaisers Friedrich in seiner Kronprinzlichen Zeit mit hervorragenden Mitgliedern der liberalen Partei, sowie mit freisinnigen Geistlichen ist bekannt. Als die Fortschrittspartei und die SeceSSIONisten im Jahre 1884 ihre Fusion eingingen, meldete ein dem Kronprinzen angeblich nahe stehendes liberales Blatt, „daß Persönlichkeiten in hohen Positionen, welche die Bedeutung eines kräftigen und gut organisirten Parlamentarismus für unser Vaterland zu würdigen wissen, mit ihrer Anerkennung des Geschehenen und Erstrebten nicht zurückhalten.“ Später sollte der Kronprinz das Interesse bezeugen, die ehemaligen SeceSSIONisten, von Forckenbeck, Bamberger, Rickert, und Genossen, möglichst wieder den Nationalliberalen, den Herrn v. Bennigsen und Miquel, näher zu bringen. Die Liberalen konnten daher beim Regierungsantritt des Kaisers Friedrich immerhin sich einige Rechnung wenigstens auf eine Abschlagszahlung auf ihre Forderungen oder doch Hoffnungen machen. Eine Zeitung erinnerte daran, daß, als vor einem Menschenalter der Prinz von Preußen nach Erkrankung des Königs auf Grund der Verfassung die Regentschaft des preußischen Staates übernahm, er dem Ministerium zehn Tage Zeit ließ, seine Entlassung nachzusuchen. Da das Ministerium einen solchen Schritt nicht für angemessen hielt, wurde es alsdann ohne Ansuchen „in Gnaden entlassen“. „Die äußerste Rechte, welche der Einsetzung der Regentschaft beharrlichen Widerstand geleistet

hatte, wußte den König auch später noch zu bestimmen, in einem Briefe, der veröffentlicht wurde, die Hoffnung auszusprechen, daß der Regent nach den ihm bekannten Absichten des Königs die Staatsgeschäfte leite. Gleichzeitig orakelte die konservative Presse Tag für Tag über die schweren Gefahren, welche ein monarchisches Staatswesen laufe, wenn nicht die Kontinuität der Regierungsmaximen gewahrt werde. Der Prinz von Preußen ließ sich durch diese Ausführungen nicht beirren; er lehnte zwar einen förmlichen „Bruch mit der Vergangenheit“ ab, zeigte aber sofort in seiner ersten Ansprache an das Ministerium, daß er sich seine Regierungsgrundsätze von Niemand vorschreiben lasse, sondern Ziele und Wege der Politik selbst bestimme.“

Der kaiserliche Erlaß vom 12. März 1888 an den Reichskanzler und der gleichzeitige an das Volk halten die „Kontinuität der Regierungsmaximen“ aufrecht. Der Erlaß an den Reichskanzler aber enthält einen Satz, dem — wie die Nat. Ztg. sich ausdrückt — man es ansieht, daß es den erhabenen Verfasser drängte, ihn auszusprechen, nämlich: „Ich will, daß der seit Jahrhunderten in Meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner alle Meine Unterthanen, welcher Religionsgemeinschaft und welchem Bekenntnisse sie auch angehören, zum Schutze gereiche. Ein Jeglicher unter ihnen steht Meinem Herzen gleich nahe — haben doch Alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewahrt“. Die genannte Zeitung bemerkte dazu: „Drückt dieser Satz das Siegel auf den kirchenpolitischen Frieden mit der katholischen Kirche, so weist er andererseits mit einer Entschiedenheit, welche nirgends verkannt werden wird, die bössartige Agitation der Herrn Stöcker

und Genossen in das Dunkel zurück, in das die ihr zu Grunde liegenden Gefinnungen gehören. Vor wenigen Wochen noch hatte man diese Bestrebungen als eine „Zuchtruthe“ zu bezeichnen gewagt, welche allen freigesinnten Volkskreisen drohe; die „Zuchtruthe“ der citirten wahrhaft königlichen Worte gilt keineswegs blos dem Antisemitismus, sie gilt ebenso der religiösen Verfolgungssucht in jeder Form, also namentlich auch dem unduldsamen Parteitreiben in der evangelischen Kirche.“ Dazu bemerkte die „Neue Preuß. Ztg.“: „Ein Friedenszug, so möchten wir sagen, weht durch den ganzen Erlaß unverkennbar hindurch und schon deshalb würde es uns widerstehen, die weiteren Einzelheiten desselben hier genauer zu erörtern. Sie sprechen für jeden aufmerksamen Leser eine leicht verständliche Sprache. Um so mehr müssen wir es bedauern, wenn schon heute früh die „National-Ztg.“ dabei ist, einen Satz, der einen seit Jahrhunderten in der Lage der Dinge begründeten und darum eben auch als einen Theil der geschichtlichen Basis Preußens anzusehenden Grundsatz, den der „religiösen Duldung“ ausspricht, zu ihren politischen und religiösen Zwecken auszubenten. Die Unduldsamkeit des Unglaubens ist die heftigste, die es giebt, das wird die Nat.-Ztg.“ wohl auch an sich bei einiger Selbstprüfung verspüren.“

Es ist interessant, zu verfolgen, wie im Auslande, namentlich bei den Franzosen sich die Person des deutschen Thronerben seit Jahren in den Köpfen abspiegelte, und welche Erwartungen vom Regierungswechsel ebendasselbst das Bild, das man sich von Kaiser Friedrich machte, erweckt hatte. Wir finden in den Stimmen vom Auslande her auch eine Würdigung der Ansprüche der deutschen Liberalen. Natürlich herrscht

die Schätzung der Tragweite des Regierungswechsels vom Monat März unter dem Gesichtspunkte der äußern Politik vor.

Schon vor zwei Jahren ließ der „Figaro“ seinen diplomatischen Mitarbeiter Perry aus Anlaß der Schonung, welche die Aerzte dem Kaiser Wilhelm in Straßburg angerathen hatten, und der Thatfache, daß die Reise des Kaisers nach Metz unterblieben war, Betrachtungen über die Regierungsweise des Kronprinzen anstellen, sobald derselbe einst den Thron bestiegen haben werde. Der Kaiser Wilhelm, meinte Perry, hat zu viele Bürgschaften für den festen Willen, den Frieden zu erhalten, gegeben, als daß die jetzt lautgewordenen Befürchtungen sich nicht sofort zum großen Theile verflüchtigt hätten. Deutschland wird die Unterschrift seines alten Kaisers nicht protestiren lassen; der Sohn wird die von seinem Vater vorgezeichnete Bahn innehalten, er wird den Willen des Vaters nicht mißachten. Man fragt sich gleichwohl, was der neue Kaiser beginnen werde. Die einen halten ihn für liberal und für einen Gegner des vom Fürsten Bismark durchgeführten autoritären Systems. Die anderen meinen, der Thronerbe sei zu wenig Soldat, um sein Land und seine Armee in einem Zustande dauernder Mobilisation zu erhalten. Noch andere schreiben ihm Eroberungsgelüste zu. Nichts von dem allen trifft zu. Der zukünftige deutsche Kaiser hat allerdings die Neigung, sich von den ihm vom Prinz-Consort, seinem verstorbenen Schwiegervater gegebenen Lehren leiten zu lassen. Ginge es von ihm ab, das Self-Gouvernement in Deutschland einzuführen, so würde mit seiner Thronbesteigung eine neue Aera beginnen; . . . die liberale Reform würde sich aber doch nur darauf beschränken, daß in den Bureaus die provinziale

und municipale Autonomie den Vorrang erhielt. Der Prinz denkt aber nicht daran, den Führern der liberalen Partei die Leitung der Geschäfte anzuvertrauen; er wird vielmehr die erfahrenen Männer auf ihren Posten lassen, welche aus dem Bundesstaate ein einiges, großes Deutschland gemacht haben. Er wird unentschlossene und unklare Männer, die sich unfähig gezeigt haben, von sich entfernt halten. In allen Ländern und zu allen Zeiten sind sich die Liberalen gleich geblieben; sie streben Unmögliches an und scheuen vor jeder praktischen Anstrengung zurück. Die Herren E. Richter, Hänel, Forckenbeck sind vortreffliche Kritiker der jetzigen Regierung, man kann sich dieselben aber nicht gut vorstellen als Mitglieder des Ministerraths und fähig, Europa die Bahnen einer allgemeinen Politik vorzuzeichnen.

Mit einem Worte: unter dem Scepter des neuen Kaisers wird die Verwaltung eine liberale, die Regierung aber eine konservative sein. Deutschland wird nach und nach seine Einigung vollziehen. Nichts wird überstürzt werden, die Dynastien der Nachbarstaaten werden, ohne Einspruch zu erheben, in eine Suprematie willigen, die sie stillschweigend anerkennen. Der König von Baiern allein hätte vielleicht seine Stimme laut werden lassen können, er ist todt. Der kaiserliche Prinz ist übrigens beliebt in München wie in Sachsen und in Württemberg. Die Liebenswürdigkeit des Prinzen hat schon seit langer Zeit den Süden Deutschlands mit dem Norden ausgeföhnt und die vollzogene Annäherung ist sein eigenstes Werk, und der neue Souverän wird in eben so hohem Ansehen stehen, einen ebenso beherrschenden Einfluß üben, wie sein Vater.

Was die auswärtige Politik betrifft, so wird in der

vom Fürsten Bismarck gegebenen Leitung der Geschäfte nichts geändert werden. Der Kanzler bleibt auf seinem Posten, so lange er will, d. h. so lange er lebt, und nach seinem Tode wird der Sohn, Graf Herbert, seines Vaters Politik nach den ihm vom großen Kanzler gegebenen Lehren fortsetzen. Fürst Bismarck will seinerseits einen seiner würdigen Nachfolger hinterlassen, welchen Deutschland annehmen und anerkennen wird, schon zum Andenken an denjenigen, der ihm die Einigkeit und die Macht gegeben hat.

Das alles muß man sich vergegenwärtigen und im Auge behalten. Der alte deutsche Kaiser hat selbst seinen Feinden Achtung abzurufen gewußt; er hat die wahren Interessen des friedensbedürftigen Europa im Auge und schützt den Frieden mit einer Festigkeit, die man bei so hohem Alter nicht mehr erwarten durfte. Solche Traditionen verlöschen nicht. Der Kronprinz ist Soldat, wie alle Hohenzollern, aber er will Deutschland eine Größe geben, die sich nicht mit Blut erkaufte. Möglich, daß er die Rangliste nicht zu seiner einzigen Lektüre macht; er ist mehr Strategie als Taktiker. Er wird die preußische Heeresorganisation vervollkommen, er wird aber nicht daran denken, sein Heer zu verstärken. Er wird, dessen kann man sicher sein, den Krieg nicht suchen, aber er wird das Instrument nicht verrosten lassen. Die Defensive wird ihm mehr zusagen, als die Offensive; er wird niemals einen Streit anschießen, und diese Neigungen machen ihm Ehre, sind auch eine Bürgschaft dafür, daß die Ruhe Europas nicht erschüttert werden wird. Eine Thronbesteigung des Kronprinzen wird also in Deutschland nichts ändern, auch nichts in der ganzen Welt. Der Wunsch, der allgemeine Friede möge erhalten bleiben, wird

keine Störung erleiden und die Völker sind weise genug, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, der gleich verhängnißvoll werden könnte für die Sieger wie für die Besiegten.“

In reichem Maße brachten zur Zeit, als Kaiser Friedrich in San Remo war, die französischen Blätter Berichte über die Krankheit des Kronprinzen, sie waren aber nicht werth, auch nur erwähnt zu werden, denn sie waren wahre Muster tiefster Unwissenheit, einfältigster Leichtgläubigkeit und niedrigen Lärmbedürfnisses. Dagegen ist hervorzuheben, daß die Zeitartikel, welche die Pariser Presse den schmerzlichen Vorgängen in San Remo widmete, durchgehend die Absicht zeigten, dem Kronprinzen Theilnahme und Ehrerbietung zu erweisen. Selbst ein so deutschfeindliches und unverföhnlich rachsüchtiges Blatt, wie die „Republik française“ erhob sich zu einem Zeitartikel, der zwar von einer hoffnungslosen Voraussetzung ausging, aber doch Stellen wie die folgenden enthielt: „Dieser noch junge Mann, herrlich und mild von Aussehen, ehe ihn die Krankheit niedergeworfen . . . war unser Feind . . . Er hat während des 1870er Krieges unserem Heere die ersten Niederlagen beigebracht. Aber dieser siegreiche Krieger, den wir hassen sollten, war kein grausamer Sieger, wenn er auch das harte Kriegsrecht üben mußte. Sein Charakter war ein solcher, daß er begriff, daß Menschlichkeit und Gefittung selbst während des bewaffneten Zusammenstoßes nicht vergessen werden müssen, und sein politischer Geist, ob schon er in der Diplomatie und innern Geschichte seines Landes nur eine untergeordnete Rolle spielen durfte, war voraussehend genug, um aus ihm einen leider nicht angehörten Vertheidiger der Mäßigung zu machen . . . Wir müssen in ihm den einzigen von unsern Besiegern anerkennen und

begrüßen, der es verstanden hat, im Kriege und in der Folge Mäßigung zu zeigen . . . Man erzählt, daß der Kronprinz bei Reichshofen seinem Stabe befahl, die französischen Verwundeten und Gefangenen zu grüßen. Auch wir entblößen unser Haupt vor dem Opfer eines schrecklichen Uebels . . .“

Was der Artikel weiter von Kämpfen zwischen der Kronprinzessin und dem Fürsten Bismarck, von der Rolle der Politik am Krankenbette des Kronprinzen u. s. w. zu erzählen wußte, kann hier mit Stillschweigen übergangen werden. Aber die Gesinnung, welche der Artikel athmete und in welcher er sich mit vielen andern Pariser Blättern begegnete, war eine erfreuliche. Man hörte dieselbe Sprache auch anderswo in der französischen Presse. Und sobald ist dieselbe keineswegs verstummt. Die öffentlichen Erlasse, mit denen Kaiser Friedrich seine Regierung inauguriert hat, haben meist vollen Beifall jenseits der Vogesen gefunden. Um so peinlicher war die Aufgabe, vor die der Erlaß Kaiser Friedrichs an Elsaß-Lothringen die französische Presse stellte. Die meisten Pariser Zeitungen veröffentlichten den Erlaß ohne Bemerkung; einige klagten, daß Kaiser Friedrich die in ihn gesetzten „Hoffnungen“ getäuscht habe. „Gaulois“ gab zu verstehen, der Erlaß sei eine innere politische Nothwendigkeit gewesen weil Ränkeschmiede den Kaiser Friedrich dem Volke als schwach in der Vertheidigung der Reichsinteressen nach Rußen dargestellt hätten. „Liberte“ sagte: „Friedrich III. konnte sich nicht anders ausdrücken; wir erinnern aber daran, daß Kaiser Franz Joseph dasselbe von der Lombardei und Venetien gesagt hat.“ — „Diese Erinnerung ist, bemerkte man auf deutscher Seite — insofern nicht glücklich, als Kaiser Franz Joseph die Lombardei und Venetien

niemals als alt-österreichische Landestheile bezeichnet hat und bezeichnen konnte, wie Kaiser Friedrich die Reichslande als altdeutsches, nach langer Zwischenzeit mit dem Vaterlande wieder vereinigt Gebiet in Anspruch nimmt, über das er die Rechte des Reiches zu wahren entschlossen ist.“ Man konnte eine andere Bemerkung an die Auslassungen der französischen Blätter über jenen Erlass knüpfen. Geht es den Franzosen nicht wie vielen Liberalen? Auch sie haben sich die wunderlichsten Vorstellungen vom deutschen Thronfolger gemacht.

Der Grundgedanke der französischen Stimmen ist unstrittig die Ueberzeugung von der überaus friedfertigen, den Krieg verabschauenden Natur des Kaisers Friedrich. Man setzte diese in einem Grade bei ihm voraus, als ob er im Stande wäre, auch die Konsequenzen des Krieges zu perhorresciren und die Kriegsbeute wieder herauszugeben. Gambetta meinte einmal, die preussische Armee würde von der mehr den Künsten und Werken des Friedens zugeneigten Natur des Thronerben den Rückstoß empfinden, indem sie mit dem Tode des Kaisers Wilhelm den „Schlußzapfen“ verlöre.

Nun fehlte bloß noch, daß auch die Welfen kamen und die Rückgabe Hannovers von der „Friedensliebe“ des Kaisers Friedrich reklamirten. Eines ist sicher: sie erwarten vom Kaiser die Einsetzung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig, sie haben das schon seit Jahren ausgesprochen — wir können Zitate aus ihren Zeitungen bringen — indem sie sich auf gewisse Aussprüche des früheren Kronprinzen beriefen, die aber nur darauf hinausliefen, daß Preußen nicht an die Annexion Braunschweigs denke. Die Welfen argumentiren so: „Wenn Preußen Braunschweig

nicht annectiren will, die Einsetzung des Prinzen Albrecht in Braunschweig aber dasselbe wäre, als eine preußische Annexion, so muß Kaiser Friedrich den Herzog von Cumberland einsetzen.“

Eine Fluth von Prätensionen drängte sich an den Thron Kaiser Friedrichs. Er wurde sogar von Franzosen angefangen mit dem Refrain: „Gieb uns den Elsaß wieder.“ Die Polen rührten sich ebenfalls. Auch hatten sie noch kurz zuvor Hoffnungen ausgesprochen, die sie auf den Regierungsantritt des Nachfolgers des Kaisers Wilhelm stützten. König Friedrich Wilhelm IV. wurde bekanntlich durch Glieder des fürstlich Radziwill'schen Hauses bewogen, eine von demselben vorbereitete Rundreise bei dem Adel des Großherzogthums Posen zu machen. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Monarchen gegenüber von den polnischen Herren und Damen jede Liebenswürdigkeit entwickelt und keine Versicherung der Treue und Anhänglichkeit gespart. Das Ergebnis der Rundreise war die Abberufung des Oberpräsidenten von Flottwell, die Ernennung des Grafen Arnim zum Nachfolger und ein Wechsel im System, durch welches Vertrauen an Stelle der Vorsicht gesetzt wurde. Der Irrthum eines edeln Herzens, um mit den Worten des Fürsten Bismarck zu sprechen, wurde wenige Jahre später klar gestellt, durch die Empörung von 1846 bis 1848. Dennoch schien man im polnischen Adel Hoffnungen zu haben, dasselbe Manöver mit demselben Erfolg wiederholen zu können, wenn wiederum ein Regierungswechsel eintreten sollte. In einer Schrift unter dem Titel: „Lettre ouverte d'un Polonais au Prince de Bismarck“, welche in den hohen Kreisen Berlins von gewisser Seite

vor einiger Zeit vertheilt wurde, schließt sich an eine Reihe von Ausfällen gegen den Reichskanzler und dessen Politik folgende Anrede an den Kronprinzen an:

„Wir verlangen so wenig. S. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz hat noch nichts für uns gethan; wir haben ihn nur flüchtig bei uns gesehen und bei dem kurzen Aufenthalt, welchen er hier nahm, hat er uns die höfliche Liebenswürdigkeit eines Souveräns gezeigt. Er hat uns einen so angenehmen Eindruck gemacht, in seinen edeln Zügen war kein Eindruck von Haß und Verachtung zu lesen, so daß viele unter uns bedauerten, nicht die Erlaubniß zu einer Annäherung an seine erhabene Person erbeten zu haben. Wenn er jemals die Gnade hat, unser Land wiederzusehen, wird es ihm an Beweisen ehrfurchtsvoller Sympathie nicht fehlen, und wie leicht würde es sein, dieselben in Enthusiasmus zu verwandeln.“

* * *

Kaiser Friedrich, der Friedfertige, der so vieles kriegerische „Unrecht“ wieder gut machen sollte, ist gerade durch seine kriegerische Thaten zuerst für weitere Kreise eine hervorragende gefeierte Persönlichkeit geworden. Er hat eine strenge militärische Erziehung genossen. Ist doch einmal der Soldatenstand der erste Lebensberuf unsrer Prinzen und Fürsten, und des „Königs Rocc“ die Tracht, die sie von Kindheit an selten ablegen. Dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm ist eine militärische Erziehung und Ausbildung noch ganz besonders früh zu theil geworden. Ein Prinz Wilhelm, der spätere Kaiser, ein Soldat von unübertrefflichen Eigenschaften und von hingebenster Neigung, konnte nicht wohl anders, als in dem heranwachsenden Sohne alle die Erfordernisse des

vollendeten Militärs zu befriedigen suchen, die bei ihm selber so hervorragend sich vereinigte. Er fand einen Moltke heraus, um dem jungen Offizier Prinz Friedrich Wilhelm als Adjutant zur Seite zu stehen, einen Graf Blumenthal, um ihm mit seinen Lehren und Rathschlägen behilflich zu sein.

Prinz Friedrich Wilhelm hat in zartester Jugend eine strenge Schule durchgemacht, sein Soldatenhandwerk ist ihm keineswegs leicht geworden, er ist als Kind wie ein erwachsener Rekrut gedrißt und vor allem ist ihm der Gehorsam scharf eingepägt worden. Ein strenges Pflichtbewußtsein nach oben und nach unten zeichnete ihn aus. Der leutselige Herr, als der er überall gilt, ist im Dienste stets von äußerster Strenge gewesen. Als er, 21 Jahre alt, die Führung der 6. Kompagnie des 1. Garde-Regiments zu Fuß erhielt, überwachte er nicht nur auf das pünktlichste die Exercitien, auch Montierungswesen, Beföstigung und Verhalten der Soldaten außerhalb des Dienstes kontrollierte er sehr gewissenhaft. Er hielt es durchaus nicht für zu geringfügig, den Unteroffizieren harte Vorwürfe zu geben, wenn die Stiefelsohlen eines Mannes der Kompagnie bei einer vom Prinzen unternommenen Revision nicht in Ordnung befunden wurden, wobei denn der Kompagnie-Chef die keineswegs durch Eleganz sich auszeichnenden Stiefel in die Hand nahm, um dem Unteroffizier an dem Gegenstande selbst seine Nachlässigkeit zu demonstriren. So erzählt uns der verstorbene Hofrath Schneider in seinem Buche über den Kronprinzen. Auf diese Weise hat Prinz Friedrich Wilhelm es mit seinem Dienste alle die militärischen Stufen hindurch gehalten, die er bis zum General-Lieutenant (am 1. Juli 1860) schnell nach einander erreichte. Schon im Jahr zuvor, bei der Mobilmachung während des Krieges

Frankreichs mit Oesterreich 1859, war er zum Kommandeur der 1. Garde-Infanterie-Division berufen. Das feste Vertrauen des Regenten und Vaters übertrug ihm damit eine verantwortliche Stellung. Jeden Augenblick konnte Preußen in den Krieg verwickelt werden. Es kam nicht dazu. Erst fünf Jahre später, 1864, sollte die Kraft Preußens auf eine blutige Probe gestellt werden. Der Kronprinz erhielt aber kein selbstständiges Kommando in dem dänischen Kriege. Man erzählt — und wir wiederholen es — seine Anwesenheit auf dem Kriegstheater sei diplomatischer Natur gewesen. Wie dem auch sein mag, der Kronprinz zeigte sich als Nichtkombattant den Soldaten überall als ein Muster. Er theilte, die kurze Peise im Munde und im schlichten Feldmantel, ihre Strapazen, watete mit ihnen durch Schnee und Schmutz, schlief mit ihnen bei grimmiger Kälte auf bloßer Diele, und hatte für die Ermüdeten, für den Verzagten noch einen Berliner Witz bereit. Von früh bis spät war er mitten unter ihnen. Vor allen waren es die Verwundeten, denen seine Theilnahme und Hilfe sich zuwandte.

Am 18. Mai 1864, also noch während des Krieges, wurde er zum kommandirenden General des 2. Armeekorps ernannt.

In dem Kriege von 1866 erscheint er sodann als Oberkommandirender der 2. Armee auf der Höhe seines Berufes. Seitdem sind glorreiche kriegerische Thaten, die dem neuen Reiche eine seiner Grundlagen verliehen, unlöslich mit dem Namen des Kaisers verknüpft. Sein Erscheinen zur vorbestimmten Stunde auf dem Schlachtfelde von Königgrätz hat den hinüber und herüber schwankenden Erfolg, in großer Entscheidung, an unsere Fahnen gebun-

den. Es war ein verhängnißvoller Tag, der 3. Juli 1866. Als der Prinz am späten Abend mit dem Könige zusammentraf, vergoß er heiße Thränen. Die Schrecken der Schlacht hatten ihn übermannt.

Die Tage der Ruhe, welche dem Kampfe von 1866 folgten, sollten nicht lange währen. Aufs neue zogen Wetterwolken² herauf, es folgte ein größerer, ein langwierigerer Krieg, in welchem aber der Norden und der Süden Deutschlands, welche vor Kurzem sich noch gegenüberstanden, jetzt Rippe an Rippe neben einander kämpften. Wie der deutsche Norden den starken Königssohn längst mit Stolz sein eigen nannte, so hießen nun auch die alten Gaue des Südens ihn in ihrer Mitte als den ihrigen freudig willkommen. „Unser Fritz“ war es, der mit seinen altpreussischen, schlesischen und hessischen Schaaren in den großen Julitagen von 1870 zuerst dem bedrohten Süden zu Hülfe eilte und gleichsam die Brücke schlug über den Main. Unter seinem Heergebot fochten Nord und Süd ihre ersten gemeinsamen Schlachten. Seine Hand brach den Lorbeer zur Morgengabe dem wieder erwachenden Reich. Wie die Stammburg seiner königlichen Ahnen im fernen schönen Schwaben gestanden, weit hinaus schauend in ein blühendes Land, sich fernhin den Blicken darbietend als starke Beste, so ist der Sohn Kaiser Wilhelms, des Wiederbegründers des deutschen Reiches, dem Süden in jenen Tagen eine Macht und Warte gewesen, auf welche unsere Landsleute jenseit des Mains seitdem mit Freude, Vertrauen und Zuversicht blicken. Die erste Siegesdepesche, welche von der Rampe des königlichen Palais in Berlin verlesen wurde, meldete die Erstürmung Weißenburgs durch die Truppen des Kronprinzen. Den weitem Antheil der Armee,

welche der Kronprinz führte, im Kriege bis zur Uebergabe von Metz, wurde vom König Wilhelm in dem Schreiben, welches er von Versailles aus unter dem 28. Oktober 1870 an den Kronprinzen richtete und durch welches er ihm die Feldmarschallswürde verlieh, in den folgenden Worten ausgedrückt: „Du hast an der Herbeiführung des Gelingens unserer schweren Aufgabe einen überaus wichtigen Antheil gehabt, indem Du die Campagne durch zwei Siege kurz nach einander eröffnetest: — dann durch Deinen strategischen Vormarsch die linke Flanke der Hauptarmee decktest, so daß diese gesichert zur Besiegung der Armee Bazaines schreiten konnte: — dann Dich mit Deinen Armeetheilen der großen Armee angeschlossen, um in die Operationen gegen Sedan einzugreifen und die großen Ergebnisse daselbst mitzuerkämpfen, und Du hast endlich jetzt die Zernirung von Paris — theilweise kämpfend — bewerkstelligt. Das alles zusammengenommen bezeichnet den großen, den glücklichen Feldherrn.“ So das autoritative Urtheil von höchster Stelle. Unserem Gemüthe wurde dieser Feldherr näher gebracht durch die Schilderung eines Untergebenen: „Neben dem König hat der Kronprinz vollen Theil an der Liebe und Begeisterung des Heeres. Ihm war vergönnt, mit einer Armee, welche fast alle süddeutschen Truppen einschloß, die ersten Siege zu erkämpfen und noch bei Sedan die Entscheidung herbeizuführen. In der schwierigen Stellung als Befehlshaber eines zum großen Theil nichtpreussischen Heeres hat er eine vortreffliche Art bewährt, die verschiedenen Elemente zu verbrüdern. Er hat seine Süddeutschen keineswegs mit besonderer Huld bedacht, als ob er um ihre Zuneignung werbe. Im Gegentheil, er hat ihnen zugemuthet, was sie irgend

leisten konnten, er hat den Befehlshabern ein ernstes Feldherrenurtheil nicht erspart, und er hat den Baiern im Anfange mehr als einmal gezeigt, daß er sich bei schwerem Dienst am meisten auf die Preußen verlasse. Aber durch die gemessene Haltung und Gerechtigkeit gewann er zuerst das vollste Zutrauen; daß er überall zum Siege führte, steigerte die Wärme; die herzvolle und ehrliche Freundlichkeit gegen die einzelnen that das übrige. Und ihm zumeist verdanken wir das brüderliche Verhältniß unter den Truppen und daß der Baier am liebsten mit dem Preußen Arm in Arm geht. Bei dem Kronprinzen vermag wohl selbst der Fernstehende zu beobachten, wie jenes persönliche Verhältniß des fürstlichen Feldherrn zum Soldaten in dem Gemüthe des Fürsten sich darstellt. Auch die Gemeinen sind ihm Kameraden für Leben und Tod, er spricht zu ihnen nicht herablassend und gnädig, sondern mit einem so deutlichen Ausdruck von persönlichem Antheil und mit Anflug von guter Laune, daß den Leuten jedesmal das Herz aufgeht. Ebenso ihm selbst. Es begegnete ihm, als er einem Gemeinen eine seltene militärische Auszeichnung überreichte, daß er in seiner Freude den Tapfersten unter den Tapferen beim Kopfe nahm und küßte. Es war durch einige Augenblicke lautlose Stille, den Leuten zitterten die Gewehre in der Hand. Aber nicht nur als Führer der Truppen erprobt hat sich der Fürst, auch für andere Interessen hämmert dieses eherne Jahr an dem reinen Metall seiner Seele. Er ist ein beherzter Mann, und er hat durch die Ruhe und muthige Zuversicht seines Wesens in dem Rathe der Aelteren eine sichere Bedeutung gewonnen. Möge uns allen einst zum Segen werden, was dieser Feldzug Gutes in ihm gereift hat.“

Dieser „große und glückliche Feldherr“ zeigte sich stets als ein Mann des Friedens. In der ersten Ansprache des Kaisers an sein Volk hat er es hervorgehoben, daß sein ganzes Bestreben sein würde, das Werk seines Vaters in dem Sinne fortzuführen, in dem es begründet wurde, Deutschland zu einem Hort des Friedens zu machen und die Wohlfahrt des deutschen Landes zu pflegen. „Unbekümmert um den Glanz ruhmbringender Großthaten werde ich zufrieden sein, wenn dereinst von meiner Regierung gesagt werden kann, sie sei meinem Volke wohlthätig, meinem Lande nützlich und dem Reiche ein Segen gewesen,“ heißt es in dem Erlass Sr. Majestät an den Reichskanzler. Als im Jahre 1867 die Luxemburger Frage spielte, gab es in Berlin Militärs, welche sagten, der Kampf mit Napoleon sei unvermeidlich, werde derselbe von Preußen jetzt nicht aufgenommen, so werde er diesem in wenigen Jahren, wenn Napoleon seine Rüstungen vollendet habe, aufgedrängt, aber dann seien die Chancen minder günstig. Bismarck war nicht dieser Meinung. Denn jedes Jahr, so sagte er, welches für den Frieden gewonnen wird, vermehrt die Aussicht auf dessen dauernde Erhaltung und mindert die Gefahr, daß es wirklich zum Kriege kommen werde. Auf seiner Seite aber stand Kaiser Friedrich, der zu jener Zeit, also vor 20 Jahren, zum ersten Präsidenten der Reichstages, zu Simson sagte: „Sie haben den Krieg nicht gesehen; hätten Sie ihn gesehen, so würden Sie das Wort nicht so ruhig aussprechen. Ich habe den Krieg erfahren und ich muß Ihnen sagen, es ist die größte Pflicht, wenn es irgend möglich ist, den Krieg zu vermeiden. In der That, Krieg zu machen ist eine furchtbare Verschuldung. Sogar wenn ein Staatsmann die

Nothwendigkeit des Krieges vorausieht, darf er ihn nicht künstlich herbeiziehen, sonst heißt das Gott versuchen. Aber den Krieg, wenn er kömmt, erwarten und bestehen, das ist Mannespflicht. In jenem Falle ist die öffentliche Meinung und der Himmel mit uns.“

Der „ewige Friede“ ist das freimaurerische Ideal des Kaisers Friedrich III. Zum Neujahrsfeste 1888 ging ihm nach San Remo nachstehendes Glückwunschtelegramm des Großmeisters der italienischen Freimaurer zu: „Sr. Kaiserl. Hoheit dem Kronprinzen des deutschen Reiches in San Remo. Im Namen des Großorientes von Italien und sämmtlicher italienischer Logen bringe ich Ew. Kaiserl. Hoheit Gratulation und heiße Wünsche der Genesung dar. Empfangen Sie den Ausdruck dieser Gefühle der italienischen Freimaurerei, welche im Verein mit der Familie der Freimaurerei der ganzen Welt, insbesondere mit den mächtigen deutschen Logen, deren Protektor Ew. Kaiserl. Hoheit ist, an der Erhaltung des Friedens unter allen Völkern mitwirkt, dem einzigen Mittel, um den Triumph des menschlichen Ideals zu erreichen.“ Der Kaiser Friedrich ließ dem Großmeister der italienischen Logen durch deren Vertreter bei der Großen Landesloge in Berlin, Professor Schottmüller, nachstehende Antwort zugehen: „Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit, der Kronprinz des deutschen Reiches und von Preußen, hat geruht mich zu beauftragen, Ihnen seinen herzlichsten Dank für die ihm zum neuen Jahre im Namen des Großorientes von Italien und der sämmtlichen italienischen Logen telegraphisch nach San Remo übermittelten Glückwünsche zugehen zu lassen, Glückwünsche, welche in klarer Weise auf den Triumph des menschlichen Ideals hinweisen.“

Graf Moltke sagt bekanntlich: „Der ewige Friede ist ein Traum und zwar nicht einmal ein schöner Traum. Der Krieg ist ein Element der von Gott eingesetzten Ordnung. Die edelsten Tugenden des Menschen entfalten sich daselbst: der Muth und die Entfagung, die treue Pflichterfüllung und der Geist der Aufopferung; der Soldat giebt sein Leben hin. Ohne den Krieg würde die Welt in Fäulniß gerathen, und sich im Materialismus verlieren.“

* * *

Ein englischer Plan, der den friedfertigen Kaiser Friedrich in Konflikt mit Rußland gebracht hätte, sollte es sein, seine Tochter, die Prinzessin Victoria, mit dem Großfürsten Alexander von Battenberg zu verbinden. Dieser Plan wurde in Berlin von der Kanzler-Partei so gekennzeichnet: „Vor zwei Jahren wollten bei uns viele Leute um des vertriebenen Fürsten Alexander von Bulgarien willen Deutschland in einen Krieg mit Rußland verwickeln. Es ist heute die Ueberzeugung aller politisch geschulten Patrioten in Deutschland, daß wir damals nicht die Interessen Deutschlands, sondern die Englands gegen Rußland vertreten haben würden, wenn wir uns nach dem Wunsch der Herren Richter und Windthorst in einen orientalischen Krieg verwickelt hätten. Gleichwohl wurde damals Fürst Bismarck von Hoch und Niedrig bezüchtigt, das Prestige Deutschlands zu Gunsten desjenigen Rußlands abgetreten und sich zum Vasallen des Zaren erniedrigt zu haben. Und genau dasselbe lesen wir auch heute wieder in und zwischen den Zeilen der Oppositionspresse. Die Hoffnung, daß die Freisinnigen und deren Verbündete etwas zu lernen oder zu vergessen im Stande seien, ist eine vergebliche gewesen und statt mit den Zwecken der vaterländischen

Politik zu wachsen sind diese Leute nur immer kleiner geworden.

„Im Grabe noch beschimpfen sie den dahingeshiedenen großen Kaiser, der mit seiner letzten Bitte um Rücksicht auf Rußland und auf die Stimmung und Verstimmung des Zaren nicht den Beweis gegeben hat, daß er sich als Vasall Rußlands fühle, oder der russischen Politik die Schleppe getragen wissen möchte, sondern der damit das deutsche Interesse in staatsmännischer Weise wahrnahm, indem er verhüten wollte, daß wir einen Schritt thäten, der, wenn wir ihn anders als aus unserem dringendsten nationalen Interesse thäten, vom Uebel wäre. Würden wir Rußland provozieren, so müßten wir auch die Konsequenzen dieses Beginnens auf uns nehmen, oder aber wir würden thatsächlich die Satelliten Rußlands werden, was wir nicht sind. Denn unsere heutige Stellung Rußland gegenüber ist eine vollständig freie und unabhängige. Sie ist es nicht zum letzten um deswillen, weil unsere Politik im Orient vollständig den Standpunkt der Interesselosigkeit festhält. Unsere Politik steht darum in gleichem Ansehen wie bei Oesterreich, der Türkei, Rumänien, Italien, auch bei Rußland. Dieser mühsam durch die Staatskunst Kaiser Wilhelms und des Fürsten Bismarck errungene und von der einsichtigen Mehrheit der nationalen Bevölkerung Deutschlands rückhaltlos gebilligte Standpunkt würde vollständig verrückt werden, wenn der Battenberger der Schwiegerjohn des Deutschen Kaisers würde. Das weiß England, und deshalb will es die Vermählung des Battenbergers mit der Tochter des Kaisers. Wir aber wollen frei bleiben, wie von russischem, auch von englischem Joche. Die Knochen eines pommerischen Landwehrmannes sind uns noch heute, trotz

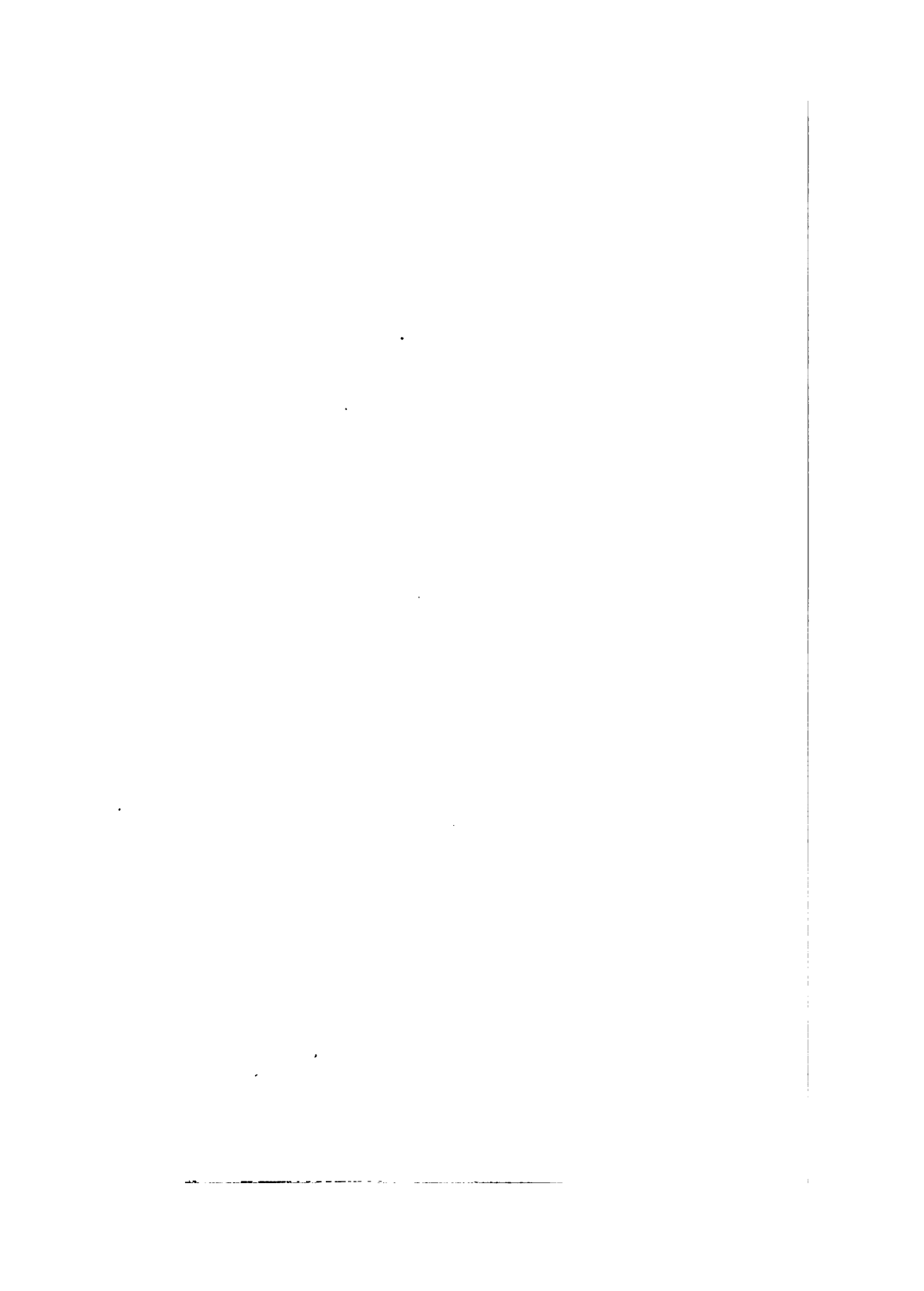
unserer gesicherteren Machtstellung, viel zu theuer, als daß wir sie anders, als im dringendsten nationalen Interesse auf das Spiel setzen. Sollte dies früher oder später nach irgend einer Seite trotz unserer friedfertigen Haltung nöthig werden, so tragen diejenigen die Verantwortung, die uns zum Kriege gebrängt haben, niemand sonst. Kaiser Wilhelm hatte den Plan der Verbindung des Battenbergers, des „Rebellen,“ wie er ihn nannte, mit der Prinzessin Victoria weit von sich gewiesen. Er mußte daher erst todt sein, ehe der englische Plan wieder aufgenommen werden konnte, und „sollte die Hochzeitsfackel zur Kriegsfackel“ werden. Fürst Bismarck unterbreitete die politischen Gründe, welche gegen die Verleihung eines preußischen Armeecorps und des Ordens pour le mérite an den Battenberger und die Vermählung des also ausgezeichneten Prinzen mit der Prinzessin Victoria sprechen, zugleich mit seinem Eventual-Entlassungsgesuch dem Kaiser in einer Denkschrift von 30 Seiten und einem Nachtrag zu derselben“. „Der tragische Regierungsantritt des Kaisers Friedrich — schrieb ein andres Blatt — hat plötzlich zu einer um so dramatischeren und peinlicheren Lage geführt als dieselbe durch das Element verschiedener starker weiblicher Willenskräfte verwickelt wird, mit denen Fürst Bismarck nie vorher so direkt, zusammengestoßen ist.“

Mit diesen „weiblichen Willenskräften“ soll sich das nächste Kapitel beschäftigen.



Hohe Damen.







Kaiserin Viktoria trat als Kronprinzessin in Berlin in einen Kreis ein, in dem noch der langjährige Gegensatz zweier hoher Damen heftig nachzitterte. Die Königin Elisabeth, die Gemahlin des Königs Friedrich Wilhelm IV., und die Prinzessin Augusta, Gemahlin des Prinzen von Preußen, vertraten zwei entgegengesetzte Elemente, das russische und das englische. Die Verstärkung des letzteren durch die Kronprinzessin war eine Herausforderung des ersteren. Der Königin Elisabeth, der erklärten Russenfreundin, gegenüber wollte der König vor und in dem Krim-Krieg absolute Neutralität beobachten und begegnete deshalb auch dem englischen Botschafter Lord Bloomfield zuvorkommend und höflich. Die Königin aber verletzte mehr als einmal die Rücksichten der Courtoisie. Im März 1854 gab Lord Bloomfield zu Ehren der Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Strelitz einen Ball, zu welchem auch das königliche Paar erwartet wurde, da es die Etiquette in Preußen vorschreibt, daß der Hof jeder Fête beizuhöhe, welche zu Ehren eines Mitgliebes der könig-

lichen Familie veranstaltet wird. Bei dem Diner vor dem Balls fragte der König die Königin, um welche Stunde sie zu den Bloomfield's gehen wolle. Ihre Antwort war: „sie sei überhaupt noch nicht entschlossen zu gehen.“ Darauf sagte der König: „Du mußt!“ Die Majestäten kamen um 10 Uhr auf den Ball, der englische Botschafter empfing sie mit seiner Gemahlin bei der Thür des Treppenhauses. Die Königin nahm den Arm des Botschafters, die einzige Bemerkung aber, die sie machte, war: „Ihre Treppe ist sehr steil, Mylord.“ Lady Bloomfield wurde während des Abends von ihr vollständig ignorirt, als wäre sie garnicht vorhanden gewesen. Der König wollte über das Souper beim Botschafter bleiben, die Königin aber wünschte das Fest früher zu verlassen und stand in ihrem Mantel auf der obersten Stufe der Treppe, wo sie den König erwartete; sie sendete dreimal Boten nach ihm, so daß er schließlich gezwungen war, sich ihrem Willen zu fügen.

In der vornehmen Gesellschaft Berlins gab es mehr Feinde als Freunde Englands, so daß es der Botschafter sogar unterließ, das offizielle Diner am Geburtstage der Königin Viktoria zu veranstalten, da es wie Spott ausgehen hätte, die Gegner einzuladen, das Glas auf die Gesundheit der britischen Majestät zu erheben. Der König aber veranstaltete wie gewöhnlich das Diner zur Feier des Geburtstages der Königin Victoria und am 14. Mai in Potsdam. Er brachte in englischer Sprache und in herzlicher Weise den Trinkspruch aus. Nach dem Diner begab sich der König mit Lord Bloomfield auf die Terrasse, die Königin aber wollte ihn „schlimmen Einflüssen“ entziehen und erschien sofort mit der Frage, mit welchem Eisenbahnzuge die

Gäste nach Berlin zurückkehren mußten. Als sie hörte, daß dies der Fünf-Uhr-Zug sei, wendete sie sich an den König mit der Bitte, Lord Bloomfield zu entlassen, da derselbe sonst nicht rechtzeitig zum Bahnhof gelangen könnte.

Im Mai 1855 hatte Lady Bloomfield eine Begegnung mit der Prinzessin Augusta von Preußen. Letztere bemerkte, sie hätte dringend gewünscht, die Lady noch einmal zu sehen, ehe sie (die Prinzessin) Berlin verlasse, um ihr zu versichern, wie unveränderlich ihre Freundschaft für die Königin (von England) sei, auch wolle sie ihr erzählen, welchen Trost sie aus der Konfirmation ihrer geliebten Tochter geschöpft, die kurz vorher stattgefunden hatte; inmitten so vieles, das peinlich und schmerzlich auf politischem Gebiete im Augenblicke sei, könnte nur ihr festes Vertrauen auf Gott und die Unterwerfung unter seinen Willen Frieden und Ruhe geben. „Die Prinzessin sah sehr angegriffen aus,“ schreibt die Lady Bloomfield in ihren Memoiren, „jedes Mal, wenn sie nach Berlin kam, wurde ihre Stellung peinlicher und schwieriger. Ihr starkes Gefühl für Preußens wirkliche Interessen, ihre tiefwurzelnde religiöse Ueberzeugung, ihre Anhänglichkeit an England ließ sie die Politik des Hofes beklagen, die sie als verderblich für ihr geliebtes Vaterland ansah; ihre vornehme Natur erschrak vor den Intriguen und unlauteren Mitteln, mit denen man den König zu beeinflussen und gegen die Westmächte zu erbittern suchte.“

An einem Geburtstage der Königin, zu dessen Feier Lord und Lady Bloomfield nach Potsdam geladen waren, überbrachte der erstere einen eigenhändigen Brief der Königin Viktoria an die Prinzessin Augusta, der gerade im günstigen Moment kam. Die Prinzessin bat vor Tisch den König um einige

Minuten Gehör und las ihm den Brief der Königin vor, worüber sich dieser sehr befriedigt zeigte. Der König und die Königin verließen Potsdam nach der Mahlzeit, die Bloomfields kehrten in demselben Zuge mit dem Prinzen und der Prinzessin von Preußen nach Berlin zurück, und die letztere wünschte, die Lady noch einige Augenblicke im Wartezimmer zu sprechen. Sie erzählte ihr von ihrer Unterhaltung mit dem Könige und las ihr einige Stellen aus Königin Viktoria's Briefe vor. „Nichts konnte die Liebenswürdigkeit und Herzlichkeit ihres Benehmens gegen uns persönlich übertreffen,“ schreibt die Lady Bloomfield, „und als ich mich verabschiedete, sagte sie, es sei ihr ein Vergnügen und eine Erleichterung gewesen, mir gegenüber ihren Gefühlen und Meinungen Ausdruck zu geben, und setzte hinzu: „Wir sehen uns nur von ferne, liebe Lady Bloomfield, aber Sie kennen alle meine Gefühle und werden sie verstehen.“ Ich konnte nicht umhin, zu erwidern, daß es bei unserer peinlichen und schwierigen Stellung uns ein großer Trost gewesen, zu wissen, daß wir eine so gütige und treue Freundin, wie Ihre königliche Hoheit, besäßen, und daß wenigstens eine Persönlichkeit uns und unser Land verstehe. Die Prinzessin antwortete sofort: „Sagen Sie nicht eine Person, sondern lieber zwei, denn seien Sie fest überzeugt, daß mein Gatte alle meine Empfindungen für Sie und England theilt.“

In diese so gespaltene Berliner Gesellschaft trat die Kronprinzessin Victoria als ein fremdes Element ein, dem der russisch gesinnte Bestandtheil polarisch sich gegenüber stellte. Aber es gab auch noch andere Gegensätze zu verschmelzen. Dr. Hinzpeter schreibt in seiner Jubelschrift zur silbernen Hochzeit des Kronprinzlichen Paares (1883): „Das

altpreussische Wesen, wie das junge Paar es in Berlin und Potsdam in voller Herrschaft vorfand, mit seiner kristallinischen Schärfe und Härte, wie sie seinem aufstrebenden Charakter geziemten, war auf diesem Gebiete zu Konzessionen so wenig geneigt, wie auf andern. Es verlangte unbedingte Unterwerfung unter seine eigenen Sitten und Gesetze und widerstrebte jedem Versuch, es selbst in Fluß zu bringen. Das unbegrenzte Selbstbewußtsein in der preussischen Gesellschaft und das ebenso unbegrenzte Selbstgefühl der jungen englischen Prinzessin sind sich da mitunter schroff begegnet; sie haben wenig wohlwollende Urtheile übereinander gefällt und die gegenseitigen Mißverständnisse sind leider so tief gedrungen, daß es ihnen noch heute nach fünfundsanzwanzigjährigem Verkehr schwer wird, gerecht gegeneinander zu sein. Lebhaft zu bedauern ist namentlich, daß hierbei, wie bei allem, was das Leben der Herrscherfamilien angeht, naturgemäß das physikalische Gesetz Platz greift, nach welchem Töne, oben in der Höhe laut geworden, in immer weiteren Kreisen ausklingen, immer undeutlicher werdend und immer weniger der Wirklichkeit entsprechende Vorstellungen und Empfindungen erweckend. Auf politischem Gebiete verlangte die bewußte Pflicht mit besonderer Strenge, alle Unterschiede, welche etwa in den Ansichten der beiden Generationen sich finden möchten — und verschiedene Generationen können naturgemäß nicht gleich denken und empfinden — sorgfältig zu verdecken, und mit bewundernswerther Konsequenz ist diese Pflicht erfüllt worden.“

Die englische und die preussische Politik gingen bald nach der Ankunft der Kronprinzessin in ihrer neuen Heimath mehr und mehr auseinander, bis der Kontrast in der schleswig-

holsteinschen Frage im Jahre 1863 sogar mit einer kriegsrischen Lösung drohte. Es konnte nicht fehlen, daß die Kronprinzessin bei ihrem hohen, fast männlichen Interesse für die Politik, das der Vater in ihr erweckt hatte und das er nach der Trennung von der Tochter fortfuhr in ihr zu erhalten und zu stärken, mindestens nicht mit Gleichgültigkeit auf den Bruch zwischen ihrem alten und ihrem neuen Vaterlande blickte; daß an ihre Parteinahme sich mindestens ein lästiges Bleigewicht hing. Und der Prinz-Gemahl von England, obwohl er den Ausbruch des dänischen Krieges nicht mehr erlebte, hielt mit seinem scharfen Tadel der preussischen Politik in den Briefen an die Tochter keineswegs zurück, er schrieb nicht in sehr veröhnlichem Tone. Die Harmonie, die zwischen dem Prinzen Wilhelm von Preußen und dem Prinzen Albert von Großbritannien viele Jahre bestanden und in einer reichhaltigen Korrespondenz sich ausgedrückt hatte, verschwand allmählig, nachdem der Prinz Wilhelm als Regent vor konkrete Fragen gestellt wurde. Die Kronprinzessin unterhielt sich mit ihrem Vater schriftlich nicht bloß über den Werth von Konfordinaten, über Ministervorantwortlichkeit u. s. w., sondern auch über auswärtige Fragen, und hier ließ Prinz Albert seiner Unzufriedenheit mit Preußen gegen die Tochter ziemlich zwanglos die Zügel schießen. Er nannte die Politik seines intimen Freundes, des Prinzen Wilhelm, in der italienischen Frage eine „furchtjame und unentschiedene, wie gewöhnlich“ (1859). Er tabelte die mit Baden-Baden (Zusammenkunft des Prinz-Regenten mit Napoleon) getriebenen Geheimnißkrämerei u. dergl. m.

Das Gefühl der jungen Prinzessin für ihr neues

Waterland wurde gerade in der ersten Zeit schwer auf die Probe gestellt. Aber wie begeistert, wie assimilirt erschien sie dem Preußenthum bei der Krönung in Königsberg im Oktober 1861. Dieselbe ging mit dem größten Pompe, den die Welt seit lange gesehen, von Statten. Der Eindruck auf die Botschafter war ein mächtiger. Die Kronprinzessin gab ihrer Mutter am nächsten Tage eine lebhafteste Schilderung von der Feierlichkeit. „Es war in der That ein prachtvoller Anblick — schreibt sie — der König (Wilhelm) sah so schön und so edel aus mit der Krone auf dem Haupte; es schien ihm alles so gut zu stehen. Auch die Königin sah schön aus und führte Alles, was sie zu thun hatte, mit vollkommener Grazie aus und sah sehr vornehm aus. Der Augenblick, als der König die Krone nahm, war sehr ergreifend. Ich glaube, es gab kaum ein trockenes Auge in der Kirche.“ Lord Clarendon seinerseits wußte nicht genug die Haltung der Kronprinzessin zu bewundern. „Der hervorragende Zug bei der Ceremonie war die Art, in welcher die Prinzess Royal dem Könige ihre Huldigung darbrachte. Ich weiß nicht, wie ich Ev. Majestät die ausgesuchte Grazie und die innerste Bewegung, mit der Ihre königliche Hoheit ihren Gefühlen bei dieser Gelegenheit Ausdruck gab, schildern soll. Viele ältere und jüngere Männer als ich, die nicht das Interesse wie ich, an der Prinzess Royal hatten, waren gleich mir ganz unfähig, ihre Gemüthsbewegung zu unterdrücken bei dem, was so rührend war, weil so unbeabsichtigt und aufrichtig.“ Auch Lord Granville schrieb an den Prinz-Gemahl aus Berlin: „Jeder, der mit mir gesprochen hat, stimmt darin überein, daß die Verbeugung der Kronprin-

zessin vor dem Könige einer der anmuthigsten und rührendsten Anblicke war, die man je gehabt.“ Vornehmlich konnten die englischen Berichterstatter nicht genug die Klugheit und den Scharfsinn der Kronprinzessin rühmen. Lord Clarendon war erstaunt „über die staatsmännischen und umfassenden Ansichten, die Ihre Königl. Hoheit über die äußere und innere Politik Preußens, sowie über die Pflichten eines konstitutionellen Königs sich gebildet hatte.“ Er war erstaunt und erfreut über die Beliebtheit, deren sich die Prinzessin bei allen Klassen erfreute. Jedes Mitglied der Königlichen Familie habe von ihr in Ausdrücken der Bewunderung gesprochen und er habe zu erfahren Gelegenheit gehabt, wie stark die Zuneigung „gebildeter und aufgeklärter“ Leute für Ihre Königl. Hoheit sei.

Im Januar 1860 hatte die Prinzessin aus Anlaß der um diese Zeit von Baiern, Württemberg und Baden abgeschlossenen Konkordate mit Rom den Vater und seine Ansicht über solche Abkommen gebeten und er darauf geantwortet:

„Auf Deine Frage — schreibt er — ob es für einen Staat richtig und nützlich ist, mit dem Papst ein Konkordat abzuschließen — antworte ich mit einem sehr nachdrücklichen „Nein!“

„Die katholische Kirche behauptete und behauptet noch ein Recht der unbeschränkten Suprematie über den Staat, und will sich weder einer Beschränkung durch den Staat unterwerfen, noch eine Abhängigkeit von ihm anerkennen. Der Staat behauptet seine eigene Oberherrlichkeit über seine eigenen Unterthanen. Gut! Aber in katholischen Staaten ist die Kirche Staatskirche; daher der Zwiespalt, der zu einem Prinzip

eingewurzelt, unversöhnlich ist. In der Praxis hat es sich ergeben, daß die Kirche bei ihren Versuchen zur Usurpation dem Volkswiderstand nicht gewachsen war. Ihre Zwangsmittel waren nicht stark genug, das Volk zur Unterwerfung zu bringen und es darin zu erhalten und daher bedurfte sie des Armes des Staates, um ihre Dekrete anerkannt und in Kraft gesetzt zu sehen. Für diese weltliche Hülfe, zu welcher sie den Staat aufrief, erlaubte sie dem Staat, ihr einige Schranken zu ziehen und einigen Antheil an ihrer Verwaltung zu nehmen, z. B. bei der Ernennung der Bischöfe, bei Erlaß von Verordnungen und der Gestaltung der kirchlichen Politik. So war es vor Alters, so ist es seit einigen Jahren wieder in den katholischen Ländern. Jetzt muß jedoch Jedermann erkennen, daß die Art ihres Vorgehens sich ganz und gar geändert hat. Die Suprematie, auf welche die Kirche einen Anspruch erhebt, den sie jedoch nicht erzwingen kann, bewirkt und erhält sie durch den Staat, dessen Obergewalt sie verwirft, indem sie ihm nur nominelle Vorrechte bewilligt, die ihm keine thatsächliche Kontrolle über die Kirche sichern. Auf diese Weise wird der Staat Diener der Kirche, und die Kirche bewahrt sich einen Groll gegen den Staat, weil er sich in ihre Verwaltung einmischt; eine Einmischung, die sie aus Prinzip verwirft und praktisch nur erträgt, weil sie friedliebend (?) und sanftmüthig (?) ist und nicht nach Macht strebt!

„Aber wie steht es denn in einem protestantischen Lande? Hier befindet sich die katholische Kirche nicht blos in der Stellung, einen bestrittenen Anspruch auf Suprematie zu erheben, sondern ist überdies mit der göttlichen Mission betraut, die jetzt bestehende kegerische Kirche zu zer-

stören und das Volk zu dem wahren Glauben zu bekehren. Die Macht, welche sie in diesem Fall von dem weltlichen Arm mittelst eines Konkordats borgt und empfängt, ist daher nicht nur ein Werkzeug, das Volk zu beherrschen, sondern auch die protestantische Bevölkerung zu bekehren und die protestantische Kirche zu vernichten als eine Kirche, welche falsch und usurpatorisch ist. Sie kann der Einmischung des protestantischen Souveräns in die Regierung der katholischen Kirche auf Grund von Gegenkonzeptionen nicht zustimmen; daher bleibt selbst das Aequivalent, so nichtig es ist, welches sie einem katholischen Staate bewilligt, ganz und gar bedeutungslos. Welche Thorheit ist es deshalb von einer protestantischen Regierung, sich selbst Fesseln anzulegen und die eigenen Waffen der katholischen Kirche auszuliefern!

„Das Einzige, was ein protestantischer Staat thun kann, ist, seinen Stand auf seinem eigenen Grundprinzip, nämlich auf der Gewissensfreiheit, zu nehmen. Möge er dann die katholische Kirche von jeder Kontrolle und jeder Einwirkung der gemischten bürgerlichen und kirchlichen Autorität, welche katholische Staaten heucheln, frei lassen, aber ihr zu gleicher Zeit kein Jota seiner eigenen Macht zur Verfügung stellen. Sollte die katholische Kirche ihre Gemeinde bedrücken, so ist das für beide Theile Sache eines Konkordats. Aber der Staat sollte sich nicht an einem kleineren Akt der Unterdrückung betheiligen, um seine Unterthanen gegen einen größeren zu schützen, und sich so der Ungerechtigkeit schuldig machen. Die Unterdrückten werden sich schon selbst helfen, und die Kirche, auf ihre eigenen Hilfsquellen angewiesen, wird schon wissen, was sie thut. Schreitet sie zu äußersten Maßregeln, werden ihre Unter-

thanen vermuthlich Protestanten werden. Ist andererseits Bedrückung nach ihrem Geschmac, so möge man sie sich derselben erfreuen lassen. Bei solcher Lage der Dinge ist die Verfolgung der Protestanten durch die katholische Kirche einfach unmöglich, denn sie hat sich zu diesem Zwecke stets des Staates bedient und da dieser protestantisch ist, wird er sich niemals dazu hergeben, was selbstmörderisch sein würde.“

Dieser Brief kennzeichnet zur Genüge den Standpunkt, von welchem aus der Prinz-Gemahl kirchliche Dinge betrachtete; Cavour's „freie Kirche im freien Staat“ war damals das Losungswort der liberalen Politiker.

Um die Mitte des Dezembers 1860 erhielt der Prinz-Gemahl ein Memorandum, welches die Prinzessin Victoria über Ministerverantwortlichkeit niedergeschrieben hatte, in der Absicht, damit die Befürchtungen zu zerstreuen, welche am preussischen Hofe hinsichtlich der Nützlichkeit eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes vorwalteten.

Das Memorandum der Prinzessin erregte die Bewunderung Aller, welche davon Einsicht nehmen durften; „denn es war mit einer solchen Klarheit und Schärfe der Beobachtung geschrieben, daß es als eine bemerkenswerthe Arbeit eines erfahrenen Staatsmannes hätte gelten können.“ Prinz Albert war natürlich ganz besonders über diese Abhandlung seiner Tochter erfreut, erkannte er doch darin die Frucht seiner Bemühungen, die zukünftige Königin von Preußen in liberalen politischen Ansichten erziehen zu haben. „Es würde Ihr Herz erfreut haben“ — schreibt er an Baron Stockmar. Der Prinzessin Victoria gab er folgende Antwort:

„Schloß Windsor, 18. Dezember 1860. Dein Brief mit dem Memorandum, das Ministerverantwortlichkeits-Gesetz betreffend, hat mir große Freude bereitet. Ich sende das Memorandum zurück, aber habe eine Abschrift davon für mich behalten. Es ist auffallend klar und vollendet und gereicht Dir zur größten Ehre. Ich stimme jedem Wort darin bei und ich bin sicher, daß es Jedermann überzeugen muß, welcher der Ueberzeugung durch gesunde Logik zugänglich und dazu bereit ist, der Forderung gesunder Logik zu folgen“.

„Die Idee, daß die Verantwortlichkeit seiner Rathgeber des Monarchen Ansehen und Würde schädige, ist ein vollkommener Irrthum. Wir haben hier kein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz aus dem einfachen Grunde, weil wir keine geschriebene Verfassung haben, aber diese Verantwortlichkeit geht als eine logische Nothwendigkeit von der Würde der Krone und des Souveräns aus. „Der König kann nicht Unrecht thun,“ lautet das gesetzliche Axiom und daraus folgt, daß irgendwer verantwortlich sein muß für des Königs Maßregeln, wenn diese dem Gesetze zuwider und der Wohlfahrt des Landes nachtheilig sind. Hier sind die Minister nicht verantwortlich als Minister, d. h. als Beamte (als solche sind sie der Krone verantwortlich), aber sie sind dem Parlament und dem Volke verantwortlich, oder dem Lande „als Rathgeber der Krone“. Jeder einzelne von ihnen mag der Krone rathen und was er thut, ist für den Rath, den er gegeben, dem Lande verantwortlich. Die sogenannte „Verpflichtung der Rechenschaftsablegung“ (accountability) der Minister gegenüber dem Parlament entspringt keinem abstracten Prinzip der Verantwortlichkeit, sondern der

praktischen Nothwendigkeit, kraft deren sie die Zustimmung des Parlaments zur Gesetzgebung und zur Steuererhebung erlangen und, was die Hauptsache dabei ist, sich sein Vertrauen bewahren. In der Praxis sind die Minister verpflichtet, einzustehen für die Art und Weise, in der sie die Gesetze gehandhabt haben, welche sie im Verein mit dem Parlament gemacht haben, und für die Art, wie sie die Gelder verwendet haben, welche für bestimmte Zwecke votirt worden sind. Sie sind verpflichtet, Aufklärungen zu geben, ihr Vorgehen zu rechtfertigen, verständige Skrupel zu befriedigen, und die Antwort: „Wir haben als pflichtgetreue Diener dem Souverän Gehorsam geleistet,“ kann nicht angenommen werden. Die Frage ist: „Habt Ihr aus Ueberzeugung gehandelt oder nicht?“ — „Habt Ihr dies nicht, so seid Ihr schlechte Diener der Krone, welche rathen und thun, was sie für unrecht oder ungerrecht ansehen, in der Absicht, Euch Eure warmen Sitze zu erhalten, oder die Gunst des Souveräns zu gewinnen.“ Und ist dies der Fall, entzieht ihnen das Parlament sein Vertrauen.

„Darin liegt die ministerielle Macht, vor der sich Souveräne so sehr fürchten. Sie können erklären: „Wir werden dies oder jenes nicht thun, was der Souverän wünscht, weil wir dafür nicht verantwortlich sein können.“ Aber warum soll der Souverän hierin Etwas erblicken, um besorgt zu sein? Für ihn ist dies in Wahrheit die beste Sicherheitswache. Ein wirklich treuer Diener sollte nichts thun, wofür er nicht die Verantwortlichkeit übernehmen kann, wenngleich sein Herr es wünscht. Diese praktische Verantwortlichkeit ist von dem äußersten Vortheil für den Souverän. Mache Unabhängigkeit und nicht Untermwürfigkeit zu dem Wesen

des Dienstes, und Du nöthigst den Minister, sein Gewissen vor dem Souverän rein zu erhalten, Du adelst seinen Rath, Du machst ihn rechtschaffen und patriotisch, während Augendiener, die ergebenen Werkzeuge für des Monarchen weitgehendste Wünsche und Befehle, ins Verderben führen und geführt haben.

„Aber auf das Verantwortlichkeits-Gesetz zurückzukommen. Dasselbe sollte in der That eine Schutzwache für das Gesetz selbst sein. Als solches ist es in England überflüssig, wo Gesetze regieren und wo es Niemanden einfallen würde, daß es anders sein könnte. Aber auf dem Kontinent ist es von der höchsten Wichtigkeit, wo die Regierung ein Produkt der Verbindung von Suprematie und Subordination zwischen dem Souverän und dem Unterthan ist und der Diener, in dieser Verbindung entsprechenden Ideen erzogen, nicht weiß, wem er gehorchen soll — dem Gesetz oder dem Souverän — das Vorhandensein eines solchen Gesetzes würde ihn der Entschuldigung berauben, welche er, im Fall er das Gesetz verletzen und eines Verbrechens schuldig sein sollte, sofort zur Hand hat: „Der Souverän befahl es so — ich habe blos Gehorsam geleistet,“ während es für den Souverän ein Schutz dagegen ist, daß seine Diener, wenn eines Verbrechens schuldig, nicht im Stande sind, ihm die Schuld dafür aufzubürden.

„Jede Ueberschreitung des Gesetzes ist dem Gesetze nach ein Verbrechen. Die Verfassung eines Staates ist des Staates Grundgesetz, auf dem alle anderen Gesetze beruhen. Wie nun der Staat gewisse Strafen für Mord, Diebstahl, Meineid vorschreibt, so sind diese nur gegen Ueberschreitung individueller Gesetze gerichtet. Aber warum sollte es in der

Macht Jemandes liegen, sich anzumaßen, daß die Ueberschreitung des Staatsgrundgesetzes ungestraft bleiben und die Ueberschreiter in dem bloßen Willen des Souveräns Schutz finden sollen? Laß dies geschehen, und bald muß Gesetz und Gerechtigkeit zu Grunde gehen.

„Und nun ein Wort über die patriarchalischen Beziehungen der Könige zu ihren Völkern und über persönliche Regierung. (Die Prinzessin hatte in dem Memorandum von dem Einwand gesprochen, der gemacht werde, „daß das patriarchalische Verhältniß, in dem die Monarchen früherer Zeiten zu ihren Völkern gestanden haben, dem konstitutionellen System vorzuziehen sei, welches die Minister zwischen Souverän und Volk stellt.“) Das patriarchalische Verhältniß ist dem idyllischen Leben der arkadischen Schäfer sehr ähnlich, eine Rebefigur und weiter nichts. Es war die Modephrase einer historischen Uebergangsperiode.“ Der Prinz erwähnt noch kurz, daß die Monarchen des Mittelalters, Oesterreichs, Frankreichs einem patriarchalischen Verhältniß wenig ähnlich waren. Dieses Verhältniß sei eifrig in den kleinen deutschen Staaten entwickelt worden, wo die Souveräne wenig mehr als Großgrundbesitzer waren. Es schwand vor der Voltaire'schen Philosophie unter Friedrich II., Joseph II. und Ludwig XVI., wurde durch die französische Revolution über den Haufen geworfen und endlich durch den Militärdespotismus Napoleons ausgerottet. Nachdem Prinz Albert der konstitutionellen Bestrebungen in den Jahren 1813—15 und der Reaktion gegen dieselben gedacht, fährt er fort: „Noch einmal wurde das patriarchalische Verhältniß gefördert durch den Sentimentalismus der Rokebueschule, und von den betrogenen Völkern wurde verlangt, gute Kinder zu werden,

weil die Fürsten sich selbst gute Väter nannten. Die Juli-Revolution und alles, was seitdem stattgehabt hat, zeigt zur Genüge, daß die Völker die Rolle von Kindern weder spielen wollen, noch können.“ Auf die persönliche Regierung absoluter Souveräne Bezug nehmend, erklärt der Prinz dieselbe für „eine reine Illusion.“ Der Souverän sollte sich nicht um Details bekümmern, sondern nur eine allgemeine Oberaufsicht ausüben und die Befestigung der Grundsätze im Auge behalten, auf denen die Staatsverwaltung basirt wird. Das könne er aber nur thun, wenn er verantwortliche Minister habe; ein persönlich regierender Souverän könne es nicht.

Nach Empfang der ausführlichen Antwort ihres Vaters auf ihr Memorandum schickte ihm die Prinzessin Victoria einen Artikel der „Kreuzzeitung“ über die Monarchie, in welchem Freiheit und Ordnung in politischen Gegensatz gestellt wurden. Der Prinz bemerkt dazu, daß man die Idee von der „Majestät des Gesetzes“ auf dem Continent nicht verstehe, vermuthlich weil das Volk für sich selbst eine todte Sache, wie die höchste Gewalt, nicht verwirklichen könne, und nach der persönlichen Gewalt in der Regierung oder im Volke suche. Und doch seien Tugend und Moralität auch todte Dinge, welche dennoch ein Vorrecht und einen Beruf haben, die Menschen zu regieren — „göttliche Gesetze, nach denen unsere menschlichen Gesetze gebildet werden sollten.“

In Bezug auf die kirchliche Richtung der Kaiserin Victoria bemerkt Dr. Hinzpeter in seiner mehrerwähnten Schrift, es seien „die unverhohlene Bewunderung der mit allen Jugenderinnerungen der Prinzessin eng verknüpften englischen Kirche mit ihrer Doktrin, ihrem Kultus

und ihrer Geislichkeit, und eine markierte Verehrung etwa für die Denk- und Redeweise des in ihrem Vaterlande so hochgestellten Dean Stanley zur Abneigung gegen die preußische Landeskirche und ihre Vertreter oder gar gegen jede Kirche gestempelt worden. Während es doch sehr zu verwundern gewesen wäre, hätte die Prinzessin ihren Geschnack geändert. Beneiden doch selbst viele unter uns der englischen Kirche ihre Organisation und ihren Ritus, und gehören doch auch Liebenswürdigeit und herzogwinnesdes Wesen nicht immer zu den sonst so zahlreiehen Tugenden der protestantischen Geislichkeit. Und doch wären solche Tugenden gerade in diesem Falle sehr am Plage gewesen, wo es galt, ein zart besaitetes, streng kirchlich erzogenes, für Denken wie Glauben gleich empfängliches Gemüth für fremde, wenig ansprechnende Formen zu gewinnen“.

Bekannt ist der enge wissenschaftliche Verkehr, in dem die verstorbene Großherzogin von Hessen Alice mit dem berühmten freisinnigen Theologen David Strauß gestanden. Die Kronprinzessin Victoria fragte vor Jahren, als sie in Darmstadt weilte, bei Strauß an, welchen Gelehrten er ihr wohl in Berlin empfehlen könnte, der mit ihr in Beziehungen treten könnte, wie solche zwischen ihm und ihrer Schwester beständen, und der sie namentlich über alttestamentliche Fragen unterrichten könne. Strauß empfahl seinen Freund Batke und machte diesen mit dem Plane der Kronprinzessin Victoria bekannt. Batke schrieb nach Darmstadt zurück: „Meinem ganzen Wesen nach passe ich nicht zu hoher Gesellschaft. Der feine gemessene, jedes Wort abwägende Dialog meines geistig so hoch stehenden Freundes Strauß fehlt mir ja, ich bin unbehülflich und oft ungebunden . . .“

Am 28. Juni 1870 schrieb Strauß an Watte: „Du hast auf meinen Brief recht als ein weiser Mann geantwortet“, und Strauß hat nur noch, seine in jeder Art gute Meinung möchte nicht verkannt werden. Die Sache selbst war damit erledigt. Die Kronprinzessin mußte auf Watte verzichten.

An die Richtung des Studiums der Kaiserin Victoria erinnert der folgende Vorgang. Der englische Geologe Lyell wurde im Winter 1864 von der Kronprinzessin empfangen. Dieselbe zeigte sich dem berühmten Gelehrten gegenüber als durchaus vertraut mit den neuesten Ergebnissen der naturwissenschaftlichen Forschung; sie kannte Lyells „Principles of Geology“ und sein unter dem Einfluß Darwins entstandenes Buch „The Antiquity of Man“. Er hatte mit ihr eine lebhafte Unterhaltung über den Darwinismus. Er spricht von ihr als „der würdigen Tochter ihres Vaters“. „Sie war ganz au fait — schreibt Lyell an Darwin — über den „Ursprung“ (Darwins epochemachendes Buch „On the origin of species by means of natural selections“), über Huxleys Werk (Evidence as to man's place in nature“), über die „Antiquity“ und über die Pfahlbauten-Museen, die sie kürzlich in der Schweiz gesehen hatte. Sie sagte, sie könne, nachdem sie Ihr Buch zweimal gelesen, sich doch den Ursprung der Welt, der Arten des Menschen, und namentlich der weißen und schwarzen Racen nicht klar machen. Obwohl die eine von der anderen abstamme, oder beide einen gemeinsamen Ursprung hätten? Dann fragte sie nach meinen Arbeiten und ich erklärte ihr, daß ich bei der Umarbeitung meiner Geologie die unabhängige Schöpfung jeder Species aufgeben müsse. Sie sagte, sie verstehe das vollkommen, da nach dem Erscheinen Ihres Buches die alten

Meinungen einen Stoß erhalten hätten, von dem sie sich nie wieder erholen würden“.

* * *

Herr v. Bismarck hat, ehe er noch Minister war, nämlich im Jahre 1858, wo der Prinz-Gemahl von England gerade mit Hochdruck am preussischen Hofe für seine Ideen arbeitete, von England gesagt: „Seit der Reformbill, seit die alte „Erbweisheit“ die entfesselten Leidenschaften der Parteien nicht in Disciplin zu bringen vermocht, ist es mir unmöglich, mein Vertrauen in ein Land zu setzen, in dem Zeitungsartikel mehr als Prinzipie gelten, kurzum in ein Land, das von der Tagesmeinung regiert wird. Große Götter! Wenn das das Loos wäre, welches die preussische Monarchie erwartet! Wenn auch sie ihre Reformbill haben sollte! Wenn die Gewalt aus den geweihten Händen des Königs in die jener Advokaten, jener Professoren, jener Schwäger fallen sollte, die sich liberal nennen!“

Die äußere Politik, mit der Herr von Bismarck als Minister debütierte, und die ihn namentlich mit England in Konflikt brachte — erst die polnische, dann die schleswig-holsteinsche Frage — stieß auch in Berlin auf mancherlei Widerspruch. Herr v. Bismarck hat in einer weit späteren Zeit in Bezug auf seinen diplomatischen Feldzug von 1863 bis 64 gegen Dänemark, gegen den deutschen Bund, gegen halb Europa bemerkt: „Das ist die diplomatische Aktion, auf die ich am meisten stolz bin. Gleich nach dem Tode des Königs von Dänemark dachte ich an die Erwerbung Schleswig-Holsteins. Aber es war schwer zu vollbringen. Alles war gegen mich: Oesterreich, die Kleinstaaten, die Damen unseres Hofes, die Liberalen, die Engländer. Napo-

leon widersezte sich nicht; er dachte uns dadurch zu verbinden. Selbst der König wollte lange nichts davon hören. Wir hielten damals einen Staatsrath, bei welchem ich die längste Rede losließ, die ich je gehalten habe, und meinen Zuhörern Dinge vortrug, die ihnen überspannt und unmöglich erschienen sein müssen. Nach ihren erstaunten Mienen zu schließen, vermuteten sie wirklich, daß ich beim Frühstück zu viel Wein getrunken hätte.“

Was die Damen betrifft, so ergibt sich die Stellung der Königin Augusta aus dem folgenden Vorfalle. Als sich im Jahre 1863 die dänisch-deutsche Frage zur Verwickelung zuzuspigen begann, berief König Wilhelm, der auch die Regententugend, tüchtige Männer niemals aus dem Auge zu lassen, und zur rechten Zeit an die richtige Stelle zu berufen, in hohem Maße besaß — den Geheimrath Mevissen in Köln, der 1848 und 1849 dem preußischen Ministerium angehört und die schleswig-holsteinschen Angelegenheiten zu bearbeiten gehabt hatte, nach Berlin und unterhielt sich mit demselben in eingehendster Weise über die politischen Eventualitäten, welche auf einen Krieg mit Dänemark folgen würden. Geheimrath Mevissen warnte vor der Annexion von Stadt und Hafen von Kiel. „Nehmen Ew. Majestät Kiel in Besitz, so wird die Eifersucht des Auslandes rege. Man erkennt, daß Preußen auch eine Stellung zur See erstrebt, und ein europäischer Krieg wird die Folge sein.“ „Ihre Bedenken sind gerechtfertigt, aber ich habe Preußens Beruf in Deutschland zu erfüllen,“ entgegnete der König. Dieser führte Herr Mevissen alsdann zur Königin. „Hier hast Du wieder einen Bundesgenossen für Deine Ansicht,“ sagte der Monarch in seiner gütigen Weise, „aber ich nehme Kiel doch!“

Es entsprach den englischen Anschauungen, vor Kiel und der Annexion der Elbherzogthümer überhaupt zu warnen. Als Preußen 1861, mit den Nordseestaaten im Einverständniß, den Anfang zu einer neuen Schöpfung einer deutschen Seewehr machen wollte, ließ Palmerston in seinem Blatte „Morning-Post“ in alle Welt hinaus schreiben: Preußen sehne sich nach dem Besiz von Kiel; einmal im Besiz dieses prachtvollen Hafens würde eine ehrföchtige und gewissenlose Macht Schleswig zu erwerben suchen. „Wir vertrauen jedoch, daß die politische Ehre, die gemeine Redlichkeit, der gesunde Menschenverstand Europas und der Großmächte einschreiten, ehe es zu spät ist und einen solchen Raubversuch verhindern werden.“ Weiter ließ Palmerston Preußen auffordern, diesem „Unfinn“ mit einer deutschen Flotte ein Ende zu machen. Die Deutschen sollten lieber wie bisher den Boden pflügen, mit den Wolken segeln oder Luftschlöffer bauen, aber niemals hätten sie das Genie befehen, die Weltmeere zu durchfahren.

Die Sympathien am kronprinzlichen Hofe gehörten dem Augustenburger. Herzog Friedrich VIII. war der Bruder jenes Prinzen Christian, der 1866 die Prinzessin Helene von Großbritannien und Irland heirathete. Schon früher bestanden enge Beziehungen der Familie des Herzogs zum englischen Hofe und zum kronprinzlichen Paare in Potsdam. Ein besonderes Interesse für den Augustenburger bezeugte auch der Großherzog Friedrich von Baden, der Schwager des preußischen Kronprinzen. Als König Friedrich VII. von Dänemark am 15. November 1863 gestorben war, protestierte bekanntlich Herzog Friedrich sofort am 16. November gegen die Usurpation der Herzogthümer durch Christian IX.

und erklärte als „rechtmäßiger Erbe“ die Regierung Schleswig-Holsteins anzutreten. Er nannte sich fortan „Herzog Friedrich VIII.“ Der badische Bundestagsgesandte v. Mohl zeigte am 16. November der Bundesversammlung den Regierungsantritt des Herzogs Friedrich VIII. von Holstein an und legte am 21. November seine Vollmacht für denselben vor. Die von der preussischen Regierung gestellten Bedingungen für die Anerkennung, welche die Verfügung über die See- und Landmacht der Herzogthümer betrafen, glaubte Herzog Friedrich, dabei auf die schließliche Hilfe Oesterreichs und anderen deutschen Bundesstaaten rechnend, ablehnen zu können. Der Prager Frieden wies die Herzogthümer Preußen zu; damit war die augustenburgische Sache auch von Oesterreich aufgegeben, und nach jahrelanger großer Aufregung ein schöner Traum für die Augustenburger Familie zerronnen.

Der Krieg von 1866 fand zwei Schwestern im entgegengesetzten Lager, die Kronprinzessin von Preußen und die Prinzessin Alice des Großherzogthums Hessen; er fand auch die Schwester des Kronprinzen, die Großherzogin Luise von Baden gezwungen im preußenfeindlichen Lager. Wie hätte der Gedanke an einen solchen Krieg nicht weibliche Gemüther zurückschrecken müssen! Der Kronprinz selber wollte diesen Krieg nicht. „Die Noth des Kronprinzlichen Paares — schreibt Dr. Hinzpeter in seiner Jubiläumsschrift — begann schon lange vor der unsrigen, da sie mit voller Kenntniß der Sachlage den Sturm herannahen sahen, ohne daß doch zugleich die Aufregung eigener Mitwirkung die Qual gemindert hätte. So war für sie unserer wunderbar kurzen Angstzeit von 1866 schon ein Winter voll Sorgen vorausgegangen.

Und zwar voll Sorgen der schwersten Art; denn der Einsatz für sie war der höchste. Sie hatten mehr zu verlieren, als wir und was sie hatten war gefährdeter, als unser kleiner Besitz. Aber als der Kampf um die Krone, ihre Erhöhung oder Vernichtung begann, hatte der Erbe derselben nach der stolzen Tradition seines Hauses nur wie jeder von uns seine Kraft und sein Leben einzusetzen. Wie er das dann gethan, welche Kraft des Geistes und der Seele er dabei gezeigt, das weiß noch jedes Kind und das im wirklichsten Sinne. Auch die Kronprinzessin daheim hatte außer der allgemein getheilten noch ihre besondere Noth. Bei ihr setzten sich die klar übersehenen politischen Konjuncturen mit all ihren furchtbaren Möglichkeiten und erschreckenden Wahrscheinlichkeiten in persönliche Empfindungen um und wurden eine Quelle innerer Angst, welche ihr die meisten frohen Momente verbittern mußte, die wir so voll genossen.“

Ein Diplomat, der sich im Uebrigen beklagt, daß die auf den König Wilhelm sich einbrängenden Einflüsse auf den Palast beschränkt blieben, dessen Zutritt in Folge der preußischen Hoffitte der fremden Diplomatie gänzlich verschlossen sei, berichtete unter dem 28. Februar 1866 über die Berufung eines Ministerconseils zum König, an dem auch der Kronprinz und der aus Schleswig eigens nach Berlin gekommene General von Manteuffel Theil nehmen sollten. „Was wird dabei herauskommen? — schreibt der Diplomat — Es wäre schwer, darüber etwas zu sagen, nur das ist sicher, daß die Minister die Pläne ihres Vorfizenden unterstützen und daß der Kronprinz sie gegenüber allen Personen, die ihm näher kommen, mißbilligt, indessen in einer Weise, die darauf schließen läßt, daß er sich mit einer

gewissen Mäßigung in der Kriegsfrage äußern wird.“ — Nach der Abhaltung des Conseils schreibt derselbe Diplomat: „Aus den Worten, die Herr von Bismarck mit mir gesprochen hat, glaube ich annehmen zu können, daß es ihm nicht leid thut, den König zur Berufung des Conseils gebracht zu haben und daß mit Ausnahme des Kronprinzen, der mit seiner Ansicht allein dastand, aber in die Diskussion nur eingegriffen hat, um seine Meinung maßvoll auszudrücken, alle Theilnehmer, wozu auch der Gesandte aus Paris, Graf von der Goltz, mehrere Generale u. s. w. gehörten, ohne Unterschied die Auffassungen des Herrn von Bismarck getheilt haben, obwohl u. a. der General von Manteuffel stets der entschiedenste Anhänger eines Bündnisses mit Oesterreich gewesen ist.“

Eben dieser Diplomat spricht auch von den Einflüssen „der bairischen Prinzessinnen, die die Throne von Preußen, Oesterreich und Sachsen eingenommen haben und noch einnehmen, sie bleiben nicht unthätig und im entscheidenden Augenblicke sind sie es vielleicht, die das letzte Wort haben werden“. Bekanntlich war die vermittelte Königin Elisabeth die Schwester der Königin von Sachsen und der Mutter des Kaisers Franz Joseph. „Auch von verwandten auswärtigen Höfen sollen warnende Zeilen eingelaufen sein.“ Vermuthlich vom englischen. Schon 1863 klagte Bismarck, daß der König „von Intriguen umlagert sei.“ In späteren Briefen sprach er von „Familien-Beziehungen, Verwandtschaften, einer Unmenge von feindseligen Einflüssen, gegen die er stündlich kämpfen müsse.“

Uebrigens spielten die „Damen“ auch im französischen Krieg eine politische Rolle. Das Zögern der Beschießung

von Paris erregte nicht bloß in bürgerlichen, sondern auch in manchen militairischen Kreisen einige Unruhe. Namentlich aber verdroß es den Fürsten Bismarck. Dieser äußerte sich u. a. gegen Ende des Monats November gegen seine Umgebung in der Rue de Provence, wo er in Versailles wohnte: „Gebe man mir den Oberbefehl auf 24 Stunden und ich nehme die Verantwortlichkeit auf mich. Ich würde dann bloß einen einzigen Befehl geben: „Es wird gefeuert!“ Die Villa Coublay ist ein Ort, nicht weit von hier, wo der herbeigeschaffte Belagerungspark noch immer steht, statt in die Schanzen und Batterien gebracht zu sein. Auch habe ich bereits in einer Immediatvorstellung um Beschleunigung des Bombardements gebeten“. „Sie haben dreihundert Kanonen beisammen“, so fuhr er fort, „und fünfzig oder sechszig Mörser und für jedes Geschütz fünfhundert Schuß. Das ist gewiß genug. Ich habe mit Artilleristen gesprochen, die sagen, bei Straßburg hätten sie nicht die Hälfte gebraucht von dem, was hier schon aufgehäuft ist, und Straßburg war gegen Paris ein Gibraltar“. — — — „Eine Kaserne auf dem Mont Valerien wäre vielleicht in Brand zu schießen, und wenn man die Forts Issy und Vanvres gehörig mit Granaten überschüttete, daß sie herauslaufen müßten — die Enceinte ist von geringer Stärke, ihr Graben war sonst nicht breiter, als dieses Zimmer lang ist — Ich bin überzeugt, wenn wir ihnen hier vier oder fünf Tage lang Granaten hineinwerfen in die Stadt selber, und sie gewahr werden, daß wir weiter schießen, als sie — neuntausend Schritt nämlich — so werden sie in Paris klein beigeben. Freilich liegen auf dieser Seite die vornehmeren Quartiere und da ist es denen in Belleville ganz einerlei, ob die zu-

sammengeschossen werden, ja, sie freuen sich darüber, wenn wir die Häuser der reichen Leute zerstören“. — „Wir hätten überhaupt wohl Paris liegen lassen und weiter gehen können; nun wir's aber einmal angefangen haben, sollte auch Ernst gemacht werden. Mit dem Aushungern kann es noch lange dauern, vielleicht bis zum Frühjahr, jedenfalls haben sie Mehl bis zum Januar“. — „Hätten wir vor vier Wochen zu bombardieren angefangen, so wären wir jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach in Paris und das ist die Hauptsache. So aber bilden die Pariser sich ein, es ist uns von London, Peterburg und Wien verboten, zu schießen, und die Neutralen wieder glauben, daß wir's nicht können. Die wahren Ursachen aber werden wohl einmal bekannt werden“.

Wenn Fürst Bismarck auch bei dieser Gelegenheit von Damen sprach, so hat man an die Königinnen Augusta und Victoria denken zu müssen geglaubt. Als die vereinsamten Fürstinnen — die Kaiserin und die Kronprinzessin, oft auch die Großherzoginnen von Baden und Hessen — um dem Rhein nahe zu sein, in Homburg sich zusammengefunden, gab es keinen Ort in Deutschland, wo die unaufhörlich von allen Seiten zusammenströmenden Nachrichten eiliger ausgetauscht und lebhafter besprochen wurden; wo mehr geweint und mehr gejubelt wurde, als in dem alten wüsten Schlosse auf der Höhe. Nur überwogen Angst und Sorge immer die Freude, selbst bei den höchsten Triumpfen; denn hier wurden die schweren Verluste des ganzen Landes, die unsäglichen Schmerzen der Millionen von Unheil Betroffenen klar überschaut und lebendig mit empfunden. Hier mag auch wohl der Jammer um die Opfer, die das Bombarde-

ment von Paris kosten könnte, um die menschlichen und anderen Opfer andere Rücksichten überwogen haben.

Kaiserin Augusta bezeugte nach dem Kriege viel Sympathie für die Franzosen. Ihrem Herzen that es unendlich wehe, daß seit dem Kriege eine so bittere Feindschaft die beiden Nationen trennte. Sie mochte gern die Aussöhnung herbeiführen. Im Jahre 1873 berichtete der deutsche Botschafter in Paris, Graf von Arnim, an den Fürsten Bismarck: „In dem Salon einer hier für den Winter etablirten fremden Dame wurde vor einigen Tagen in meiner Gegenwart erzählt, daß Ihre Majestät die Kaiserin und Königin wiederholt dem Herrn Guizot Allerhöchst Ihr Bedauern darüber habe ausdrücken lassen, daß die Hohe Frau nicht Gelegenheit gehabt habe, den greisen Staatsmann kennen zu lernen. Ihre Majestät hatten daran — jener Erzählung nach — den Ausdruck des Wunsches geknüpft, die Meinung des Herrn Guizot darüber zu hören, wie wohl der zwischen Deutschland und Frankreich aufgehäuften Haß gemildert werden könne. Herr Guizot, sagte man, habe darauf erwidert, daß nur Zeit in dieser Beziehung helfen könne“. Die von Graf Arnim hieran geknüpfte Bemerkung veranlaßte Fürst Bismarck zu der folgenden Erwiederung: „Wenn es richtig ist, daß S. M. die Kaiserin den Rath des Herrn Guizot darüber erbeten hat, wie der Haß der Franzosen gegen uns zu mildern sei, so würde solchem Schritte ein für weibliche Empfindungsweise natürliches Gefühl zu Grunde liegen. Die Befänftigung des ungerechten Zornes unserer Nachbarn liegt aber nicht in den Aufgaben Ew. Excellenz, solange jedes Streben nach dieser Richtung hin ebenso erfolglos als mit unserer nationalen Würde

unverträglich sein würde. Wir haben den Krieg nicht gewollt, sind aber stets bereit, ihn nochmals zu führen, sobald neue Ueberhebungen Frankreichs uns dazu nöthigen werden. Oderint dum metuant“.

Ein anderes Werk der Versöhnung lag der Kronprinzessin nahe. Der Zusammenbruch des Welfenheeres im Jahre 1866, die in der nächsten Verwandtschaft, also vornehmlich am englischen Hofe, den tiefsten Eindruck machen mußte, wurde auch in Potsdam tief empfunden. Hätte der Herzog von Cumberland nach dem Tode seines Vaters, Königs Georg sich entschließen können, sich mit der politischen Nothwendigkeit allmählich auszuföhnen, wäre er nicht den Rathschlägen falscher Freunde gefolgt, so würde er in Berlin und Potsdam nicht bloß durch die Beseitigung der Legitimitätsstrupel aufrichtige Wünsche erfüllt, sondern auch einer warmen Theilnahme an seinem Geschiede begegnet sein. Vor Beginn des Berliner Kongresses, ehe Lord Beaconsfield nach Berlin abreiste, verabsäumte die Königin Viktoria nicht, ihrem ersten Minister zu eröffnen, wie sehr es ihr am Herzen liege, einen Ausgleich zwischen Preußen und dem Hause Hannover herbeigeführt zu sehen, und ihn zu bitten, über die Anbahnung eines solchen Ausgleiches mit dem deutschen Reichskanzler zu berathen. Fürst Bismarck erklärte, mit Lord Beaconsfield recht gern die Angelegenheit erörtern zu wollen. Der Lord trug demnächst dem Kanzler die Wünsche der Königin Viktoria rückhaltlos vor und erhielt die loyale Antwort, daß der Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig zur Zeit durchaus nichts im Wege stehe, sofern derselbe einen in aller Form offenen, bindenden Verzicht auf Hannover aussprechen und die Zusage ertheilen wolle, nie-

mals in Braunschweig welfische Restaurations-Bestrebungen dulden, denselben vielmehr mit der einem deutschen Bundesfürsten zukommenden unnachsichtlichen Schärfe entgegenzutreten zu wollen, wo immer sich ein Heerd solcher Bestrebungen anzusetzen im Begriff sei. Lord Beaconsfield übermittelte die Antwort des Reichskanzlers der Königin und diese, sowie alle Mitglieder der englischen Königsfamilie waren der Ansicht, daß der Herzog von Cumberland, wie er dies der Königin selbst in Aussicht gestellt hatte, die von Preußen bez. dem Reiche geforderten Bürgschaften unbedingt geben könne und solle. In dieser Voransetzung schrieb die Königin Viktoria an den Herzog von Cumberland. Die Antwort des Herzogs erzeugte im Kreise der englischen Verwandtschaft eine so tiefgehende Verstimmung, daß seitdem von London auch nicht die geringste Bemühung zu Gunsten des Herzogs von Cumberland mehr stattgefunden hat. Gleichwohl rechneten die Welfen immer noch auf die Unterstützung von Potsdam her. Sie beziehen sich auf jenen Brief des Herzogs von Cumberland an die Königin Viktoria vom 18. September 1848, in welchem es heißt: „Ich muß Dir meinen allerherzlichsten und innigsten Dank erneuert aussprechen und für Deine verwandtschaftliche Gesinnung, die sich in der fortwährenden liebevollen Bemühung zu meinem und der Meinigen Gunsten bethätigt. Auch war es mir nicht wenig angenehm, von Sir Charles Wyke bestätigt zu hören, daß der deutsche Kronprinz und meine Cousine, die Kronprinzessin, einer friedlichen Ordnung der bestehenden Mißverhältnisse besonders geneigt sind. Der Kronprinz und die Kronprinzessin vermögen in ihrer Stellung zu dem ihnen angestammten Throne vollständig das Maß der Rechte und Pflichten

zu erweisen, die derjenige hat, welcher von Gottes Gnaden zu einem Throne berufen ist, und können gerade sie deshalb den Ernst, die Schwierigkeiten und das Schmerzliche meiner Lage vorzugsweise verstehen und würdigen.“

Mit Bezug hierauf sagte erst vor Kurzem ein in Braunschweig erscheinendes Welfenblatt (die „Brunonia“): „Diese Worte lassen hinreichend erweisen, daß auch Se. Königl. Hoheit der Herzog von dem deutschen Kronprinzen weder eine directe noch eine indirecte Einverleibung Braunschweigs, sondern die friedliche Ordnung der bestehenden Mißverhältnisse erwartet. Wenn nun trotz alledem die Nationalliberalen fortfahren, in dem Bestreben, die Wahrheit zu stürzen und die Regentschaft des Prinzen. Abrecht von Preußen in eine wirkliche Regierung eines wirklichen Landesherrn zu verwandeln, so sind sie preußischer als der der Prinz selber und auch als der Kronprinz. Nebenbei aber stellen sie sich auf einen Boden, der nicht der Rechtsboden ist und der sie unaufhaltsam zu einem Abgrunde führt, aus welchem sie sich nicht wieder erretten können.“

Eine Aeußerung des Kronprinzen aus dem Jahre 1878 wird ebenfalls von den Welfen für ihre Sache ausgebeutet. Diese Aeußerung ging dahin: „Preußen denkt garnicht daran, sich das Herzogthum Braunschweig einzuverleiben.“ Daran knüpft noch heute das genannte Welfenblatt das folgende Raisonnement: „Wir entnehmen aus diesen Worten des Kronprinzen von Preußen etwas mehr, als national-liberale Seelen darin finden möchten. Die Begründung einer preußischen Dynastie in Braunschweig wäre einer Anexion vollkommen gleichzustellen, und so erachten wir, daß

die Einoerleibung, auch in dieser Gestalt, von dem Kronprinzen hat als ausgeschlossen bezeichnet werden sollen.“

Ueber den Umfang und die Richtung der Korrespondenz, die die Kronprinzessin von Preußen über politische Dinge mit ihrer erlauchten Mutter unterhält, kann man aus derjenigen ihrer verstorbenen Schwester, der Großherzogin Alice von Hessen, einen Schluß machen. Denn die Großherzogin durfte in ihrem ganzen Wesen, in allen ihren geistigen Richtungen als das vollkommene Ebenbild ihrer Schwester, der preussischen und deutschen Kronprinzessin, gelten. Sie widmete den höchsten geistigen und sittlichen Interessen eine gleich ernste Förderung und genoß dieselbe innige Verehrung und Liebe. Das bei beiden Schwestern gleiche, fast männliche Interesse für die öffentlichen Dinge, wie für die Wissenschaft, bis zu David Strauß und Darwin hin, war das gemeinsame Erbtheil ihres Vaters. In den schlichten und ungezwungenen Briefen der Großherzogin, welche den Geist und den Character der hohen Frau athmen, ragen die Bemerkungen über Politik leuchtend hervor. So schrieb sie am 23. Juli 1876 an ihre Mutter Viktoria in London.“

„Gestern sprach der Kaiser Alexander mit mir, indem er sich aufrichtig freute, daß die politischen Verwicklungen einer friedlichen Lösung entgegengingen.“ „Sagen Sie Mama noch einmal, wie es mich freut, zu wissen, daß sie auf den Frieden bedacht ist. Wir können und wir wollen uns nicht mit England veruneinigen, man müßte ein Thor sein, wollte man an Konstantinopel oder an Indien denken.“ Die Thränen standen ihm in den Augen und er war so bewegt, als sei ihm eine furchtbare Last abgenommen worden, es schien ihm auch lieb wegen Marie und Affie, daß die

Dinge wieder ins rechte Geleis kommen. Ich dachte an Dich --- 39 Jahre nicht zu beneidender Herrschaft, es sei denn um der Dienste willen, die man seinem Vaterlande und der Welt im Allgemeinen in solch' einer schwierigen Stellung leisten kann — Privatpersonen sind natürlich bei weitem am besten daran; — unsere Vorrechte enthalten mehr Pflichten als Vortheile und ihr Nichtvorhandensein würde keine Entbehrung sein im Vergleich zu dem ungeheuern Gewinne, sein eigener Herr zu sein und auf gleichem Fuße mit den meisten Leuten zu stehen, im Stande zu sein, die Menschen und die Welt zu kennen, wie sie sind und nicht nur, wie es ihnen gefällt, sich uns zu zeigen, um uns zu gefallen.“

Auch ein Brief vom 5. Juli, der eine Unterhaltung mit dem Fürsten Gortschakoff enthält, mag hierher gesetzt werden. Es folgen die Aeußerungen des russischen Kanzlers, die in französischer Sprache in dem Briefe enthalten sind, in deutscher Sprache:

„Wir dinierten gestern mit dem Onkel Luis, dem Kaiser und dem Großherzog von Weimar in Seeheim. Der Kaiser sagte mir er habe Dir geschrieben, aber Fürst Gortschakoff schien nicht ganz heiter zu sein und sagte zu mir: „Ich kann Ihnen aufrichtig sagen, daß ich England groß, stark und entschieden in der Politik wünsche, so entschieden, wie es Canning und die großen Staatsmänner waren, die ich in England vor 40 Jahren kennen gelernt habe. Rußland ist groß und stark, wenn England es auch ist, haben wir nicht nöthig, unsere Aufmerksamkeit all den Kleinen zuzuwenden.“ Er sagte, wir machten unsere auswärtige Politik und Depeschen für das Blaubuch und keine offene, entschie-

dene Politik — vor dem Hause der Gemeinen und der Welt. Es dürfte Dich interessieren, diese Ansicht zu hören, weil sie die Stimmung seiner Politik kennzeichnet.“

Der russisch-türkische Krieg war ausgebrochen. Am 15. Juli 1877 schreibt die nunmehrige Großherzogin Alice aus dem Seebade Hulgate an ihre Mutter:

„Ich verfolge so lebhaft wie irgend Jemand in England die Fortschritte der Russen und mit herzlichster Abneigung — sie können niemals Helfer gegen geschehenes Unrecht, noch Beförderer der Civilisation und des Christenthums sein. Was ich befürchte, ist — selbst wenn sie Konstantinopel nicht nehmen und jetzt keine großen Forderungen als den Preis ihrer Siege stellen — daß die Unabhängigkeits-Erklärung Bulgariens aus diesem Lande dasselbe machen wird, was Rumänien jetzt für Rußland gewesen ist und deshalb werden sie in weiteren zwanzig Jahren alles bekommen, was sie haben wollen, — es sei denn, daß die anderen Mächte in so später Stunde das noch ändern können. Es wäre schlimm für England, für Oesterreich und für Deutschland, wenn dieses russisch-slavische Element in Europa überwiegen sollte, und die anderen Staaten müssen früher oder später von dem Standpunkt der Selbsterhaltung aus dagegen handeln. Was sagen jetzt die Freunde der „Atrocity-meetings?“ Wie haben sie der Regierung ihre Aufgabe erschwert, und wie blind sind sie gewesen. Alles dies muß Dir beständig Sorge machen und Aufregung verursachen. Die Kinder sind hier so glücklich — die See thut ihnen wohl. Ich bin sehr froh, daß ich sie hergebracht habe.“

Während der englisch-russischen Streitigkeiten, die dem

Kriege in der Türkei folgten, war die Sorge der Großherzogin unausgesetzt bei ihrer Mutter. Am 26. Januar 1878 schreibt sie an die Königin:

„Ich theile die Besorgniß, welche Du durchzumachen hast und die Gefühle, welche Du empfindest, aus vollem Herzen, Gott gebe, daß es möglich ist, das Rechte zu thun, denn es ist zu spät und die Verwicklung ist furchtbar! Ich habe keine Gedanken für irgend etwas sonst und die Opposition scheint bei Vertretung der Interessen des Landes mehr in Unrecht gewesen zu sein und demselben mehr geschadet zu haben, als sich jemals wieder gut machen läßt. Es ist ein ernster, bedeutungsvoller Augenblick für Fürst, Land und Regierung, und in Deiner Stellung hat niemand solches durchzumachen, wie Du, und noch dazu so allein! Ich hoffe, Deine Gesundheit ist imstande, die fortgesetzte Aufregung und Unruhe zu ertragen.“

Die Kronprinzessin Victoria mag in ihrer politischen Korrespondenz durch die häufigen Verstimmungen zwischen der deutschen und der englischen Regierung eine schwierige Stellung zu behaupten gehabt haben. Wie die Bevölkerung hüben und drüben nicht in dem Grade, wie es sein sollte, ihre von Hengist und Horst datirende Vettertschaft thatsächlich bekundet, so sind die Friktionen zwischen den Regierungen seit dreißig Jahren fast anhaltend gewesen, wenn auch — nach Bismarcks Ausdruck — „nichts vorkommen kann, was zwei so ernsthafte, arbeitame, friedliebende Nationen in Krieg bringen könnte.“ Fürst Bismarck vermißt auf englischer Seite häufiger eine geschickte vorsichtige Diplomatie als guten Willen. Der polnische Aufstand, der dänische Krieg, der Untergang Hannovers als selbstständiger Staat, der

französischer Krieg, der russische Krieg, endlich die kolonialen Angelegenheiten haben Verwickelungen geschaffen, die den beiderseitigen Gesandten viel Noth gemacht haben. Persönlich stand Fürst Bismarck sich mit Buchanan (1862—64) und Napier (1864—66) gut, weniger mit Loftus (1866—71). Mit Bezug auf den letzteren bemerkte er einmal: „Die Stellung eines englischen Gesandten in Berlin hat ihre besonderen Aufgaben und Schwierigkeiten, schon wegen der verwandtschaftlichen Verhältnisse. Sie verlangt sehr viel Takt und Aufmerksamkeit.“ Mit Odo Russell pflegte Fürst Bismarck sehr intime Beziehungen, wie auch mit dem jetzigen Botschafter Sir Eduard Malet. Jene Aeußerung kam zur Sprache, als im Anfange des Monats April 1888 die große Aufregung der Gemüther über den Plan einer ehelichen Verbindung zwischen dem Prinzen von Battenberg und der Prinzessin Victoria von Preußen entstand. Man erzählte, daß der Prinz bereits in nächster Zeit zum Zwecke der Bewerbung nach Berlin zu kommen beabsichtige und daß auch die Königin Victoria von England auf ihrer demnächstigen Rückreise von Florenz über Darmstadt dahin zu reisen gedenke, um die Freierwerberin für den Schwager ihrer Lieblingstochter zu sein. Der so erörterte Heirathsgedanke hatte einen bedeutenden Schritt vorwärts seiner Erfüllung gegenüber gemacht, und den Reichskanzler einer solchen, seiner bisherigen Politik unbedingt widerstehenden Entwicklung der Dinge gegenüber genöthigt, seine Entlassung zu fordern. „Es ist unzweifelhaft richtig, sagte ein Blatt, daß die Heirath des Prinzen Alexander von Battenberg mit irgend einer preussischen Prinzessin von einem ganz anderen Standpunkte beurtheilt werden muß, als eine

jede andere fürstliche Heirath. So lange die bulgarische Frage noch nicht gelöst ist, so lange trägt der Prinz Alexander als einen character indelebilis das Stempelzeichen an der Stirn, das ihm die bulgarische Fürstenkrone nun einmal aufgedrückt hat, selbst jetzt noch, wo der Prinz entthront ist. Denn immerhin bleibt er der Mann, auf dessen Rückkehr die Bulgaren rechnen; war er es doch in erster Linie, der die Bulgaren dem russischen Einfluß entzogen und sie damit in den heftigsten Gegensatz zu den russischen Machthabern gebracht hat. Er wird sich also nie der schweren moralischen Verpflichtung entziehen können, den Bulgaren als begeisternder Feldherr zu Hülfe zu kommen, falls diese in einem Kriege mit Rußland, die militärische Unfähigkeit des Coburgers erkennend, seine Hülfe in der Noth beanspruchen. Diese moralische Verpflichtung, die dem Prinzen von Battenberg obliegt, verhindert es, daß er, so lange die bulgarische Frage in den Augen aller Großmächte ungelöst bleibt, von einem anderen Gesichtspunkte, als dem politischen, beurtheilt werden kann. Daraus aber ergibt sich mit Nothwendigkeit, daß eine Verbindung mit einer deutschen Kaiser-tochter einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die deutsche Politik wurzelt in erster Linie in dem Bestreben, alles zu verhindern, was auch nur den geringsten Anlaß bieten könnte, Argwohn gegen seine Haltung zu erwecken. Deutschland muß der bulgarischen Frage gegenüber, wie der Fürst Bismarck im deutschen Reichstag so klar und überzeugend ausgeführt hat, so lange es sich lediglich um Bulgarien handelt, vollständig interesselos dastehen. Diese Interessellosigkeit allein bietet der deutschen Regierung die Handhabe, in gleichem Maße das volle Vertrauen der beiden in der bulgarischen Frage

einander am meisten gegenüberstehenden Regierungen zu erhalten. Nur dies allseitige Vertrauen allein kann es ermöglichen, daß Deutschland nach beiden Seiten seine guten und thatkräftigen Dienste zur dauernden Wahrung des europäischen Friedens in einer so verwickelten Frage mit Aussicht auf Erfolg anbieten kann. Dieses Vertrauen würde selbstverständlich mit einem Schlage für lange Jahre hinaus zerstört werden, wenn der vom Zaren am meisten gehaßte, persönliche Gegner der Schwiegerohn des deutschen Kaisers würde. Die Einbuße an moralischem Einfluß, die der deutschen Regierung daraus erwachsen muß, liegt auf der Hand. Jeder Deutsche, der sein Vaterland liebt, hat sich längst von der Richtigkeit dieser Beweisführung überzeugen müssen. Auch Prinz Alexander von Battenberg ist ein Deutscher und kann als deutscher Patriot kein Schritt thun, der ihm persönlich vielleicht zur Auszeichnung, dem deutschen Vaterlande aber am wenigsten zum Vortheile gereichen würde.“

Als vor drei Jahren Prinz Heinrich von Battenberg, ein jüngerer Bruder Alexanders, sich mit der Prinzessin Beatrice von England vermählte, sprach man auf dem Continente sowohl, wie in England viel von der Verquickung der Familienbeziehungen mit der Politik. Wir geben hier die Worte eines englischen Blattes wieder: „Für die Haltung Lord Salisburns war in erster Linie maßgebend die Rücksicht auf den Willen der Königin und in zweiter Linie die Furcht vor Gladstones drohender Kritik. In der bulgarisch-rumeliotischen Frage begegneten sich zum ersten Male die Wünsche Gladstones und der Königin und lag ihr der junge Fürst am Herzen, so begeisterte Gladstone

sich für die aufstrebende Entwicklung der Balkan-Staaten, beide würden die Anwendung von Gewalt gegen den Fürsten bekämpfen. Die Engländer, die ihre Verfassung für die vollkommenste Republik halten, werden dabei wieder an die große Machtvollkommenheit erinnert, welche dem königlichen Haupt dieser Republik verliehen ist. Die zwei Hauptparteien suchten sich zwar zur Zeit der „Schlafzimmerfrage“ gegen persönliche Beeinflussung der Herrscherin durch die nichtam Ruder befindliche Partei zu sichern, indem sie der Königin den jeweiligen Wechsel ihres Hofstaates im liberalen oder konservativen Sinne aufdrängten. Seitdem wechseln die Hofämter bei jedem Regierungswechsel, Schwieger söhne aber lassen sich nicht wechseln nach den Bedürfnissen der äußeren Politik und daher besitzt der Fürst von Bulgarien in seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich von Battenberg einen stehenden Agenten bei der Königin, der sie dem Heirathsvertrage gemäß nie verläßt, mit ihr umherreist und unausgesetzt für die Sache des Fürsten das königliche Ohr der Schwiegermutter bearbeitet. Gegen diese Beeinflussung läßt sich kein verfassungsmäßiges Verbot aufstellen.“ Hieran erinnernd bemerkte ein Blatt von der Kanzler-Partei zur Zeit der Krise im April 1888: „Also in England, in diesem konstitutionellen Musterland, wo die Krone keinen Willen hat, weder in inneren noch in auswärtigen Angelegenheiten, ist man so naiv, von der Wirkung einer dynastischen Verbindung auf die internationale Politik zu sprechen. Nun weiß allerdings Jeder, daß verwandtschaftliche Verhältnisse in England niemals den schließlichen Ausschlag für die Politik geben werden, sondern daß hier lediglich der Wille des Volkes und seiner parlamentarischen Vertretung, oder

deren Geschäftsführer, die Minister, die Entscheidung giebt. Aber daß Familienbeziehungen nicht auch Einfluß hätten und auch in der Politik nicht eine Rolle spielten, dafür liefert die Geschichte Englands so gut ihre Beläge, wie jede andere Geschichte. Im Jahre 1866 haben die Kronprinzessin, spätere Kaiserin Victoria und ihre erlauchte Schwester Alice, Prinzessin von Hessen-Darmstadt, in zwei feindlichen Lagern gegenüber gestanden, aber als Friede war, da hätte England gern für das Schicksal Hannovers, wo eine verwandte Dynastie zusammen brach, intervenirt, und wenn das die augenblickliche Situation nicht zuließ, so holte man es 1878 auf dem berliner Kongreß nach, wo die Königin Victoria sich durch Lord Beaconsfield auf's wärmste beim Fürsten Bismarck für den Herzog von Cumberland als künftigen Herzog von Braunschweig verwandte. Im neuen Palais bei Potsdam wurde der englische Agent kräftig unterstützt, allerdings unter Voraussetzungen, die später nicht eintrafen. Welche Bedeutung haben die verwandtschaftlichen Verhältnisse zwischen Rußland und Preußen gehabt! zwischen Oesterreich und den ehemaligen italienischen Kleinstaaten! Doch wozu nach Beispielen in die Ferne schweifen? Wir rufen die Autorität Eugen Richters an. Vor drei Jahren, wo dieser Herr den „Kolonialquark“ bekämpfte, warnte er den Reichskanzler, doch der nahen Verwandtschaft zwischen der englischen und der preußischen Königsfamilie nicht zu nahe zu treten. Das hat wohl heute Herr Richter vergessen; die Blätter seiner Richtung wenigstens citiren zwar die Antwort, die Fürst Bismarck auf jene Mahnung gab, weil diese Antwort ihnen bequem ist, übergehen aber stillschweigend die Worte Richters, die zu der Antwort des Fürsten den Anlaß gaben, weil diese Worte

ihnen für ihre heutigen Zwecke unbequem sind. Es ist richtig, Fürst Bismarck sagte damals: „Ich ergreife hier nur das Wort, um mich gegen diese Verwerthung der dynastischen Verwandtschaften in Fragen der auswärtigen Politik zu verwahren in meiner Eigenschaft als ein langjähriger und erprobter Diener unserer Dynastie und Sr. Maj. des Kaisers. Es ist eine Einbeziehung dynastischer Interessen und Verwandtschaften in die großen nationalen Interessen, die zwischen zwei Nationen divergiren können, für die Dynastien niemals nützlich gewesen. Es sind stets die Gegner von Dynastien gewesen, welche dynastische Beziehungen in den Vordergrund geschoben haben bei internationalen Fragen . . .“ Der Kanzler führte dann aus, daß verwandtschaftliche Rücksichten niemals die deutsche Politik bestimmen; er gab eine Reihe geschichtlicher Ausführungen und erklärte sich dem Redner der Opposition gegenüber für verpflichtet, „der Bezugnahme auf dynastische Verwandtschaften und ihren Einfluß auf die Politik mit der Versicherung entgegenzutreten, daß das Gewicht der deutschen Dynastien und insbesondere unserer kaiserlichen Dynastie unter allen Umständen jederzeit auf Seite der nationalen Interessen und niemals auf Seite der fürstlichen Verwandtschaften in die Waage fallen wird.“ Nun, wenn das der Fall ist, und wenn ganz gewiß für die deutsche Politik niemals etwas anderes den Ausschlag geben wird, als das nationale Interesse, ist damit die Wirkung, die verwandtschaftliche Verhältnisse ausüben können, die Erschwerung der internationalen Beziehungen, die sie möglicher Weise herbeiführen, ist endlich damit der Argwohn des Auslandes, es könnte die Verwandtschaft sich geltend machen,

aus der Welt geschafft? Wenn z. B. eine Verbindung, die erst abgeschlossen werden soll, anderswo böses Blut machen könnte, eben weil einmal die Weltgeschichte den Einfluß solcher Familienbeziehungen auf tausend Blättern verzeichnet, so ist doch von vorn herein die Situation erschwert, und mag auch für die Politik des Regenten im gegebenen Fall die Verwandtschaft ganz und gar nicht in's Gewicht fallen. Auch Fürst Bismarck hat einmal privatim geäußert: „Der deutsche Botschafter in London und der englische in Berlin hätten wegen der verwandtschaftlichen Beziehungen eine schwierigere Stellung als andere.“

„Es kann — so wurde übrigens damals von Offizieren versichert — nicht oft genug wiederholt werden, daß es sich für den Fürsten Bismarck nicht allein um den Battenberger, sondern um die prinzipielle Frage handelt, ob er seine Politik weiterführen kann oder nicht; wenn andere Einflüsse und Beweggründe, als die bisher in der Politik Deutschlands leitenden zum Worte gelangen, dann will der Fürst die Geschäfte nicht weiter führen. Er ist entschlossen, in diesem Falle ein Exempel zu statuiren, und wird diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne sich für alle Zukunft vollkommen freie Hand zu sichern.“

Nicht also bloß die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck, sondern „seine“ Politik im Allgemeinen und in allen Richtungen bildete nach dieser Auffassung den Einsatz des großen und folgenschweren Spiels; man sprach nicht mehr bloß von einer Meinungsverschiedenheit über die Battenberg'sche Heirath, sondern von einer Kraftprobe zwischen dem Kanzler und der Kaiserin, von einem „Exempel“, das statuirt werden soll, um die Politik des

Reichskanzlers in ihrem ganzen Umfange gegen jeden Einfluß an der eben bezeichneten Stelle „für alle Zukunft“ zu sichern.

Die Kaiserin soll angeblich von des Kanzlers persönlicher Bedeutung für den Glanz des regierenden Herrscherhauses fürchten. Sodann ist in der Kanzler-Krise vom April 1888 viel von „englischer Interessenpolitik“ gesprochen, welche darauf ausgehe, daß Deutschland für England die Kastanien aus dem Feuer hole. In einer Reihe konservativer Blätter fanden sich in einem zum Theil rücksichtslosen Tone geschriebene Artikel gegen die Verlobung der Prinzessin Victoria mit dem Prinzen von Battenberg oder vielmehr gegen die Kaiserin Victoria, einer darunter mit der Ueberschrift: „Keine Frauenzimmerpolitik.“ An welche Adresse der Artikel gerichtet war, ergab sich am besten aus dem Schlußsatz, der also lautete:

„Jeder gute Deutsche muß sich dem Verlangen anschließen, daß die deutsche Politik ausschließlich nach den Bedürfnissen des deutschen Volkes geleitet, frauenzimmerliche Wünsche oder fremdländische Interessen aber von dem festen Gange der Reichspolitik ferngehalten werden. Man versteht die sanften Regungen, die ein großmütterliches, mütterliches und jungfräuliches Herz bewegen, aber ein hohes Amt legt auch hohe Pflichten auf. Die Selbstentfagung aber ist eins der ersten Gebote fürstlicher Lebensstellung.“

Nachdem im Eingang des Artikels festgestellt war, daß der Kaiser in dieser Frage ganz mit dem Reichskanzler einverstanden sei, richtete sich die Anklage, fremdländische Interessen zu vertreten, ausschließlich gegen die Kaiserin, die gewissermaßen als unter dem Druck englischen Einflusses

stehend dargestellt wurde. „Weil es den Engländern in den Kram paßt, daß um Bulgariens willen Deutschland und Rußland sich bekriegen, soll eine Prinzessin englischen Blutes gegen das klare Wohl Deutschlands unter die Haube gebracht werden.“ So wurde die Tochter des deutschen Reiches als eine Prinzessin englischen Blutes gekennzeichnet. Die Mahnung, „die zartesten Empfindungen eines Fürstenhauses“ zu schonen, meinte der Artikel, würde ganz am Plage sein, „wenn nicht diese zarten Empfindungen unter Umständen Hunderttausenden von deutschen Müttern, Frauen und Bräuten auch ihre Söhne, Gatten und Bräutigame kosten könnten.“ Ein besonderer Vorwurf wurde gegen die Kaiserin daraus hergeleitet, daß sie das Verhältniß zwischen Kaiser und Kanzler störe. Der Artikelschreiber hatte Gelegenheit gehabt, den Kanzler in seinem Verkehr mit dem Kaiser Friedrich zu beobachten, und er bemerkte hierüber:

„In manchen Stücken mußte sich ja der Verkehr zwischen beiden anders gestalten (als der Verkehr des Kanzlers und des Kaisers Wilhelm). Schon der Unterschied der Jahre zwischen beiden Kaisern mußte das Verhältniß zwischen dem Kanzler und dem neuen Kaiser mehrfach ändern. Aufmerksame Beobachter rühmen besonders die große Geduld und Nachgiebigkeit, mit welcher Fürst Bismarck in die veränderte Lage, die hier und da eine Einschränkung seiner Machtstellung (d. h. des Reichskanzlers!) mit sich brachte, sich schicken mußte. Und nun soll eine Heirathsgeschichte diesen beiden Theilen zur Ehre, dem Reiche zum Vortheil dienende Verhältniß stören? Wer getraut sich hier einzugreifen?“

*

*

*

Die Polemik in einem solchen Tone gegen eine hohe Dame, und selbst in Berliner Blättern, setzt uns in das Jahr 1877 zurück, wo ähnliche Vorgänge Statt hatten. Der Widerstand, den damals der Reichskanzler an gewissen Stellen des Hofes im Kulturkampf fand, führte im Jahre 1877 zu einer leidenschaftlichen Fehde der Presse gegen die hohen Einflüsse, die sich in dieser Richtung geltend machten. Es wurden Mitglieder des kaiserlichen Hauses, insbesondere die Kaiserin Augusta, in einer Weise in das Parteigetriebe gezogen, wie es in Berlin kaum ähnlich je geschehen war. Damals stimmte die Fortschrittspartei, die heute das Verhalten ihrer Gegner sich zu Nutze macht, den schroffen Ausfällen gegen die hohen Damen frohlockend zu und druckte die nicht sehr ehrerbietigen Artikel mit Genugthuung ab. Es fehlte nicht viel, daß die Gerichte einschritten. Solche Erscheinungen in der Presse lassen sich nur aus ihrer Zeit, aus der momentan herrschenden politischen Aufregung der Gemüther erklären. Im Frühjahr 1877 war es der Entschluß des Reichskanzlers, sich von der öffentlichen Bühne für immer zurückzuziehen, der zum Theil den Sturm der Leidenschaft in den Blättern anfachte, ein Entschluß, der umsomehr Aufregung hervorrief, als die Motive auch trotz allerlei Enthüllungen dunkel blieben und eine der Sache Bismarcks dienende Presse es war, welche pikante Anspielungen auf gewisse, gegen den Reichskanzler gerichtete Umtriebe brachte.

Zur Charakteristik jener Zeit folgen hier chronologisch einige berliner Correspondenzen dieser Art an die Grenzboten:

Berlin, den 7. April.

.... „Geht der Fürst, so haben in erster Linie die Ultra-

montanen triumphiert, und so haben wir ihren Erfolg der Einwirkung einer hohen Dame und den Kreisen zu danken, in welchen sich dieselbe schon seit Jahren mit Vorliebe bewegt. Vielleicht nimmt Ihr Blatt künftig einmal einen Aufsatz über die Politik im Unterrock auf, die leider in der Wirklichkeit nicht so komisch ist, als sie aussieht. Man sprach schon vor 1870 von gewissen rheinischen Einflüssen, man wollte während des Krieges vom Verkehr mit einem französischen Monsignore wissen, man erzählt sich unter Leuten die das nicht bloß von schweizerischen Wirthstafeln her erfahren haben müssen, von Zusammenkünften mit einem römischen Kirchenfürsten, der eines der großen Lichter des Ultramontanismus in der Westschweiz ist. Unbekannt endlich ist, welche Einwirkung eine vornehme polnische Familie in Berlin, in deren Hotel alle Belleitäten der Kaplanokratie zu Tisch sitzen, bis in die höchsten Kreise der Reichshauptstadt hinauf ausübt. Fürst Bismarck geht, weil er nicht hindern kann und nicht sehen mag, daß man sich langsam anschiebt, nach Kanossa zu gehen.“

Berlin, den 19. April.

„Die Stellung des Reichskanzlers wird vielfach nicht richtig aufgefaßt. Wie man ihn nach seinem Aussehen für gesunder, wie man ihn im Hinblick auf seine ausgedehnten Befugungen für reicher hält, als er in Wirklichkeit ist, so täuscht man sich in weiten Kreisen auch über den Einfluß, den er ausübt, indem man sich denselben als einen unbegrenzten vorstellt. Dem ist mit Nichten so. Der Fürst hat mit Ministern zu rechnen, deren Chef er nicht in dem Sinne ist, in dem er es sein sollte, und deren Selbständigkeit, deren Widerstreben ihn oft sehr gehemmt hat. Es konnte ferner vor-

kommen, daß hohe Beamte seines speziellen Ressorts eine völlig andere Meinung als er haben, ihm offen und versteckt Opposition zu machen, ja seine Stellung zu untergraben versuchen. (Es wird hier auf Graf Armin angespielt.) Eine ganze Kette von Excellenzen und Nicht-Excellenzen, wegen Unfähigkeit oder anderer Mängel, ultramontaner und reaktionärer Velleitäten a. D. kalt gestellt, frondirte, konspirirte, intriguirte, immer mit Eifer, oft mit den unlautersten Mitteln, bisweilen im Verein mit recht ordinären Elementen, gegen die Größe, die sie überragte und in ihrer bequemen Herkömmlichkeit störte, versuchte dem Kanzler seine Pläne zu kreuzen, seinen Charakter zu verdunkeln oder ihn wenigstens zu ärgern und so seiner Gesundheit zu schaden. Die Hauptschranke desselben aber ist und bleibt das Unwesen am Hofe, wo um eine gewisse hochgelegene Stelle der Bodensatz der Kreuzzeitungsgesellschaft und der inveterirten Herrenhausopposition mit dem ultramontanen Gifte aus den Kanälen Roms zusammengelassen ist, und von wo aus der Politik des Kanzlers unaufhörlich Steine in den Weg gewälzt werden. Der Chefredacteur eines großen, reaktionären Blattes, welches schon seit Jahren bemüht ist, der Regierung und dem Kaiser die Gemüther zu entfremden, wird endlich wegen Verleumdung vom Minister angeklagt, und verurtheilt, gegen das eingeforderte Gutachten der beleidigten Minister*) auf Verwendung — nun sagen wir einer hohen Dame — begnadigt. Dieselbe hohe Dame schreibt in veröffentlichten Briefen an katholische Vereine,

*) Nicht die Minister, sondern der Oberkirchenrath war, nicht verleumdet, sondern beleidigt worden.

daß sie die Kirchengesetze mißbillige. Zwei Angehörige der neulich erwähnten vornehmen polnischen Familie, beide Mitglieder der Centrumsfraction, der eine Secretär von Ledochowski gewesen, der andere Kaplan und bei der famosen Marpinger Postle bethelligt, sind gern gesehene Gäste in dem Cirkel, den sie bildet. Dem Vernehmen nach wären in der Angelegenheit der Ursulinerinnen von ihr — Manche werden sich hierdurch vielleicht an Eugenie während des Krieges erinnert finden, — direkte Restripte an die Behörden ergangen. Ein Graf und Oberhofmeister, der als eifrig ultramontan bekannt ist, dessen Beziehungen zur „Reichsglocke“ bei Gelegenheit der Prozesse gegen dieses Blatt vor der Oeffentlichkeit aufgedeckt wurden, und der an den Berathungen der Redaktion bei Olbrich Theil genommen, erhält unmittelbar nach diesem Skandal einen der höchsten Orden, — eine Vielen unerklärliche Anerkennung, es sei denn, man habe in einem gewissen Kreise des Hofes die Leistungen der Reichsglocke mit Wohlgefallen gesehen. Es ist sehr möglich, daß der Reichskanzler die von ihm kolportirte Aeußerung, die größte Schwierigkeit von allem mache ihm die diplomatische Mission am eignen Hofe, wirklich gethan hat.“

Berlin, den 27. April.

„In dem Artikel „Der Reichskanzler auf Urlaub,“ ist darauf hingewiesen, daß es außer der Hofopposition noch andere „Fruktionen“ giebt, welche den Fürsten verstimmen, und ermüden, seine Kraft aufreiben, seine Wirksamkeit hemmen, und so Veranlassung zu seinem Verlangen nach Entlassung aus seinen Aemtern geben. Wir greifen heute davon diejenigen heraus, die in dem Verhalten gewisser Kräfte, welche unmittelbar unter ihm — richtiger gesprochen neben ihm —

thätig sind, zu gewissen bedeutungsvollen Reformwünschen liegt, welche die Gedanken des Fürsten erfüllen, mit deren Verwirklichung es aber nicht vorwärts will. Mit anderen Worten: der Reichskanzler vermifste, als er seinen Abschied nachsuchte, namentlich bei dem einen seiner Kollegen die erforderliche Zustimmung und Unterstützung zur Ausführung von Maßregeln auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik und des Steuerwesens, die er für unerlässlich hält, und die bisher nicht in Angriff genommen werden konnten.

„Wenn ein Jäger matt und müde geworden sei durch Herumstreifen auf Kartoffelfeldern, — so äußerte sich der Fürst vor einigen Monaten in Gesellschaft von Freunden — und nach Hause zu gehen verlange, so werde man ihn dadurch nicht zurückhalten, daß man ihm etwa sage, in der Nähe wären Rebhühner zu schießen, wohl aber, wenn man ihm mittheile, in der nächsten Waldbucht lagerten Sauen. Für eine Sauftaß würde er wieder Muth und Kräfte haben.“

So erzählt uns — beiläufig nicht recht genau — ein Artikel der Kölner Zeitung, dessen Verfasser in unmittelbarer Nähe des betreffenden Ministers zu suchen sein wird, und der deshalb durch den scherzenden und nicht gerade leisen ironischen Ton, in welchem an mehreren Stellen die Hindernisse der Reform behandelt werden, um so mehr auffallen muß. Die Deutung des Gleichnisses, die er giebt, ist insoweit richtig, als unter dem zu bestehenden Hochwilde gewisse Verbesserungen der Zoll- und Steuergesetzgebung und des Eisenbahnwesens gemeint waren. Aber der Korrespondent verschwieg die eigentliche Moral des Bildes und wenn es in seiner Darstellung hieß: „Sobald Fürst Bis-

marck im Stande sein wird, vollständige und motivierte Pläne vorzulegen, welche die Kritik bestehen (sic), wird es ihm in dieser großen Frage der handelspolitischen Reform unseres Erachtens an einer großen und festen Mehrheit im Reichstage nicht länger fehlen“, und wenn dann ähnliches in Betreff der Steuergesetzgebung und des Eisenbahnwesens behauptet wurde, so verschob er die thatsächlichen Verhältnisse und Umstände. Es handelt sich nicht um Vorlegung von Plänen von Seiten des Reichskanzlers, welche die „Kritik“ — zunächst natürlich des Ministers, in dessen Ressort sie gehören, dann des Reichstages — „zu bestehen“ hätten. Selbst mit solchen Vorschlägen vorzugehen, liegt durchaus nicht in der Absicht des Reichskanzlers; er wünscht die angedeuteten Reformen, denkt aber nicht daran, seine Wünsche selbst in Pläne umzugestalten und als Gesetzentwürfe der Volksvertretung zu unterbreiten. Er erwartet, daß seine Kollegen dies übernehmen, er hat ihnen diese Erwartung ausgesprochen, und daß der Versuch, sie zu solcher Initiative zu veranlassen, erfolglos geblieben ist, gehört, wie uns die Post vom 19. April — wir glauben, aus bester Quelle — versichert, zu den Gründen, welche den Kanzler bewogen, seinen Abschied zu verlangen.

Die eigentliche Moral seines Jagdbildes lag nach der Post in dem, was der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit hinzufügte. Dies lautete:

Er könne nur dann im Dienste bleiben, wenn seine Kollegen zu den bezeichneten Reformen aus einigem Antriebe und mit eigenen produktiven Kräften schritten, wenn nicht, wolle er gehen, da er sich nicht stark genug fühle, um Ministerkrisen, den Bruch mit seinen alten Kollegen und das Ein-

leben mit neuen zu ertragen. Es sei ein unbilliges Verlangen, daß er selbst die nöthigen Arbeiten liefere und sie der Kritik eines in entgegengesetzten Spuren (soll doch wohl vor allen andern Dingen heißen: im Geleise der Manchester-schule) gehenden Ressortminister unterwerfe. Einen solchen Weg habe er in der Eisenbahnfrage eingeschlagen und äußerlich die Zustimmung aller gewonnen, sobald es aber an die Ausführung gegangen, hergebrachtermaßen passiven Widerstand und die übliche Abweisung gefunden, ähnlich wie bei der Fortschrittspartei, die auch zu sagen pflege: „Nur nicht so, sondern anders, — nämlich so wie es nicht geht.“ Der Reichskanzler sagte damals: „Es handelt sich für mich nur um die Ermittlung, ob meine jetzigen Kollegen diejenigen Reformen, welche ich für unbeweislich halte, aus freien Stücken und freier Ueberzeugung so betreiben wollen, daß sie mich in der Richtung schieben und tragen würden, nicht aber ich sie. Wollten sie ersteres, so würde er sehr gern seinen Kredit und seinen Namen in der Firma lassen, um diese Reformen durchzuführen zu helfen.“

Der Verfasser des Artikels der „Kölner Zeitung“ äußert sich so hoffnungsvoll in Betreff der Reformwünsche des Fürsten, daß man sich vielleicht fragen darf, warum sie, von dem Kollegen, den sie vor allen angehen, zu Plänen ausgearbeitet und den Faktoren der Gesetzgebung zur Annahme empfohlen, nicht denselben Erfolg haben sollten, den er ihnen verspricht, wenn sie der Kanzler der Kritik der Minister und der Reichsparteien unterbreiten wollte. Der Kollege des Fürsten, der jenem Artikel offenbar sehr nahe stand, als er geschrieben wurde, ist ein Mann von eben so viel Selbstgefühl als Ziellosigkeit. Er scheint Macht und Einfluß zu besitzen. Vor

zwei Jahren sagte er im Reichstage: „Das Wort unmöglich ist in meinem Wörterbuch sehr klein gedruckt“. Er unterhält Beziehungen zu dem Schlosse in Koblenz und ist gleichzeitig in einem hohen Berliner Kreise, wo man sehr liberal und sehr lichtfreundlich ist, als Grundpfeiler und Eckstein des Konstitutionalismus und des kräftigen Protestantismus hoch angesehen. Warum will er, der so viel ist und so viel vermag, nicht die Initiative zu den Reformen ergreifen, die dem Kanzler am Herzen liegen? Ist es etwa, weil ihn daran eine andere Seite seiner Vielseitigkeit hindert — weil er dabei seine Vergangenheit, seine Grundsätze und seine Verbindungen als Manchestermann zu verleugnen hätte? Und jetzt zu etwas anderem, zur Widerlegung einer soeben in einem großen Berliner Blatte aufgetauchten Vermuthung von Frictionen mit einer anderen Autorität. Die „National-Zeitung“ von gestern sagt in dem Artikel über Moltkes Rede, es werde sich wohl um einen Konflikt militärischer und politischer Nothwendigkeiten handeln. Man könnte aus dieser Andeutung schließen, daß der Reichskanzler sich der stärkeren Belegung der Umgegend von Metz mit deutschen Truppen widersetzt hätte. Eine solche Vermuthung aber würde ein Irthum sein. Im Gegentheil, der Fürst ist in dieser Beziehung nicht nur in voller Uebereinstimmung mit den höchsten militärischen Autoritäten gewesen, sondern er hat deren Wünschen und Absichten auch nach Möglichkeit unterstützt und gefördert. Seit Jahren schon verlangten dieselben bessere Eisenbahnverbindung mit Lothringen und mehr Truppen in diesem Theil des Reichs. In ersterer Beziehung war nicht eher etwas zu erreichen, als bis der Kanzler mit Macht auf das Hinderniß im Handelsministerium drängte

und dessen Vorstand nöthigte, die Verbindung zwischen St. Ingbert und Saarbrücken ernstlich in Angriff zu nehmen, welche der Spiritus rector des preußischen Eisenbahnwesens jahrelang kleinräumerischer Interessen halber — es handelte sich um das Verlangen nach Zugeständnissen von seiten Bayerns, das nicht einmal von der Billigkeit eingegeben war — verzögert hatte. Auch für die Vermehrung der Truppen in Lothringen war der Fürst nach Möglichkeit thätig. Diese aber soll daran hängen geblieben sein und noch heute daran hängen, daß man an einer nicht amtlichen, aber hohen und einflußreichen Stelle sich Befürchtungen hingiebt, die Herren Franzosen könnten das übel nehmen und sich darüber kränken — die Franzosen, die so geläufig französisch sprechen, meist schöne schwarze Backenbärte tragen und der katholischen Religion angehören, die doch viel vornehmer ist, als die evangelische.“

Ueber diese Berliner Korrespondenzen schrieb die Dresdener Neue Reichs-Zeitung:

„Die Symptome mehren sich, daß die Preßkampagne, welche mit dem berichteten Artikel der Grenzboten eingeleitet ward, dem Verfasser desselben und seinen Eingebornen nicht zum Vortheil ausschlagen wird. Auf den ersten Angriff war in der Schlesiſchen Presse ein noch stärkerer gegen die Kronprinzessin und ein gemeines Bild in den Berliner „Wespen:“ „Spaziergang der Reichsglocken und des Unterrocks“ gefolgt.

Der „Ull“ ließ es an Gemeinheiten auch nicht fehlen.

Den anständigeren Liberalen war denn dies doch schon zu starker Tabak. Herr Behrenpfennig freilich fand in seinen Preußischen Jahrbüchern kein Wort des Unwillens, sondern bemerkte nur, ob es ganz so sei, könne man nicht

wissen; daß der Reichskanzler und Dr. Falk auf ähnliche Hindernisse gestoßen seien, sei übrigens notorisch. Nun aber erfolgte ein neuer Angriff in einem anderen Artikel gegen den Finanzminister Camphausen, der den großen Plänen des Kanzlers entgegentrete und dabei vom „Koblenzer Schlosse“ und vom Kronprinzlichen Hofe unterstützt werde. Das änderte die Stimmung der Liberalen; Intriguen hoher Damen an's Licht ziehen zu sehen, schien ihnen ganz pikant, aber den freihändlerischen und konstitutionellen Minister in dieser Art verarbeitet zu finden, das war etwas Anderes. Die Ostsee-Zeitung protestierte nicht nur gegen solche Denunziationen, sondern behauptete, der Finanzminister habe sich dem Reichstage gegenüber regierungsfähiger gezeigt, als der Kanzler, und frage mit Recht, wo denn die grandiosen Reformpläne desselben, wo die ebenso regierungsfähigen Männer seien, aus den Gedanken des Fürsten Bismarck Gesegentwürfe zu machen? Mit diesem Mißvergnügen über kommen den Denkfähigeren doch auch Zweifel, ob denn wohl die Anschuldigungen des ersten Artikels begründet seien. Von dieser Verstimmung scheint der Verfasser selbst einen Eindruck erhalten zu haben, denn während er sein zweites Elaborat mit folgender Nachschrift schloß: „Ein dem Reichskanzler nah befreundetes Mitglied des Reichstags hat sich bewogen gefunden, in der „Magdeburger Zeitung“ vor unseren Mittheilungen zu warnen. Wenn der Herr wüßte, mit welcher Serenität wir seine Ausführungen genossen. Wir werden selbstverständlich weitere Einsprüche der Art ignorirend fortfahren zu sagen, was wir wissen und man wird uns glauben“ — bringt die neueste Nummer der „Grenzboten“ einen sehr lahmen Aufsatz: „Zur Verstän-

digung“, in dem der Verfasser seinen Rückzug antritt, eingesteht, daß manche der mitgetheilten Thatfachen unrichtig seien, und verspricht für sein Herbarium künftig sorgfältiger zu sammeln.

Indes damit dürfte die Sache denn doch nicht aus sein. Der Minister des königlichen Hauses in Berlin, Freiherr von Schleinitz, hat, wie wir hören, es für seine Pflicht erachtet, diese schamlosen Angriffe zur Kenntniß Sr. Majestät des Kaisers zu bringen, nicht etwa um den Staatsanwalt damit zu befragen, was möglicherweise den Urhebern erwünscht wäre, um den Skandal vor Gericht fortzusetzen, aber unter der Würde der hohen betreffenden Personen sein würde, wohl aber um Erhebungen darüber zu veranlassen, ob die Beschuldigungen begründet seien, daß das Preßbureau diesen Artikeln nicht fernstehe, und um geeignete Maßregeln zu ergreifen, welche dieser demagogischen Agitation, welche vor Untervühlung der Dynastie nicht zurückschrecke, ein für allemal ein Ende zu machen. So dürfte die plump angelegte Mine doch nicht die, gegen welche sie gelegt war, sondern die Anleger verwunden.

Inzwischen lauten die Nachrichten vom Reichskanzler sehr ungünstig. Sein Befinden soll so schlecht sein, daß man an seiner Rückkehr zum Winter durchaus zweifelt, und selbst für den Fall, daß sie erfolgt, glaubt, es werde sehr bald zu einer neuen Krisis kommen, da keine seiner Bedingungen erfüllt worden. Er wird weder einen gefügigeren Reichstag finden, noch einen solchen zur Auflösung erzielen können, wird weder den Finanzminister eingeschüchtert sehen, noch andere zum Ersatz haben und am wenigsten durch die Preßkampagne seine Gegner bei Hofe geschwächt finden.

Kurz — einige besonders feinnasige Ratten treffen schon Anstalten, ihre Zukunft in Sicherheit zu bringen. Diese Leute sind ja, wie Byron sagt: „den Rock zu kehren stets erbötig, und auch die Haut, wenn nöthig.“

Der Berliner Korrespondent fuhr fort:

Berlin, den 8. Juni.

„Dies-Daber hat gehört und erzählt in seinem Prozesse, daß die Reichsglocke dem Kaiser durch Frau von Schleinitz zugestellt worden sei. Herr von Schleinitz dementirt diese Angabe vermittelt des Staatsanzeigers, aber nun fragen maliciöse Korrespondenten, ob das Zeugniß des Ehemannes für seine Frau vollen Beweis mache. Der Mitarbeiter eines anderen Blattes will ihm mit der Vermuthung zu Hülfe kommen, der Klatsch sei daher entstanden, daß ein früherer Untergebener des Hausministers, der Rechnungs-rath B. sich die Reichsglocke in 10 Exemplaren gehalten habe. Gewiß kann Herr von Schleinitz sagen: „Gott bewahre mich vor solchem Freunde, wie der hilfreiche Korrespondent dieses Blattes.“

Und er kann das auch in anderer Beziehung ausrufen. Als wir einem Kriege mit Oesterreich entgegengingen, hatten die Oesterreicher, und seitdem wir mit Frankreich einen dort nicht vergessenen Krieg geführt haben, haben die Franzosen sein Hotel zu ihrem Rendezvous gewählt. Und zu allen Zeiten wird er da, wo alle Feindschaft gegen den Fürsten Bismarck sich concentriert (die Leser kennen den Ort), als Kanzler oder Minister in spe betrachtet — mit Herrn von Gruner als Adjunkt!“

*

*

Die Königin Viktoria hat seit ihrem, im Sommer

1858, ein halbes Jahr nach der Vermählung ihrer Tochter mit dem Kronprinzen von Preußen in Potsdam gemachten Besuche häufig den deutschen Boden wieder betreten, insbesondere Koburg und Darmstadt, aber dreißig Jahre lang in Potsdam oder Berlin sich nicht bei ihren Kindern wieder sehen lassen. Was nun auch der Grund gewesen sein mag, der der erlauchten Dame den Aufenthalt im Hause der Tochter und in Berlin verleidet hat, welche tiefe Beleidigung auch die altpreussische Etiquette ihr oder ihrem verstorbenen Gemahl zugefügt haben mag, so ist und bleibt doch ihre bis zum Tode des Kaisers Wilhelm anhaltende Unversöhnlichkeit eine vom preussischen Volke schwer empfundene Mißachtung. Kaiser Wilhelm und sein Haus haben sich über dieses unerschütterliche Verdammungsurtheil der Königin Victoria gegen Potsdam hinweggesetzt. Kaiser Wilhelm und Kaiserin Augusta haben wiederholt die Königin Victoria aufgesucht, nicht bloß in England, sondern auch auf deutschem Boden, und das ehemals kronprinzliche Paar hat mindestens ein Jahr ums andere England wie eine zweite Heimath begrüßt. Das preussische Volk und gerade die Berliner Bevölkerung empfindet es als eine Verletzung, daß die Königin von England das Ueberschreiten der Schwelle ihrer Tochter dreißig Jahre verschmäht hat. Das Volk hat kein Verständniß dafür. Man müßte in Berlin gerade zu taub sein, wenn man im Stande wäre, die Stimme der Erbitterung über die Nichtachtung der berliner Gastfreundschaft Seitens der Königin Victoria während so langer Zeit zu überhören. Man fühlt sich von dem englischen Hause zurückgesetzt.

Dem Prinzen von Wales, Bruder der Kaiserin Victoria vergißt man auch die Franzosenfreunlichkeit nicht so leicht,

die er wiederholentlich an den Tag gelegt hat. Er trat in dieser Richtung besonders im Jahre 1878 auf der Pariser Weltausstellung hervor, beim Bankett, das ihm zu Ehren die englischen Aussteller am 31. Mai veranstalteten. Sonst pflegte der britische Thronfolger die öffentliche Meinung nicht durch seine polnischen Ansichten und Velleitäten in Anspruch zu nehmen, sondern zog es vor, derselben auf andern Gebieten des öffentlichen und sozialen Lebens Stoff zur Unterhaltung zu bieten. Während seines Aufenthalts in Paris als Präsident der englischen Ausstellungskommission hatte er schon mehrfach Aeußerungen politischer Natur gethan, die, wie nicht anders zu erwarten, die politische Tageschronik lebhaft beschäftigten. Dazu gehörte das vielbesprochne Bonmot, daß „Oesterreich stets im Rückstande“ sei. Sein bei dem erwähnten Bankett auf die „französische Exekutive“ und auf den Generalkommissar der Ausstellung Herrn Krantz ausgebrachter Toast füllte die Spalten der französischen Zeitungen mit hochpolitischen Kommentaren. Wie es bei Banketten zu geschehen pflegt, treibt die durch den vin de Champagne angefachte Begeisterung die wunderlichsten Redebülthen. Am andern Tage traut Mancher seinen Augen nicht, wenn er schwarz auf weiß liest, was er am Tage vorher gesagt haben soll. Daher denn die mehrfachen Versionen über Tischreden, wobei die Zuhörer nicht am wenigsten erstaunt zu sein pflegen, wenn sie später den offiziellen Text zu lesen bekommen. So ging es auch mit dem Toast des Prinzen von Wales. Der Kern seines Toastes, wie sehr auch über die Fassung desselben Variationen kursirten, war: „Mein ganzes Herz gehört Frankreich.“

Genes das Ende des Jahres 1871 hatte dieser Bruder

der Kaiserin Viktoria, der damals noch mit einer widrigen Rufe zu kämpfen hatte, nach einer überstandenen schweren Krankheit in eigenthümlicher Weise die Berliner interessiert. „Wenn der Held und Liebling einer Nation — so sagte man in Berlin — der Retter aus tödtlicher Gefahr, der Wohltäter der Gegenwart, der Hort und die Hoffnung der Zukunft auf jenem Bette im Sandringham gelegen hätte, die Sorge und Trauer des Volkes hätte kaum größer sich zeigen können. Zwar Handel und Wandel standen in jenen Wochen banger Erwartung nicht still, aber alle anderen Interessen des Lebens, außer diesem einen der täglichen Leibesnothdurft schienen suspendirt: die Politik rastete, die kirchlichen Kämpfe verstummten, die soziale Frage entfernte sich von der Tagesordnung, selbst das Weihnachtsfest drohte seinen uralten Zauber einzubüßen und der große Tichbornprozeß war nur mühsam im Stande, die Aufmerksamkeit zu fesseln. Die großen Londoner Zeitungen füllten ihre Riesenspalten Tag für Tag mit Telegrammen, Correspondenzen medizinischen Erörterungen über den erlauchten Patienten, welcher bewußtlos auf seinem Fieberlager mit dem Tode rang, und Tag für Tag folgten sich die Leitartikel, in denen die schwierige Aufgabe gelöst wurde, über dieses Fieberlager Betrachtungen anzustellen. Und wie in London, so war es in der Provinz. In allen Städten und Grafschaften bekundete sich das nämliche Gefühl nationaler Sorge. Selbst die demokratischen und radicalen Parteien nahmen Theil an dieser lebhaften Aufregung, man erinnere sich der komisch-gerührten Beileids-Adresse, welche der republikanische Schuster Odger an die Königin richtete, um ihr zu sagen, daß auch er wie ein getreuer Unterthan empfinde.

Höchstens die Fanatiker der fenischen Partei in Irland hatten sich von der freiwilligen Landbestrauer ausgeschlossen. Der Gegenstand aller dieser Kundgebungen nun war ein Mann, der nicht allein nichts gethan hatte, um eine so seltene allgemeine Theilnahme zu verdienen, sondern im Gegentheil von dem Beginne seines Mannesalters an einer gerechten Unpopularität verfallen war. Alle die häuslichen und öffentlichen Tugenden, welche der Engländer an der Königin verehrt und an dem verstorbenen Prinz-Gemahl verehrte, schienen dem Thronfolger fremd geblieben. Der Prinz von Wales schien eine neue Incarnation jenes Georg des Vierten, welcher einst London mit dem Lärm seiner Ausschweifungen und den Hof mit den widerwärtigen Dissonanzen seiner Familienzernüfnisse erfüllte. Die sogenannten noblen Passionen bildeten die Lebensbeschäftigung des Erben der Krone; nie und nirgend zeigte er ein Bewußtsein der Pflichten, welche ihm als erstem Unterthan und künftigem Herrscher oblagen. Seine Persönlichkeit hatte nichts von dem liebenswürdigen Schimmer, welchen das Volk — wie die Geschichte der Stuarts lehrt — sittlicher Unwürdigkeit nachsieht, nichts von jener naiven Unbändigkeit der Jugendkraft, welche in ihren Ausschreitungen noch die Hoffnung auf künftige segensreiche Früchte gestattet. Der Prinz von Wales war in allen Stücken in seinem Thun und in seinem Lassen den Engländern antipatisch, höchstens einem kleinen, und nicht dem besten Theile der Aristokratie genehm und willkommen. Selbst die herkömmliche englische Fiktion, welche den Thronfolger zum ersten Liberalen des Landes, gewissermaßen zum Ehrenpräsidenten der Opposition macht, hatte in diesem Falle sich nicht behaupten, nichts dazu beitragen

können, die Schärfe der Abneigung zu mildern, welche das Publikum für den Prinzen hegte. Und nun diese plötzliche Aufwallung von Liebe, auf welche der trefflichste Herrscher stolz sein dürfte!“

Ein Berliner Blatt brachte über diesen Gegenstand die folgenden Erläuterungen: „Die Pietät für die trauernde königliche Wittwe allein war es doch schwerlich, was bei diesem Anlaß die Nation so mächtig bewegt hat. Man sollte meinen, der Verlust eines solchen Sohnes müßte, wie immer auch die Mutter darüber denken mag, dem Publikum als ein wohlzuverschmerzendes Unglück erschienen sein. Auch die bekannte, oft verspottete Servilität des gewöhnlichen Engländer's, seine bedientenhafte Verehrung für Standespersonen reicht zur Erklärung nicht aus. Dazu war die Theilnahme zu ernsthaft, anhaltend und ausnahmslos. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die aufgeregten Massen sich selbst über den Ursprung und die Natur ihrer Aufregung deutliche Rechenschaft ablegen konnten. Aber gerade dies der Erklärung spottende Element macht die Erscheinung merkwürdig und verweist sie in die Reihe jener Ausbrüche eines Volksinstinktes, welche schon so oft alle Berechnungen der rationalistischen Politiker zu Schanden gemacht haben. Wir verzichten darauf, in Worten das zu formuliren, was unsres Erachtens Kern und Ursprung der Erscheinung ist; wir würden nur im Stande sein, mit unvollkommenen Andeutungen dem dunklen Punkte uns zu nähern, ohne ihn wirklich zu erreichen. Unsres Erachtens ist dasjenige, was dem Prinzen von Wales die unverdienten Thränen und Gebete der Millionen eingetragen hat, wenn man die Pietät für die Königin und die Devotion der Lakaien abzieht, eine

insulare Form des wirklichen Patriotismus, welcher in der Reihe des Königthums den Schlußstein der nationalen Existenz nicht so sehr erkennt, als ahnt. Es ist nicht ein Abwägen von Vernunftgründen, sondern ein unmittelbares Gefühl, welches zu dem Resultate führt und eben deshalb macht das Resultat einen so sonderbaren Eindruck auf den Nichtengländer, der die Sache vernunftgemäß sich zurechtlegen möchte. Man verstehe uns aber nicht falsch. Wir behaupten natürlich nicht, daß das unmittelbare Gefühl, von welchem wir reden, auf einer von der allgemeinen menschlichen Natur abweichenden, besonderen Beschaffenheit der englischen Seelen beruhe. Nein, es ist ohne Zweifel auf allgemein menschlichem Boden erwachsen; es hat seine eigenthümliche Kraft durch die eigenthümliche Geschichte der englischen Nation gewonnen. Es ist durch die historische Entwicklung zu einer andern Natur geworden. Das Gefühl für die Größe des Landes in seiner naivsten, elementarsten und gewaltigsten Regung ist eins geworden mit dem Gefühl für die über alle Parteileidenschaften und alle Zufälligkeiten des Persönlichen hinausragende Majestät des Königthums. Lord Brougham sagt: „In England ist das Königthum ein Nagel, an welchem die britische Konstitution hängt.“ Für den alten Whig war die britische Konstitution das eigentliche Heiligthum; für die Volksempfindung ist es England selbst, das stolze Inselreich mit allen Glorien seiner Vergangenheit, aller Lebenskraft seiner Gegenwart, allen Hoffnungen seiner Zukunft, welches an diesem goldenen Nagel hängt. An dies England denkt das Volk, wenn das „God save the King“ erschallt, und der Glanz dieses Gedankens strahlt auf den Thron so mächtig zurück, daß, wer auch

darauf sitzen, wer auch auf seiner obersten Stufe stehen möge, der Thron ihn mit einem unauslöschlichen Nimbus umgiebt.

Gewiß ist es ausnehmend merkwürdig, daß die Verehrung vor dem Königthum gerade in dem Lande, welches die Macht der Krone am wirksamsten beschränkt hat, am intensivsten sich kundgiebt. Aber man sieht leicht, daß die Verehrung, welche sie findet, der Krone zugleich einen großen Theil der Macht zurückgiebt, welche die Politik ihr entzogen hat. In großen Krisen würde noch heute Shakespeare's Wort zutreffen, daß der Name des Königs ein Heer ist. Der König vertritt noch heute die Einheit und Unsterblichkeit des Reiches, nicht auf Grund eines Verfassungsparagraphen, sondern, was viel mehr ist, in dem Glauben und der Anschauung der Nation. Da, wo seine Fahne ist, da ist die Fahne Englands; es würde erst heftiger Erschütterung bedürfen, ehe dieser Satz seine Geltung verlieren könnte."

Hier ein Ausspruch von Gladstone: „Das königliche Szepter, das heute nur wenig werthvoller ist, als die Elle des Tuchhändlers, mag doch noch eines Tages mächtig werden, wie ein Zauberstab. Es ist eine Art von Reservetruppe, deren die Demokratie vielleicht einmal bedürfen wird und die daher eifersüchtig gegen jeden Angriff geschützt werden muß.“

Bradlaugh, dessen direkt gegen die Dynastie gerichtete „Anklage des Hauses Braunschweig“ sieben Auflagen erlebte, hielt, als nach der Genesung des Prinzen von Wales ein Dankgottesdienst im Lande abgehalten wurde, eine Protestversammlung, welche erklärte, die Wiederherstellung des Prinzen sei keine Ursache Gott zu danken.

Der Preuße, namentlich der Berliner, ist gegen hohe Personen sehr kritisch. Kaiser Wilhelm hat es in der Konfliktzeit erfahren. Besonders sind auch hohe Damen mit der Kritik nicht verschont worden, zumal dann, wo die Sache den Anschein hatte, als gelte es, das eingeborene Königshaus gegen das „fremde Element“ zu schützen. Das ist gerade in den breiteren Schichten der Bevölkerung zu beobachten, und besonders in den letzten Monaten beobachtet worden. Ein liberales Berliner Blatt schrieb dagegen zur Feier der silbernen Hochzeit des spätern Kaiserpaars: „Es ist das Geschick Derer, die so hoch gestellt sind, immer im Angesicht Aller zu stehen und der allgemeinen Aufmerksamkeit und Theilnahme auch in ihren persönlichen Beziehungen und ihrem häuslichen Leben nicht entgehen zu können. Ein Privatmann mag sein Haus für ein wohlgeschlossenes und gehütetes Kastell erklären, der Palast eines Fürsten wird stets mehr oder minder ein Glashaus sein, trotz aller Schranken und Gräben, die ihn von dem Markte und der Straße trennen. Wie viel mehr in unserem Falle, wo das eigenthümliche, noch immer patriarchalisch angehauchte Verhältniß zwischen dem preußischen Volke und den Hohenzollern durch die Neigung und die Hoffnung, die sich von seiner Jugend an dem Prinzen zugewandt hatten, verstärkt wurde, wo seine Verbindung mit der englischen Prinzessin gerade in der Masse des Bürgerstandes die lebhaftesten Sympathien erweckte. Heute noch muß ein Widerhall des lauten und herzlichen Jubels der ganzen Bevölkerung, der sie vor fünfundzwanzig Jahren bei ihrem Einzuge in Berlin empfing, leise in der Seele der Kronprinzessin nachklingen. Wenn neulich in einer Schrift, der doch wohl ein gewisser autoritativer Character innewohnt,

von dem Gegensatz der jungen englischen Prinzessin und der preussischen Gesellschaft gesprochen wurde, so können solche Gegensätze nur innerhalb der Schloßmauern aufgetreten sein; zwischen den Anschauungen des Volkes und des kronprinzlichen Paares hat es nie einen tiefergehenden Widerspruch gegeben. Im Gegentheil, heute wie 1858 sind die „englischen“ Anschauungen und Ideale der Kronprinzessin auch die des gebildeten Mittelstandes. Ohne daß es der Natur der Sache nach jemals in bestimmte Worte gefaßt werden konnte, glauben wir an die Uebereinstimmung zwischen den Anschauungen des kronprinzlichen Paares und den Zukunftshoffnungen unseres Volkes.“



Der Thronerbe.





Es war am 21. Februar 1881 an einem Sonnabend, am nächsten Tage sollte die Vermählung des Prinzen Wilhelm mit der Prinzessin Viktoria von Schleswig-Holstein stattfinden. Am Tage vor der Trauung fand altpreussischer Königsfeste gemäß die Einholung der hohen Braut, welche eben von ihrer Heimat, Schloß Brimkenau, in Schloß Bellevue im Thiergarten eingetroffen war, statt. Die Prinzessin nahm an der Seite ihrer Schwiegermutter, der Kronprinzessin, in dem großen mit acht Pferden bespannten königlichen Staatswagen Platz und wurde in feierlichem Zuge von Schloß Bellevue durch das Brandenburger Thor in das königliche Schloß geleitet. Die Einzugsstraße war auf das Festlichste geschmückt, und an allen Punkten zu beiden Seiten von einer zahllosen, freudig bewegten Menschenmenge besetzt, die beim Nahen der Braut in laute, herzliche Freudenrufe ausbrach und ihr einen begeisterten Empfang bereitete. An der Spitze des Zuges ritt eine Abtheilung des ersten Garde-Drägoner-Regiments, dann kamen drei

Galawagen mit den Hofstaaten, eine Kompagnie des Regiments Garde du Corps als Ehrenbegleitung folgte dem Staatswagen, wieder eine Kompagnie Garde du Corps, zwei sechsspännige Wagen mit den Hofdamen der hohen Braut und der Kronprinzessin und zuletzt ein Zug des zweiten Garde-Ulanen-Regiments. Auf dem halben Wege nach Schloß Bellevue hatte das Berliner Schlächtergewerk zu Pferde Aufstellung genommen, weiter eine Abtheilung von 40 Postillonen in Gala. Beide Abtheilungen setzten sich an die Spitze des Zuges, welcher sich nun bei den zu beiden Seiten des Weges aufgestellten Vereinen, Gewerkschaften, Studenten, Innungen, Korporationen und Schützengilden vorbeibewegte, überall von lauten Kundgebungen der Freude empfangen. Am Brandenburger Thor, außerhalb der Stadt, empfingen der Gouverneur der Residenz Berlin, General der Infanterie von Fransecky, der Kommandant, General von Berken und der Polizeipräsident von Madai die Prinzessin-Braut. Unter dem Donner der Kanonen und dem Geläute der Glocken fuhr der Staatswagen durch das Thor in die Stadt ein, wo die Prinzessin-Braut von den städtischen Behörden empfangen wurde. Der Oberbürgermeister von Berlin, Dr. von Jordanbeck, näherte sich dem Wagen und begrüßte die Braut namens der Gemeindebehörden und der Einwohnerschaft mit einer Ansprache, welche dieselbe mit herzlichen Worten des Dankes erwiderte. Dann ging es Unter den Linden lang bis zum Schloß, wo der Ehekontrakt geschlossen werden sollte.

Aber wo war der Bräutigam während des Jubels, während des Kanonendonners, während des Glockengeläutes? Der stand im Lustgarten von Potsdam vor der Front seiner

Kompagnie und kommandierte: Rechtsum, marsch! Hauptmann Wilhelm exerzierte mit seinen Soldaten noch einmal den Wachtdienst ein, damit er auch Ehre mit ihnen einlegte, denn die Kompagnie sollte im königlichen Schlosse zu Berlin noch an demselben Tage die Wache beziehen. Dann sah er nach der Uhr, es war Zeit. Er fuhr mit der Kompagnie nach Berlin, führte sie Unter den Linden lang bis zum Schloß, stürmisch von der Bevölkerung begrüßt, die beim Anblick der alten historischen Blechmützen des ersten Garde-Regiments zu Fuß in ein Hurrah ausbrach und den Hauptmann bewunderte, der seinen Dienst am Vorabend seiner Vermählung versah. Der Hauptmann und Bräutigam zog in das Schloß ein, wo ihn der Kaiser, der Kronprinz und viele andere Fürstlichkeiten begrüßten. Jetzt war es Zeit, das Kommando für einen Augenblick niederzulegen. Denn die Braut und alle die erlauchten Gäste, die als Zeugen der Unterzeichnung des Ehecontractes bewohnten, durften nicht eine Minute über die angefetzte Zeit warten.

„Kompagnie stillgestanden — Herr Graf von Kanitz (der Premier-Lieutenant), ich übergebe Ihnen für die Zeit meiner Behinderung die Kompagnie.“

„Zu Befehl, Königliche Hoheit.“

Im Schlosse war eine hochillustre Gesellschaft versammelt, welche jetzt ebenso, wie der Bräutigam, die Prinzessin Braut nach zurückgekehrter Fahrt willkommen hieß. Darauf erfolgte alsbald die Unterzeichnung des Ehecontractes.

Jedenfalls darf es als ein Zeichen nicht bloß von dem im preußischen Herrscherhause herrschenden Pflichtgefühl, sondern von einem ganz besonderen militärischen Dienstleister

des Prinzen Wilhelm gelten, daß er noch am Vorabend seiner Hochzeit den aktiven Dienst in der Armee that und vor der Front seiner Kompagnie wie jeder gewöhnliche Offizier erschien, damit ja der Wachtdienst im Schlosse zu Berlin exact war.

Am nächsten Tage, einem Sonntag, bewegte sich den Tag über die ganzen Linden entlang ein festlich geschmücktes Publikum, das namentlich an dem Palais des Kaisers und des Kronprinzen dichte Gruppen bildete und am Abend der Auffahrt der Hochzeitsgäste betwohnte, welche sich zum Trauungsakte in die Kapelle des Schlosses begaben.

Seit ziemlich frühmorgens passierten auch viele elegante Equipagen die Straße Unter den Linden. Die vielen hohen Gäste, die sich in Berlin zu den Vermählungsfeierlichkeiten eingefunden hatten, die verwandten Fürstlichkeiten aus dem Norden und Süden Deutschlands machten sich untereinander Besuche. Der Strom der Equipagen bewegte sich zum Theil durch das Brandenburger Thor nach dem Schlosse Bellevue, wo die Braut wohnte und mit klopfendem Herzen der Stunde entgegensah, in der sie den Bund für das Leben schließen sollte. Dort in Bellevue waren versammelt: der Prinz und die Prinzessin Christian von Schleswig-Holstein mit ihren Söhnen, die Prinzen Victor und Albert, die Frau Herzogin Adelheid mit ihren Töchtern und Herzog Ernst Günther, seine Tanten, die Prinzessinnen Amalie und Henriette; letztere mit ihrem Sohn aus der Ehe mit dem Geh. Medizinalrath Prof. Dr. Esmarck. Viele andere hohe Gäste kamen und gingen. Auch Prinz Wilhelm kam und — ging. Er ging nämlich nach Pots-

dam, um dort an seinem Vermählungstage dem Feldwebel seiner Kompagnie einen Besuch zu machen.

Es war das kein streng dienstlicher, aber doch ein halbdienstlicher Besuch. Der Kaiser hatte nämlich dem Feldwebel aus Anlaß des Brauteinzuges am Tage zuvor das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Prinz Wilhelm ließ es sich nicht nehmen, diese Auszeichnung dem Feldwebel selbst zu überbringen. Er nahm den ersten Eisenbahnzug, der nach Potsdam fuhr, und überraschte den Feldwebel persönlich mit dem Gnadenbeweise des Kaisers. Am Abend gab es dann Hochzeit in Berlin und Kanonendonner beim Ringwechsel. Die Potsdamer waren nicht wenig erstaunt, den Prinzen noch kurz zuvor in ihren Mauern zu sehen.

Prinz Wilhelm ist ein ganzer Soldat, wie er in allem, was er ergreift, etwas Ganzes ist. Bei seinen Husaren war er bei aller Strenge so beliebt, wie selten ein hoher Offizier. Er trat ihnen gern persönlich nahe, hatte ein Interesse für jeden Einzelnen. Er ist auch rednerisch ein schneidiger Befehlshaber und hält oft Ansprachen. Man könnte bereits eine kleine Sammlung davon herausgeben. Nicht in allem gleichen sich die Reden des Sohnes und die seines erlauchten Vaters, des Kaisers Friedrich. Letzterer spricht ruhig, gewandt, gemessen, kein Wort zu viel und keines zu wenig. Bei Kronprinz Wilhelm hat ein geübter Stenograph seine liebe Noth, mitzukommen; die Worte überstürzen sich, dabei klingt alles kurz, knapp, er packt und fesselt, und man hat als Zuhörer das Gefühl, daß er weiß, was er will. Seine Stimme ist etwas rau, was den militärischen Eindruck noch erhöht.

Das Potsdamer Garde-Husaren-Regiment hatte in

seiner siebenjährigen Geschichte jetzt zum zweiten Male einen Prinzen aus unserem Königshause zum Obersten gehabt. Der erste war Prinz Friedrich Karl — das Vorbild des Kronprinzen Wilhelm. Letzterer ist, wie man weiß, mittelgroß, im Sattel eine gefällige und stattliche Erscheinung. Er zählt zu den besten, gewandtesten und kühnsten Reitern des Heeres, das an dergleichen keinen Mangel hat. Wie er den verstorbenen Prinzen Friedrich Karl verehrt und studiert, bewies er bei Gelegenheit der Grundsteinlegung des Prinzen Friedrich Karl-Denkmals in Frankfurt a. D. im Oktober vorigen Jahres.

Bei dem Frühstück im Speisehause des Leib-Grenadier-Regiments toastete der Divisions-Kommandeur General-Lieutenant v. Dittfurth auf den anwesenden Prinzen. Der Toast des Prinzen war schneidig und bedeutungsvoll zugleich. Der Prinz erwähnte zunächst die Verdienste des Prinzen Friedrich Karl und die Schulung des Armeecorps während der Zeit seiner Führung desselben. „Die Schulung war eine auf Grund neuer einschneidender Vorschriften völlig durchgreifende und die Vorstellung des so ausgebildeten Armeecorps brachte diesem die Allerhöchste Anerkennung ein. Welche hohe Bedeutung dieser Ausbildung des Armeecorps zuzumessen, habe der Feldzug in Dänemark und der Düppeler Schanzensturm bewiesen. Das dritte Armeecorps wurde das Muster für die Schulung der Truppen der ganzen preussischen Armee, die ihrerseits wieder die schneidige Wirksamkeit jener Schulung in den Feldzügen gegen Oesterreich und Frankreich bekräftigte. In diesen Kämpfen habe das dritte Armeecorps seinen Waffenruhm von Neuem bewährt. Die Schlacht von Wionville stehe unerreicht in der Kriegsgeschichte da, ein einziges Ar-

meeorps in der Stärke von 20,000 Mann habe einen mehr als fünffach überlegenen, mit gutem Rüstzeug versehenen Feind aufgehalten und zurückgeworfen. Das sei die Ruhmesthat der Brandenburger. Die Hohenzollern hätten nie vergessen, was sie ihrer treuen Hingebung verdankten. Das dritte Armeecorps werde seine Tapferkeit und Hingebung sicherlich zu bewahren wissen, und selbst zusammenschmelzen auf Hunderte, dem Feinde kein Vordringen gestatten, es sei denn über deren Leiber. Möge das Armeecorps des Geistes des verewigten Prinzen, in dem es geschult und erzogen worden, eingedenk bleiben.“ Das nun folgende Hoch auf das dritte Armeecorps brachte natürlich einen Jubelruf unter den zahlreich anwesenden Vertretern der Regimenter hervor.

Kronprinz Wilhelm ging nicht in dem Sinne im Soldaten auf, daß er nicht Interesse und Zeit übrig behielt für Wissenschaft und Kunst, etwa für die Wagnerische Musik, oder daß er nicht einem Bankett als alter Korpsbursche der Bonner Borussia mit der weißen Mütze und mit dem schwarz-weiß-schwarzen Bande auf der Brust der Husaren-Uniform beimohnte: aber er ging soweit im Soldaten auf, daß er seine Garnison Potsdam nie anders als streng dienstlich verließ, also etwa zu einem Manöver, oder zur Erfüllung einer Repräsentationspflicht in Petersburg, Wien oder London. Man wird bei ihm darin keinen Widerspruch mit dieser Regel erblicken wollen, wenn er oft in Berlin war — Berlin und Potsdam gehören zusammen — oder wenn er einmal einer Einladung zur Jagd, etwa zur Bärenjagd auf den Gütern des Fürsten Anton Radziwill folgte — das gehörte zu den Pflichten des Kavaliere und Sportmans. Die Regel war: Kronprinz Wilhelm nahm

niemals Urlaub, um eine größere Reise zum Vergnügen oder zur Erholung zu machen, oder um die Natur zu genießen, die Villegiatur in der Schweiz oder in Italien zu nehmen, oder eine Seebad-Saison durchzumachen. Das kannte er nicht. Die Hundstage verlebte er in der Garnison und musterte die Kaserne seines Regiments. Auch in seiner früheren Jugend hat er keine größere Reise gemacht. Er studierte oder exerzierte. Welcher Kontrast zum Kaiser Friedrich, seinem Vater! Diesen hat der Drang in die Ferne zu schweifen und die Welt zu sehen nicht nur von Petersburg bis an die Katarakte des Nils, von den Ruinen Karthagos bis jenseit der Pyrenäen, von den schottischen Hochlanden bis in die Fjorde Norwegens geführt, er hat auch in Italien und in der Schweiz sich eine zweite Heimath gegründet, die er jährlich aufsuchte. In Berlin war es etwa die Karnevalsaison, in Potsdam die erste Frühlingszeit, die ihn zurückhielt, sonst gehörte das Jahr einem der anderen Heimathländer, oder den Ausflügen innerhalb Deutschlands.

Wenn man sich eine Karte mit den Umrissen des deutschen Vaterlandes denkt und auf dieselbe alle Städte und Stätten einträgt, welche Kaiser Friedrich aufgesucht hat, und die sich durch große Männer, welche in ihnen gewirkt, durch die Denkmale der Kunst und Wissenschaft, die sie bergen, durch große Ereignisse, welche sich dort abgespielt, einen Platz in der deutschen Geschichte errungen haben — so würde man sicher über die Zahl der vermerkten Städte und Ortschaften staunen. Man würde sie gleichmäßig über alle Länder des Reichs vertheilt finden und sehen, daß keine der Richtungen, in welcher das vielgestaltige Leben eines großen Volkes sich äußert, dabei

übergangen ist. Bei Kronprinz Wilhelm würde auf einer solchen Karte von Deutschland die Zahl der besuchten Städte und Ortschaften, auch wenn man das verschiedene Alter von Vater und Sohn in Betracht zieht, sich sehr reduzieren: Iphoe — Kaisermanöver; Kiel — Flottenmanöver, Königsberg — Jubiläum des 1. Ostpreussischen Grenadier-Regiments; Brimkenau — Auerhahnbalz; Potsdam — Garnison.

In Königsberg gab es 1885 nicht bloß Truppenchau, sondern auch Studentenkommers. Hier kommandirte der Prinz den Salamander so präzise, daß beim Aufschlag mit den Seideln kein Fuchs um eine sechszehntel Note nachklappte. Unser damaliger Kronprinz brach bei diesem wohl gelungenen Akte in ein lautes Gelächter aus. Dieses Talent mochte er bei seinem Sohne noch nicht entdeckt haben. „Immer Soldat, auch beim Salamander kommandieren“, sagte er.

In Köln war der Prinz einmal zum Karneval und zwar schon von Bonn aus. Da gab es natürlich viel gehobene Stimmung, besonders bei der Festlichkeit im Victoriaaal, an welcher die Spitzen der Militär- und Civilbehörden, so wie viele andere Ehrengäste Theil nahmen. Bei dieser Gelegenheit brachte der Prinz einen Toast aus — auf den Redakteur der „Kölnischen Zeitung“. „Dr. Grieben — sagte er — ist auch ein Feldherr, er führt täglich Tausende von Soldaten in den Kampf. Mein Herren, Kamerad Dr. Hermann Grieben lebe hoch!“

„Immer Soldat“ würde Kaiser Friedrich gesagt haben, wenn er dabei gewesen wäre, wie in Königsberg.

Es ist eine jugendlich frische, feurige Persönlichkeit, unser Kronprinz Wilhelm, in dem sich ein tiefes Gemüth

mit einem ungewöhnlich klaren, scharfen Verstande und einem hohen Maß von Charakterfestigkeit vereinigt. „Er weiß, was er will.“ Und mit der hohen Dame, mit der er sich verbunden, theilt er den bescheidenen Edelsinn und die theilnehmende Liebe und Sorge für die Armen und Nothleidenden!

Eine Fülle von Zügen aus dem Leben Beider könnten wir mittheilen, welche diese Charaktereigenschaften, vor Allem ihre Anspruchslosigkeit und Pflichttreue bekunden.

Hier folgt noch ein Zug der Charakterfestigkeit des Prinzen. Kaiser Wilhelm mochte hohes Spiel nicht leiden. Trotzdem hätte er dasselbe einst beinahe gegen seinen Enkel in Schutz genommen. In Berlin besteht ein gewisser Klub, in dem das hohe Spiel zu Hause ist. Eine ganze Reihe Offiziere von Prinz Wilhelms Regiment waren Mitglieder des Klubs und erlitten im Spiel so verhängnißvolle Niederlagen, daß Prinz Wilhelm als Oberst des Regiments endlich beschloß, diesen Verheerungen ein Ende zu machen und seinen Offizieren in unabweislicher Form nahelegte, aus dem Klub auszutreten. Die Leitung des Klubs war darüber sehr bestürzt und bewog den Obmann, einen Prinzen K., beim Kaiser dahin zu wirken, daß jener Befehl zurückgenommen werde. Der Kaiser ergab sich den vorgebrachten Gründen, ließ den Prinzen Wilhelm zu sich kommen und ersuchte ihn, das Verbot zurückzunehmen. Aber der Prinz blieb standhaft und sagte: „Majestät, gestatten Sie mir die Frage: bin ich noch Oberst des Regiments?“ „Ja natürlich,“ entgegnete der Kaiser. — „Dann gestatten mir Majestät, daß ich meinen Befehl aufrecht erhalte oder . . . daß ich meine Stelle hiermit in Ihre Hände zurücklege.“ Dem Kaiser

gefiel das entschlossene Wort und er besänftigte den Prinzen rasch, indem er sagte: „O, davon kann keine Rede sein, einen so guten Oberst finde ich ja nicht wieder.“ Und es blieb beim Spielverbot. Als Prinz R. um Bescheid zum Kaiser kam, sagte dieser: „Thut mir leid, ich habe Alles versucht, aber der Oberst will durchaus nicht.“ Die Anekdote ist wohl für beide Theile charakteristisch.

In Blackwood's Edinburgh Magazine, Jahrgang 1884, findet sich ein Aufsatz über Berlin und die Berliner Gesellschaft, worin auch vom heutigen Kronprinzlichen Paar die Rede ist. Prinz Wilhelm sei eine in eigenthümlicher Weise für sich gewinnende Erscheinung; heiter, muthig, mit offenem und ehrlichem Ausdruck, höflich, mit glänzenden, lachenden Augen, breiten Schultern, sei er das vollkommene Bild eines jungen Soldaten. Seine Gattin sei in Berlin wenig bekannt; wer mit ihr genauer verkehre, sage, daß die große Güte, die aus ihrem ruhigen, liebenswürdigen, sympathischen Gesicht blicke, sie zu einer sehr liebenswürdigen und anmuthigen Dame mache. Sie führe ein ruhiges und zurückgezogenes Leben, soweit das bei ihrer hohen Stellung und ihren großen zukünftigen Ausichten thunlich sei — aber Alle, die sie in ihrem Auftreten bei Hofe sahen, wo sie noch vor Kurzem vollständig fremd gewesen, jedoch nie verwirrt, nie in Unruhe erscheine, obwohl sie jung sei und nicht viel Hofersahrung haben könne, mit einem liebenswürdigen, überlegten und passenden Wort für Jedermann, den sie antede — vertrauen, daß sie eines Tages als Kaiserin von Deutschland ihrem hohen Verufe gewachsen sein werde.

In dem berühmten Buche *La société de Berlin* wird der Kronprinz Wilhelm zwar mit Skandalgeschichten

nicht verschönt, wie sie überhaupt das Buch auszeichnen, aber man darf deswegen doch wohl von den folgenden Bemerkungen über den Prinzen Notiz nehmen:

„Unleugbar ist Prinz Wilhelm ein junger Mann, der eine Zukunft hat, der Geist, Verstand und Herz besitzt. Er ist der bedeutendste unter den königlichen Prinzen; dabei muthig, unternehmend, ehrgeizig, ein Hitzkopf, aber ein vorzügliches Herz, sympathisch im höchsten Grade, hat Schwung, Feuer, Beweglichkeit im Charakter und im Geiste, Schlagfertigkeit in der Konversation, daß man schier glauben möchte, er sei kein Deutscher. Er liebt die Armee mit Begeisterung und ist seinerseits sehr beliebt in derselben. Trotz seiner Jugend hat er es verstanden, sich in allen Klassen der Gesellschaft populär zu machen; er ist wohlunterrichtet, hat gelesen, schmiedet Pläne für die Wohlfahrt seines Landes und hat ein merkwürdiges Verständniß für Alles, was mit der Politik zusammenhängt. Er wird sicherlich ein bedeutender Mensch und wahrscheinlich ein großer Monarch. Preußen wird in ihm vielleicht seinen Friedrich II. wiederfinden, aber ohne den Sceptizismus desselben; überdies besitzt er eine gewisse Heiterkeit des Gemüths, welche die kleinen Härten mildern wird, die er als echter Hohenzoller im Charakter hat. Er wird vorzugsweise ein persönlicher Herrscher sein, wird sich nicht führen lassen, wird ein gesundes, nüchternes Urtheil haben, eine rasche Entscheidung, einen festen Willen, eine energische Aktion. Wenn er auf den Thron gelangt, wird er das Werk seines Großvaters fortsetzen und sicherlich — — — — —. Die Feinde Deutschlands werden in ihm einen furchtbaren

Gegner haben; er kann der Heinrich IV. seines Landes werden.“

Kronprinz Wilhelm ist bereits der Gegenstand recht gehässiger Beschuldigungen geworden. So schrieb im November 1887 ein rheinisches Blatt: „In belgischen Blättern sind seit einigen Wochen Artikel aufgetaucht, in welchen die Person unseres Prinzen Wilhelm zum Gegenstande der boshaftesten und schmutzigsten Verläumdungen gemacht wird. Die unermessliche Gemeinheit dieser „Ent-hüllungen“ macht es uns durchaus unmöglich, auch nur einige Einzelheiten daraus wiederzugeben; es genüge die Andeutung, daß das intimste Privatleben des Prinzen darin mit einem Netz von ekelhaften Lügen umsponnen wird. Dieselben sind mit einem Behagen breitgezogen, welches den sittlichen Standpunkt ihrer Urheber in erschreckender Weise charakterisirt, während sich in den hineingeflochtenen politischen Erfindungen eine wahrhaft erstaunliche Unkenntniß der Verhältnisse zeigt. Ihren Ursprung aber haben diese abscheuliche Schandartikel aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in Belgien, sondern in jenen finstern Winkeln der französischen Journalistik, wo jede, auch die schmutzigste Waffe zumal zum Anfall gegen die Deutschen und ihr glorreiches Kaiserhaus willkommen ist. Es ist auch nicht schwer abzusehen, was die Veranlassung zu diesem Lügentreiben gerade in dieser Zeit gegeben hat. Man will, mit welchem Mittel es auch sei, die Augen von jenen unsaubereren Scandalgeschichten ablenken, deren Aufdeckung gegenwärtig das Tagesereigniß in Paris bildet. Bei der Geschmacksbildung ihrer Leser sind jene „Journalisten“ ihres Erfolges am sichersten, wenn sie den großen Scandal durch einen

schleunigst erfundenen noch größeren ersetzen, und daß man zum Träger desselben ein möglichst hervorragendes und geachtetes Haupt im deutschen Herrscherhause wählt, versteht sich für die Herrschaften von selbst. Dies ist die am Schlusse eines jener Artikel offen ausgesprochene Absicht derselben. Es ist nun ein einfacher Gaunerkniff von diesen französischen Breßhelden, wenn sie ihr Meisterwerk nicht in französischen Spalten, sondern in Blättern des neutralen Belgiens ans Licht treten lassen. Sehr befremdend aber muß es erscheinen, daß die belgische Regierung, welche sich gewiß über Mangel an Aufmerksamkeit von deutscher Seite in keiner Weise zu beklagen hat, einem solchen Treiben ruhig zusieht. Es muß in der That für jeden Deutschen in Belgien ein überaus schmerzliches Gefühl sein, wenn er „freundnachbarliche“ Zeitungen Belgiens gespeist sieht mit den wahnwitzigen und unsittlichen Ausgeburten eines fanatischen Hasses gegen alles, was den Namen Hohenzollern trägt. Die belgische Regierung hat allen Grund, sich ernstlich zu fragen, ob die Duldung solcher Gemeinheiten gegen den künftigen Thronerben des deutschen Reiches, den Enkel des Kaisers Wilhelm sich noch länger verträgt mit den Pflichten, welche ihr das neutrale und friedliche Verhältniß zu unserem Reiche, und welche ihr noch mehr die edle Loyalität unseres Kaiserhauses gegenüber jenem so sehr exponirten Kleinstaate auferlegt.“

Unter der Ueberschrift: „Lauernde Nachbarn“ wurde dem „Schwäb. Merkur“ geschrieben: „Die schwere Heimsuchung, welche durch die Krankheit unseres Kronprinzen Friedrich Wilhelm über das deutsche Volk verhängt worden ist, hat alle unsere lieben Feinde auf den Plan gerufen.

Das ist ein Sauern und Ohrenspitzen überall da, wo man uns haßt und verderben möchte, wie wenn es gälte, ein edles Wild zu beschleichen. In rührender Gegenseitigkeit drucken französische und russische Zeitungen einander tief-sinnige Auslassungen nach, deren Endreim stets lautet: finis Germaniae. Gewiß, wenn Deutschland zu Grunde geschrieben, niedergeschrien, todtgeredet und gebetet werden könnte, so hätten wir uns wahrhaftig längst begraben lassen dürfen. Unverbesserlich und verbohrte, wie unsere Feinde sind, theilen sie namentlich uns Süddeutschen wieder in ihren liebenswürdigen Berechnungen die nette Rolle des Verrathes und Abfalls zu. Früher hätten wir uns über diese zugleich freche und dumme Unterstellung ehrlich entrüstet. Heute sind wir, Gott sei Dank, so weit, daß wir den Deutschen, die uns so was zutrauen, recht herzlich ins Gesicht lachen. Schreiber dieser Zeilen hat in den letzten Wochen reichlich Gelegenheit gehabt, solchen Auslassungen französischer und russischer Zeitungen zu begegnen, wie die, von welchen oben die Rede gewesen. Als Beispiel führe ich hier die von vielen an, was der Pariser Evénement in einer Besprechung der Krankheit des Kronprinzen sich für die Zukunft ausmalt: Werde Prinz Wilhelm Kaiser, so werde er nicht geachtet werden in Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, kurz von allen „Vasallen und eroberten Ländern“. Deutschland werde sich deshalb in allernächster Zeit in einer vollständigen Krisis befinden, geschwächt und zerrissen unter einem jungen, abenteuerlichen Kaiser, der fähig sei, das Werk des Reichskanzlers zu gefährden. Frankreich müsse sich bereit halten, um aus den Fehlern, welche gemacht werden, und den Schwierigkeiten, welche sich erheben werden,

Vortheile zu ziehen, das ganze 1870 verlorene Gebiet wieder zu erobern. Man sieht, ganz der Gedankengang der blinden französischen Diplomatie vor 1870. Und nicht etwa nur die oberflächliche Tagespresse, auch die französische Buchliteratur hängt diesem Gedankengang mit einer Zähigkeit nach, die einer besseren Sache würdig wäre. Ich habe eben ein Buch des Franzosen Lavisse in Händen (*Essais sur l'Allemagne impériale* nennt es sich), welches nichts anderes ist, als eine freilich platonische Zerfetzung unseres Reiches, wie sie sich ein französisches Gehirn nicht schöner ausmalen kann. Wer sich durch die Weltgeschichte nicht belehren läßt, wird von den Rädern derselben zermalmt. Wir wollen keine offenen Thüren einstoßen. So viel darf aber gegenüber den Leuten, welche in Ost und West auf eine Schwächung des deutschen Reiches lauern, gesagt werden: im Ernstfall werden sie sich wundern, daß ihnen die Augen übergehen, wie fest das Gefüge des deutschen Reiches ist, komme was da wolle.“

In der letzteren Zeit ist auch die Sprache der russischen Blätter dem deutschen Kronprinzen Wilhelm gegenüber sehr scharf geworden. „Diese Erscheinung kann nur den genauen Kennern der russischen Presseverhältnisse verständlich sein. Die Uebersahl der bedeutenden russischen Blätter ist konservativ, aber zum Theil nur dem Namen nach, denn eine große Anzahl ihrer Mitarbeiter hegen liberale, sogar radikale Anschauungen, welche sie zwar nach dem Umschwung der russischen Regierung seit Alexander III. im konservativen Sinne zu verbergen suchen, die sie aber nicht ganz verbergen können. Dieser Theil der russischen Journalisten würde mit Freuden im Nachbarreiche eine neue liberale Ära auf-

blühen sehen, um sie dann für russische Zwecke auszubeuten. Diese Herren greifen den deutschen Kronprinzen an, suchen ihn der Feindschaft gegen Rußland zu verdächtigen, weil sie in ihm einen energischen Vertreter des ihnen unsympathischen konservativen Regimentes sehen. Von der Gesinnung des Artikelschreibers auf die des Lesers ohne weiteres einen Schluß zu ziehen, würde in Rußland noch weniger richtig sein, als in einem anderen Lande. Die russische Gesellschaft, und besonders die höheren und maßgebenden Kreise derselben hegen die wärmsten Sympathien für den Enkel des so hochgeachteten und bewunderten Freundes der kaiserlichen Familie in Rußland, besonders weil man nach allem, was vom Kronprinzen bekannt ist, bei ihm eine strenge nationaldeutsche Politik, jeder fremden Beeinflussung unzugänglich und den Traditionen der preußisch-deutschen Politik, wie sie Wilhelm I. befolgte, getreu voraussetzt. Dieses Urtheil über den Kronprinzen ist auch den maßgebenden Kreisen russischer Staatsmänner und Diplomaten eigen.“

Der „junge, abenteuerliche“ zukünftige Kaiser hat auf solche Bezeichnung in einem Trinkspruch geantwortet, den er bei dem von dem Oberpräsidenten Staatsminister Dr. Achenbach dem Brandenburgischen Provinziallandtage am 8. Februar 1888 gegebenen Festmahle als Erwiderung auf einen Toast des Ministers ausbrachte:

„Eurer Excellenz danke ich für die freundlichen Worte, die Sie mir soeben im Namen der Provinz ausgesprochen haben. Und Ihnen, meine Herren, danke ich zugleich, daß Sie in diesem Jahre bei Ihrem Feste wiederum an mich gedacht haben, woraus ich entnehme, daß Sie mich nach wie vor ebenfalls unter die Brandenburger zählen. Ueber

dem heutigen Tage schweben trübe Wolken, deren einer Eure Excellenz in so freundlicher Weise soeben gedachte: ich möchte auch noch die andere erwähnen. Ich gedenke hierbei eines mächtigen Edelmannes von altem Schrot und Korn, voll Treue und Hingabe an sein Herrscherhaus, voll regstem Interesses und wärmster Sympathie für die Provinz, des Grafen Arnim Boitzenburg. Er ist nicht mehr unter uns — doch wird seine Persönlichkeit uns als ein leuchtendes Vorbild zum Nachstreben noch lange glänzen.

Als Sr. Majestät, mein Durchl. Herr Großvater, mir die Arbeit in der Civilkarriere anbefohlen, bestimmte Er die Provinz Brandenburg und deren tüchtigen und bewährten Leiter, um mich mit der Verwaltung bekannt zu machen. Was ich auf dem Gebiet der Civilverwaltung gelernt und erfahren, verdanke ich Eurer Excellenz in erster Linie und den Herren unter Ihnen, die mich in den verschiedenen Zweigen orientirt haben. Auf meinen Ritten durch die Mark im Laufe der Manöver haben mich die blühenden Gefilde und die im vollen Betrieb befindlichen Gewerbe genugsam davon überzeugt, worin der wahre Grund des Volkswohlstandes und der fruchtbaren Arbeit zu finden sei. Ich weiß wohl, daß im großen Publikum und speziell im Auslande mir leichtsinnige, nach Ruhm lüsterne Kriegsgedanken imputirt werden. Gott bewahre mich vor solchem verbrecherischen Leichtsinne — ich weise solche Anschuldigungen mit Entrüstung zurück! Doch, meine Herren — ich bin Soldat, und alle Brandenburger sind Soldaten — das weiß ich. Daher lassen Sie mich mit dem Worte schließen, welches am 6. Februar unser großer Kanzler dem Reichstage zurief, der an jenem Tage das großartige Bild der

geschlossenen Hand in Hand mit der Regierung gehenden Volkswertretung uns zeigte, indem ich den Ausdruck auf die Mark Brandenburg spezialisiere:

..... Wir Brandenburger fürchten nur Gott und sonst Nichts auf der Welt!

In dieser Gesinnung erhebe ich mein Glas und trinke es auf das Wohl der Provinz Brandenburg.“

Das klang wie ein politisches Programm, und daß es völlig friedlich lautete, daß der Prinz sich feierlich dagegen verwahrte, den Dämon kriegerischen Ehrgeizes für seinen Hausgeist zu erklären, das muß in ganz Deutschland beruhigend wirken. Die Rede des Prinzen Wilhelm bedeutet seine Übereinstimmung mit den Ideen des Fürsten Bismarck, er hat dieselben zu seinen eigenen gemacht und gleichsam vor aller Welt ein Zeugniß abgelegt, daß der Geist des Friedens nicht vom Throne der Hohenzollern weichen wird, auch wenn ein Unglück, das wir nicht einmal aussprechen wollen, uns nicht erlassen bliebe.

Hier folgt der Toast, den der Kronprinz bei der Geburtstagsfeier des Fürsten Bismarck auf diesen am 1. April 1888 ausbrachte: „Eure Durchlaucht! Unter den 40 Jahren, welche Sie soeben erwähnten, ist wohl keines so ernst und schwerwiegend gewesen, als das jetzige. Der Kaiser Wilhelm ist heimgegangen, dem Sie 27 Jahre lang treu gebient. Mit Begeisterung jubelt das Volk unserem jetzigen hohen Herrn, zu, der Mitbegründer der Größe des jetzigen Vaterlandes ist. Ew. Durchlaucht werden ihm wie wir Alle mit derselben altdeutschen Mannestreue dienen, wie dem dahingeschiedenen. Um mich eines militärischen Bildes zu bedienen, so sehe ich unsere jetzige Lage an, wie ein Regiment,

das zum Sturm schreitet. Der Regimentskommandeur ist gefallen, der nächste im Kommando reitet, obwohl schwer getroffen, noch kühn voran. Da richten sich die Blicke auf die Fahne, die der Träger hoch emporschwingt. So halten Ew. Durchlaucht das Reichspanier empor. Möge es, das ist unser innigster Herzenswunsch, Ihnen noch lange vergönnt sein, in Gemeinschaft mit unserem geliebten und verehrten Kaiser das Reichsbanner hoch zu halten. Gott segne und schütze Denselben und Ew. Durchlaucht!“

* * *

Der Kronprinz gilt in den Augen der berliner Bevölkerung als ein „ächter Deutscher“. Man will damit einen Gegensatz gegen den Anglicismus ausdrücken, der nach den Anschauungen weiter Kreise nun einmal eine Rolle am Hofe spielt. Jener Gegensatz bildet den Kern vieler Anekdoten. Im politischen und kirchlichen Parteiwesen glaubt die Kreuzzeitungspartei ihm näher zu stehen, als dem ehemaligen Kronprinzen.

Kronprinz Wilhelm wurde gegen Ende des Jahres 1887 in das Parteigetriebe gezerrt. Die Kreuzzeitungs-Partei sollte, so wurde sie beschuldigt, die Theilnahme des Prinzen Wilhelm an einer Versammlung beim Grafen Waldersee, welche die Unterstüzung der Berliner Stadtmiffion zum Zwecke hatte, zu extremen Parteiwecken ausnützen wollen. In dieser am 28. November des genannten Jahres abgehaltenen Versammlung hielt der Prinz eine längere Ansprache. Er sagte: daß gegenüber den grundstürzenden Tendenzen einer anarchifischen und glaubenslosen Partei der wirksamste Schuß von Thron und Altar in der Zurückführung der glaubenslosen Massen zum Christenthum und

zur Kirche und damit zu der Anerkennung der gesetzlichen Autorität und der Liebe zur Monarchie zu suchen sei. Der christlich-soziale Gedanke sei deshalb mit mehr Nachdruck noch als bisher zur Geltung zu bringen und die Stadtmision nicht nur in Berlin, sondern auch in andern großen Städten, welche dieses segensreiche Werk bisher in erster Reihe gefördert haben, bedürfe durchaus einer kräftigeren Unterstützung, als bisher, seitens aller christlich und monarchisch gesinnten Elemente ohne Unterschied der Parteien. Vor Allem sei es nöthig, derselben eine gesichertere und breitere finanzielle Grundlage zu verschaffen und, da der Ernst der Zeit festliche Veranstaltungen zu diesem Zwecke, wie er sie ursprünglich vor Jahresfrist schon beabsichtigt habe, ausschließe, so habe er mit Allerhöchster Genehmigung des Kaisers diese Versammlung berufen, um über die Mittel und Wege zu berathen, auf welchen das von ihm bezeichnete Ziel in anderer Weise erreicht werden könnte. Eine längere Diskussion ergab eine völlige Uebereinstimmung mit den von dem Prinzen Wilhelm bezeichneten Zielen und führte schließlich zur Unterzeichnung eines Aufrufs seitens der anwesenden Herren, welcher demnächst der Deffentlichkeit übergeben werden sollte. Auf den Wunsch des Prinzen Wilhelm sollte unter dem Vorsitz des Ministers von Buttkamer demnächst ein engeres Komité zusammentreten, um über die weiter nothwendig werdenden Maßnahmen zu berathen und dem Prinzen über den Fortgang der Sache Bericht zu erstatten.

Unmittelbar nach dieser Versammlung wurde von liberaler Seite betont, daß es sich nach der Auffassung jedenfalls einer Anzahl der Theilnehmer (es gab deren auch liberale) ausschließlich um eine finanzielle Förderung der

sachlichen Zwecke der Stadtmiffion ohne jede Tendenz einer Unterstützung der Bestrebungen des Herrn Stöcker handelte.

Die „Nat.-Ztg.“ schrieb: „Zu einer vorbeugenden Feststellung dieser Thatsache war aller Anlaß vorhanden, denn es war leicht vorauszusehen, daß die Versammlung, insbesondere die Theilnahme des künftigen Thronfolgers daran von der politisch-kirchlichen Reaktion, speziell von den Freunden des Herrn Stöcker, namentlich unter den gegenwärtigen Umständen nach jeder Richtung ausgebeutet werden würde. Dies ist denn auch geschehen, und die Besorgnisse, welche in den weitesten Kreisen entstanden sind, haben den Beweis geliefert, einen wie schlechten Dienst dem Prinzen Wilhelm diejenigen leisteten, welche ihm riefen, an einer Versammlung zur Förderung eines von Herrn Stöcker geleiteten Unternehmens sich zu betheiligen.“

„Wir haben unserntheils keinen Augenblick angenommen, daß ein dereinst zur Nachfolge auf dem preußischen und deutschen Thron berufener Prinz des königlichen Hauses der Aufgabe uneingedenk sein könnte, in der Zukunft Herrscher des ganzen Volkes zu sein, daß er der daraus sich ergebenden Nothwendigkeit uneingedenk sein könnte, alle extremen Parteibestrebungen, politische wie kirchliche, von sich fern zu halten; noch weniger haben wir angenommen, daß er gar unwürdigen Hezereien, wie denen des Herrn Stöcker wider den kirchlichen Liberalismus, wieder alle politischen Gegner, wider die Juden u. s. w. den leisesten Beweis von Unterstützung könnte geben wollen. Aber je höher eine Stellung ist, um so weitgehendere Folgerungen knüpfen sich im Hoffen und Fürchten an die Handlungen ihres Inhabers. Dies hat sich in den seit der Versammlung bei dem Grafen

Waldersee verfloffenen Wochen deutlich gezeigt: kein anderer Vorgang ist in dieser Zeit der Gegenstand so unausgesetzter und erregter Erörterungen in allen, namentlich in denjenigen Kreisen der Bevölkerung gewesen, welchen die Führung der Nation auf allen Gebieten des geistigen Lebens obliegt.

„Es ist seitdem nichts geschehen, um die hervorgerufenen Besorgnisse direkt als so unbegründet zu kennzeichnen, wie sie es unseres Erachtens vermöge der Stellung des Prinzen Wilhelm sein müssen. Wir wissen nicht, ob es etwa deshalb unterblieben ist, weil die Zurückhaltung, welche die Mitglieder des königlichen Hauses sich der Regel nach auferlegen, gerade in Folge der einmaligen Abweichung davon für um so nothwendiger erachtet wird. Es konnte aber als bedeutsam gelten, wenn gerade in der letzten Zeit anlässlich eines ziemlich geringfügigen Vorganges in der hiesigen konservativen Parteileitung die Gelegenheit zu wiederholter, offiziöser Absage an die mit kirchlich-reaktionären Tendenzen verquickten hochkonservativen Bestrebungen ergriffen wurde. Wir haben citirt, wie in einer derselben auch daran erinnert wurde, daß die Zeiten Friedrich Wilhelms II. und Friedrich Wilhelms IV., die Zeiten der Wöllner und Gerlach, solche des Niederganges Preußens waren. Es ist erfreulich, daß dieselbe Auffassung jetzt auch aus anderen konservativen Kreisen, welche zu den leitenden Persönlichkeiten unserer Reichs- und Staatsleitung nahe Beziehungen haben, mit Nachdruck vertreten wird.“

Die „Post“ brachte einen Artikel über „Politische Nebenströmungen“, worin es hieß:

„Wenn, wie die Blätter extremer Richtung in den letzten Tagen zeigen, die Parteileidenenschaft selbst gegenüber der

schweren Heimfuchnung unseres Herrscherhauses und Landes nicht ruht, so ist dies sicherlich eine überaus unerfreuliche Erscheinung. Nicht minder sicher und gleichfalls recht unerfreulich aber ist es, daß an diese der Versuch der hochkirchlichen Richtung, des Klerikal-Konservatismus anknüpft, das in der letzten Zeit verlorene Terrain wieder zu gewinnen. . . . Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn nicht besondere Störungen eintreten, die Anschauungen und Gefühle, welche mehr und mehr Gemeingut der geistig und sozial höher stehenden Schichten der Bevölkerung geworden sind, allmählig auch in immer weiterem Maße Boden in den breiten Schichten der Bevölkerung gewinnen. Zu den empfindlichsten Störungen, welche ein solcher, gerade in so ernster Zeit bedeutsamer Entwicklungsprozeß erleiden könnte, würde ein Wiederauftreten einer stärkeren klerikal-konservativen Strömung in Verbindung mit Stöckerei und christlich-sozialen Tendenzen gehören. Denn darüber besteht für alle diejenigen, welche sehen wollen, kein Zweifel, daß gerade in den höheren gebildeten Kreisen der Nation ein entschiedener Widerwille gegen Muckerei und Stöckerei besteht, und zwar in dem Maße, daß die „Nordb. Allg. Ztg.“ nicht Unrecht mit der Befürchtung weitgehenderer Abwendung dieser Kreise von einer Politik hat, in welcher jene Richtung eine größere Rolle spielen würde. Letztere wurzelt nicht in dem protestantisch-deutschen Geiste, dessen Werk die Reformation ist, und die Regierung, welche auf diese Richtung sich stützen wollte, würde sehr bald sehr zu ihrem Schaden erkennen, daß sie auf Sand gebaut. . . . Dazu kommt, daß die Besitzlosigkeit, mit welcher die Stöckerei sich an die Sohlen des Prinzen Wilhelm anzuhängen sucht, für diesen und für seine

künftigen Aufgaben nur schädliche Folgen haben kann. . . . Es läßt sich aus zahlreichen Anzeichen mit Sicherheit erkennen, daß weite Kreise der Bevölkerung, und zwar vornehmlich auch solche, welche von entschieden monarchischer und nationaler Gesinnung beseelt sind, mit Besorgniß und beginnendem Mißtrauen erfüllt sind. Gerade in der heutigen Zeit, wo das gegenseitige Vertrauen des Herrschers und des Volkes von so hervorragender Bedeutung für die gedeihliche Entwicklung, vielleicht selbst für den Bestand des Reiches ist, erscheint es besonders bedenklich, die Saat des Mißtrauens auszusäen.“

Der „Hamb. Corresp.“ schrieb Folgendes: „Wenn die Quelle dieser Bewegung in den Hoffnungen liegt, welche die hochkirchliche Partei auf die jüngere Generation des Königshauses setzen zu können vermeint, so sind die Ausführungen der „Nordb. Allg. Ztg.“ nicht allein an sich geeignet, diese Quelle reaktionärer Hoffnungen abzugraben, sondern zugleich auch ein Anzeichen dafür, daß auch die anderen zu Gebote stehenden Mittel nicht verabsäumt werden, um auch in diesen Kreisen die Grundsätze richtiger nationaler Politik zur Geltung zu bringen, welche für das Gedeihen des jungen deutschen Reiches so unerläßlich sind. Dies wird auch wohl nicht allzuschwer gelingen; wenigstens bedarf es nur eines Rückblickes auf die Geschichte des Hohenzollernhauses, um zu erkennen, daß Hochkirchthum und Niedergang in demselben wie z. B. in der Zeit Friedrich Wilhelm II. und des VI. stets zusammenfielen. Auf den lichten Höhen der Entwicklung dieses Fürstenhauses, vor allem also in der Zeit Friedrichs des Großen und Kaiser Wilhelms war und ist für derartige Tendenzen kein Platz.“

„Man hätte erwarten sollen, erwiderte die „Neue Preu-

fiſche Zeitung“, daß die Nachricht von der hochherzigen Initiative, welche der bereinstige Thronerbe in Preußen und dem deutschen Reiche ganz im Sinne der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 auf dem Gebiete des praktischen Christenthums ergriffen, von allen nicht zur Sozialdemokratie gehörigen Parteien mit wahrer Freude begrüßt werden würde; anstatt dessen müssen wir es zu unserer tiefen Beschämung erleben, daß dieselbe in der Residenz unseres edeln Herrscherhauses selbst, von der freistimmigen Presse mit Spott und Hohn überschüttet wird.

„Dieses Gefühl der Beschämung hat seither leider eine Steigerung erfahren müssen durch die Wahrnehmung, daß neuerdings auch solche Blätter, welche jeden Zweifel an ihrer nationalen Gesinnung und ihrem monarchischen Gefühl bisher mit Entrüstung zurückzuweisen pflegten, sich lebhaft an den wüsten Angriffen zu betheiligen begonnen haben, welche die gesammte jüdisch-demokratische Presse des In- und Auslandes direkt gegen die Person des Prinzen Wilhelm richtet. Dazu gehört der „Hamb. Corresp.“

„Die Stelle, von der dessen Bemerkungen ausgehen, ist dieselbe, die während der Sommermonate trotz wiederholter, bringender Aufforderungen, sich doch einigen Takt anzugewöhnen, nicht müde wurde, die Kartellparteien bei ihrem Verhalten gegenüber den Vorlagen der verbündeten Regierungen zur Berücksichtigung des vermuthlich bald bevorstehenden Thronwechsels aufzufordern. Man sieht, daß der Brieffschreiber des „Hamb. Corresp.“ selbst die richtige Art, sich auf die von ihm in so plumper Weise erörterten Zukunftsmöglichkeiten einzurichten, darin findet, daß er schon jetzt Mißtrauen bei dem deutschen Volke gegen den zweit-

nächsten Erben der Krone weckt und die hohen Erwartungen, welche die Nation diesem Prinzen entgegenbringt, möglichst herabstimmt.

„Das ist die eine Seite dieser Auslassung, die andere erscheint uns nicht weniger übel. Man erinnert sich des dreisten Wortes des Prof. Mommsen von dem „Hausmeierthum“ und des Sturmes von Entrüstung, den diese unserm Hohenzollernkönig und zugleich dem Fürsten Bismarck, diesem Muster eines loyalen Dieners seines königlichen Herrn, in's Gesicht geschleuderte Insulte hervorrief. Nun, was der Brieffschreiber des „Hamb. Corresp.“ hier in stilistisch absichtlich verschwommener Form von „Anzeichen“, die dafür sprechen, daß „mit den zu Gebote stehenden Mitteln“, eine gewisse von ihm gewünschte Wirkung erzielt werden wird, andeutet, gehört demselben Gebiet an, wie die Mommsen'sche giftige Insinuation, nur die Tendenz dieser Hoffnungsäußerung des Brieffschreibers des „Hamb. Corresp.“ ist eine andere, und zwar eine unvergleichlich schlimmere.

„Wir haben uns nur mit Widerstreben mit dieser Preßblüthe beschäftigt, und wollen auch unsere Kritik nicht soweit führen, wie sie vielleicht geführt werden müßte. Nur die eine Frage möchten wir dem Artikelschreiber des „Hamb. Corresp.“ vorlegen: Wem glaubt er mit dieser beispiellosen Unbesonnenheit, die ganz auf der Höhe der sonstigen derzeitigen Leistungen der mittelparteilichen Politik steht, zu nützen? Und die zweite Frage richten wir an alle anständigen regierungsfreundlichen Blätter, die solchen Auslassungen und den oben erwähnten früheren Andeutungen ihre Spalten öffnen: Haben sie kein Gefühl dafür, daß sich ein Deutscher schämen sollte, in einer Zeitung, die vielleicht unserem alten

Kaiser selbst zu Gesicht kommt, eine baldige Eventualität, unter der sein Tod verstanden ist, wieder und immer wieder zu erörtern, und dazu aufzufordern, sich schon jetzt auf diese Zukunftsmöglichkeit einzurichten? Und hat man in diesen Kreisen jede Klarheit des Urtheils soweit verloren, daß man nicht sieht, wieviel Kräfte sich jetzt rühren, um das monarchische Gefühl zu verwüsten und den Samen des Hasses gegen einen künftigen deutschen Kaiser auszustreuen, daß man sich an diesem Treiben sogar noch theilnimmt?"

Indem die „Neue Preussische Zeitung“ sich sodann auf die „Konserv. Korresp.“ berief, fuhr sie fort:

„Wir haben uns bisher aus erklärlichem Grunde allen Angriffen gegenüber die größte Reserve auferlegt, und wenn jetzt selbst sogenannte konservative Blätter, wie die „Post“, sich nicht entblöden, unter dem jubelnden Beifall des jüdischen Liberalismus einen ebenso schamlosen Ton anzuschlagen, wie ihn die „Konserv. Korresp.“ soeben beim „Hamb. Korresp.“ charakterisirt hat so genügt es, solche Preßblüthen niedriger zu hängen, um das ursprüngliche Gefühl tiefer Beschämung nicht nur bei uns, sondern bei allen wahren Royalisten im Lande in Ekel und Verachtung zu verwandeln.

„Die Reptile verlassen ihre Höhlen, und selbstverständlich erscheint die „Post“, nachdem sie einen vollen Monat hindurch geschwiegen, nun auch auf dem Plan, um ihr Gift auszuspritzen im kurzfristigen Vertrauen auf die geflüstert verbreitete Nachricht, Fürst Bismarck habe Gelegenheit genommen an den Einfluß der maßgebenden Stelle zu appelliren? Glaubt die „Post“ wirklich, daß der nunmehr viele Jahrzehnte hindurch in unentwegter Treue bewährte Schildhalter der Hohenzollern-Monarchie sich zum Mund-

stück ihrer schmachvollen Angriffe gegen seinen zukünftigen König und Herrn hergeben werde?“

Der Nordb. Allg. Ztg., dem Organe des Fürsten Bismarck, welche sich auf die Seite der Post und der Nat. Ztg. stellte, erwiderte die Neue Pr. Ztg.: „Die „Nordb. Allg. Ztg.“ hat die Hege gegen die Versammlung vom 28. November mit zwei Artikeln gegen die Christlich-Sozialen eingeleitet, gegen dieselben Leute also, denen sie noch vor 3 Jahren rühmend nachsagte, daß sie „das Herz der Massen warm“ machten durch „das Anklingen des monarchischen Bewußtseins in der Volksseele, das Wachrufen des christlichen Geistes in den Massen und das Verbinden beider Potenzen mit sozialen Reformideen.“ Dieser Gegensatz zwischen ihrer früheren Anerkennung und ihren hämischen Angriffen von heute genügt allein, um die ganze Frivolität ihrer Haltung zu kennzeichnen. Als dann der Preßskandal immer gräßlicher wurde, fand sie nicht nur kein Wort des Tabels, sondern nickte, gehüllt in den von der semitischen Presse ihr umgeworfenen Fürstenmantel Bismarcks, wiederholt Beifall. War das die „N. N. Z.“, die sich so gerne als den Schutz und Hort der Monarchie preist? Wurden da keine dynastischen und damit Reichs-Interessen in Mitleidenschaft gezogen? Oder glaubt die „N. N. Z.“, daß es dem Ansehen und der Würde der Dynastie förderlich ist, wenn eine Rotte journalistischer Gassenjungen ungeschert vor dem Königs-Palaste einem K. Prinzen und seiner hohen Gemahlin eine Ragenmusik darbringen dürfen, weil diese die jedem Bürger gesetzlich gewährte Freiheit nicht nach dem Gutdünken jener Buben gebrauchen? Glaubt sie, es trägt zur Stärkung der dynastischen Gefühle im Volke

bei und führt zu keiner Verwirrung derselben, wenn man zwischen Vater und Sohn eine offene, erbitterte Fehde fingirt; wenn man in dreister Verlogenheit auf den mächtigsten Diener der Hohenzollern, den Fürsten Bismarck, als den Anstifter der ganzen Preß-Rebellion hindeuten, wenn man die aufrichtige Treue der konservativen Partei frech nach oben und unten verdächtigen darf?

„Durch den bloßen Abdruck der Rede, mit welcher Prinz Wilhelm die Versammlung beim Grafen Waldersee eröffnete, durch den Hinweis auf die darin erwähnte Genehmigung Sr. Majestät und den dort klar auseinander gesetzten Zweck der Zusammenkunft, hätte die „N. N. Z.“ diesem Preßauftruh wenigstens die offiziöse Weihe entziehen und dem erstaunten Auslande ein Schauspiel ersparen können, das Deutschlands Ansehen gewiß nicht vermehrt. Auf diese Weise hätte sie am Besten der angeblichen Unruhe weiterer Kreise Rechnung getragen. Aber der Blick der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist in neuerer Zeit wahrscheinlich über das Studium der offenbar schwer verständlichen Geheimmittellehre getrübt; sie weiß nicht mehr, was sie thut, und ist lediglich bemüht, ihre Blößen durch offiziöse Fesseln und durch einen fingirten Gegensatz zwischen der „Kreuzzeitung“ und der übrigen konservativen Presse zu verdecken.

„So müssen wir denn diese ihre sabenscheinige Hülle endgültig zerreißen, indem wir sie auffordern, auch nur ein einziges deutsch-konservatives Blatt, von dem offiziellen Partei-Organ bis zu den kleinsten Provinzial-Zeitungen zu nennen, welches in dem in Rede stehenden Kampf sich gegen uns erklärt hätte und indem wir ihr endlich positiv erklären, wie wir sehr genau wissen, daß ihre offiziöse Dra-

pirung bei dieser Gelegenheit reiner Humbug ist, daß der Reichskanzler vielmehr Veranlassung genommen, dem Prinzen Wilhelm die volle Gewißheit darüber zu geben, daß er auf die Haltung der Presse gegenüber der Versammlung vom 28. November keinen Einfluß ausgeübt habe.“ Diese Versicherung wurde von der andern Seite stark bezweifelt.

Unter der Ueberschrift: „Neumodischer Royalismus“ schrieb die „Konferv. Korresp“: „Wir haben bereits die befremdliche Thatsache besprochen, daß die „Post“ es für angemessen erachten konnte, einem künftigen deutschen Kaiser die Bedingungen ihres Vertrauens oder Mißtrauens zu unterbreiten. Mit dieser Unbefangenheit ist aber das, was uns wie ein Faustschlag das Gesicht des Königthums berührte, noch nicht erschöpft. Die „Post“ sprach von der Beflissenheit, mit welcher „die Stöckerei sich an die Sohlen des Prinzen Wilhelm anzuhängen suche“; in ähnlicher Weise überbietet ein Offiziosus den andern, um die das Jubelthum und den Liberalismus „beunruhigenden“ Mißverständnisse, zu denen das Eintreten des Prinzen für die Stadtmiffion Veranlassung gegeben habe, zu beseitigen, und die Bedeutung dieses Eintretens unter irgend einer phrasenhaften allgemeinen Formel zu verflüchtigen. Wir bitten hier auf das ernstlichste: man unterlasse dieses unqualifizirbare Treiben. Die Theilnahme an der Versammlung beim Grafen Walbersee ist dem Prinzen nicht abgenöthigt; dazu gab es kein Mittel, ein Hohenzollernprinze thut, was ihm gut dünkt, aus eigenem freien Entschlusse, oder sagt da, wo er nicht einverstanden ist, ebenso frei und bestimmt Nein. Prinz Wilhelm kannte ferner das Wesen der Berliner Stadtmiffion und auch die Person ihres Leiters ebenso

genau, wie sein kaiserlicher Großvater, der ihn zu einem Akt der Initiative zum Besten dieser Institution bevollmächtigte und man weiß im deutschen Volke, daß den Sohn unseres Kronprinzen und künftigen deutschen Kaisers ein ungewöhnlich klarer scharfer Verstand und ein hohes Maas von Charakterfestigkeit auszeichnen. Man unterlasse also die jetzt im Schwange gehenden beispiellos dreisten Manöver, welche auf die Wirkung hinauslaufen, diese Vorstellung zu erschüttern. Wir übersehen die Triebfedern, welche diesem dunkeln Treiben zu Grunde liegen, nicht genau; wir nehmen an, daß lediglich ein erstaunlicher, durch „taktische“ Erwägungen auf Irrwege geführter Mangel an Ueberlegung in der freien Manier, wie man sich erlaubt hat, mit der Person eines königlichen Prinzen zu schalten, zum Ausdruck gekommen ist. Diese Dinge werden aber jetzt ihr Ende finden müssen, denn wir haben nicht die Absicht, dieselbe Arbeit, die wir dem Parlamentsherrschafsdünkel verwehren, substituieren für offiziös geltenden Federn freizugeben. Wir sehen auch, daß es die höchste Zeit ist, mit dieser schärferen Gegenaktion einzusetzen; denn wir lesen als Probe, welchen Umfang bereits die Verwüstung des royalistischen Gedankens erreicht hat, in der „Post“, einem für freikonservativ geltenden Blatt, den Satz, daß, wenn man eine Vertrauensadresse an den künftigen Thronerben in Umlauf setze, es auch nicht möglich sei, den „Revers der Medaille abzuweisen“. Dieser Gedanke an den „Revers der Medaille“ also ein Mißtrauensvotum für ein Mitglied unseres königlichen Hauses, kann einem monarchisch gesinnten Preußen überhaupt nicht kommen; er mißbilligt, wenn er in diese traurige Nothwendigkeit versetzt ist, schweigend. Und wenn die „Post“,

der diese Grundbegriffe des royalistischen Anstandsgefühls abhanden gekommen zu sein scheinen, um die Wette mit den Sansculotten der jüdischen und demokratischen Presse eine andere Praxis einführen will, dann wird sie das Geeignete über den Boden, auf dem sie und ihre offiziösen Genossen stehen, von konservativer Seite wie bisher so auch weiter zu hören bekommen.“

Der wüste Lärm verstummte, als der Aufruf zu Gunsten der Stadtmission publicirt wurde. Die „Nat. Ztg.“ sprach den Epilog, indem sie bemerkte: „Unmittelbar nachdem die Versammlung bei dem Grafen Waldersee stattgefunden hatte, hoben wir hervor, daß es sich nach der Ansicht mindestens vieler der Theilnehmer lediglich um eine von jeder kirchlichen oder politischen Parteibestrebung freie Unterstützung der humanen Zwecke der Stadtmission gehandelt habe. Die Antwort des Prinzen Wilhelm auf das Neujahrs-Glückwunschs schreiben der Berliner Hofprediger stellte außer Zweifel, daß derselbe die Aufgabe jener Versammlung nur in diesem Sinne aufgefaßt hatte. Gleichwohl ist in bekannter Weise der Versuch gemacht worden, sie, resp. die Theilnahme des Prinzen Wilhelm daran, zu extremen Parteizwecken auszunutzen. Um jede Möglichkeit eines solchen Mißbrauchs durch noch vollständigere Klarstellung der ursprünglichen Absicht auszuschließen, ist die mit jener Versammlung eingeleitete Hilfsmaßregel in der Zwischenzeit anders, als ursprünglich beabsichtigt war, organisirt worden. Der Aufruf ergibt, daß es sich nicht mehr um eine Unterstützung speziell der Berliner Stadtmission handelt, sondern um die der Stadtmission in allen großen Städten. Der Name des Herrn Stöcker fehlt unter dem Aufruf. Dagegen befinden

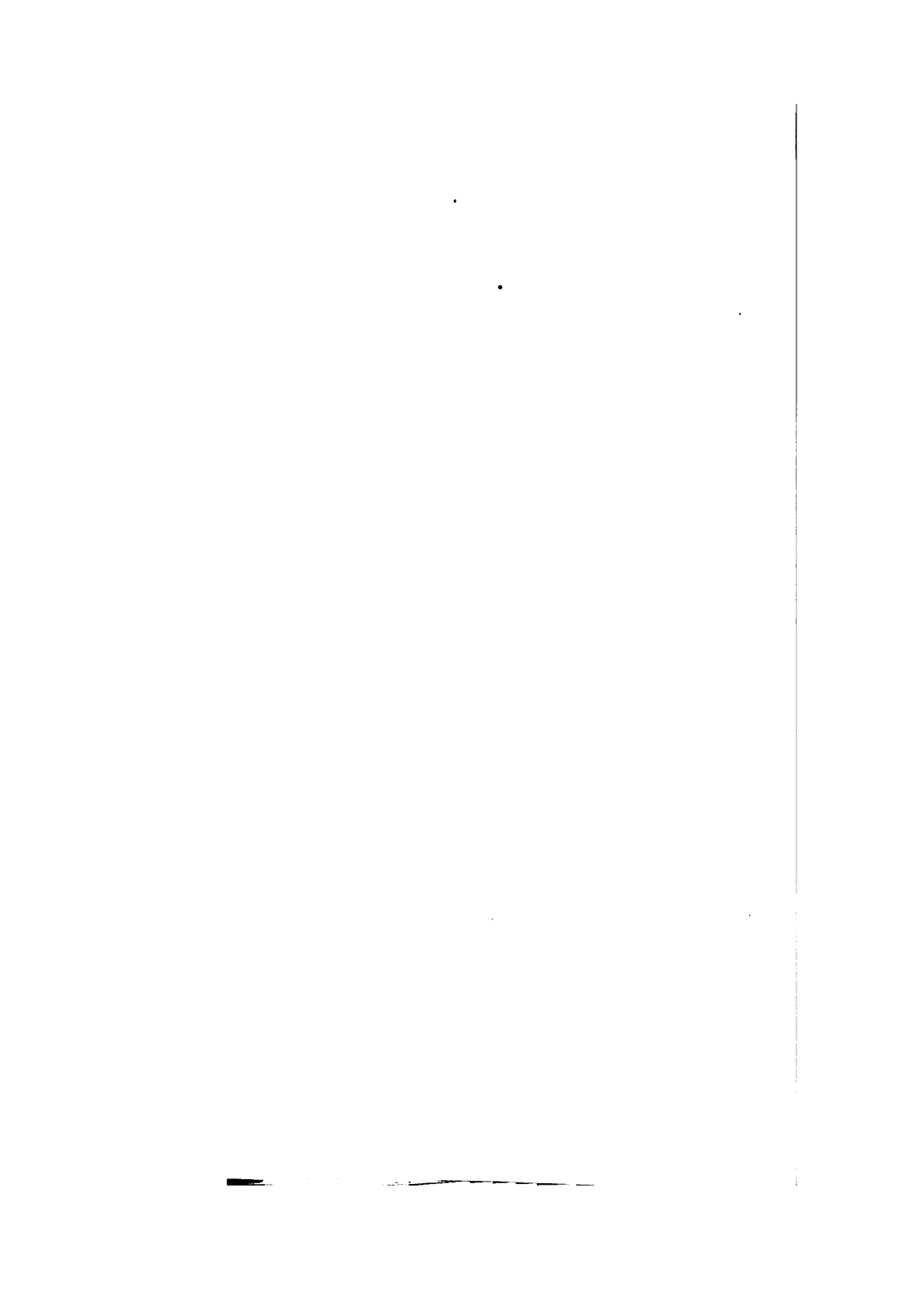
sich unter den mehreren hundert Namen neben denen der Minister von Gofler und von Buttkammer und bekannter Führer der kirchlichen und politischen äußersten Rechten auch die der Herren Regidi, v. Benda, v. Bennigsen, Professor Venschlag, Dr. Brückner, Gneist, Probst von der Goltz, Hammacher, Präsident des Oberkirchenraths Hermes, Kiepert (Marienfelde), Marquardsen, Miquel, Professor Rasse; mindestens eine der Unterschriften — wir können nicht feststellen, ob noch mehrere — gehört einem Mitgliede der deutsch-freisinnigen Partei, dem früheren Reichstagsabgeordneten Stadtrath Schlutow in Stettin, an. Wie die Kundgebung gegenwärtig vorliegt, hat sie dem wohlthätigen Unternehmen das ihm willkürlich aufgedrückte Gepräge einer engherzigen Partei-Aktion abgestreift, insbesondere ist constatirt, daß eine solche dem Prinzen Wilhelm, dessen Absicht durch den Aufruf in seiner jetzigen Form und mit den jetzigen Unterschriften wieder gegeben wird, vollkommen fern lag.“

Hierzu war nur zu bemerken: daß Stöcker auch den vorläufigen Aufruf, welcher am 28. November in der Versammlung selbst sofort von sämmtlichen Theilnehmern unterschrieben wurde, nicht gezeichnet und auch für die Zukunft von seiner Unterschrift absehen zu wollen gebeten hatte.

Wie die deutsch-freisinnige Partei den Streit für ihre Zwecke ausnutzte, beweist eine Auslassung des „Deutschen Reichsblattes“. Es bemerkte: daß die Krankheit des Kronprinzen ihre Schlagschatten weit hinein in das öffentliche Leben wirft, sei kein Geheimniß, und ein aufmerksamer Beobachter unserer Tage werde bei gewissen Vorgängen, die sich halb in der Oeffentlichkeit, halb im Stillen abspielen, Manches zu denken haben, und fuhr dann fort: „Wir

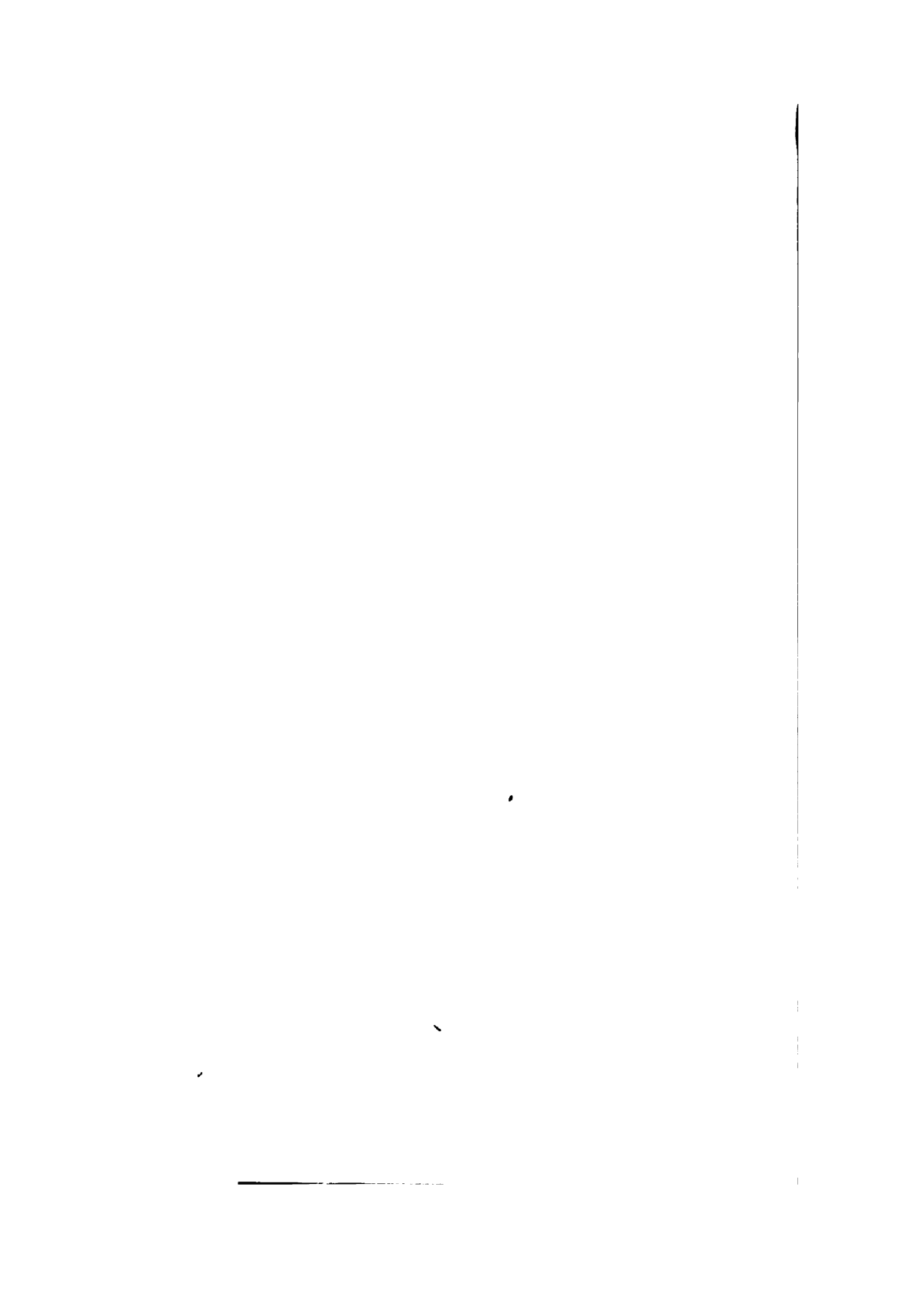
wollen, wie gesagt, das Beste hoffen. Wie viel an diesem theuren Leben hängt, das sehen wir an unsern Parlamenten. Im November, als für kurze Zeit alle Hoffnung verschwunden schien, trat sofort das schwarze Nachtgevägel aus allen Ritzen und Spalten hervor und machte sich breit am hellen Tage. Als sich neue Hoffnung zu eröffnen schien, zog sich das dunkle Korps sofort scheu zurück, und sogar die freikonservative „Post“ gewann die Courage, gegen Stöckerei und Morderei aufzutreten. Sowie aber wieder etwas frostige Nachrichten über die Alpen kamen, unterzeichneten selbst die Herren von Benningsen, von Benda, von Marquardsen, Miquel, Hammacher den Stöckeraufruf. Und als die traurige Kunde von San Remo bekannt war, da traute Herr Stöcker sich wieder selbst offen hervor, machte den Herrn v. Benningsen und Genossen, die sich in seinem Dienst begaben, dafür eine höfliche Verbeugung und sagte ihnen, daß er zwar so großherzig sei, ihr Geld zu nehmen, aber sonst hätten sie nicht mitzureden.“





Hürst Bismark.







Fürst Bismarck hat in Privatgesprächen oft über den verstorbenen Kaiser Wilhelm sich geäußert, einzelne Züge mitgetheilt oder auch Allgemeines. „Die Hohenzollern, sagte er 1686 in einem Gespräche mit Bluntschli, einem Mitgliede des Zollparlaments, haben von Anfang an ein wirkliches Fürstenthum aufgerichtet und den widerspänstigen Adel dem Staate unterworfen. Meine Familie gehört zu dem Adel, der auf dem linken Ufer der Elbe wohnte und auf der Seite der fürstlichen Macht kämpfte, um den Adel auf dem rechten Elbufer zu bezwingen. Ueberall sonst in Deutschland hat der Adel eine Unabhängigkeit behauptet, mit der kein Staat bestehen kann. Nur in Preußen hat er gelernt, sich dem Staate zu fügen und dem Staate zu dienen.

„Allerdings haben die Fürsten absolut regiert, aber ihr Absolutismus hat doch dem Staate gedient, nicht ihren Personen. Sie haben zuweilen auch adlige Herren hängen lassen, um zu zeigen, daß Niemand in Preußen dem Gesetze entgegen handeln dürfe.

„So ist Preußen gewachsen. Wie klein war es noch unter Friedrich dem Großen, der es aussprach, daß der Fürst der erste Staatsdiener sei. Diese Lehre haben die Hohenzollern nicht vergessen. In diesem Geiste werden sie erzogen und er ist in ihr Blut übergegangen.“

Dann kam Bismarck auf 1866 zu sprechen. „Nach der Schlacht von Königgrätz war ich ganz allein für den Frieden. Alle waren gegen mich; es ist gar nicht zu sagen. Der König war ungehalten, die Generale tobten über den Civilisten. Ich erklärte dem Könige: „Ich werde die Verantwortlichkeit der Fortsetzung des Krieges nicht auf mich nehmen und zurücktreten. Aber wenn der König trotzdem Krieg führen und meinethalb ein oströmisches Kaiserreich gründen und nach Konstantinopel ziehen wolle, so erbitte ich mir eine Stelle bei der activen Armee, um zu beweisen, daß es mir nicht an Muth fehle. Wir hatten damals die Cholera im Leib. Die Franzosen konnten eine Diverſion in Süddeutschland machen. Der Sieg über sie hätte viel, auch deutsches Blut gekostet. Ich war der Meinung, wir haben eine Höhe erreicht, von wo aus die Wasser ganz von selbst abwärts fließen, ohne Gewalt“.

„Auch die Indemnität durchzusetzen, war sehr schwierig. Die andern Minister wollten nicht. Der König sah darin eine Gefahr für seine Ehre. Er wollte nicht „Abbitte thun“ vor den Kammern. Ich habe oft ansetzen und Alles anstrengen müssen, um ihm begreiflich zu machen, daß hier Indemnität nichts anders heiße als: Hätten die Kammern Alles gefannt, so hätten sie rebus sic stantibus ähnlich gehandelt wie wir“.

„König Wilhelm hat nach Art der Hohenzollern ein

Lebhaftes Pflichtgefühl gegen den Staat. Er arbeitet den ganzen Tag und läßt sich Alles vortragen. Ich habe ihn mehr als einmal bei wichtigen Gelegenheiten mitten in der Nacht wecken lassen und ihm im Bette Befehle zur Genehmigung und Unterschrift vorgelegt. Nichts ist ihm erwünschter als etwa die Inspicirung eines Regiments. Dennoch, wenn er eben im Begriffe wäre zur Inspicirung eines neuen Garderegiments hinauszureiten, und ich ihm sagen ließe, ich habe Vortrag zu machen, so wird er zwar sehr ärgerlich sein über die Durchkreuzung seines Wunsches, aber er wird dableiben, und mich anhören. Er war als Militair erzogen worden, ohne einen Gedanken, an die Regierung zu kommen. Aber als er dennoch zur Regierung kam, fing er sofort an zu arbeiten und möglichst viel nachzuholen. Er las nun fleißig und nach richtiger Methode — von hinten, Acten. Anfangs ging es schwer, aber der sechszigjährige Mann hat sich doch viel häßlicher, als zu erwarten war, in die Geschäfte hineingearbeitet. Seine einzige Erholung ist Abends das Theater.

„Dabei hat der König das Bewußtsein, daß seine Befehle von der Armee unbedingt befolgt werden. Wenn er mir sagte: „Schicken Sie alle die Herren des Abgeordnetenhauses nach Spandau“, so sage ich nicht, daß ich das als constitutioneller Minister thun würde (mit Lächeln), aber ich sage, daß der König, und nicht ohne Grund, überzeugt sei, daß sein Befehl von der Armee befolgt würde.

„Als es sich nach dem Kriege um die Indemnität handelte, war auch die Frage nach Erneuerung der Absolutismus wieder hervorgetreten. Ich bin persönlich kein Anhänger irgend eines Verfassungssystems. Man kann einen Staat mit Erfolg auch absolut regieren“.

Bluntschli: „Unter Umständen gewiß. Aber für ein civilisirtes Volk in unserer Zeit nicht mehr. Der Absolutismus ist nur möglich, wenn große, Allen weit überlegene Individuen ihn ausüben. Dafür aber haben die Völker gar keine Gewähr“.

Bismarck: „Allerdings nicht, und auch dafür nicht, daß diese Individuen gut sind. Der absolute Regent muß überdies sehr viele Rücksichten nehmen, die der constitutionelle nicht zu nehmen braucht. Dieser kann die Verantwortlichkeit auf die Majoritäten abladen, jener nicht. Ich erklärte damals den Herren: „Man kann Preußen auch absolut regieren, und es ist unter dem absoluten Regiment groß geworden. Aber es geht nicht, daß man bald so, bald so regiere. Der Staat kann nicht gedeihen, wenn er von einem System zum andern schwankt. Habt Ihr die Einwilligung des Kronprinzen zur Wiedereinführung des absoluten Regiments? Wenn nicht, so dürfen wir die Wege der Verfassung nicht verlassen und nicht zum Absolutismus zurückkehren, denn dieser würde doch nicht länger halten, als bis zur Thronbesteigung des Kronprinzen. Diese Erwägung hat durchgeschlagen, da man wußte, daß der Kronprinz nicht zustimmen würde“.

Bekannter sind die vielfachen Aussprüche, die Fürst Bismarck über den Souverän, dem er von 1862 bis 1888 als Minister gebient hat, im Parlament gethan, am berühmtesten darunter die Rede vom 24. Januar 1888. Man hat vielfach die Geschichte des neuen Deutschlands einzig und allein als ein Werk des Reichskanzlers hingestellt; nun aber erfuhr man von ihm selbst, daß die Triebfeder zu allen großen Thaten Kaiser Wilhelm selbst gewesen ist. Das Wort, welches

König Wilhelm an den Herrn von Bismarck als preußischen Ministerpräsidenten richtete, als er in der holsteinischen Angelegenheit nicht rasch genug im deutschen, im nationalen Sinne vorging: „Sind Sie denn nicht auch ein Deutscher?“ wird für alle Zeit als ein Charakterzeichen der Gesinnung des Kaisers hochgehalten werden: Fürst Bismarck bekundete es ausdrücklich, daß die politische Konzeption aller großen Thaten einzig und allein dem König gebühre. Seitdem er am 26. Oktober 1857 die Leitung des Staates übernommen hatte, war es sein einziges Streben und Denken, die Schmach zu reparieren, welche alle Patrioten auf der Haut brannte und geföhnt werden mußte, sein einziges Denken, Preußen eine Stellung zu geben, die ihm vermöge seiner Geschichte und seiner Kraft zukomme.

Man wird darin keinen Widerspruch finden dürfen, wenn in Bezug auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit Fürst Bismarck bei einer anderen Gelegenheit von der Mühe gesprochen hat, die es ihm gekostet habe, den König für seinen Annexionsplan zu gewinnen. Der König kann der formellen Annexion zuerst widerstrebt haben, ohne daß deswegen im Uebrigen ihm die Initiative in der nationalen Lösung der schleswig-holsteinischen Frage abzusprechen ist.

Daß im Gange der nationalen Entwicklung Deutschlands seit 1862 Momente eintraten, wo der Gegensatz der Tendenzen des Monarchen und seines ersten Rathgebers nur mit Mühe überwunden wurde, war vorauszusehen, nachdem erst nach langer, ernster Prüfung, nach den unerquicklichsten Erfahrungen, die er mit einem wiederholten Ministerwechsel gemacht, und endlich nach mancherlei bald abgebrochenen, bald erneuten Verhandlungen mit Herrn v. Bismarck der Monarch

es über sich vermocht hatte, diesen als Minister zu berufen. König Wilhelm hatte seit seinem sechsjährigen Aufenthalt in Koblenz mit Herrn v. Bismarck in fortwährendem persönlichen Verkehr und im Austausch der Gedanken über die Aufgabe Preußens gestanden. Aber bei der Uebernahme der Regentschaft Preußens 1858 berief er nicht den Bundestagsgesandten, sondern den Herrn v. Schlei-
nitz als Minister des Auswärtigen. In einem Schreiben des Herrn von Bismarck vom 2. Oktober 1861 aus Berlin heißt es: „Ich bin in Koblenz und hier nach Kräften für die deutsche Politik thätig gewesen, und für die augenblickliche Stimmung nicht ohne Erfolg.“ Aber als gerade in denselben Tagen, wo diese Zeilen geschrieben wurden, Herr v. Schlei-
nitz aus dem Ministerium schied, trat wiederum nicht Herr von Bismarck, sondern Graf Bernstorff an dessen Stelle. Als sodann im März 1862 das Ministerium Auerwald-Schwerin demissionierte, wurde mit Herrn v. Bismarck wegen Bildung des neuen Ministeriums unterhandelt; der Plan zer-
schlug sich abermals an dem antiösterreichischem Programm des Herrn von Bismarck. Erst als auch das Ministerium Hohenlohe-Ingelfingen im September desselben Jahres an der Armee-Reorganisation verzweifelte, wurde Herr v. Bismarck bedingungslos berufen.

Es blieben also innerliche Gegensätze bestehen, und von der Mühe der Ueberwindung derselben hat Herr von Bismarck selber oft privatim gesprochen. Zu Benedetti sagte er, wie derselbe uns in seinem Buche „Ma Mission en Prusse“ erzählt, nach dem österreichischem Kriege:

„Ich bin dazu gelangt, einen König von Preußen zu bestimmen, daß er die engen Beziehungen seines Hauses mit

dem österreichischen Kaiserthum brach, daß er ein Bündniß mit dem revolutionären Italien schloß, daß er einwilligte, auf ein eventuelles Abkommen mit dem kaiserlichen (gleichfalls revolutionären) Frankreich einzugehen, daß er in Frankfurt die Umänderung der Bundesverfassung unter Mitwirkung einer Volksvertretung (die nachher aus dem allgemeinen gleichen direkten Wahlrecht hervorging, welches auch die revolutionäre Partei verfocht) vorschlug; ich bin stolz auf ein derartiges Ergebnis.“ Die hier in Klammern eingeschobenen Worte rühren von einem konservativen Gegner Bismarck's her, welcher einmal jene Worte Bismarck's nach Benedetti citirte. Dieser Gegner fügte hinzu: „Wenn dieser Bericht, dem unseres Wissens nicht widersprochen, die reine Wahrheit enthält, so wissen wir freilich nicht, wie ein deutscher Minister — und nun gar einem Ausländer, einem Franzosen gegenüber — sich stolz darüber äußern konnte, daß er seinen bejahrten Fürsten zu Handlungen bestimmte, durch welche dieser mit der Anschauungsweise seines vergangenen Lebens in Widerspruch gerathen, dessen garricht zu gedenken, daß die Ereignisse kommender Zeiten den Sohn und den Enkel die Erbschaft, die ihnen dadurch geworden, vielleicht in anderem Lichte betrachten lassen könnten. Wie dem auch sei, das Zusammengehen zweier anscheinend und auch im Grunde so ganz verschiedenen Richtungen tritt in der kurzen Aufzählung des Benedetti'schen Berichts in schneidender Schärfe hin.“

Der konservative Gegner des Fürsten Bismarck, der so sprach, mochte in der That sich einbilden, der damalige Kronprinz und heutige Kaiser könnte am Ende auf die Erbschaft revolutionären Ursprungs verzichten. Die Franzosen,

Welfen u. s. w. spekulierten bekanntlich aus anderen Gründen ebenso.

Die Mittheilungen über das Zwiagespräch im November 1887 zwischen dem russischen Zaren und dem deutschen Kanzler und die Andeutungen über eine feindselige Haltung gewisser Hofkreise gegen den Fürsten Bismarck rufen die Erinnerung an Vorgänge aus alter Zeit wach, welche ebenfalls mit der auswärtigen Politik im Zusammenhange stehen. Es ist gewiß, daß es eine Zeit lang am Hofe Bestrebungen gegeben hat, welche den deutschen Kaiser in einer anderen Richtung zu beeinflussen suchten, wie Fürst Bismarck die deutsche Politik leiten zu müssen glaubte. Wir erwähnen von diesen Reibungen diejenige von 1879, des Jahres, wo das deutsch-österreichische Bündniß zu Stande kam, dessen eigentlicher Ursprung erst durch die Rede Bismarcks vom 6. Febr. 1888 genauer bekannt geworden ist. Die bloßen Ausbrüche des Hasses der Panflavisten gegen Deutschland in der Presse würden allein damals weder den Fürsten Bismarck seine Kur haben abbrechen lassen, um nach Wien zu eilen, noch den Kaiser Wilhelm vermocht haben, den Kaiser Alexander II. in Alexandrowo aufzusuchen, um die „Mißverständnisse“ zu beseitigen. Was Fürst Bismarck am 5. Dezember 1876 im Reichstage gesagt hatte: „Niemand als die kaiserlich russische Regierung selbst wäre im Stande, in die erprobte hundertjährige Freundschaft zwischen der preussischen und russischen Regierung einen Riß zu machen“ und was er auf dem Berliner Congreß dem Fürsten Gortschakow gesagt hatte: „Zwingen Sie mich nicht, zwischen Ihnen und Oesterreich zu wählen,“ das ging jetzt in Erfüllung, nicht wegen der giftspitzenden Druckerschwärze, noch wegen der

privaten causerie Gortschaſow's mit einem franzöſiſchen Redacteur nach dem Diner in Baden-Baden, ſondern weil — um eine Formel zu gebrauchen, die Fürſt Bismarck ſchon früher einmal gebraucht hat — das ruffiſche Kabinet ſelbſt ſich die Haltung ſeiner Preſſe angeeignet und — wie Fürſt Bismarck erſt jezt am 6. Februar uns geoffenbart hat — in den Zumuthungen an Deutſchland ſich bis zu Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite verſtiegen hatte, die dasſelbe vor die Wahl zwiſchen Rußland und Oeſterreich ſtellen. Rußland begleitete die Truppen-Anſammlungen an der Grenze damals mit ausdrücklichen Kriegsdrohungen — das iſt die überräſchende Enthüllung aus der Rede vom 6. Februar, die alle bisherigen Darſtellungen der Sache umſtößt. „Ein zweiter Graf Brandenburg“, ſoll Fürſt Bismarck geſagt haben, als er im Oktober 1879 gleich nach dem Vertrage mit Oeſterreich die Nachricht von dem Tode ſeines ihm nahe ſtehenden Amtsgenossen, des Staatsſecretärs für die auswärtigen Angelegenheiten, Herrn von Bülow, erhielt. Lezterer nahm die Dinge, wenn es irgend anging, gern leicht und hielt auch längere Zeit die Spannung, worin wir ſeit 1875 mit Rußland lebten und die ſich namentlich in einem wachſenden Antagonismus zwiſchen den beiden Reichskanzlern zeigte, für nicht gefährlich. Sein Befinden war ſchon unbefriedigend, als er eines Tages im Begriffe, nach Potsdam zu reiſen, Depeſchen erhielt, die er unterwegs las. Sie gaben ihm Auskunft über Schritte der ruffiſchen Politik, ſo ernt und ſo bedrohlich für Deutſchland, daß er darüber erſchrak und aufgereggt und krank in Potsdam ankam. Er nahm einen längeren Urlaub, aber ehe er nach dem Süden reiſen konnte, erlag er ſeinem Leiden. Es

ist bekannt, daß die Rücksichtslosigkeiten des Kaisers Nikolaus von Rußland gegen Preußen es waren, die unserem einstigen Ministerpräsidenten, den Grafen Brandenburg, das Herz brachen. Es würde also jene Aeußerung sagen wollen, daß ein rücksichtsloses Vorgehen Rußland den vielbedauerten Tod des Herrn v. Bülow verursacht habe. Sicherlich gehörte dazu mehr als das Wuthgeheul der russischen Presse, als Säbelgerassel an der Grenze und als die damals cirkulierenden Gerüchte über russische Anzettlungen in Paris. Sicherlich mußten es die schwerwiegendsten Gründe sein, die den Fürsten Bismarck in Gastein nach seinem eigenen Zeugnisse in hohem Grade aufregten und ihn bewogen, im September in Wien jene Abmachungen zu treffen, an deren Genehmigung durch den Kaiser er sein Reichskanzleramt setzte. Es muß ihm sehr schwer gefallen sein, das nahe und innige Verhältniß zu Rußland aufzugeben, das bis dahin die Grundlagen seiner auswärtigen Politik gebildet hatte. Aber aus jetzt erst bekannt gewordenen Gründen lag für den großen deutschen Staatsmann eine zwingende Nothwendigkeit der Wahl zwischen Rußland und Oesterreich vor. In Wien verkannte man die Lage nicht. War es doch im Grunde um Oesterreichs willen, daß Deutschland sich den Haß Rußlands zugezogen hatte. Den österreichischen Staatsmännern mußte es also klar sein, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche die nächste Gemeinschaft der Interessen besteht und selbst Erzherzog Albrecht, den man als das Haupt jener Partei betrachtete, welche den Gedanken an Rache für Sabowa noch immer im Stillen nährte, hatte dem Deutschen Reichskanzler aus freien Stücken seine Uebereinstimmung mit der Abschließung des neuen Bündnisses versichert.

Wenn im Frühjahr 1879 der deutsche Botschafter in Petersburg, General Schweinitz, einen Toast ausbrachte, der diejenigen als „Vermessene“ kennzeichnete, welche an der Freundschaft der beiden Monarchen zu rütteln wagten, so wurde schon damals zu verstehen gegeben, daß diese Rede mehr den Wünschen einzelner Kreise des Berliner Hofes, als der Meinung des Fürsten Bismarck entspreche. Es schien dann ein gewisser Gegensatz zwischen der Politik des Kanzlers und den Wünschen des Kaisers unverkennbar. Als Fürst Bismarck am 28. August 1879 in Gastein mit dem Grafen Andrassy eine vorläufige Verständigung über ein Bündniß mit Oesterreich getroffen halte, erhielt plötzlich der Generalfeldmarschall Freiherr v. Manteuffel den Auftrag, zum Zaren nach Warschau zu reisen und eine Begegnung der beiden Monarchen vorzuschlagen. Die nöthigen Verhandlungen wurden am 1. September telegraphisch getroffen und schon am 3. September fand die Zusammenkunft auf russischem Boden in Alexandrowo statt. Die „Nordb. Allg. Ztg.“, welche den Sachverhalt kennen mußte, versicherte aufs Bestimmteste, die Sendung Manteuffels nach Warschau sei nicht in Uebereinstimmung mit dem Fürsten Bismarck erfolgt, es ist daraus ersichtlich, daß dieses ganze Zwischenpiel, die Mission nach Warschau und die Zusammenkunft in Alexandrowo, nicht den Reichskanzler zum Autor hatte, daß dieser aber, da er sich von dem Unternehmen keine Wirkung versprach, auch nicht entgegengetreten wollte, weil er wußte, daß es dem Kaiser Herzensbedürfniß war, zur Aufrechterhaltung der russischen Freundschaft zu thun, was er konnte.

Das gesammte preußische Staatsministerium wurde vom

Fürsten Bismarck von der Nothwendigkeit seines politischen Schrittes überzeugt und machte gemeinschaftliche Sache mit ihm. Graf Stolberg reiste nach Baden-Baden, um die Zustimmung des Kaisers zu erlangen. Für den Fall der Nichtgenehmigung lag das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers im Kabinet des Kaisers. Man kann sich denken, daß der Kaiser, der stets durch die innigste Freundschaft mit dem russischen Hofe verbunden war, sich nur sehr schwer entschloß, ein Abkommen zu genehmigen, das möglicherweise uns in einen Gegensatz zu Rußland verwickeln konnte. Dem Grafen Stolberg gelang es bei seiner achttägigen Anwesenheit, die Bedenken des Kaisers zu überwinden.

Daß diese Darstellung zutreffend ist, ergibt sich gerade aus Mittheilungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ Dieselbe hat noch im Herbst vorigen Jahres anlässlich einer Erörterung über Bulgarien und die englische Zauberpolitik erzählt, welche Schwierigkeiten Fürst Bismarck hatte, den Kaiser zur Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Bündnisses zu bewegen. Wörtlich heißt es dann in dem Artikel: „Doch setzte er sein Kanzleramt an diese Angelegenheit“. Der Fürst habe den Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode zum Kaiser geschickt und zu dessen Unterstützung täglich Briefe und Denkschriften an den Kaiser gesandt. Dem Kaiser wurde es sehr schwer, einen Vertrag zu unterzeichnen, „der zwar nur ein Vertheidigungs-Bündniß sein sollte, aber doch möglicher Weise gegen Rußland zur Ausführung kommen könnte“. Der Kaiser habe dann seine Unterschrift gegeben, doch nur unter der Bedingung, „daß nach Petersburg Mittheilung über den Vertrag zugleich mit Betonung des ausschließlich friedlichen Zweckes desselben gemacht werde“. Diese Dar-

stellung bestätigte im Wesentlichen, was man schon ohnedies von einem gewissen Widerstreit zwischen der Politik des Kanzlers und der Politik mancher auf den Kaiser Einfluß ausübender Hofreise wußte. Es brauchte deshalb nicht gerade Wunder zu nehmen, daß 1887 wiederum sich dieser Widerstreit geltend gemacht haben sollte; und zwar ist zu vermuthen, daß die verschiedenen Einflüsse auch bei den Plänen der Zarenreise gespielt haben. Gewisse Redewendungen eines offiziellen Blattes ließen schon bei den Meldungen über die Stettiner Kaiserzusammenkunft vermuthen, daß eine solche Begegnung der Kaiser von gewissen Hofreisen geplant wurde, ohne daß Fürst Bismarck befragt oder unterrichtet worden wäre. Bei den offiziellen Ableugnungen aller Ausichten auf die Zarenreise wurde hervorgehoben, daß an politisch maßgebender Stelle, „welche unzweifelhaft über die Reise unterrichtet werden müsse“, irgend welche amtliche Kunde von einem solchen Plane mangle. Noch unmittelbar vor der Reise des Zaren nach Berlin wurde in einem offiziellen Blatte diese Darstellung wiederholt, welche erhöhte Bedeutung durch das spätere Zugeständniß in der „Köln. Ztg.“ gewann, daß thatsächlich während der Stettiner Festtage die Zusammenkunft beider Kaiser geplant gewesen sei. „Ob nun ein Widerstreit in den höheren Regionen vorhanden gewesen, ob sich die „Friktionen“ einer früheren Zeit wiederholt haben, ob die Darstellung gewisser Hofreise, daß der Kaiser nur widerwillig die Politik des Fürsten Bismarck genehmige, richtig ist oder nicht — jedenfalls gewann in dieser Beleuchtung die Meldung, daß Fürst Bismarck nur „auf Befehl des Kaisers“ nach Berlin gekommen sei, eine eigene Bedeutung und jedenfalls wird die

deutsche Nation der Meinung des Kanzlers sein, daß die Leitung der Politik des Reiches nothwendig an derjenigen Stelle ruhe, welche verfassungsmäßig die Verantwortung zu tragen hat. Sie wird dieser Meinung um so eher sein, als die Bündnißpolitik, welche Fürst Bismarck verfolgt und jüngst durch die Erweiterung der Verträge befestigt hat, durchweg und vorbehaltlos den eigenen Wünschen der gesammten deutschen Nation entspricht.“ (Wof'sche Zeit.)

Es gab eine Partei am Hofe des Kaisers Wilhelm, welche den Bismarck'schen Gang nach Wien im September 1879 mit schweren Zweifeln begleitete. Sie fragte: ist es nicht sehr schade, daß wir die alte russische Freundschaft preisgeben, ist es richtig, daß wir diese Schwenkung ausführen? Dieselbe Partei war daher äußerst rührig, die alte entente cordiale wieder herzustellen und traf hierin wieder mit der Politik des Fürsten Bismarck zusammen, dem nichts ferner lag, als sich mit Rußland zu brouilliren. Es kam das Drei-Kaiser-Bündniß oder Verhältniß und die Drei-Kaiser-Begegnung von Skierniewice. Die Anregung zur Entrevue ging von Rußland aus. Der Wunsch des Zaren, bei seiner etwaigen Zusammenkunft mit dem Kaiser Franz Joseph auch den Kaiser Wilhelm begrüßen zu können, veranlaßte den russischen Monarchen, bei letzterem anzufragen, ob eine eventuelle geplante Dreikaiserzusammenkunft auf seine Zustimmung rechnen könnte. Die Vermittlung der gesammten Verhandlungen soll nicht auf diplomatischem Wege, sondern, wie dies gelegentlich vorkommt, durch eine Dame der hohen Aristokratie geführt worden sein, und zwar durch die Fürstin Anton Radzimill, geborene Prinzessin Talleyrand-Périgord, welche Dame sowohl durch ihre Beliebtheit am russischen,

als auch am deutschen Kaiserhofe zu einer derartigen Rolle besonders geeignet erschien. Als das russische Kaiserpaar die Reise nach Warschau unternahm, fand sich dort auch die Fürstin Radziwill bei Hofe ein und wurde bei ihrem Empfang durch die russischen Majestäten besonders ausgezeichnet. Am 12. September traf die Fürstin Radziwill wieder in Berlin ein und hatte die hohe Ehre, noch am selben Nachmittage den Kaiser Wilhelm, gelegentlich einer Erholungsfahrt in dem Thiergarten, in ihrem Hotel auf dem Pariser Platz empfangen zu können. Der Kaiser weilte etwa dreiviertel Stunden bei der Fürstin, und es heißt, daß dieselbe dem Kaiser bei dieser Gelegenheit über den Gesamteindruck von dem Empfange des russischen Kaiserpaars seitens der Bevölkerung Warschaus, sowie über die daselbst angewendeten Sicherheitsmaßregeln Mittheilungen gemacht habe.

Es gab am Hofe eine russische, eine ultramontane und andere Parteien. Die Frictionen des Fürsten Bismarck, von denen oft gesprochen ist und denen er oft zu erliegen schien, haben vielleicht an Heftigkeit nicht den Kämpfen nachgestanden, die der alte Kaiser mit sich selbst und mit seiner Umgebung hatte. Der milde, versöhnliche Sinn des Monarchen war es, der immer von neuem die Unebenheiten glättete. Er hatte das Gewicht persönlicher treuer Dienste abzuwägen gegen die politischen Gegensätze. Alles, was die zermalmende Gewalt des Staatsmannes Bismarck erfahren hatte, oder ihr auszuweichen suchte, die verkannten Staatsmänner voran, alles, was gegen ihn murrte und grollte, drängte sich an den Monarchen heran, um sich Gehör zu verschaffen. Der Kaiser hatte bald Einmischungen ab-

zuzuehren, bald durch sein Wohlwollen und durch Gnadenbezeugungen verletzte Interessen oder auch verletzte Eiferfucht und Eigenliebe zu versöhnen. Er mochte auch wohl in solcher fortwährenden Belagerung zeitweilig ermüden und selber zu zweifeln beginnen. Er sagte dem Grafen Harry von Arnim, der sich über die Gewaltthätigkeiten Bismarcks beschwerte: Es sei zu bedauern, bei einem Manne dies konstatiren zu müssen, dem man so viel verdanke; er habe schon viel treue Diener von ihm entfernt, Goltz, Thile, Savigny, Ugedom, Werther u. s. w. „Jetzt sind Sie an der Reihe.“ Alles das hat den Kaiser Wilhelm nicht gehindert, im Jahre 1877, als der Entschluß des Fürsten Bismarck zum Rücktritt sich energischer als je äußerte, sein berühmtes „Nie-
mals“ auszusprechen.

* * *

Zur Zeit der Kanzlerkrise im Monat April des Jahres 1888 bemerkte ein englisches Blatt, Fürst Bismarck sei zu Zeiten des verstorbenen Kaisers gewohnt gewesen, in allen wichtigen Dingen seinen eigenen Willen zu haben. Wenn irgend eine Schwierigkeit entstand, brauchte er nur auf seinen Rücktritt hinzuweisen, und der Kaiser gab nach. Bei dem Kaiser Friedrich sei der Einfluß des Kanzlers weniger allmächtig, deshalb habe er es anscheinend für nöthig erachtet, äußere Hülfe bei der öffentlichen Meinung in Deutschland zu suchen. Ein solcher Druck auf die öffentliche Meinung vermittelt der Presse ist immer schon, wenn es nöthig war, versucht worden, wenn nicht gegen den Kaiser, so doch gegen andere hochstehende Personen. Auf der dem Reichskanzler weniger wohlwollenden Seite am Hofe nennt

man ihn den „großen Journalisten“, ein Ausdruck, der auch in der letzten Kanzlerkrise aus weiblichem Munde gefallen sein soll.

Die Diskussion der Beziehungen zwischen Kaiser Friedrich als Kronprinzen und dem Reichskanzler ist so alt, als letzterer Minister ist. In demselben Athemzuge, in dem man es für unkonstitutionell erklärte, das Verhalten des Thronerben zur Regierungspolitik zu kritisieren, deutete man doch bald offener, bald versteckter auf die Dissonanzen hin, die zwischen dem Kronprinzen und dem Fürsten Bismarck bestehen sollten. Das war u. A. der Fall, als der Kronprinz als Stellvertreter des Kaisers Wilhelm in der Regierung fungierte. Der Kaiser, von Frevlerhand getroffen, lag auf dem Krankenbette und konnte den Aufgaben der Regierung nicht selbst nachkommen; auf sein Ersuchen übernahm es der Kronprinz, den gerade damals doppelt schweren Beruf zu erfüllen. Obgleich er selbstverständlich die Regierung nach den ihm bekannten Auffassungen des Vaters führte, so traten doch in jener Zeit wichtige Fragen zur persönlichen Entscheidung an ihn heran. In die Zeit der Stellvertretung fielen der Berliner Congress, das Sozialistengesetz und die erste Annäherung Roms nach dem Tode Pio Nono's an Preußen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ widmete der beendeten Regierungsvertretung durch den Kronprinzen einen Artikel voll rühmender Anerkennung, die vielleicht aber noch unbedingter gewesen wäre, wenn der Stellvertreter des Kaisers es auf einen Konflikt mit der Reichsvertretung hätte ankommen lassen. Das Blatt schrieb nämlich: „Auf Thaten mußte durch Thaten Antwort gegeben werden. Gleichwie sein königlicher Vater in einer

schweren Periode seiner Regierung seine Königspflicht und die Zukunft seines Landes über die Popularität des Augenblicks stellte, hat der Kronprinz die ihm anheimgefallene Sicherung der gesellschaftlichen Ordnung nicht von gutherzigen, aber praktisch haltlosen Doctrinen und schönen Reden, sondern nur von der Energie der That erwartet, gleichviel ob dieselbe für den Augenblick populär erschien, oder nicht. Dafür dankt ihm heute Preußen und Deutschland und wird ihm in Zukunft, wenn die Geister erst der Fesseln des Doctrinarismus und der Parteiprobleme ledig geworden sind und sich auf dem festen Boden eines starken Königthums — unserer alleinigen Existenzbasis — enger zusammengeschlossen haben werden, noch viel inniger danken; ganz ebenso wie Preußen seinem Könige nicht genug danken konnte, als es im Augenblick der schwersten Gefahr eines Existenzkampfes die vaterländischen Grenzen von einer überraschend gewaltigen und tüchtigen Waffenmacht gedeckt sah.“

Die liberale Presse nahm an diesen Worten Anstoß. „Diese Sprache, wurde bemerkt, mit ihrem triumphierenden Hinweise auf die dunkelste Periode preussischen Verfassungslebens, diese Apologie des Conflicts einem Fürsten gegenüber, der vom ersten bis zum letzten Augenblicke seiner zeitweisen Regierungsthätigkeit die Aufrechthaltung des konstitutionellen Einvernehmens mit dem Lande als strengste Gewissenspflicht angesehen und bethätigt hat, — das ist eine Leistung, wie sie eben nur unser offziöses Presswesen zu Stande bringt. Statt aller weiteren Commentare ist diesem Mißbrauch offziöser Interpretationen gegenüber eine kurze Erinnerung vielleicht am Platze. Noch am Tage, ehe die Vereinbarung über das Sozialisten-Gesetz zwischen Regierung

und Reichstag definitiv zu Stande kam, bezeichnete die „Nordb. All. Ztg.“ eine der wesentlichsten Bedingungen, an welche die Liberalen ihre Zustimmung geknüpft, für unannehmbar. Hätte die Regierung diese Haltung zu der ihrigen gemacht, so wäre das Scheitern des Gesetzes und mit ihm der Conflict unvermeidlich gewesen. Anstatt dessen erschien wenige Stunden nach dieser Erklärung der Nordb. Allg. Ztg.“ die Nachricht von der glücklich erreichten Verständigung aller Factoren. Den Gründen dieser erfreulichen Wendung ist damals nicht weiter nachgeforscht worden. Es wird den Dank des Landes gegen seine Kaiserl. Hoheit, den Kronprinzen, dessen Dolmetsch ja auch die „Nord. Allg. Ztg.“ sein will, sicher nicht verringern, wenn man erfährt, daß gerade er, daß der Kronprinz es gewesen, der die Bahn der Verständigung mit der Volksvertretung als Richtschnur festgehalten wissen wollte, und allen auf eine nochmalige Auflösung des Reichstages hinzielenden Einflüsterungen entschieden sein Ohr verschloß. Dafür dankt ihm heute Preußen und Deutschland. Und dieser Dank wird auch das Vertrauen auf die Zukunft der deutschen Geschichte bei der nationalen Bevölkerung im Reiche stark und lebendig erhalten.“

Im Oktober 1881 wurde behauptet: man nehme im Volke mit Schmerz und Unmuth die Bemühungen wahr, den Kronprinzen aus der Nähe des Hauptsteges der Regierung zu entfernen und ihm einen Platz als Statthalter des Kaisers in den fernem Reichslanden anzuweisen; man freue sich, daß der Kronprinz diesem Plane seine Zustimmung verweigere; wolle aber sich jeder Demonstration enthalten, welche geeignet wäre, dem Gefühle der Genugthuung über die Haltung des Kronprinzen einen öffentlichen Ausdruck zu geben. Diese Sprache wurde offiziös derb abgefertigt. Für Jeden, der

mit politischen Verhältnissen und mit den Regeln, welche für die Beziehungen der höheren Kreise maßgebend sind, nur entfernt bekannt sei, erscheine selbstverständlich, daß der Reichskanzler einen Plan, wie denjenigen der Statthaltertschaft Sr. K. K. Hoheit des Kronprinzen in Elsaß-Lothringen — der sich generell auf den jedesmaligen Thronfolger des deutschen Kaisers erstreckt — nicht ohne das Einverständnis Sr. K. K. Hoheit auch nur privatim, noch weniger amtlich vertreten könne. Es sei daher eine lügenhafte Erfindung, diesen Plan als eine Intrigue bezeichnen zu wollen, um den Thronerben aus der Nähe des Hauptortes der Regierung zu entfernen. Kein politischer Kopf würde außerdem auf den Gedanken verfallen sein, daß der Thronerbe in solchem Falle etwa elf Monate im Jahre in Straßburg gewohnt haben würde, unter Abbrechung aller übrigen Beziehungen und Residenzen. Die Ausführung des Planes sei nicht daran gescheitert, daß der Kronprinz seine Zustimmung versagte, sondern an den Schwierigkeiten, die richtige Form und die Abgrenzung für die beabsichtigten Einrichtungen zu finden, um sie der hohen Stellung eines Thronerben des Reiches in ihrer Machtvollkommenheit würdig zu gestalten, ohne zu tief in die bestehenden Verfassungsverhältnisse einzugreifen. Von Seiten des Kanzlers sei, wie natürlich, kein Schritt in der Sache ohne das Einverständnis Seiner Kaiserlichen Hoheit geschehen.

Politische Missionen in dem Sinne, daß das bloße Repräsentiren und der persönliche Eindruck dazu beitragen sollten, freundschaftliche Beziehungen zwischen Staaten anzuknüpfen oder zu befestigen, hat der Kaiser Friedrich wiederholt gehabt. In soweit hat er dem Deutschen Reiche

schätzenswerthe Dienste geleistet. Wie man sich solche Missionen nicht zu denken hat, kam im Dezember 1883 zur Sprache, als der Kronprinz von Spanien aus Rom besuchte, um bei dieser Gelegenheit dem Papste seine Anfwartung zu machen. Für jeden Politiker von Fach, wurde damals offiziös gesagt, liegt eine Reise des Thronerben mit dem Auftrage, den preußisch-vatikanischen Kirchenstreit mit allen seinen Verzweigungen und Verwicklungen unter Mitwirkung des Kultusministers in einer Specialmission nach Rom zu erlebigen, so weit außerhalb der Möglichkeit, daß diese Ideenverbindung in Blättern, die sich politische nennen, nicht vorausgesetzt werden konnte. „Der Ueberschätzung des Gewichtes persönlicher und gelegentlicher Verhandlungen für die Entscheidung des unlösbaren Problems des Kirchenstreites entspricht die Unterschätzung des Thronerben bei denen, welche sich S. königl. Hoheit als diplomatischen Agenten behufs der Lösung der Detailfragen, die unsere Parlaments- und Zeitungsdebatten beschäftigen, auf telegraphische Weisung von Madrid eypresß nach Rom geschickt vorstellen. Um mit einem gewissen Blatte zu reden, ließe eine solche diplomatische Kombination an „Kühnheit der Erfindung“ gewiß nichts zu wünschen übrig; aber wenn nun das non possumus der päpstlichen Politik auch dem Kronprinzen gegenüber dasselbe zähe Widerstreben aufrecht erhalten hätte, an welchem bisher das Entgegenkommen der preußischen Regierung gescheitert ist, müßte dann nicht die Erinnerung an eine so auffällige und dennoch mißlungene Mission für den künftigen Kaiser und König eine peinliche sein und bleiben, die erlittene Niederlage den in jüngster Zeit sich abführenden Streit von neuem erbittern und den preußischen Staat Rom

gegenüber hilfsbedürftiger erscheinen lassen, als er ist, die Zuversicht der Kurie aber auf den endlichen Sieg ihres non possumus dadurch erheblich gesteigert werden? Letztere ist an weltgeschichtliche Kämpfe während des ganzen zweiten Jahrtausends zu sehr gewöhnt, um der ehrenvollsten Höflichkeit und Liebenswürdigkeit der höchsten Personen ihr Interesse zu opfern. Der Kronprinz des deutschen Reiches aber ist nicht berufen und nach seinen bisherigen Erlebnissen in Krieg und Frieden nicht gewöhnt, Aktionen von zweifelhaftem Erfolge zu übernehmen und auszuführen“.

Von einem Besuche des Kronprinzen in Rom im Jahre 1868 sagte dagegen Herr v. Bismarck: „Der Empfang des Kronprinzen in Italien hat Niemanden überrascht als den Kronprinzen selber. Der König hat ihn hingeschickt, weil wir wußten, daß er enthusiastisch empfangen werde und weil wir ein Ministerium Lamarmora verhindern wollten. Das hat gewirkt. Ein uns feindliches Ministerium ist nicht möglich“.

Ein Jahr darauf nahm der Kronprinz seinen Weg nach Egypten zur Feier der Einweihung des Suez-Kanals über Wien. Dort betrieb zu jener Zeit Herr v. Beust seine anti-preußischen Pläne. Offiziös wurde geschrieben: „Der Besuch unsers Thronerben am kaiserlichen Hofe ist mit Recht überall als ein bedeutames Anzeichen dafür aufgefaßt worden, welchen Werth die beiderseitigen Regierungen auf die erneute Bethätigung freundschaftlicher Beziehungen legen. In solchem Sinne ist der Besuch diesseits in Aussicht genommen und in gleichem Geiste von Se. Majestät dem Kaiser-König Franz Joseph entgegenkommend begrüßt worden.“

Erst nach dem Kriege von 1870/71, nach Beust und

nach Lamarmora, sind Oesterreich und Italien in engere Beziehungen zu Preußen und Deutschland getreten und hat der schon länger datirende Freundschaftsbund zwischen dem heutigen Kaiser von Deutschland und dem Könige Humbert seine Festigkeit erhalten. Die Freundschaft des Kronprinzen des deutschen Reiches mit dem italienischen Kronprinzen wurde zum Symbol der Allianz beider Länder. In Berlin, im Auswärtigen Amte, würdigte man die bekannten Balkon-Scenen unter dem politischen Gesichtspunkt vollständig. Als der Kronprinz im Herbst 1883 in Madrid weilte, wurde von ihm bei Gelegenheit seiner Anwesenheit auf einem Hofballe gesagt: „Er sah aus, wie nur er auszu sehen vermag; über die andere Gesellschaft ragte er hoch hinaus, er durfte wohl den Göthe'schen Vers auf sich anwenden: „Wohl, dem Mutter Natur doch gleich die rechte Gestalt gab — überall ist er zu Hause und nirgends ist er ein Fremdling.“ Was solche Erscheinung gegenüber den so ungemein auf das Außere gestellten Südländern ausmacht, sagt derselbe Berichterstatter, konnte man auf Schritt und Tritt sich überzeugen.

Als General von Loë nach Spanien kam, als Ueberbringer des kaiserlichen Schreibens, welches den Besuch des Kronprinzen (als Erwiderung desjenigen des Königs Alfons von Spanien) ankündigte, gerieth das Ministerium Posada-Herrera sichtlich in Bestürzung; es fürchtete, Deutschland begehre von Spanien einen Allianz-Vertrag. Erst als die Minister sich überzeugt hatten, daß die deutsche Politik viel zu realistisch und ernsthaft ist, um solchen Schattenprojekten nachzujagen, beruhigten sich die Herren. Das Ministerium Posada-Herrera war gebildet worden, um Frankreich eine Genugthuung zu geben für die Reise des Königs Alfons

nach Homburg; ein seltsames Ministerium. Seltsamer noch, daß das Ministerium berufen war, den Kronprinzen zu begrüßen und daß es schließlich sogar in ungewohnter Fülle mit preußischen Orden ausgezeichnet wurde. Aber selbst wenn ein Ministerium von größerem spanischen Nationalgefühl und Selbstständigkeitsbewußtsein am Ruder gewesen wäre, als dies Ministerium der amende honorable vor Frankreich — ein Allianzvertrag Deutschlands hätte es erschrecken müssen. Diese französischen Kriegspanzer, die aus dem Hafen von Toulon hervorkamen, waren auch ein gegen Spanien aufgehobener Finger. Was hatte dieses in seiner Marine, in seinen Seefestungen so grenzenlos vernachlässigte Land einer so großen Seemacht wie Frankreich entgegenzusetzen?

Der Kronprinz kam aus Spanien wie von einem Triumphzuge zurück — den zwei Jahre später ausgebrochenen Karolinen-Aufsturz hat die Mission so wenig gehindert, als der Zustand der spanischen Marine.

In Elsaß-Lothringen den Versuch zu machen, durch den Kronprinzen als Statthalter des Kaisers die moralische Eroberung des Landes zu bewirken, war gewiß ein Plan, wegen dessen der Reichskanzler wohl nicht verdiente, gewisser Nebenabsichten beschuldigt zu werden.

Im Januar 1884 ließ der Reichskanzler in der „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Artikel des „Reichsfreund“ abdrucken, in welchem ein tiefer Gegensatz zwischen dem Kronprinzen und dem Fürsten Bismarck dargestellt war. Derselbe lautete: „Was der Reichskanzler wohl für Augen gemacht haben mag, als er am vorigen Freitag in der Nationalzeitung einen authentischen Bericht über den Inhalt der Unterredung des Kronprinzen mit dem Papst zu lesen bekam?

„Daß dieser Bericht authentisch war, wird jetzt von keiner Seite mehr bezweifelt.

„Jene Unterredung fand unter vier Augen statt. Da der Papst den Bericht an die Nat. Ztg. nicht eingesandt hat, so ist die Einsendung direkt durch den Kronprinzen veranlaßt. Vor diesem Bericht der Nat. Ztg. war über den Inhalt jener Unterredung nichts in die Öffentlichkeit gekommen. Gerade der Nat. Ztg. und dieser allein sendet der Kronprinz einen solchen Bericht. Die Redacteurs der Nat. Ztg. sind Sezessionisten. Die Sezessionisten aber gehören zum „Anhang der Fortschrittspartei.“ So wenigstens kann man es allwöchentlich mindestens ein Mal in der Kanzler-Presse lesen. Beide Parteien untergraben — das wird dort täglich ein bis zwei Mal bewiesen — mit ihrem Streben nach parlamentarischer Regierung das Reich, die Monarchie und die Dynastie der Hohenzollern insbesondere. Eingestandene Republikaner sind um kein Haar schlimmer. So wenigstens hat es noch jüngst Herr v. Puttkamer versichert.

„Der deutsche Thronfolger muß doch anderer Ansicht sein. Man pflegt solche Berichte nicht gerade einer Zeitung zur Veröffentlichung zu senden, deren Richtung man mißbilligt. Siebt es doch so viele andere, „gutgefünnte“ Blätter, auch die Kreuzzeitung hat einen Redacteur im Gefolge des Kronprinzen gehabt.

„Der Kronprinz wählt offenbar absichtlich zu Mittelungen Blätter, welche nicht zur Kanzlerpresse gehören oder von dem Kanzler abhängig sind. Der Kronprinz nimmt auch an der oppositionellen Richtung solcher Blätter zu der gegenwärtig maßgebenden Politik keinen Anstoß.

„Dies ist die Bedeutung der Wahl des genannten Organs zu den vom Kronprinzen gewollten Veröffentlichungen. Aber die Hauptsache ist folgendes: Je eifriger die Freunde des Kanzlers sich bemühen, über die Ansichten des Kronprinzen falsche Nachrichten in das Publikum zu bringen, den Kronprinzen in die gegenwärtige Kanzler-Politik zu verflechten, diese Politik auch mit dem Mantel des Kronprinzen zu decken, sie als die allein den Interessen der Hohenzollernschen Dynastie entsprechende Politik der Zukunft hinzustellen, desto öfter erfolgen Kundgebungen des Kronprinzen, welche dem deutschen Volke vor Augen führen, daß man über die Aufgaben der Zukunft auch anders denken kann, wie die Konservativen und der Kanzler und daß vor allem

der deutsche Thronfolger es abgelehnt, irgendwie die gegenwärtige Kanzlerpolitik inhaltlich zu vertreten und vor der Nation auch nur moralisch eine Verantwortlichkeit für dieselbe zu übernehmen.

Gerade dies ist durch die Veröffentlichung des Inhalts der Unterredung zwischen Kronprinz und Papst aller Welt klar gestellt worden.“

Dazu bemerkte die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Das Organ der Fortschrittspartei ist bemüht, den Kronprinzen von der Politik, welche Se. Majestät der Kaiser seit 1866 geführt hat, zu trennen, unter der Fiktion, daß der Kronprinz selbst sich von derselben lossagen, oder wie das Richter'sche Blatt sagt, es ablehne, vor der Nation für unsere (!) Politik „auch nur moralisch eine Verantwortung zu übernehmen.“ Für uns ist dieser Artikel ein neues Symptom der berechneten und wühlerischen Arbeit unsrer Republikaner.

Die kaiserliche Politik, welche das fortschrittliche Organ in seiner Abneigung gegen monarchische Einwirkungen als Kanzlerpolitik bezeichnet, hat mit ihren Erfolgen unzweifelhaft die Mehrheit für sich. Sie hat sicherlich das Ansehen der Monarchie, den Einfluß des Monarchen befestigt und befördert. Dem jetzigen Kaiser diese Errungenschaft entreißen zu wollen, würde verlorene Mühe sein, auf dergleichen unfruchtbare Arbeit lassen sich die Herren Richter und Parisius nicht ein. Ihr Angriff richtet sich gegen den Thronfolger, um in der Person desselben die monarchische Zukunft zu treffen und den Kronprinzen loszulösen von jedem Zusammenhang mit der glorreichen Politik seines Herrn Vaters. Den Patronen des „Reichsfreund“ ist es vollkommen klar, daß ein Thronfolger, dem man seinen Antheil an der kaiserlichen Politik und ihren Erfolgen von 1866 und 1870, an der Herstellung der deutschen Einheit und des Kaiserthums bestreiten kann, in den Augen des Volkes einen wesentlichen Verlust an dem monarchischen Nimbus erleidet, mit dem die Politik der letzten zwanzig Jahre die Person des Kaisers unlöslich umgeben hat. Kann man den Nachfolger auf den Thron um seinen Antheil an Ruhm dieser Politik bringen, so dient man der republikanischen Sache, indem man die Sympathien, welche diese Politik in den Herzen der Deutschen erworben hat, auf den Erben des Thrones überzugehen verhindert. So künstlich auch die republikanische Taktik, die in solchen Bestrebungen liegt, in dem Artikel maskirt wird für Jeden, der nicht selbst durch fortschrittliche Brillen sieht, und die Fortschrittspolitik und ihre Ziele kennt, ist die Maske durchsichtig. Es handelt sich eben nur darum der Dynastie, in welcher unsere

Monarchie erblich ist, in der öffentlichen Meinung nach Möglichkeit Schaden zu thun. Glücklicherweise ist der Antheil des Kronprinzen an der kaiserlichen Politik, die das Richter'sche Blatt die „Kanzlerpolitik“ nennt, auf dem militärischen wie auf dem politischen Gebiet zu gewichtig und zu unverfügbare in die Bücher der Geschichte eingetragen, als daß monarchenfeindliche Blätter den Erben der Kaiserkrone um seinen eigenen Ruhm und um seinen Antheil an dem Ruhme seiner Väter betrügen könnten.“

Es wurde von anderer Seite erwidert, daß der Artikel des „Reichsfreund“ nur ein Vorwand zu dieser Auslassung war; der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ erinnere an die Intriguen, welche in den fünfziger Jahren gegen den damaligen Thronfolger, den Prinzen von Preußen, gesponnen wurden.

„Der Kronprinz, welcher im Jahre 1884 sich erst nach längeren Verhandlungen zur Uebernahme des Präsidiums im Staatsrathe bereit finden ließ, betheiligte sich nicht in der Weise, wie es der Reichskanzler gehofft hatte, an dem Gange der Bismarck'schen Politik“. Also deutete man den Artikel, welchen die „Post“ im Februar 1886 über den Staatsrath brachte. Jener Artikel nahm Bezug auf eine Aeußerung, welche der Kanzler am 4. Februar zu seinen Vertrauten beim Mittagessen gemacht hatte, daß „die Theilnahme an den Verhandlungen des Staatsraths den Betheiligten bereits lästig würde.“ Die „Post“ bemerkte nun, daß die Schwierigkeiten für den Zusammentritt des Staatsraths nicht, wie die Presse gemeint habe, durch die Betheiligung der auswärtigen Mitglieder entstünden. Die Aeußerung „zielte vielmehr nach einer ganz anderen Stelle.“

Welche Stelle dies war, darüber ließ die „Post“ keinen Zweifel, indem sie auf die Wichtigkeit hinwies, „daß die in dem Staatsrath liegende Möglichkeit, den Thronerben an den Geschäften des Staats in leitender Stellung zu betheiligen, nicht unbenutzt bleibt“. „Denn die Nichtbetheiligung führt naturgemäß zunächst zur Entfremdung gegenüber den leitenden Gesichtspunkten der Regierungspolitik und ihren Trägern und in Konsequenz davon alsdann nur zu leicht zum Gegensatz gegen beide. Die Geschichte der meisten Länder, insbesondere auch Preußens, weist zahlreiche Beispiele eines zumeist auf diese Ursache zurückzuführende Gegensatzes zwischen dem gegenwärtigen und dem zukünftigen Regiment auf.“

Fortschrittliche Stimmen schlossen aus dem Artikel der „Post“, daß „der betreffenden Stelle“ die Thätigkeit im Staatsrath insoweit lästig geworden sei, als sie sich auf das Branntweinmonopol beziehen sollte. Diese Aufklärungen würfen auf gewisse Aeußerungen des Kanzlers im Abgeordnetenhaufe allerdings ein neues Licht. „Freilich ist es bisher in konstitutionellen Staaten nicht üblich gewesen, das Verhalten gewisser Stellen zu der Regierungspolitik öffentlich in der Presse zu kritisiren.“

*

*

*

Wie stellen diesen und anderen Beobachtungen eines Gegensatzes zwischen dem Kanzler und dem früheren Kronprinzen eine Aeußerung des letzteren aus dem Jahre 1873 gegenüber, welche zeigt, daß Kaiser Friedrich damals dem Fürsten Bismarck gegenüber denselben Standpunkt einnahm, wie Kaiser Wilhelm. Bekanntlich erkrankte der Kaiser Friedrich im Jahre 1873 auf einer Reise nach Karlsruhe plötzlich so

schwer, daß er sich genöthigt sah, im Schlosse zu Wiesbaden, wohin auch seine Familie schleunigst berufen wurde, einen mehrmonatlichen Aufenthalt zu nehmen. „Die Aerzte sagen“, so sprach der Kronprinz zu der Kronprinzessin, „meine Krankheit sei nicht ohne Gefahr; mein Vater ist alt und der Prinz Wilhelm noch minderjährig. Es wäre daher nicht unmöglich, daß Du eine zeitlang zur Regentin berufen würdest. Du mußt mir versprechen, nie etwas ohne den Fürsten Bismarck zu thun, dessen Rathschläge unserem Hause zu ungeahnter Größe und Macht verholfen haben.“ Diejenigen, welche aus der herzlichen Umarmung des Kaisers und des Kanzlers bei dem Wiedersehen auf dem Bahnhofe in Leipzig und nach den mancherlei anderen Kundgebungen, die seitdem erfolgt sind, noch nicht erkannt haben sollten, welcher Art die Beziehungen Kaiser Friedrichs zu dem Fürsten Bismarck sind, werden nach obiger Mittheilung nicht mehr im Zweifel darüber sein können, daß Kaiser Friedrich auf demselben Standpunkte gegenüber dem großen Kanzler steht, wie sein verstorbener Vater.

Auch von deutsch-freisinniger Seite ist anerkannt worden, daß alle Parteien Grund haben zu wünschen, daß Fürst Bismarck auf seinem Posten verbleibt, oder richtiger ausgedrückt, sie haben Grund, sich darüber zu freuen, daß sein Verbleiben außer Zweifel steht. Sie hätten allen Grund, sagte die Botsche ihm in der imposantesten Form ein Vertrauensvotum aufzustellen, wenn nicht dieses Vertrauensvotum schon am 21. Februar im Reichstage erfolgt wäre, und zwar in einer Form, die ihren Eindruck auf Europa nicht verfehlt hat. Mit der Ertheilung eines solchen Vertrauensvotums vertrüge es sich aber sehr schlecht, wenn auch nur in der verborgensten Falte

des Herzens der Wunsch zurückbliebe, der Kanzler möchte dennoch aus seinem Amte scheiden. In einem solchen Augenblicke müssen alle Erwägungen der inneren Politik vor denen der auswärtigen Politik zurücktreten. „Der inneren Politik des Reichskanzlers stehen wir als Gegner gegenüber und müssen in dieser Gegnerschaft verharren. Die unerwünschten Folgen derselben treten schon jetzt in immer größerer Klarheit hervor. Die Erwartung, daß ein Eingreifen des Staates allen Uebeln der Gesellschaft ein Ende machen könne, hat sich nicht bestätigt; der Versuch, durch Beschränkungen der wirthschaftlichen Freiheit die nationale Arbeit zu schützen, hat den Wohlstand nicht gehoben. Die Zweifel, ob ein noch weiteres Fortschreiten auf der Bahn der Schutzzölle sich mit dem Wohle des Landes vereinigen lasse, ergreifen immer weitere Kreise. Aber so sehr wir auch einzelne Maßregeln des Reichskanzlers bekämpft und mißbilligt haben, wir haben sie immer begriffen. Wir verstehen es sehr wohl, daß ein Mann von seiner geistigen Kraft und von seiner Vergangenheit, von seinen Erfolgen und seinen Grundanschauungen über die Grenzen der Macht des Staates andere Vorstellungen haben muß als Jemand, der in bürgerlichen Verhältnissen und liberalen Anschauungen aufgewachsen ist. Zudem halten wir uns frei von dem Irrthum, als sei der Fürst Bismarck der eigentliche Schöpfer unserer Schutzzollpolitik. Diese Schutzzollpolitik verdankt ihre Entstehung einer fehlerhaften Strömung des Volksgeistes; diese Strömung hat Fürst Bismarck erkannt und zu beugen versucht. Wir haben uns von einem persönlichen Groll gegen ihn jeder Zeit fern gehalten, und wären weit eher geneigt, eine Empfindung des Grolls gegen diejenigen

zu richten, welche stets allzubereit waren, ihre wohlerrungenen persönlichen Ueberzeugungen seinem eisernen Willen unterzuordnen. In unserer inneren Politik bedarf es des Wandels. Allein wir suchen die Heilung an derselben Quelle, woher die Krankheit gekommen ist; wir erwarten sie von einem Umschwunge in den Ueberzeugungen der Wähler. Unglücklich ist das Volk, das eine geordnete Vertretung hat und es dennoch nicht versteht, seinen Ueberzeugungen und seinem Begehren durch den Mund dieser Vertretung einen nachhaltigen Ausdruck zu geben, sondern sich auf Ereignisse verläßt, die von seinem eigenen Willen unabhängig sind. Durch den Mund der Volksvertretung muß es zum Ausdruck gebracht werden, daß wir keine weiteren Fortschritte auf der Bahn der Schutzollpolitik, auch keine anderen Beeinträchtigungen der Verfassung wollen. Wenn diese Stimmung bei den Wahlen und durch die Beschlüsse des Parlaments nach den Wahlen in unzweideutiger Weise sich kundgiebt, so sind wir über unsere Zukunft beruhigt. Wir hoffen auf einen Wandel in unserer inneren Politik, aber nicht auf einen jähen Wandel, denn wir sind durch die Geschichte belehrt, daß auf einen jähen Umschlag auch ein jäher Rückschlag zu folgen pflegt. Wir halten den Reichskanzler für staatsmännisch und groß genug, daß, wenn er einsieht, seine Werke bedürften der Korrektur, er auch selbst die Hand anlegt, um diese Korrektur herbeizuführen.“

So sprach sich die „Wof'sche“ aus. Als die Gerüchte von Bismarcks Rücktritt sich im Anfange des Monats April verbreiteten, meinte das „Berliner Tageblatt,“ Gründe der Staatsraison, die man vielleicht gegen die Verbindung der Prinzessin Viktoria mit dem Fürsten Alexander anführen

möchte, könnten in dieser Sache kaum ein durchschlagendes Gewicht beanspruchen. Habe doch auch Königin Victoria von England nicht Anstand genommen, den Bruder des Battenbergers, den Prinzen Heinrich, als Gatten ihrer Tochter in ihre Familie aufzunehmen, ohne damit das Wohl ihres Landes und dessen Einvernehmen mit Rußland auf das Spiel zu setzen. Was der Königin von England recht sei, das sollte dem deutschen Kaiser nicht billig sein? „Mit diesen Worten tritt man — bemerkte ein konservatives Blatt — zu Gunsten einer Hohenzollernschen Hauspolitik nach englischem Rezept ein, die sich in nichts von der über die Interessen der Völker kalten Herzens hinweggehenden, dynastischen Politik früherer Zeiten unterscheiden würde. Die freisinnige Presse hat in vergangenen Jahren nicht Worte genug gehabt, um über eine Sorte von Politik, wie die oben bezeichnete, den Stab nach allen Regeln fortschrittlicher Verdammungskunst zu brechen. Aber jetzt, wo es sich darum handelt bei einem förmlichen Wettlaufen, welches der freisinnige Servilismus Tag für Tag von neuem nach Charlottenburg antritt, nicht zurückzubleiben, haben die fortschrittlichen Blätter ihre Antecedentien vollständig vergessen, resp. sie verleugnen dieselben. Das „Berliner Tageblatt“ hält es für undenkbar, daß Fürst Bismark, der sich stets als getreuen Versallen des Kaiserhauses betrachtet und bezeichnet habe, sich zu dessen Vormund aufwerfen und sich berufen fühlen könnte, in einer derartigen inneren Angelegenheit der Kaiserlichen Familie sein Veto zu sprechen. Es gehört das Befangensein in dem Bestreben, Liebedienerei nach einer Allerhöchsten Stelle hin um jeden Preis zu treiben, dazu, um zu erkennen, daß es sich in diesem Fall durchaus nicht

in erster Linie um eine innere Angelegenheit der Kaiserlichen Familie, sondern um eine Frage der zukünftigen Entwicklung der auswärtigen Politik handelt, bei welcher die Interessen von Kaiser und Reich, kurz die deutschen Interessen die voranstehenden sind. Das „Berliner Tageblatt“ ergreift im Namen Deutschlands das Wort, um dem Reichskanzler nahezu legen, daß er entweder unbeirrt durch die Battenberger Frage nach wie vor seines Amtes walte, oder daß er zum Besten des Vaterlandes, wenn es sein patriotischer Wille so sein sollte, die gefährliche Prozedur des dereinst unvermeidlichen Uebergangs der Kanzlergewalt in andere Hände schon jetzt bei Lebzeiten und im Vollgenuß des Prestiges, das sich im In- und Auslande an Bismarcks Namen knüpft, ohne Sturm und Drang vollziehen lasse.“

Herr Richter schrieb:

„Wenn man das lebenslängliche Verbleiben des Fürsten Bismarck im Amt dermaßen als Lebensbedingung für Deutschland hinstellt, wie es in den letzten Tagen einige konservative und nationalliberale Blätter gethan haben, so heißt dies den Kanzler emporheben, um den Monarchen und die Nation desto mehr herabzudrücken. Denn wenn der Minister jeder Zeit seine Entlassung nehmen, der Monarch ihm dieselbe aber nicht geben darf, was bleibt dann überhaupt noch von dem freien Willen des Monarchen übrig? Wer das Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler der Art darstellt, begünstigt Konflikte, vermindert sie aber nicht. Ja man stellt den Monarchen dabei zuletzt sogar vor die Alternative, entweder den Kanzler zu entlassen oder selbst abzudanken, wenn der Kanzler auf seinen Willen besteht.“



Die Kreuzzeitungspartei.





Mit Recht durfte die im Revolutionsjahre 1848 gegründete „Kreuzzeitung“ als das Hauptquartier der royalistischen Partei und als der Mittelpunkt aller gegen das revolutionäre Gebahren gerichteten Bestrebungen bezeichnet werden, und es hatte sich eine Art von politischem Generalstab gebildet, in dessen Händen die Fäden zusammenliefen. Namhaftere Mitglieder waren der spätere Gesandte in Paris, Graf v. d. Goltz, Baron Arnim = Grieben, Herr v. Bethmann-Hollweg, Herr v. Bismarck-Schönhausen, Herr v. Kleist-Neckow, Herr v. Arnstedt-Groß-Kreuz, durch dessen Einfluß Herr v. Bismarck zuerst in Brandenburg, allerdings unter Schimpfen und Steinwerfen in die zweite Kammer gewählt wurde, und als besonders eifriger Agitator der Oberstlieutenant von Wolden, welcher bemüht war, in der Provinz Pommern zur Nachahmung für Andere eine Art von Bendéer Landsturm mobil zu machen. Die Führung nach oben wurde durch den Generaladjutanten von Gerlach vermittelt.

H. Wagener sagt in seinem Buche über diese Partei: „Fragt man nun, worin Alles in Allem genommen, die Kraft und Bedeutung der Kreuzzeitungspartei als der „kleinen aber mächtigen Partei“ beschlossen war, so muß man allerdings vorweg bemerken, daß ein nicht geringer Theil ihrer Bedeutung darin beruhte, daß man überall daran festhielt, die „Kreuzzeitung“ als das Organ der Krone zu betrachten und ihren wesentlichen Inhalt als von Sr. Majestät dem Könige Friedrich Wilhelm IV. persönlich sanktionirt zu würdigen. Daß dem nicht so war und daß es verschiedene Gebiete gab, auf denen die „Kreuzzeitung“ nach ihren festen Prinzipien und Zielen nicht anders konnte, als der Regierung, selbst auf die Gefahr hin, dem Könige persönlich zu widerstreben, zeitweilig Opposition zu machen, darüber geben die von mir mitgetheilten Schreiben des General-Adjutanten von Gerlach und des Kabinetaths Niebuhr deutlichen Aufschluß.“

Wir brauchen diese Schreiben nicht mitzutheilen. Die Kreuzzeitung wurde von Hinkeldey so gut konfiscirt, wie die Volkszeitung. Erstere lag namentlich mit der Bureaucratie viel in Streit, welche „despotisch nach unten und liberalisirend nach oben war“.

Daß die Partei ihre „Selbständigkeit“ unter Umständen bis zur schärfsten Opposition gegen die Regierung des Königs trieb, zeigte sie während des Krimkrieges. Sie hatte damals den Triumph, den Sturz des russenfeindlichen Kriegsministers von Bonin herbeizuführen. Wagener sucht diese Thatsache zu verschleiern, die er im Grunde doch nur bestätigt, indem er schreibt: „Eine besonders interessante und erfolgreiche Episode für die Kreuzzeitungspartei und deren Stellung bildete der Krimkrieg. Bekanntlich hatte sich hier

Der damalige Kriegsminister von Bonin in dem Maße mit der westmächtliden Allianz identifizirt, daß er jede Hinwendung zu Rußland als einen Vatermord kennzeichnete, und als man schließlich die heute allgemein als die einzig richtige und segensreiche erkannte Politik einschlug, war es wiederum die kleine, aber mächtige Partei, welche man von allen Seiten als Satelliten Rußlands und als Parteigänger des russischen Zaren und Despotismus mit Schmutz bewarf und als den eigentlichen Faiseur dieses vermeintlichen Vaterlandverrathes brandmarkte. In meinem „Leben Friedrich Wilhelm IV.“ habe ich bereits konstatiert, daß das Hauptverdienst, diese Wendung herbeigeführt zu haben, neben der politischen Einsicht des Königs, dem Einflusse des vereinigten Oberpräsidenten von Pommern, Freiherrn Senfft von Pilsach, gebührt, und daß diesem auch noch vor seinem Tode die Genugthuung geworden ist, diese seine Thätigkeit in einer ihm besonders wohlthuenenden Weise anerkannt zu sehen. Allerdings wurde der Umschwung durch die Haltung der Kreuzzeitung und ihrer Partei wesentlich erleichtert und befördert und wurde dies auch, da ich jede Ordensverleihung oder sonstige Auszeichnung von russischer Seite aus naheliegenden Gründen unbedingt ablehnte, dadurch anerkannt, daß ich von dem damaligen preußischen Militairbevollmächtigten in St. Petersburg, Grafen zu Münster, ein darauf bezügliches Schreiben erhielt.“

Wagener theilt sodann dieses Schreiben mit, das folgendermaßen lautet:

„St. Petersburg, d. 1. Juni 1854.

Euer Hochwohlgeboren dürfte es nicht ohne Interesse sein, zu erfahren, daß Sr. Majestät der Kaiser, wie Ihre

Majestät die Kaiserin von Rußland die die orientalische Frage behandelnden Artikel der von Ihnen redigirten Kreuzzeitung mit ebensoviel Interesse als Anerkennung lesen und mir dies bei vielen Gelegenheiten ausgesprochen haben. Bei einer solchen Gelegenheit fügte Ihre Majestät die Kaiserin noch hinzu: „Ich wünschte wohl, daß die Verfasser dieser Artikel es erführen, mit welcher Befriedigung wir sie hier lesen.“ Wenn dies nun allerdings auch kein spezieller Auftrag für mich ist, so gebe ich Ew. Hochwohlgeboren dennoch davon Kenntniß in der Ueberzeugung, daß die Anerkennung der Tendenz Ihrer Blattes von seiten des Kaisers und der Kaiserin auch in Ihnen ein Gefühl der Befriedigung hervorrufen dürfte. Die Leitartikel mit der großgedruckten Ueberschrift werden Ihnen selbst zugeschrieben, während man gern die Namen der Verfasser derjenigen kennen möchte, die mit X und □ unterzeichnet werden. Ich stelle es Euer Hochwohlgeboren ganz ergebenst anheim, ob Sie mich in den Stand setzen wollen oder können, mir diese Namen anzuvertrauen, um dieselben den Majestäten mittheilen zu können. Es liegt Allerhöchstdenselben daran, diese ebenso eifrigen als einsichtsvollen Vertheidiger auch dem Namen nach kennen zu lernen.“

Diesem Wunsche hat Wagener nicht entsprochen, weil die betreffenden Herren es nicht wollten.

Aus den weiteren Mittheilungen Wageners geht dann deutlich genug hervor, daß es lediglich die Parteinahme v. Bonins gegen Rußland war, die ihn der Junkerpartei verhaßt machte — und in Folge eines auf den König geübten Druckes seine Entlassung herbeiführte.

Die Macht der Kreuzzeitungspartei dauerte so lange,

als König Friedrich Wilhelm IV. regierte, d. h. bis zu seiner Erkrankung im Herbst 1857. Indem sie aus allen Kräften der Einsetzung der Regentschaft widerstrebte, kämpfte sie für ihre Existenz. An der Politik Bismarcks ging sie, nämlich ihre Macht, nicht die Partei, vollends zu Grunde. Sie verlor die Courfähigkeit im eigentlichen und im moralischen Sinne des Wortes.

Mit ganz ungetheilter Genugthuung wurde Herr v. Bismarck in Berlin von niemand empfangen, auch von den Konservativen nicht. Zwar jubelte die „Kreuzzeitung“ bei der Nachricht von seiner Ernennung zum Minister und sagte mit Anspielung auf Herrn v. d. Heydt: „Das kaufmännische Intermezzo hat jetzt ein Ende.“ Aber in die Freude der Partei mischte sich doch der Gedanke an allerlei Absonderlichkeiten, die von dem neuen Minister bekannt waren. Hatte dieser doch erst vor kurzem, nämlich in einem Briefe vom 18. September 1861, sich über die deutsche Politik der konservativen Partei ziemlich abfällig ausgesprochen. Man hatte ihm das Programm des „Preussischen Volksvereins“ zugesandt, das aus dem Stil der negativen Fassung garnicht heraus kam und die Solidarität der konservativen Interessen aller Länder sehr einseitig betonte. Darauf hatte Herr von Bismarck von dem „gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel der deutschen Kleinfürsten“ gesprochen, als dem Schooßkind der konservativen Partei in Preußen, von dem „Unsinn der Bundesverfassung, von dem zimperlichen Zurückschrecken vor der Idee einer Volksvertretung im Bunde, überhaupt von den vagen Ausfällen der Konservativen gegen angeblich revolutionäre Bestrebungen.“ Wie konnte die Berufung eines solchen Mannes einen ungemischten Jubel in

dem konservativen Lager bereiten? Man war nicht ohne Besorgniß, Herr von Bismarck könnte das Werk der reorganisirten Armee, dessen Zustandebringen von ihm bestimmt erwartet wurde, nicht so handhaben, wie man es wünschte, insbesondere vielleicht gegen Oesterreich und seine deutschen Bundesgenossen gebrauchen. Wie die liberale Partei darauf rechnete, daß das „lustige Intermezzo“ des Ministeriums Bismarck nicht lange währen könne und, sobald man sich von seiner Unfähigkeit überzeugt habe, nothwendig ein liberales Regiment wieder ans Ruder gelangen müsse, so gab es auch auf der entgegengesetzten Seite Stimmen, welche nicht bloß im geheimen sich sagten, Herr von Bismarck sei zwar trefflich geeignet, das Abgeordnetenhaus niederzutreten, sei aber nicht der Mann, darüber hinaus die Geschicke Preußens zu leiten. So traten Herr von Bismarck und die Kreuzzeitungspartei eigentlich nur ad hoc zusammen, d. h. gegen das die Heeresform abweisende Abgeordnetenhaus. Die Art, wie sie sich mit der Auseinandersetzung gegenüber Oesterreich, mit den Entthronungen deutscher Fürsten, einem auf allgemeinem gleichen Stimmrecht begründeten Parlament ohne Herrenhaus, dem Verhalten der preußischen Staatsregierung gegenüber den Ultramontanen abzufinden mußte, ließ die entscheidendste Wandlung wahrnehmen, weil alle jene Maßregeln von der höchsten Tragweite auf dem Gebiete der Staats- und Kirchenpolitik den Grundsätzen der „Kreuzzeitung“ von heiliger Allianz, Legitimität, ständischem Staat und Staatskirchentum so sehr als irgend denkbar widersprachen. Um die Jahreswende von 1871/72 besann sich die Kreuzzeitung wieder auf sich selbst. Die liberale Wirthschaftspolitik, der Beginn des Kulturkampfes mit dem Schul-

aufsichtsgesetz u. s. w., der Rücktritt des Ministers von Mühlner, die Verwaltungsreform des Grafen zu Eulenburg schlugen dem Faß den Boden aus. Es erfolgten Droh- und Absagungsbriefe an die Regierung. Bismarck wurde beschuldigt, den „Kompaß des Ewigen“ verloren zu haben. Die Kreuzzeitung gerieth in heftige Fehden mit der Nord. Allg. Ztg. und mit der Provinzialcorrespondenz. Die liberalen Blätter triumphirten. Hier einige Proben:

„Der Kreuzzeitung Klagegesang, mit welchem sie aus dem Jahre 1871 schied, richtete sich namentlich auch gegen die Regierung. Er hatte Stellen, die sich wie Vorwürfe einer verlassenen Geliebten über erkaltete Liebe ausnahmen und uns an einen berühmten Wechselgesang in den Oden des Horaz erinnerten. „Ja, ja! der Lybia (der alte Heide wird uns einen kleinen Rollentausch nicht übelnehmen), die dir doch so treu gedient und sich ganz Dir hingegeben hat, bist Du überdrüssig geworden und Du läufst nun der Chloë nach, weil sie noch jung ist und das Leben voller aus ihr quillt.“ Die zarten Vorwürfe der „Kreuzzeitg.“ werden nicht wirkungsreicher sein als diejenigen in jenem erotischen Zwiegesang, den der alte Scaliger für alle Schätze Spaniens nicht eintauschen wollte; sie werden den ungetreuen Liebhaber nur noch mehr erkälten und ihm ebenfalls Vorwürfe in den Mund legen, namentlich den, daß das alte Liebesverhältniß ihn unmöglich auf die Dauer habe befriedigen können. Doch Scherz bei Seite, was hat denn die Partei der „Kreuztg.“ der Regierung gewährt, um die große politische Reform, welche unser Volk erlebt hat, durchzuführen? Fürst Bismarck ist freilich durch ihre Schule gegangen, aber er hat sie auch absolvirt und ist ihr ent-

wachsen, und die Männer, welche in der Schule der „Kreuzzeitung“ ausgeharrt haben, sind nicht so geartet gewesen, um mit ihrer Hilfe die neuen Zustände zu schaffen. Kenntnißreiche und leistungsfähige Männer war das Brod, von welchem die Bismarck'sche Politik zu leben wünschen mußte, und die „Kreuzzeitung“ vermochte nichts zu bieten als die Steine eines Programms. Wir wollen es den Herren Delbrück, Camphausen, Leonhard nicht anthun, daß wir sie zu den unfrigen zählen. Wir wissen sehr wohl, daß die Dinge in Preußen noch so liegen, daß man einem höheren Beamten und namentlich einem Minister keinen Gefallen erweist, wenn man ihn einen Liberalen nennt und deshalb sprechen wir unsrerseits jene Herren, da wir ihre Dienste für den Staat noch ferner wünschen, hiermit feierlich von dem Verdacht des Liberalismus frei. Aber in den Augen der „Kreuzzeitung“ gelten jene Männer einmal für Liberale, mit schlecht verhehltem Unmuth hat das feudale Blatt sie lange schon an der Spitze der Geschäfte gesehen und in der That hat es keinen Grund, sie zu den Seinigen zu zählen. Und dennoch waren die genannten Männer und manche andere ihnen gleichgesinnte und in verhältnißmäßig niedrigeren Staatsstellungen wirkende garnicht zu umgehen. Sie mußten genommen werden, weil die im Sinne der „Kreuzzeitung“ konservative Partei schon lange einen fast vollständigen Mangel an Capacitäten und kenntnißreichen Männern auf allen Gebieten des Staatslebens aufwies. Es ist der konservativen Partei in Preußen lange zu gut gegangen. Mühelos gelangten ihre Angehörigen, wenn sie nur einigermaßen genügten, auf ihr Parteiprogramm hin in einflußreiche Stellungen. Sie hielten nicht nöthig, viel zu lernen,

sie hielten für überflüssig, sich sonderlich anzustrengen. So lange der Staatswagen in dem ausgefahrenen Geleise sich bewegte, konnte solches Material, wie es die Kreuzzeitungspartei lieferte, nothdürftig ausreichen. Als eine neue Zeit neue Wege zu finden hatte, mußte der Bankrott an Kenntnissen und Arbeitskraft zum Ausbruch kommen, und die „Kreuzzeitung“ hat nun auch wirklich in aller Form Namens ihrer Partei den Konkurs angemeldet.“

„Wir wollen nicht sprechen von den Zeiten der Kurfürsten Friedrich I. und Joachim I., als es galt, den Kleinadel erst der Landeshoheit zu unterwerfen, als das Thun der vormaligen Ruchow, Walbow und wie sie hießen, das Wort in Schwung brachte: „Rausen und Rauben bringt keine Schande — Thun's doch selbst die Edelsten im Lande,“ oder als die Junker an die Thüre des Lagerhauses in der jetzigen Klosterstraße schrieben: „Jojekim, Jojekim, hüte di, kriege wi di, so hänge wi di.“ Aber auch, nachdem jene Gegner des ersten Joachim das Raubritterhandwerk eingestellt hatten, und der moderne Staat und die deutsche Vormacht in dem Territorium Brandenburg-Preußen sich entwickelten — immer war es unser Kleinadel, der dieser Entwicklung in jedem Schritte entgegenarbeitete, der, wenn er nicht mit eiserner Hand gewaltsam niedergehalten worden wäre, nie und nimmer Preußen seine glorreiche Geschichte hätte erleben lassen, der Deutschland in ein Chaos gestürzt hätte, in welchem nur die Jesuiten, sei es es durch Habsburg, sei es durch Frankreich zur Herrschaft gelangt wären. Als der große Kurfürst seine großartige Politik unternahm, Deutschland gegen seine drei damaligen Feinde, die Polen, Schweden und Franzosen zu vertheidigen, und er hierzu

der stärksten Anspannung aller Kräfte, der Konzentration der ganzen Landesmacht unter einen Willen bedurfte, da waren es die privilegierten Stände, welcher unter ausschließlicher Betonung ihrer Privilegien solcher Politik widerstrebten. Die Enthauptung Kalksteins, was auch vom Standpunkt formellen Rechts gegen sie gesagt werden mochte, durch sie büßte der Kleinadel seine Sünden gegen das Gesamtinteresse. Und als Friedrich Wilhelm I. daran war, den Landeshaushalt in der musterhaften Weise einzurichten, welche die spätere Leistungsfähigkeit des Landes allein ermöglichte, als er den Lehnsnegus aufhob, den ritterlichen Besitz der Besteuerung unterwarf, das Generalsteuere-direktorium errichtete — da war es der Kleinadel in Cleve, dem Herzogthum Magdeburg und Pommern, der wegen der Verletzung seiner angeblichen Privilegien das „tout le pays sera ruiné“ anstimmte, welches dann die denkwürdige Antwort von der zu „ruinirenden Autorität der Junker“ und dem rocher de bronze des Staatskönigthums zur Folge hatte. Und als über Preußen durch die gemeinsame Schuld von Königthum, Junkerthum und Bürgerthum der Bankerott hereingebrochen war und namentlich durch die Hebung des Bauernstandes das staatliche Defizit ausgeglichen und das Land wieder hergestellt werden sollte, da war die Rede der Junker, der Finkenstein und der Marwitz, genau so wie die des Herrn v. Senfft-Bilsack, daß Preußen ein Judenstaat geworden sei und da wurde das junkerliche Toben gegen die Wiederherstellung des Staates so arg, daß die schlimmste Lobsucht in Spandau unschädlich gemacht werden mußte. Immer und immer waren die Gedanken des Kleinadels so sehr nur auf das ihm persönlich Nächste-

liegende gerichtet, daß er völlig unfähig war, zu sehen, was dem Staate Noth that.“

Es war im Grunde ein Kampf gegen die Aera Lascker, den die Kreuzzeitungspartei in den nun folgenden Jahren unternahm. Lascker beherrschte die Gesetzgebung auf allen Gebieten, zumal auf dem wirthschaftlichen. Als nun gar derselbe Abgeordnete, der durch die von ihm selbst herrührende Gesetzgebung das Gründerwesen gezüchtet hatte, einige Männer der Kreuzzeitungspartei, die in die Gründerei hineingepfuscht und den Liberalen Konkurrenz zu machen mit vielem Ungeschieß versucht hatten, herausgriff, um sie an den Pranger zu stellen, während er und seine Partei die Moralischen spielten, da eröffnete die angegriffene Partei einen Kampf, der auf nichts geringeres hinauslief, als auf den Sturz Bismarcks, als des Patrons Lasckers. Am Hofe wurde ein Unterminirungs-Feldzug versucht. Herr v. Dieft-Daber denunzirte die Korruption, die den preußischen Staat unterwühle, Dank der jüdisch-kapitalistischen Herrschaft, der Bismarck durch seine innere Politik zum Triumphe verholfen habe. Herr v. Dieft-Daber hatte ein langes Promemoria dem Kaiser überreicht, in welchem unter dem Motto „periculum in mora“ alle die Gefahren auseinandergelegt waren, denen in Preußen Staat und Gesellschaft unrettbar preisgegeben seien, wenn dem System Lascker-Bismarck nicht sofort Einhalt gethan würde. Der Kaiser übersandte die Denkschrift mit Randglossen dem Kanzler. Die „Reichsglocke“ gelangte bis auf die Tisch des Kaisers. Von anderer Seite drangen die konservativen und liberalen Gönner des Ultramontanismus auf den Monarchen ein. Graf Harry von Arnim gehörte zu den

Dritten im Bunde. Ein Botschafter wollte den Kanzler des Reiches stürzen und seinen Platz einnehmen, was er auf dem Plage unternommen haben würde, das steht dahin, er hatte über die Ultramontanen verschiedene Reden hin und her geführt und man hätte gerade nicht mit Seelenruhe das Steuerruder in seinen Händen erblickt. Freilich war man überzeugt, daß er niemals eine ernstliche Aussicht darauf hatte, das Ziel seines Strebens zu erreichen, aber man sah doch, mit welchen Hindernissen, um nicht mehr zu sagen, der Kanzler zu kämpfen hatte. Aberthalb Jahre lang oder länger wirkte ihm ein feindseliger Botschafter mit allen seinen Kräften entgegen. Im Dezember 1872 legte Fürst Bismarck den Vorsitz im preussischen Staatsministerium nieder, weil ihn die Stellung, die ihm eingeräumt war, nicht befriedigen konnte, im November 1873 hatten sich die Verhältnisse so weit günstiger gestaltet, daß er sich dazu verstehen mochte, den Vorsitz von neuem zu übernehmen. Er hatte aber auch dann noch an der wichtigsten Stelle des diplomatischen Dienstes einen widerspenstigen Beamten zu ertragen, während er es doch ist, der Kanzler, der verantwortlich ist und sein soll für die Führung der Geschäfte des Reiches.

Zu den Ereignissen des Jahres 1874, die zur Wachsamkeit mahnten, gehörten auch der Mordversuch Kullmanns, der aus dem Grunde sehr ernst zu nehmen war, weil er von der ultramontanen Partei nicht unbedingt verworfen wurde. Diese Partei konnte zwar nicht umhin, ihn einigermaßen zu tadeln, sie versagte sich aber auch nicht, ihn zu beschönigen und wollte der Reichspolitik eine Art von Schuld oder Mitschuld an dem Verbrechen aufbürden. In einer

Sitzung des Reichstags sagte Herr Windthorst sogar, man könne sich nicht wundern, wenn durch heisse Streitigkeiten hier und da Menschen zu einem wahnsinnigen Unternehmen fortgerissen würden, das läge an den unglücklichen Verhältnissen und diejenigen hätten es sich zuzuschreiben, welche solche Verhältnisse herbeiführten. Es wurde also von dem Redner nicht blos der Mörder in Kissingen, es wurde von ihm auch entschuldigt, wenn etwa irgendwo noch ein zweiter Mörder auftreten sollte; denn einen anderen, als diesen Sinn schienen die Worte, „hier und da“ doch nicht haben zu können. Wenn aber solche Aeußerungen im Reichstage fallen konnten, so mußte man wohl aufmerksam werden, man mußte wünschen, daß die Polizei sich täusche, wenn sie „hier und da“ einem geplanten Unternehmen auf der Spur zu sein meinte; man mußte wünschen, daß Kullmann der einzige seiner Art bleiben möge, die Wortführer und Gönner der ultramontanen Partei durften sich aber nicht rühmen, durch ihre Reden seine Nachfolger abgeschreckt und zur Vernunft gebracht zu haben.

In dieser Zeit war es, wo Fürst Bismarck jene Keulenschläge erhielt, welche die Kreuzzeitung ihm in den bekannten Vera-Artikeln beibrachte. Sie haben den Wechsel der Zeiten dermaßen überlebt, daß noch bis heute das Organ Bismarcks, die Nordd. Allg. Ztg., fast kein Jahr vergehen läßt, ohne die Kreuzzeitung daran zu erinnern. Sie werden noch oft citirt. So mögen sie denn hier kurz skizzirt werden.

Der erste Artikel lautete: „Selten, vielleicht niemals vorher in der Weltgeschichte, ist eine Zeitperiode für eine großartig angelegte National-Wirthschaftspolitik günstiger ge-

wesen, als die Zeit nach dem Kriege von 1870/71 es für Deutschland gewesen ist.

„Vielleicht niemals vorher in der deutschen Geschichte war ein Zeitpunkt mehr darauf angelegt, für die bleibende Wohlfahrt der Nation großartig Schöpferisches zu leisten, als seit den letzten vier Jahren — und vielleicht niemals ist ein großer staatswirthschaftlicher Moment kläglicher frustriert, bedauerlicher verkümmert, vollständiger verpfuscht worden, als die Zeit der französischen Milliardenzahlungen in Deutschland. Das unsterbliche Verdienst, diese allerdings äußerst hervorragenden Resultate unserer neuesten deutschen National-Wirthschaftspolitik erzielt zu haben, dürfte den Herren Delbrück und Camphausen beizumessen sein.

„In der kürzlich stattgehabten 77. Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses hat Herr Camphausen freilich dem Herrn v. Kardorff replicirt, daß er „seinem Freunde Delbrück gegenüber“ darauf verzichte, für den „intellectuellen Urheber“ unserer ganzen Wirthschaftspolitik angesehen zu werden. Wir sind jedoch noch nicht völlig gewiß, ob nicht auch für Herrn Delbrück der Zeitpunkt eintreten wird, wo er die Ehre dieser „intellectuellen Urheberschaft“ gerne von sich ablehnen möchte; und nach unserer Kenntniß der Verhältnisse dürfte die Ehre dieser „intellectuellen Urheberschaft“ allerdings auch Herrn Delbrück kaum völlig, ja wohl nicht einmal in der Hauptsache zur Last gelegt werden können — Diese Ehre wird doch wohl in letzter Instanz von dem großen finanziell-nationalwirthschaftlichen spiritus familiaris des neudeutschen Reiches, dem — Herrn v. Bleichröder in Anspruch genommen werden müssen. Es erscheint durchaus nothwendig, das deutsche Publikum möglichst voll-

ständig über die enormen Verdienste des Herrn G. v. Bleichröder aufzuklären, da er in ungemein richtig berechneter Bescheidenheit äußerst sorgfältig vermeidet, seine außerordentlichen Verdienste um die neudeutsche Nationalwirthschaft und die möglichst spurlose Verduftung der Milliarden an das Licht der Oeffentlichkeit treten zu lassen. Und da die große sogenannte „nationalliberale“ Presse sich vorzugsweise in Händen seiner Glaubensgenossen, oder von ihnen mehr oder minder direct oder indirect abhängiger Leute befindet, so ist die Absicht seiner Bescheidenheit bisher durchaus von Erfolg gekrönt worden. Herr G. v. Bleichröder ist nämlich, wie wir in Parenthese hinzufügen, mosaischen Glaubens und regierender Banquier, welches erstere übrigens nahezu von selbst aus letzterem folgt, da z. B. 1871 in Preußen von 642 Banquiers nur 92 Christen, die übrigen 550 dagegen Juden gewesen sind. Dies jedoch, wie gesagt, nur in Parenthese.

„Wenn die Finanz- und Wirthschafts-Politik des neuen deutschen Reiches und beziehungsweise auch schon des norddeutschen Bundes auf unbefangene Beurtheiler beständig den Eindruck reiner Banquier-Politik, d. h. einer Politik von und für Banquiers machte, so konnte dies nach den Verhältnissen der in diesen Dingen leitenden Persönlichkeiten durchaus nicht Wunder nehmen; denn Herr G. v. Bleichröder ist selbst Banquier, Herr Delbrück ist Verwandter eines Bankhauses (Delbrück, Leo u. Co.) und Herr Camphausen ist der Bruder eines Bankhauses, (Camphausen u. Co.)

„Wenn zugleich die Geld- und Wirthschaftspolitik des deutschen Reiches immer den Eindruck von Judenpolitik (d. h. von und für Juden betriebener Politik und Gesetz-

gebung) machte, so ist dies ebenfalls sehr erklärlich, da der intellectuelle Urheber dieser Politik, Herr G. v. Bleichröder, selbst Jude ist, und die von christlichen Eigenthümern betriebene Minorität der Bankgeschäfte überhaupt nur die Politik der Bank-Majorität treibt und treiben kann, wie denn in jeder Beziehung die Leitung und Führung auf diesem Gebiet vollkommen in den Händen unserer Mitbürger mosaischen Glaubens sich befindet. Dazu kommt, daß unsere Mitbürger semitischer Race und mosaischen Glaubens zugleich die intellectuelle Führung der Gesetzgebung in unseren Vertretungskörpern — mit Ausnahme natürlich des Herrenhauses — übernommen haben. Die Herren Lasker, Bamberger und der beiden engbefreundete, freilich erst neuerdings in den Reichstag gelangte G. B. Oppenheim sind ja Juden und sind die eigentlichen Führer der sogenannten national-liberalen Majorität des Reichstages und der preussischen zweiten Kammer. Herr Miquel repräsentirt dabei die christliche Minorität des Banquier-Liberalismus, welcher mit der semitischen Führung durch dick und dünn geht. Was auf diese Weise an neudeutscher Gesetzgebung zu Gunsten unserer deutschen Bankgeschäfte, welche, wie gesagt, ganz überwiegend in Händen von Juden sind, in den regierenden Banquierkreisen und mit Unterstützung der jüdischen Leiter unserer Parlamentspolitik gewünscht und geplant wird, das unterstützt, propagirt und fördert mit nie ermügendem Eifer und vielfach großem Geschick die wenigstens in ihren meisten leitenden Organen von unseren Mitbürgern mosaischen Glaubens theils abhängige, theils beeinflusste, sogenannte „national-liberale“ Presse in tausendstimmigem Echo durch ganz Deutschland hin.

„Der Ausdruck „Judenpolitik“, welchen wir oben brauchten, ist dem deutschen Publikum nicht geläufig, erscheint demselben größtentheils wahrscheinlich sogar als unstatthaft. Das hat seine sehr naheliegenden Gründe. Wir werden ja zur Zeit von den Juden eigentlich regiert. In durchaus richtiger Würdigung der Umstände wünschen dieselben jedoch nicht, daß das von ihnen regierte deutsche Publikum christlicher Religion die hinter den Coullissen hergehenden goldenen Drahtseile bemerke, mittelst welcher der sehr geschickt angelegte Mechanismus der bestehenden Geldregierung gehandhabt wird. Ueberhaupt soll auch das Publikum christlicher Religion und deutscher Nationalität jene Regierung als das, was sie ist, so lange als möglich gar nicht erkennen und kennen lernen. Denn in dem Momente, in welchem die christliche deutsche Bevölkerung darüber klar wird, daß die Juden in Deutschland, wie allerwärts, systematisch und planmäßig eine umfassend und höchst geschickt angelegte Politik betreiben, welche fast ausschließlich auf den Vortheil unserer Mitbürger mosaïschen Glaubens und jüdischer Nationalität angelegt ist, — in demselben Momente, sagen wir, in welchem die christliche deutsche Bevölkerung sich hierüber klar wird, muß natürlich auch eine Reaction gegen die überaus fein und schlau combinirte Börsenpolitik eintreten, und es kann alsdann die Stellung der Juden in unserem Staatsleben hiervon nicht unberührt bleiben. Da aber unsere sogenannte „national-liberale,“ im Grunde jedoch durch und durch jüdisch-börsenpolitische Presse jede derartige Aufklärung dem deutschen Publikum christlicher Religion durchaus nach aller Möglichkeit fern zu halten sucht, so werden wir, um unsererseits nicht als unverständige Zeloten

oder unchristlich-intolerante Hepp=hepp=Aufer angesehen zu werden, an der Hand der Thatfachen wohl noch deutlicher werden müssen, wie wir bis dahin in diesen kurzen Andeutungen sein konnten.“

Dieser erste Artikel ist das Thema der folgenden, deren Tendenz dahin geht, die Abhängigkeit des Fürsten Bismarck von den „Juden und Judengenossen“ darzuthun, denen er — dem Consortium Bleichröder=Delbrück=Camphausen — die intellektuelle Inspiration der Wirthschaftsgesetzgebung des deutschen Reiches so zu sagen in Entreprise gegeben habe. Wie das gekommen, wird so dargethan: „Man weiß, daß die Schulden des Herrn von Beust seiner Zeit denselben stets in nächster Verbindung mit den hohen Finanzkreisen erhalten haben, und es ist fast selbstverständlich, daß Herr von Beust seine Information über die in der Finanz- und Wirthschaftspolitik in Oesterreich innezuhaltende Richtung vorzugsweise bei den ihm so nahestehenden hochfinanziellen Kreisen geschöpft hat. Auch mit dem Fürsten Bismarck sollen, schon ehe er Minister in Preußen wurde, hochfinanzielle Kreise in nähere Berührung getreten sein. Die intimen Beziehungen des Herrn von Bleichröder zum Fürsten dürften, mindestens indirekt, schon an die vorministerielle Zeit des Fürsten anknüpfen, als derselbe, um mit spärlichem preußischen Gesandtengehalte und ohne erhebliches Vermögen seinen Souverain in Petersburg, Paris und Frankfurt repräsentiren zu können, allerdings guten Rath in finanziellen Dingen haben mußte.“

Auf diese Artikel der „Kreuztg.“ hin erklärte Fürst Bismarck öffentlich und feierlich das Blatt in die Acht: es antwortete mit den bekannten Declaranten-Listen. Seitdem ist ein

rechter Friede nicht mehr wieder eingetreten. Die „Kreuzzeitung“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ bekämpften sich immer auf's neue in heftigster Weise, wobei die „Kreuzzeitung“ sich immer bemühte, den Ausfällen ihrer Gegnerin die offiziöse Drapirung abzureißen und sie zu einer Privatfache der Redaktion zu machen, um nicht im Konflikt mit dem Reichskanzler zu erscheinen, während sie doch auf diesen es gemünzt hat. Als der Reichskanzler sich von dem Manchesterthum der Liberalen abwandte, fand er für seine socialen Reformen gerade bei der „Kreuzzeitung“ die lebhafteste Zustimmung, aber indem sie ihn stets weiter zu drängen suchte, als sein keineswegs aufgegebener kapitalistischer Standpunkt es zuließ, hörten die Frictionen nicht auf. Die Umkehr der deutschen Wirthschaftspolitik, und damit die Hinneigung zu der von der „Kreuzzeitung“ längst verfochtenen socialen Reform war im Jahre 1876 mit dem Rücktritte Delbrücks entschieden. Zu derselben Zeit fand sich Herr von Kleist-Regow wieder im Hause seines Jugendfreundes Fürst Bismarck ein. Durch alle Reihen der Liberalen ertönte der Ruf: Reaktion! Als der Reichskanzler im April 1877 angeblich aus Gesundheitsrückichten einen längeren Urlaub nahm, sprach Herr von Kleist-Regow im Reichstag sein großes Bedauern aus und bemerkte: „Wir wünschen und hoffen, daß der Herr Reichskanzler gestärkt zurückkomme von seiner Reise, und daß er dann die Kraft und Gesundheit und die Entschiedenheit des Willens hat, das, was gegenwärtig in den innern Reichsangelegenheiten versehen und verfehlt ist, selbst noch wieder gutzumachen im Stande ist durch seine energische, große Persönlichkeit.“ Es waren reaktionäre Hintergedanken, mit denen Herr von Kleist für

seinen Jugendfreund eintrat. Er hoffte, daß dieser zu den wesentlichen Grundsätzen, „einer wahrhaft monarchischen und christlichen Politik“ zurückkehren werde.

Hans Hugo von Kleist-Regow ist Besitzer des Gutes Rietow in Pommern, wo er 1814 geboren wurde. Fürst Bismarck ist also nur ein Jahr jünger. Mit diesem kam Hans Hugo in freundschaftlichen Verkehr, als er (Bismarck) das Gut Kniephof übernahm. Es giebt noch ein Bild, das uns den jugendlichen Besitzer von Kniephof, den Professor v. Kleist-Regow, den Major v. Roon und den Kandidaten der Theologie und Hauslehrer Beutner — den späteren Chefredakteur der Kreuzzeitung — in traulichem Beisammensein auf Kniephof zeigt. Hans Hugo v. Kleist-Regow duckt sich noch heute mit Fürst Bismarck. Und was für böse Worte haben sie sich einander nach 1866 gesagt! Der Professor und Landrath von Kleist wurde im Jahre 1851 von Friedrich Wilhelm IV. zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz berufen, nachdem er im Jahre 1848 Präsident des sogenannten Junker-Parlaments, 1849 Mitglied des Staatenhauses in Erfurt gewesen. In Koblenz, dem Sitz des rheinischen Oberpräsidenten, residirte damals auch Prinz Wilhelm, der spätere Prinz-Regent, König und Kaiser. Dieser hatte kaum die Zügel der Regierung ergriffen, als Herr v. Kleist-Regow das Oberpräsidium niederlegen mußte. Nicht das Vertrauen Sr. Majestät, sondern die Präsentation der Familie v. Kleist berief den entthronten Oberpräsidenten ins Herrenhaus. In der Konfliktzeit kämpfte er als der Vorderste an der Seite Bismarcks, um 1866 die scharfe Stahl-Waffe gegen seinen verehrten Freund zu wenden. Er wollte nichts von einer Majorisirung Preußens im Bunde

wissen, nichts von einer Preisgebung des alten preußischen Wesens. Auf ihn und seine Genossen bezog sich jener Brief Bismarcks, den er im Jahre 1869 an den Fürsten Putbus schrieb, worin es hieß: „Wenn das Herrenhaus sich der Regierung entgegenstellen will, so giebt es so viel Gebiete innerhalb der preußischen Politik, auf denen dies nicht nur mit Nutzen für unsre Gesamtentwicklung, sondern auch mit praktischem Erfolge von unmittelbarer Anschaulichkeit und unter unabweislichen hervortreten der Wirksamkeit des Herrenhauses geschehen kann. In der deutschen Politik sind aber der Regierung so tiefe und feste Geleise vorgezeichnet, daß sie ohne schwere Schädigung des Staatswagens gar nicht aus denselben heraus kann. Wir werden durch den Antrag Graf zur Lippe (die Einrichtung eines obersten Bundesgerichtshofes in Leipzig für unzulässig nach der preußischen Verfassung zu erklären) an eine Wand gedrängt, die gar kein Ausweichen gestattet und hinter dem drängenden preußischen Herrenhause stehen Frankreich und Oesterreich, die sächsischen und süddeutschen Partikularisten, die ultramontanen und die Republikaner, Hiezing und Stuttgart. Die Regierung, wenn sie nicht die Politik von 1866 aufgeben will, kann nicht weichen, sie muß den Handschuh aufnehmen und jedes Ministerium, welches dem jetzigen folgt, muß dies im verstärkten Maße thun.“

Es kam die Verwaltungsreform des Grafen F. Eulenburg. Herr. v. Kleist stemmte sich als Vertreter der Rittergüter mit ihrer ruhmreichen Vergangenheit gegen das „Nivellierungswerk“, er wollte auf den Trümmern der alten feudalen Welt mit untergehen. Er schleuderte dem Grafen Eulenburg, welcher im Namen der Staatsregierung einmal

ein Amendement als völlig unannehmbar erklärte, die Worte in's Gesicht: „Ich hoffe, daß noch recht viele Beschlüsse gefaßt werden, welche dem Herrn Minister unannehmbar erscheinen.“ Es kam das Schulaufsichtsgesetz und der Kulturkampf. Herr v. Kleist trat hier seinem alten Freunde und Duzbruder Bismarck persönlich entgegen; sein Herz mußte wohl bluten, denn im heißesten Kampfe sprach er nicht anders, als von dem „hochverehrten Herrn Ministerpräsidenten“. Herr v. Kleist kämpfte einen hoffnungslosen Kampf. Er sah eine Welt, an der er mit allen Fasern eines altpreussischen, strenggläubigen Konservativen hing, rettungslos untergehen. Er konnte an Dr. Falk mehr, als an seinem Duzbruder sein Müthchen kühlen. Er mußte sich von der offiziellen Presse daran erinnern lassen, daß Stahl gesagt: „Es ist verpönt, die Regierungsakte so zu bezeichnen, als wenn sie blos von dem Minister statt vom Könige ausgingen.“

So nahe auch später der frische Luftzug in der stickigen Atmosphäre des entarteten deutschen Wirthschaftslebens den alten Feudalen mit dem Jugendfreunde von Kniephof zusammenführte, so wurde der langjährige Riß doch nicht ausgefüllt. Der Kreuzzeitungspartei wird von der Presse Bismarcks immer von neuem ihr altes Sündenregister vorgehalten. „Der Kreuzzeitung geht jeder politische Instinkt ab, so sehr, daß sie bei den wichtigsten und entschiedensten Momenten unserer politischen Entwicklung sich stets auf der verkehrten Seite befand, beim Auskehren jedenfalls nicht am Stiel des Besens.“

Nun wurde (1885) weiter ausgeführt: „Sollen wir Beläge aufzählen? Sie sind in solcher Fülle vorhanden, daß wir

uns nur auf die markantesten Beweise ihrer politischen Abgeschmacktheiten beschränken können.

„Wir beginnen mit dem wichtigsten Momente der neuesten preussischen Geschichte, mit dem Momente, als die Frage: Regentschaft oder Stellvertretung? zur Entscheidung stand.

„Damals nahm die „Kreuzzeitung“ einen Standpunkt ein, welcher sie in einen nicht zu überbrückenden Gegensatz zu dem erhabenen Träger der Regierungsgewalt brachte.

„Welches war die Stellung der „Neuen Pr. Ztg.“ dem leitenden Staatsmanne gegenüber, als seine nationale Politik nach dem Frankfurter Frieden sich in der glänzendsten Weise zu entwickeln begann und die feste Grundlage für die Consolidirung des Reiches schuf?

„Die „Neue Pr. Ztg.“ versuchte es, durch ihre Aera-Artikel die Autorität des Reichskanzlers zu erschüttern und seine Politik zu diskreditiren.

„Und als Preußen damit begann, die Grenze zwischen Staat und Kirchengewalt schärfer ins Auge zu fassen und sein erstes Augenmerk auf die Schule richtete, erkannte damals die „Neue Pr. Ztg.“ die Zeichen der Zeit?

„Die „Neue Pr. Ztg.“ war die leidenschaftlichste Gegnerin des Schulaufsichtsgesetzes.

„Und wiederum: Nachdem das Centrum längst alle Illusion zerstört hatte, welche etwa noch bezüglich seiner möglichen Verträglichkeit mit dem Reichsgedanken bestehen konnten, noch bei den letzten Landtagswahlen — wie war die Stellung der „Neuen Pr. Ztg.“ zum Centrum?

„Derartig, daß die „Neue Pr. Ztg.“ schließlich nur durch einen coup d'état, welcher von der gesammten Presse, einschließlich der „Germania“, mit dem lautesten Hohne auf-

genommen wurde, sich den Ketten zu entwinden versuchte, die sie bis dahin mit Selbstgefühl getragen hatte.“

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ fügte diesen „eklatanten Proben des politischen Ungeschickes“ der „Kreuzzeitung“ noch die Bemerkung hinzu: „Bei der Bildung der deutsch-konservativen Partei (1876) wurde auch die Frage erörtert, wie es mit der „Kreuzzeitungs-Richtung“ gehandelt werden sollte. Und als man diese ungeachtet der kurzvorhergegangenen Deflaranten-Episode nicht völlig ausschließen wollte, geschah es wahrlich nicht in der Meinung, in der „Kreuzzeitung“ eine bevorzugte Vertreterin des konservativen Gedankens anzuerkennen, sondern in der Ueberzeugung, daß keine Nuance des Konservatismus von der Gemeinschaft ausgeschlossen werden dürfe. Um so weniger darf man jetzt die Meinung aufkommen lassen, als ob die „Kreuzzeitungs-Richtung“ jetzt eine ihrer Annäherung gleichkommende Berechtigung erlangt habe.“

Im April 1886 band die „Nordb. Allg. Ztg.“ in folgender Weise mit dem Organ der Hochkonservativen an:

„Die „Kreuzzeitung“ hat kein Recht, namens der konservativen Partei das Wort zu nehmen. Sie ist noch weniger das Organ der konservativen Partei, als die „Germania“ das des Centrums ist. Wenn die „Germania“ noch einen starken Procentsatz des Centrums hinter sich hat, so kann die „Kreuzzeitung“ das nur von einem verhältnißmäßig geringen Bruchtheile der konservativen Partei im Lande und ihrer Fraktionen in den Parlamenten nachweisen, die Mehrheit der Konservativen hat mit der „Kreuzzeitung“ die Ziele und Wege nicht gemein und dieses Blatt ist nicht der Ausdruck ihrer Stimmung.“

Es muß bemerkt werden, daß der Antisemitismus niemals eine Stelle in dem Sündenregister findet, welches die „Nordb. Allg. Ztg.“ der Kreuzzeitung vorhält. Der Antisemitismus der letzteren beruht auf dem folgenden Raisonnement: „Es ist nicht ohne Weiteres ein Armuthszeugniß für ein Volk, wenn es der finanziellen Ausbeutung durch ein anderes anheimfällt, und für den Staat müssen bei der Einschätzung des Werthes seiner Bürger auch noch andere Gesichtspunkte maßgebend sein, als die Frage, wer am pünktlichsten seine Steuern bezahlt, wer den größten Bruchtheil des „nationalen Wohlstandes“ in seiner Klasse zusammenzubringen weiß, und wer den Exekutor, wenigstens passiv, am wenigsten beschäftigt.

„Man werfe, um die Wichtigkeit der auf diesem Gebiete üblichen Argumente zu erkennen, zunächst einmal einen Blick auf unseren Gelehrtenstand, unseren Beamtenstand und unseren Offiziersadel. In allen diesen Kreisen pflegt Reichthum oder auch nur ein besonderer Wohlstand nicht zu Hause zu sein; die Befoldung bietet, wenn wir alle Verhältnisse in Erwägung nehmen, nur das Nothdürftigste, und der Charakter der meisten Haushaltungen dieser Kategorien ist — nicht blos nach englischen Begriffen, sondern auch schon nach dem Maßstab continentaler commercieller Kreise — der der anständigen Armuth. Aus dieser Sphäre bescheidener Genügsamkeit in äußerer Hinsicht streben die Angehörigen dieser Stände gleichwohl nicht hinaus: ihr ganzer Ehrgeiz ist auf die Dienste gerichtet, die sie der Wissenschaft, dem Staate, dem Vaterlande und ihrem Könige leisten können, und die Geldfrage gilt ihnen, — das kann wenigstens Gott sei Dank immer noch von der Mehrheit

dieser Stände gesagt werden — nur eine untergeordnete Frage, der man nicht ohne Selbsterniedrigung ein entscheidendes Moment bei seinen Entschlüssen einräumt, und die man nicht ohne brennende Schande in den Mittelpunkt aller Rücksichten und Lebensziele stellt. Diese Gesinnung ist ohne Zweifel eminent „unpraktisch“, und sie wird vielleicht 99 von 100 unserer „strebenden“ Juden als die purste Narrheit erscheinen; aber wir wollen doch nicht vergessen, daß es die Gesinnung ist, die unseren preussischen Staat groß gemacht hat, und auf der die Zukunft des deutschen Reiches beruht. Wir haben also eine Reihe von Ständen und zwar solchen Ständen, die im Vordergrund unseres öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens stehen, und von denen jeder Verständige wünscht, daß sie demselben den Stempel ihrer Denkart aufprägen — die sich an der von dem Gros des Judenthums gepflegten Erwerbshätigkeit nicht betheiligen und nicht betheiligen können, die aber auch mit ihren Angehörigen bis in die dritte oder sechste Generation hinein und mit allen, die auf dem Boden derselben Grundanschauungen stehen — und das gilt auch von einem großen Theile unseres deutschen, nationalen Handelsstandes — für die betreffende methodische Kunst, sich in die Höhe zu arbeiten und zu bereichern, verloren sind, weil ihnen gewisse Grundsätze, die sie bei dieser Concurrrenz mit einem erdrückenden Ballastgewicht beschweren, nun einmal fest im Blute stecken, und weil ihnen vor allen Dingen das Organ für diejenige strebende Beharrlichkeit abgeht, die endlich bei dem zwölften Versuch siegreich oben auf der Treppe Posto faßt, von der sie sich elf Mal hat hinabgleiten lassen. Das Resultat

dieser Divergenz der Anschauungen über die im Leben und im Handel und Wandel zulässige Methode aber, wofern wirklich jeder Kraft, ohne Prüfung auf ihren sittlichen Werth, freies Spiel gelassen werden soll, wird sein und ist es schon jetzt, daß das Judenthum den Schwärmern und unpraktischen Leuten schmunzelnd und hohnlächelnd den Luxus ihrer Ideale gönnt und inzwischen die „reellen“ Werthe des Lebens in seinen Besitz bringt, bis es sich in der Lage sieht, diejenigen zu bezahlen und in hellen Haufen auf den Markt zu schicken, die die Welt mit neuen Idealen versehen und ihm durch ihre unablässige Miniarbeit und mit Hilfe nebelhafter Humanitätsphrasen auch noch alle Nebenstraßen öffnen, die es ans ein Ziel, die souveräne Herrschaft, führen. Wir würden also vor dem eigenthümlichen Schauspiel stehen, daß die regierenden Kreise unseres Vaterlandes zwar wiederholt volles Verständniß dafür an den Tag legen, auf welchen Bedingungen die Kraft und die Wohlfahrt des Staates beruht, daß sie aber andererseits mit verschränkten Armen zusehen, wie eine Macht, die diese Bedingungen als Normen für sich selbst nicht anerkennt und aus einem ganz anderen Boden herausgewachsen ist, Schritt für Schritt Terrain erobert, den Einfluß jener Grundgedanken bricht und die sie pflegenden und hochhaltenden Stände und Berufsgenossenschaften in den Hintergrund drängt, innerlich zerlegt und mit ihrem eigenen, neuen Geist erfüllt, oder gerade durch eigene Repräsentanten ablöst.

„Wir müssen zu dem strebsamen Juden, der uns als pünktlicher Steuerzahler und mit seinem unermüdblichen Fleiß als leuchtendes Beispiel voranschweben soll, und gegen den wir, angeblich nicht ohne uns ein Armuthszeugniß aus-

zustellen, gewisse Schutzwehren verlangen können, aber noch einige weitere Bemerkungen machen, die uns der Beachtung werth erscheinen und die anderwärts bisher noch nicht mit dem wünschenswerthen Nachdruck hervorgehoben sind.

In der Völkerpsychologie wohnen bekanntlich Tugenden und Fehler hart bei einander, und die Bedeutung eines Culturvolkes, seine Befähigung zu der Durchführung einer großen geschichtlichen Rolle hängt lediglich von der Mischung beider und von den Stellen ab, an denen sich kräftige Lichtseiten — sammt den korrespondirenden Schatten — bei ihm entwickeln, bezw. in seiner Naturanlage vorhanden sind. Die Stärke des deutschen Volkes nun beruht, wie man weiß, in seiner zähen, soliden, fernigen und ausdauernden Kraft, die bei ihren Trägern auch äußerlich in robusten und im allgemeinen, zumal wo sie noch nicht durch die Industrie deteriorirt sind, das Mittelmaß überschreitenden Körpern Ausdruck findet, wie andererseits in der tiefen Innerlichkeit seines Gemüthslebens. Diese Richtung nach innen, seine Neigung zur Contemplation aber bildet bekanntlich zugleich seine Schwäche; der Deutsche hat nicht nur Jahrhunderte lang geträumt, philosophirt, sich an den letzten Problemen der Menschheit zerarbeitet und die Schmerzen aller Völker in schön paragraphirten Deduktionen oder schwungvollen Gedichten zu seinen eigenen gemacht, während diese einfach handelten und ihm sein Erbe entrißen, sondern er leidet auch bis zur Stunde, wie zu der Zeit, aus der uns die ersten geschichtlichen Ueberlieferungen über ihn vorliegen, an einer gewissen Neigung zur beschaulichen und gedankenfrohen Muße und Anspannung seiner Thatkraft, die nur zu leicht in die Hingabe an ein derbes und indolentes

Genußleben ausartet, und aus der sich erst in der Stunde der Bewährung, oft in wunderbarem Wechsel und als wenn die Feder durch die vorhergehende Ruhe doppelte Spannkraft erlangt hätte, eine volle, ernste und selbst rabiante Energie entwickelt.

„Es fällt uns selbstverständlich nicht ein, diese Mängel, die oft sehr häßliche Züge annehmen und den großen Männern unseres Volkes gerechten Grund zu den bittersten Klagen gegeben haben, rechtfertigen zu wollen; ihre Abstellung wird im Gegentheil das Ziel der unablässigen Arbeit aller Volksfreunde und zumal der Kirche bilden müssen, aber man wird kaum hoffen dürfen, daß es jemals gelingen wird, so fest in der Naturanlage begründete Gewohnungen radikal auszurotten, und immerhin hat sich das deutsche Volk, so wie es ist und trotz seiner Gebrechen, als ein Instrument bewiesen, mit dem sich in kundiger Hand das Höchste erreichen läßt, dessen eine Nation überhaupt fähig ist. Eines jedenfalls aber wird uns immer versagt bleiben: die schlaue Piffigkeit und die unruhige, beständig auf der Lauer liegende, quecksilbrige Geschäftigkeit; sie sind unserem ganzen Wesen fremd, dem Deutschen in innerster Seele zuwider, und von dem Tage ab, wo sie zu seinen Eigenschaften zählten, würde auch der frische, helle Quell versiegen, der den Boden tränkt und in immer junger Kraft erhält, aus dem seine besten Tugenden hervorsprießen. Es scheint uns unter diesen Umständen aber denn doch hart, unbillig und wenig weise, wenn der Staat in Mängeln — so weit sie solche sind — des deutschen Volkes, die das Gegenstück glänzender Vorzüge bilden, ein anderes, bei uns eingedrungenes Volk, welches an diesen Vorzügen

nur wenig Antheil hat, die Handhabe finden und ruhig benutzen lassen will, um uns „auszupowern“.

„Der Staat gebraucht kraftvolle, schlichte und in der Gottesfurcht und Krönigstreue festgegründete Männer, um seine Schlachten zu schlagen und seine Feinde bei Respekt zu erhalten, aber nicht pffiffige, kleine Comptoiristen und Hauñrer mit Plattfüßen und er sorge also auch dafür, daß die Knochen seiner Bauern bei Kraft bleiben, daß ihnen nicht das Mark ausgesogen wird, und daß der jüdische Hauñrer oder Banquier, der ihm in der Stunde der Gefahr nichts zu bieten hat, als bestenfalls gegen Provision, Schuldschein und Zinsen so und so viel tausend Mark, sich nicht zu einem bevorzugten Stand unter uns ausbildet. Der Staat kann selbst bei einem leichtsinnigen preußischen Offizier, der spielt und über seine Kräfte Schulden macht oder sonstige Thorheiten treibt, fast ausnahmslos mit Sicherheit darauf rechnen, daß derselbe junge Mann auch jeden Augenblick bereit ist, sein Leben für sein Vaterland in die Schanze zu schlagen, und den letzten Blutstropfen für den König und seine Soldatenpflicht zu opfern: er kann diese Eigenschaften, die im gegebenen Moment Gold werth sind, aber nicht von den Stellen ernten, wo das Quæræ nummos als oberstes Lebensprinzip gilt, und sorge zum mindesten dafür, daß sie nicht allzu leicht gemißbraucht und ausgebeutet werden können. Der Staat hat mit einem Wort die Pflicht, als wichtigsten Maßstab bei der Werthschätzung der verschiedenen Kategorien seiner Bürger sich die Frage vorzulegen: welche Stütze und welchen Verlaß gewähren sie mir bei der Durchführung meiner letzten und schwersten Aufgaben, und hat das, was er als die Wurzeln seiner Kraft erkennt, von jeder

Unterwühlung und Verkümmern zu bewahren — und wenn seine Vertreter und Leiter einen Blick in die oberen Klassen der Berliner Gymnasien oder auf die Besitzverhältnisse, wie sie sich schon jetzt in unserem Vaterlande gestaltet haben, werfen wollen, so werden sie, wie wir glauben, erkennen, daß diese Frage bezw. Pflicht allmählich anfängt, einen sehr dringlichen Charakter zu tragen.“

Fürst Bismarck hat sich wiederholt als Gegner des Antisemitismus erklärt. Er that dies insbesondere gegenüber der Stöcker'schen Agitation, die er als über das Gebiet der inneren Mission hinausgehend verurtheilte. Gleichwohl nahm sich die „Nordb. Allg. Ztg.“ der Bewegung einigermaßen an, als man von einer „Judenhege“ sprach und sie zu einem Makel der deutschen Culturstufe machte. Das Organ des Fürsten Bismarck wurde sogar gegen die „Times“ sehr heftig, als diese in denselben Ton verfiel, warf ihr grobe Unwissenheit vor, und bemerkte: „Aber selbst wenn sie besser über das unterrichtet wäre, worüber sie schreibt, müßten wir uns eine so schulmeisterische Bevormundung und Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten verbitten. Wie wenig urtheilsfähig das Blatt in dieser Frage ist, zeigt sich darin, daß es nicht begreift, daß den Juden in Deutschland nichts mehr schaden kann, als die Einmischung des Auslandes zu ihren Gunsten. Die „Times“ sollte sich hüten, Deutschland mit Rumänien oder Bulgarien zu verwechseln, und nachdem sie aus den letzten beiden Ländern abwechselnd bulgarische, türkische, jüdische Greuel von ihr Forum gezogen hat, in gleicher Weise uns den Prozeß machen zu wollen wegen Mangels an Liebe zu den Juden. Sie sollte auch bedenken, daß man im Auslande, namentlich

in Deutschland, über mancherlei, was England sehr nahe angeht, schweigt, nicht weil man nichts davon wüßte, sondern weil man das beobachtet, was die englische Sprache *comity of nations* nennt“.

Das Organ des Fürsten Bismarck schien es auch mit Unbehagen zu empfinden, daß es in seinem Streite mit dem Antisemitismus die Fortschrittspartei an seiner Seite fand. Es brachte aus Anlaß der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die antisemitische Bewegung den folgenden Artikel:

„Der antisemitischen Bewegung haben wir von vornherein keine Sympathie entgegengetragen. Wir gestehen aber, daß wir dieselbe mit größerem Wohlwollen betrachten, nachdem wir gesehen, mit welchen zügellosen Angriffen die Abgeordneten Richter und Richter sie bekämpfen. Man sagt sich unwillkürlich: an einer Sache, die von diesen beiden Abgeordneten in so heftiger Weise angefochten wird, muß doch wohl etwas Gutes sein. Sie wird durch solche Angriffe in demselben Maße geabelt, wie sie durch eine Vertheidigung in der Tonart des Abgeordneten Stroffer degradirt wird.“

Am preussischen Hofe gab es und giebt es keinen Antisemitismus. Fürst Bismarck ließ den Ausdruck entschiedener Mißbilligung des Auftretens des Herrn Stöcker bis an die allerhöchste Stelle gelangen. Hier wurde die zweifellos redliche Absicht derselben geltend gemacht, im Uebrigen dem Judenthum gegenüber dieselbe unparteiische Würdigung bezeugt, die unter dem Scepter der Hohenzollern allen Konfessionen zu Theil geworden ist. Wenn der damalige Kronprinz die Stöcker'sche Bewegung verurtheilte, so darf man deswegen nicht von einem Gegensatz sprechen, in den er sich zur höheren Stelle gebracht habe. Auch an dieser

mochte die Form des Auftretens Stöckers zu Bedenken Anlaß geben. Es wurde nur die soziale politische Thätigkeit des Hofpredigers als keine dem Gesetz verfallende angesehen, während Bismarck und Andere geneigt zu sein schienen, das Straf- oder Disziplinargesetz anzurufen. Das Judenthum wird am Berliner Hofe unparteiisch geschätzt und in seinen hervorragendsten Männern gefeiert. Man konnte sich davon überzeugen, als an einem Dezentage des Jahres 1881 die Leichenfeier für die verstorbene Gemahlin des großbritannischen Generalkonsuls, Geheimen Kommerzienrathes G. von Bleichröder, Frau Emma von Bleichröder stattfand. Die bedeutenden Beziehungen der Familie und die lebhaften Sympathien, welcher sich die Heimgegangene in allen Kreisen der Gesellschaft zu erfreuen hatte, fanden ihren sichtbaren Ausdruck in der großartigen Theilnahme an dem feierlichen Akte. Der an den Ballsaal angrenzende große Speisesaal war in einen imposanten Trauerraum umgestaltet, dessen schwarzausgeschlagene Wände den zahlreichen Palmen und Topfgewächsen als Hintergrund dienten. Der Sarg selbst war an der Nordseite aufgebahrt, die Kerzen des Lustres und die von 24 goldenen und silbernen Kandelabern erhellten den Saal und ließen die Palmen und frischen Blumen, die als Zeichen theilnehmender Verehrung am Sarg niedergelegt, in vollster Pracht erscheinen. Nicht oft mögen an einem Trauerort so viele der seltensten und edelsten Blumen und Blüthen vereinigt gesehen worden sein, wie hier. Die Mitglieder der Aristokratie, an ihrer Spitze die Fürstin Bismarck, das gesammte diplomatische Korps, die Vertreter des Handels und der Großindustrie hatten Palmen und Kränze übersandt. Auch von außerhalb, so von der Wiener

und Pariser Familie Rothschild, aus Dresden, aus Bonn, aus Köln u. s. w. waren reiche Blumen Spenden eingetroffen. Die prächtigen Räume des Hauses waren lange vor Beginn der Feier ganz gefüllt von der großen Zahl der Leidtragenden. Im Auftrag des Kaisers, der schon Tags zuvor durch Geh. Hofrath Bork ein Kondolenzschreiben übersandt hatte, war der Hofmarschall Graf von Perponcher, in Vertretung des Kronprinzen dessen Hofmarschall Eulenburg erschienen. Ferner bemerkte man die Staatsminister Maybach und Bitter, den Reichsbankpräsidenten v. Dechend, dann die hervorragendsten Mitglieder des diplomatischen Korps, die Botschafter Englands, Rußlands, Oesterreichs, Italiens und zahlreiche Botschaftsräthe und Attachés, namentlich von der englischen, französischen und russischen Botschaft, zum Theil mit ihren Damen. Auch die Generale à la suite des Kaisers Fürst Radziwill und Graf Lehndorff, dieser in Begleitung seiner Gemahlin, sowie General-Lieutenant v. Albedyll und der Polizei-Präsident v. Madai waren zugegen, sowie die hervorragendsten Persönlichkeiten der hiesigen Finanzkreise. Auch das Parlament war zahlreich vertreten, nicht minder unsere literarische und künstlerische Gesellschaft. Die Feier selbst wurde durch Gesang des Synagogenchors eröffnet und geschlossen, die Trauerrede hielt Rabbiner Dr. Frankl, mit warmen Worten die Thätigkeit der Geschiedenen im Dienste des Wohlthuns feierend. Dann setzte sich der imposante Trauerzug, dem über hundert Wagen folgten, in Bewegung nach dem Friedhof in der Schönhauser = Allee, wo die entseelte Hülle in dem Erbbegräbnisse der Familie die letzte Stätte fand.

Das Kronprinzliche Paar bereitete den Juden Wies-

habens im November 1880 ein großes Fest. Es beehrte mit dem Erbprinzen von Sachsen-Meiningen und dessen Gemahlin das Concert in der Synagoge, welches zum Besten des Pensionsfonds für die israelitischen Kultusbeamten stattfand, mit seiner Gegenwart. Ein dichtgebrängtes Publikum hielt die Synagoge umlagert, und eine endlose Wagenreihe, welche die Spitzen der Gesellschaft herbeigeführt hatte, war vor derselben aufgefahren. Das styl- und kunstvoll ausgeführte Gotteshaus machte auf den Eintretenden einen überraschenden Eindruck. Alles war in Staunen und Bewunderung vertieft, als plötzlich eine Bewegung durch das Auditorium ging, und bald darauf in dem magisch erleuchteten Raum die höchsten und hohen Herrschaften erschienen, welche, ehrfurchtsvoll begrüßt, durch das Schiff nach der auf das prachtvollste geschmückten Estrade vor dem Allerheiligsten schritten: Fauteuils standen im Halbkreise für die hohen Besucher bereit. In einem Halbkreise um die erlauchten Herrschaften reiheten sich zu Füßen der Estrade die Frau Prinzessin Urbeck, Prinz Nicolaus von Nassau, Regierungspräsident von Würmb u. N. m., überhaupt die gesammte Haute volée Wiesbadens. Die Präsidenten des Synagogen-Sängervereins hatten beim Eintritt in das Gotteshaus Namens des Gesamt-Vorstandes der Frau Kronprinzessin und deren Tochter, der Frau Erbprinzessin Charlotte, je ein prachtvolles Bouquet überreicht, welches in huldvollster Weise entgegengenommen wurde. Nachdem die höchsten Herrschaften Platz genommen hatten, begann das Concert durch eine auf der schönen Orgel meisterhaft vortragene „Orgel-Sonate“ von Mendelssohn. Hieran reiheten sich in rascher Folge Gesangs-Vorträge einzelner Damen

und Herren, sowie des Männerchors vom Synagogen = Gesangsverein. Mit einem „Lobgesang“ für Solo, Chor und Orgel, welcher von dem durch den Theater-Chor verstärkten Gesangsverein ausgeführt wurde, schloß das Concert. Die kronprinzliche Familie sprach dem Comité ihre vollste Anerkennung über den Verlauf des Concerts aus und verabschiedete sich dann von dem Gesamtvorstande bis zum Hauptportale begleitet in der leutseligsten Weise.

* * *

Vor einigen Jahren schrieb die „Kreuzzeitung“ die folgenden bedeutsamen Worte: „In Zukunft werden sich nicht nur bei uns, sondern auch in England die Parteiverhältnisse hauptsächlich unter Berücksichtigung ihrer Stellung zur socialen Frage regeln. Welchen Umfang die radicalen Bestrebungen in Britannien nehmen werden, hängt zunächst an dem Leben Gladstone's. Er ist derjenige, welcher durch die Autorität seiner vergangenen Laufbahn und durch seinen Charakter eben so sehr wie durch sein Talent im Stande ist, Whigs und Demokraten noch zusammen zu halten. Der Tod oder der Rücktritt Gladstone's und das Ende der Regierungszeit der Königin Viktoria werden für England Ereignisse von nicht minder großer Tragweite sein, als das Ableben des Kaisers Wilhelm und die Niederlegung der Regierungsgeschäfte von Seiten seines Kanzlers für das deutsche Reich“.

Da gegenwärtig Fürst Bismarck noch am Ruder, so würde für die von der Kreuzzeitung erwartete Umwälzung der richtige Augenblick noch nicht gekommen sein. Im Uebrigen hat sie dem Regierungswechsel gegenüber die äußerste Reserve gezeigt und auch während der Kanzler-

Krise vom April 1888 sich meist auf Referate aus andern Zeitungen beschränkt, höchstens die Kartellparteien getadelt, weil sie in den freien Willen des Kaisers einzugreifen suchten. Der Proklamation des Kaisers Friedrich III. hat sie ihren Beifall gespendet, wie es die Bof'sche von ihrem Standpunkte gethan hat. Es ist der Kreuzzeitungspartei für den Fall einer liberalen Schwentung in den obersten Kreisen eine wichtige Rolle vorbehalten. Hat sie doch in den guten Zeiten eines Friedrich Wilhelm IV. es nicht an Opposition fehlen lassen. Die folgenden beiden Briefe aus jener Zeit sind vielleicht auch noch für die Gegenwart und Zukunft interessant. Der General von Gerlach schrieb unter dem 16. Juli 1854 an den Chef-Redakteur der Kreuzzeitung:

„Mein theurer Freund! Erst jetzt komme ich dazu, Ihren Brief vom 13. v. Mts. zu beantworten. Wie recht Sie in der Sache der Kreuzzeitung haben, brauche ich Ihnen nicht zu sagen, auch ist es mir klar, daß Hinkeldey mich und den König mit vollständiger Unwahrheit bedient hat. Ich bitte Sie, wie können Sie sich wundern, wenn Ihnen als Redakteur der Kreuzzeitung so etwas begegnet. Als Sie im Julius 1848 die Zeitung ins Leben riefen, sahen Sie denn da nicht voraus, daß Sie von Ministern und Königen nicht allein im Stich gelassen, sondern verfolgt werden würden? Dieser letzte Krieg mit Hinkeldey ist ja mit vortrefflichem Erfolge geführt worden und wird gewiß dem Absolutismus eine tiefe Wunde schlagen. Wie können Sie sich wundern, daß der Feind auf Sie schießt, wenn Sie ihn angreifen. Sie sollten sich vielmehr freuen, zu solchen Angriffen Gelegenheit gefunden zu haben, und Sie haben ja auch bis

jetzt den Krieg überhaupt und auch diesen mit allem Erfolge und im besten Geiste geführt. . . . Glauben Sie mir, unser Land ist das einzige in Europa, das eine Kreuzzeitung vertragen kann, und daß das auch unserem Lande schwer wird, haben Sie ja empfunden, und ich glaube nicht, daß es Viele giebt, die solchen Theil an Ihnen genommen und so viel mittheilen im eigentlichen Sinne des Wortes als Ihr treu ergebener Freund Leopold von Gerlach.“

Ferner unter dem 31. Juli desselben Jahres:

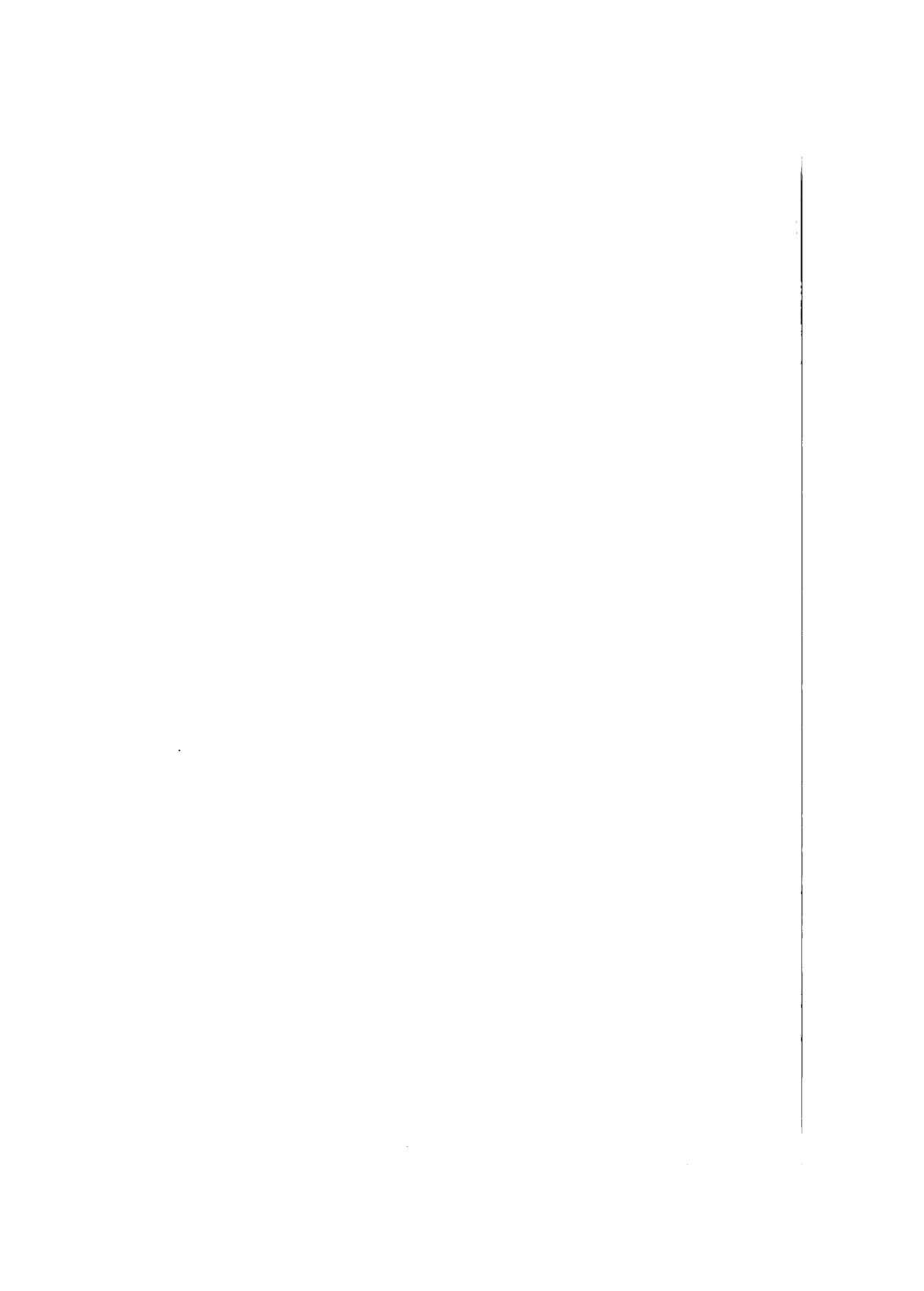
„Die Beschlagnahme Ihrer Nr. 142 hat mich nicht überrascht, aber doch sehr bestürzt. Gerade die Nummer 142 scheint mir gar keine Veranlassung zu geben, andere Nummern weit eher. Saubere Freiheit! Alles darf insultirt werden, aber den Beamten darf man die Wahrheit nicht sagen! Uebrigens dürfen wir auch nicht vergessen, lieber Wagener, daß die Beamten ein von Preußen untrennbares Uebel sind, und daß wir sie bis zu einem gewissen Grade dulden müssen, ja die Beamten noch immer besser sind, als die Eindringlinge à la Hansemann, Wilde und Cie. Ich erinnere an die Zeiten von Radowiz, die noch schlimmer waren als die jetzigen, wo Herr v. Hinfelben einen erbärmlichen Krieg gegen Sie führt. Die Stunde dieses Letzteren wird aber eben so gut schlagen, wie die von Radowiz und schon in dem letzten Gefecht gegen ihn haben Sie den Platz behauptet. Wenn Sie zu diesem Allem noch hinzurechnen, daß uns geboten ist, dem Herrn, auch dem wunderlichen, Unterthan zu sein, als wäre es Christo, so verstehe ich wirklich nicht, wie Sie Ihre Vorsätze rechtfertigen wollen. Daß ein Land, wie das unsrige, kaum im Stande sein kann,

eine freie Presse zu ertragen, das führen Sie selbst in der letzten Nummer Ihrer Zeitung, die ich gelesen, aus, aber dessen ungeachtet ist es Pflicht, das so lange als möglich zu versuchen. Ob der König eine Kreuzzeitung haben will, ist nicht entscheidend, will er es nicht, desto schlimmer; desto größer aber auch die Pflicht, sie ihm aufzudrängen.

Sie haben viel Noth, viel Kummer, viel Täuschung in Ihrem schweren Beruf erlebt, aber doch auch viel Trost, viel Ruhm, viel Erfolg. Einen anderen Lohn habe ich nie für Sie erwartet, er war für den, welcher unsere Geschichte von 1815 bis 1848 kennt, sehr unwahrscheinlich.

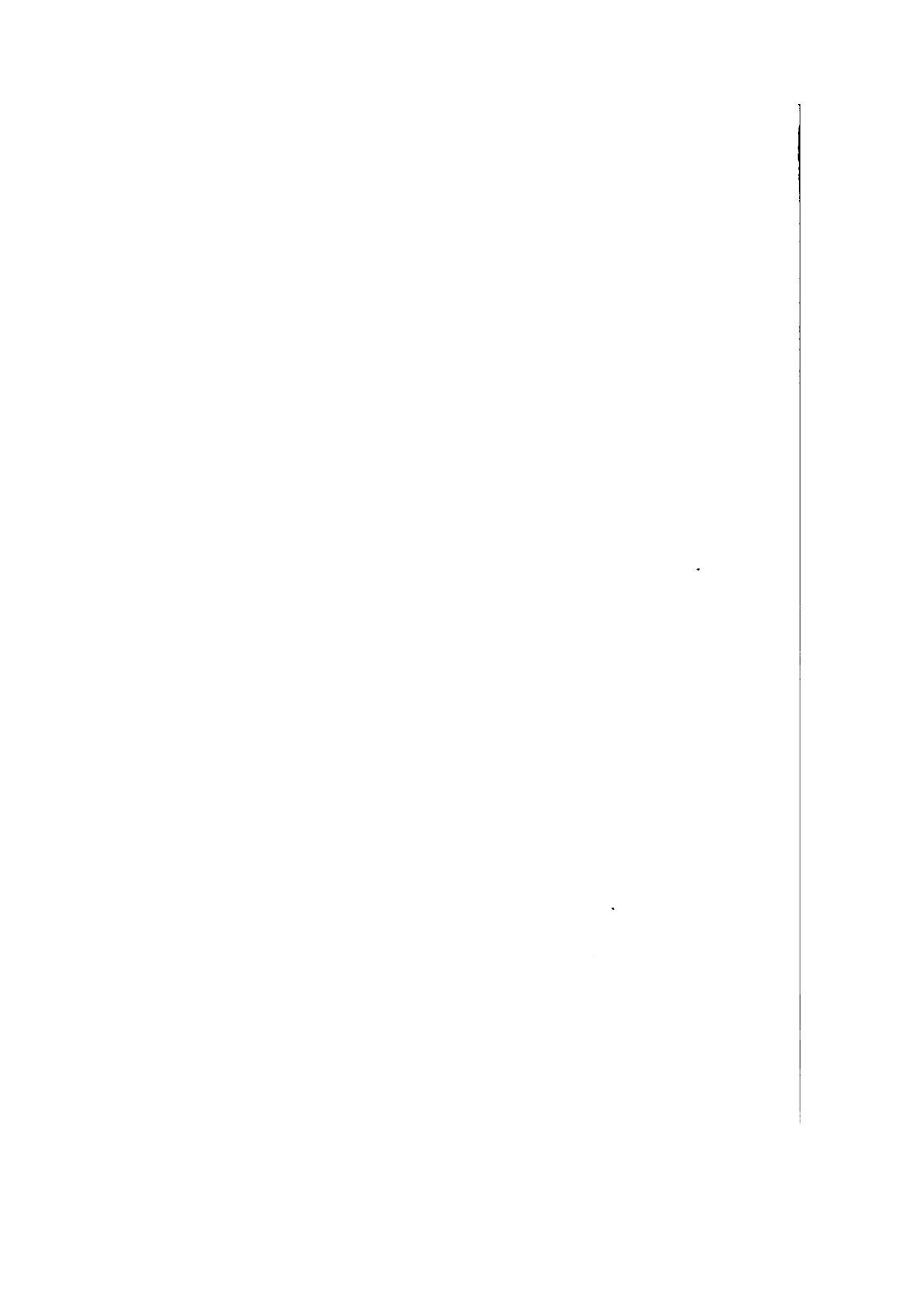
Verzeihen Sie meine freimüthige Expektoration und seien Sie von meiner aufrichtigsten Theilnahme, Liebe und Verehrung überzeugt, mit der ich stets sein werde Ihr treu ergebener.“

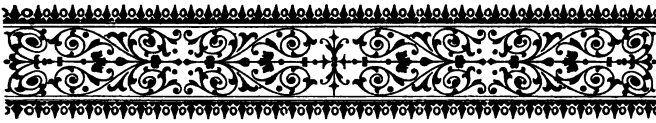




Die Militärpartei.







Die „Militärpartei“ hatte im Frühjahr 1875 in Frankreich und Rußland soviel von sich reden gemacht, daß man in Berlin sich genöthigt sah, die Existenz einer solchen Partei ganz zu leugnen. „Es geht ihr wie den Teufel — sagte man — über den ja auch ganze Bibliotheken geschrieben wurden, bis man am Ende dahinter kam, erstlich, daß er nicht so schwarz sei, wie man ihn sich vorstelle, und zweitens, daß er überhaupt nicht existire. In den ersten französischen Karikaturen vom August 1870, ehe die Zeichner im Besitze glaubhafter Photographien waren, erscheint General Moltke als ein fürchterlicher Eisenfresser mit gesträubtem Schnurrbart, mächtigen Reiterstiefeln und einem ungeheueren Ballasch, ganz die Figur des Heißsporns Percy, wie Prinz Heinz sie scherzend entwirft, der Mann, „der euch sechs bis sieben Schotten zum Frühstück umbringt, sich die Hände wäscht und zu seiner Frau sagt: Pfui über dieses stille Leben! ich muß zu thun haben.“ Ungefähr so denkt sich die „Times“ die deutsche Militärpartei, eine Rotte blutdürstiger Con-

dottiere, die in dem ruhigen Leben der letzten vier Friedensjahre sich entsetzlich gelangweilt hat und nun Himmel und Hölle in Bewegung setzen möchte, um einmal wieder morden, sengen und plündern zu können. Enthielte die englische Presse die wahre Geschichte dieser Tage, so ständen die Sachen so: der deutsche Wolf war im Begriffe über das Lamm Frankreich herzufallen, und er hätte seinen bösen Voratz ausgeführt, wenn nicht gerade zu rechter Zeit der menschenfreundliche Zar Alexander ihm den Maulkorb angelegt hätte. Die Pariser haben dies mit Vergnügen gelesen. Bisher galten sie immer für die Friedensstörer: wie erfreulich, diese gehässige Rolle nun den gehäßigsten Deutschen zuertheilt zu sehen! Wie erfreulich und auch wie vortheilhaft! Eine auf Krieg sinnende Regierung wird immer ihre Rechnung dabei finden, wenn die öffentliche Meinung sie für eine harmlose gute Seele und ihr ausersehenes Opfer für einen bösen Raufbold hält. Der selige Napoleon der Erste wußte das sehr wohl. In seinen Reden, Briefen und Moniteurartikeln war er immer der Friedfertigeste aller Sterblichen, der nur leider fortwährend von den schändlichen Engländern, Oesterreichern und Russen nie in Ruhe gelassen wurde und lediglich aus Nothwehr Europa unterjochte. Die damalige „Times“ war indeß nicht so leichtgläubig wie die jetzige. Sie predigte nicht bei den Völkern des Continents Abrüstung und Gemüthsruhe und Gottvertrauendes Zuwarten, bis der Corse ihnen auf dem Nacken sitze. Unsere verehrte Collegin in der City wohnt in einem schönen sicheren Hause; da hat sie es freilich leicht, Entwaffnung als die beste Politik zu preisen.

„Wir wollen uns erlauben, diese Schälmeientöne perfide

zu nennen. Wir werden von der englischen Moralistin eindringlich gemahnt, daß es verrucht sein würde, einen Krieg vom Zaune zu brechen und ein Nachbarvolk zu überfallen, bloß weil es möglich sei, daß dies Nachbarvolk einmal in ungewisser Zukunft seine Waffen gegen uns richten könnte. Das ist perfide, weil der Satz an sich ganz wahr ist, auf unser Verhältniß zu Frankreich aber nicht im mindesten paßt. Die Welt soll glauben, wir oder unsere sogenannte Militärpartei trage sich wirklich mit so frevelhaften Berechnungen gegenüber einem völlig harmlosen, unverdächtigen Nachbarn. Deutschland, so wird zu verstehen gegeben, ist der brutale Kerl, der ein Kind todt schlägt, weil es herangewachsen ihn vielleicht einmal ärgern könnte. Der für die Situation entscheidende Umstand wird unterdrückt; der Leser erfährt nicht — das könnte ihn in seiner Entrüstung stören —, er erfährt nicht, daß einerseits bis jetzt Deutschland nicht einen einzigen Act der Drohung, geschweige der Provokation gethan hat, daß andererseits Frankreich mit athemloser Hast sich zum Angriffe wieder uns rüstet und daraus gar nicht einmal ein Geheimniß macht.

„Das Einzige, was man der deutschen Regierung zum Vorwurf machen könnte, wäre dies, daß sie sich nicht dummer stellt als sie ist. Sie affectirt nicht eine Blindheit, die ihr fremd ist; sie sagt unumwunden, was sie von den französischen Rüstungen denkt. Und sie verschweigt auch nicht, daß sie, wenn der feindliche Angriffsplan der Reife naht, nicht gesonnen sei, still zu sitzen und den Aufmarsch der französischen Invasionsstruppen abzuwarten, sondern daß sie dem Angriffe mit Gottes Hülfe zuvorkommen werde. Wer selbst nach Krieg dürstet, pflegt nicht so offenerzig zu

sein. Die laute Warnung könnte ja den ersehnten *Casus belli* verhindern. Auch hat man in anderen ähnlichen Fällen stets es als gerecht und weise gelobt, wenn der bedrohte Staat so handelte, wie eventuell handeln zu wollen unsere Regierung erklärt. Statt vieler Beläge wollen wir nur einen citiren, aus einem französischen Geschichtschreiber, aus einem Werke, welches erst vor einigen Wochen erschienen ist.

„Sollte er bis zum letzten Augenblicke in dieser zuwartenden Stellung verharren, still sitzen, bis sein Feind ihn auf seinem Gebiete auffuche, um des Feindes Unrecht desto augenscheinlicher zu machen? oder aber war es nicht besser, über ihn herzufallen, ehe er mit seinen Vorbereitungen fertig war und seine Combinationen durch einen jener raschen Angriffe zu vereiteln, welche oft die beste Art der Vertheidigung sind?“

„So schreibt Vansfey im fünften Bande seiner *Histoire de Napoléon I* über die Lage, in welcher der Kaiser von Rußland sich befand, nicht etwa von der Zeit im Jahre 1812, als die Heersäulen des Imperators sich in Bewegung setzten, sondern von der Periode 1810—1811, als äußerlich noch tiefer Friede zwischen den Höfen von St. Petersburg und Paris herrschte. Die Staatsmoral und der gesunde Menschenverstand müssen übereinstimmend dies *Raisonnement* guthießen, und es wird immer einzig und allein darauf ankommen, ob die Umstände so beschaffen sind, daß der rasche Angriff als Vertheidigung gelten kann. Vor der Hand haben wir nur einen hypothetischen Fall gesetzt, aber zur Hypothese gehört wesentlich die Voraussetzung, daß es sich um Abwehr, nicht um Eroberung handele. Es ist wohl

nicht zu viel verlangt, wenn wir wünschen, nach diesem bestimmt formulirten Falle und nicht nach willkürlichen Phantasien beurtheilt zu werden.

„Wir glauben auch nicht, daß der Entschluß der deutschen Regierung in dieser Beziehung durch russische Friedensmahnungen geändert worden ist. Für solche Friedensmahnungen fehlte es in der That an Stoff. Sie hätten nur dann einen Sinn gehabt, wenn man in Berlin der Meinung gewesen wäre, der Augenblick zu handeln sei schon jetzt gekommen. Dann hätte ja allerdings eine befreundete Macht immerhin vorstellen mögen, daß sie anderer Meinung sei. Aber daß russische Staatsmänner dem Reichskanzler akademische Vorlesungen über die Art, wie er sich künftigen Eventualitäten gegenüber, wie er sich unter zur Zeit noch unbekanntem Umständen zu benehmen habe, gehalten haben sollten, kommt uns recht unwahrscheinlich vor. Wir sind überzeugt, daß seit der berühmten Depesche mit dem „kalten Wasserstrahl“ in der politischen Situation sich gar nichts Wesentliches verändert hat. Der Gedanke, welcher damals ausgesprochen wurde, ist auch noch heute der Gedanke der kaiserlichen Politik, und ihm gemäß ist die „Militärpartei“, d. h. das deutsche Heer, heute wie damals, fleißig und wachsam.

„Man kann noch einen Schritt weiter gehen und zugeben, daß es unter den militärischen Rathgebern des Kaisers manchen giebt, welcher es für vernünftiger hält, lieber heute als morgen einen jener raschen Angriffe auszuführen, welche oft die beste Weise der Vertheidigung sind. Wir wissen es nicht, aber wir halten es durchaus nicht für unwahrscheinlich. Die militärischen Rathgeber sind Techniker; sie fragen ledig-

lich nach dem technisch Zweckmäßigen. Kein Fachmann kann sie tadeln, wenn sie das militärische Interesse nachdrücklich und selbst einseitig vertreten. Auch würden sie sehr triftige Gründe für ihre Ansicht anführen können. Man würde ihnen weder Leichtsinne noch frevelhafte Kriegslebenshaft vorwerfen können, wenn sie aus den unleugbaren Rüstungen Frankreichs und deren unzweifelhafter Bestimmung den Schluß zögen, daß man am Klügsten thue, die doch nicht zu vermeidende Entscheidung herbeizuführen, ehe es dem Gegner genehm und bequem sei. Ganz ähnlich, wenn wir nicht irren, haben die militärischen Autoritäten, mit Einfluß der Höchsten, im Jahre 1867 während des Luxemburger Handels gesprochen. Aber gerade dieser letztere Vorgang beweist, daß es in Berlin keine Militärpartei in dem Sinne giebt, wie man sie sich in London denkt. Die Politik wird nicht im Palais des Generalstabs gemacht, sondern im Cabinet des Kaisers, und in diesem Cabinet wird man zwar vor einem nothwendigen Kriege nicht zurückschrecken, aber den bloß nützlichen nie guthelßen. Nicht in Berlin, sondern in Paris liegt die Gefahr, das ist heute genau so wahr wie vor einem Jahre, und die Freunde des Friedens würden ihre Sache nicht besser fördern können, als wenn sie den französischen Revancheschreibern die Ueberzeugung beibringen wollten, daß Europa wider sie sei. Wer diesen Hitzköpfen den Wahn beibringt, die Welt sympathistire mit ihnen, läßt mehr Kriegsschuld auf sein Haupt als alle Generale und Obersten Deutschlands zusammengenommen.“

Obwohl von offiziellem Ursprunge, gab dieser Artikel dennoch nicht genau die Ansichten des leitenden deutschen Staatsmannes wieder. Er hat bei verschiedenen Gelegenheiten auf

die Existenz einer Militairpartei in Berlin hingedeutet, die er zu bekämpfen hatte, und er hat wiederholt den Gedanken eines „Krieges aus Vorsicht“, des „Präventivkrieges“ weit von sich abgewiesen. Ein Jahr nach der Unruhe des Frühjahres 1875 bemerkte der Reichskanzler im Reichstage: „Denken Sie sich, meine Herren, meine Lage, wenn ich vor einem Jahr hier vor Sie getreten wäre und hätte Ihnen auseinandergesetzt, wir müssen Krieg führen, ich weiß Ihnen eigentlich einen ganz bestimmten Grund dafür nicht anzugeben, wir sind nicht angegriffen und nicht beleidigt, aber die Situation ist gefährlich, wir haben mehrere mächtige Armeen zu Nachbarn, die französische Armee reorganisiert sich in einer Weise, die in der That beunruhigend ist, ich verlange von Ihnen eine Anleihe von 200 Millionen Thalern, um zu rüsten. Würden Sie da nicht sehr geneigt gewesen sein, zunächst nach dem Arzte zu schicken, um untersuchen zu lassen, wie ich dazu käme, daß ich nach meiner langen politischen Erfahrung die kolossale Dummheit begehen konnte, so vor Sie zu treten, und zu sagen: es ist möglich, daß wir in einigen Jahren einmal angegriffen werden, damit wir dem nun zuvorkommen, fallen wir rasch über unsere Nachbarn her und hauen sie zusammen, ehe sie sich vollständig erholen — gewissermaßen Selbstmord aus Besorgniß vor dem Tode, und das inmitten einer ganz behaglichen ruhigen Stellung, wo kein Mensch gewußt hätte, was eigentlich für ein *Causus belli*, was für ein Grund zum Kriege vorliegen könnte?“

Fürst Bismarck verwies also die ihm 1875 zugeschriebene Idee eines „Krieges aus Vorsicht“ in die Sphäre des Irrsinns. Er hatte schon in seiner berühmten Depesche

vom 24. Juli 1870 geschrieben: „Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu rathen, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut Niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Uebel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Nothwendigkeit eines Krieges hinweg geführt hätten, — eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub des Bruches zu Gute kam.“ Es ist auch bekannt, daß schon drei Jahre früher, zur Zeit der Luxemburger Frage, Bismarck dem Ausspruch einer militärischen Autorität wie Moltke entgegen es verschmähte, das im Frühjahr 1867 militärisch sehr schwach vorbereitete Frankreich viel leichteren Kaufs, als drei Jahre später, niederzuwerfen. Den Krieg mit Frankreich wollte Bismarck auch 1870 noch vermeiden.

Summa: Fürst Bismarck ist nicht der Meinung derjenigen Politiker und Militärs, welche einem Kriege deswegen nicht nach Kräften vorbeugen, weil er doch unvermeidlich sei. Denn Niemand durchschaut die Absichten der Vorsehung bezüglich der Zukunft. Der bloß „militärische Gesichtspunkt“ darf einen Politiker nicht bestimmen. Höher als die militärischen Kräfte der Nation stehen die moralischen Potenzen.

Der militärische Gesichtspunkt, sagte Fürst Bismarck privatim im Januar 1888, also noch vor seiner Rede vom 6. Februar, existire für ihn nicht, daß Deutschland Frankreich überlegen sei, vielmehr bestände der einzige Gesichtspunkt,

aus dem die Sache anzusehen sei, in der Thatsache: Wenn Deutschland es mit einem ungerechten Angriff zu thun hat, ist es im Stande, das doppelte und dreifache dessen zu leisten, was ihm rein militärisch an Mitteln zu Gebote stände. Dieser Gedanke kehrte sodann in der erwähnten Rede wieder. Gleichwohl fühlte sich die „Post“ überrascht, daß Deutschland keinen Präventivkrieg führen sollte, ein Satz, der sehr im Widerspruch stehe mit einem sonstigen Lieblingsgedanken des Kanzlers, wonach der Sieg die beste Parade ist. „Das erinnert uns lebhaft, sagte die „Post“, wie die Politik das mannigfaltigste der Geschäfte ist, dasjenige Geschäft, von dem wie von keinem anderen gilt: *practica est multiplex*. Eben darum muß man alle generalisirenden Sätze in den Reden des Reichskanzlers für Accomodationen an den Augenblick halten. Darum liebt er auch nicht, bei anderen Gelegenheiten an frühere Aussprüche erinnert zu werden. Wir scheuen hier nicht vor dem etwas gewagten Unternehmen zurück, den inneren Grund mancher Sätze der gestrigen Rede zu errathen. Wir wissen dabei genau, wie weit Klugheit und Patriotismus zu gehen erlauben, und werden diese Grenze nicht überschreiten.“ So suchte man den Mann von Blut und Eisen von dem Stempel eines Elihu Burritt rein zu waschen.

In der bulgarischen Frage erregte es vor zwei Jahren ein gewisses Aufsehen, als in dem Militär-Wochenblatte, in dem officiellen litterarischen Organ der preußischen Armee, ein Aufsatz Aufnahme finden konnte, der sich als der wärmste Panegyrikus auf den Fürsten Alexander von Bulgarien darstellte, der überhaupt geschrieben worden ist. Auch in der Beurtheilung des rumelischen Auf-

standes wich das „Militär-Wochenblatt“ derart von der gebräuchlichen diplomatischen Kälte und Schroffheit ab, daß man unwillkürlich an den alten Gegensatz zwischen der Ehrlichkeit des Schwertes und der diplomatischen Federfuchserie erinnert wurde. Nicht ohne Erstaunen konnte man folgendes Urtheil über die Trennung von Nord- und Süd-Bulgarien lesen: „Dazu kam, daß derjenige Theil des Gebietes, welcher bezüglich der Ertragsfähigkeit und der Kultur des Bodens, sowie bezüglich der Wohlhabenheit und der Bildung der Bevölkerung der bessere war, mit einem Worte, daß derjenige Theil des von Bulgaren bewohnten Landgebietes, in welchem die eigentlichen Lebensnerven eines bulgarischen Staatswesens wurzelten, der südlich des Balkan gelegene ist und in der Hauptsache nicht dem selbstständigeren der beiden vom Berliner Kongreß geschaffenen bulgarischen Staatswesen einverleibt, sondern fast ausschließlich das Territorium der autonomen Provinz Ostrumelien wurde. Was das bulgarische Volk damals schon an inneren und äußeren Gütern besaß, blieb mithin dem, ihren nationalen Wünschen noch am ehesten entsprechenden Staatswesen, dem Fürstenthum äußerlich wenigstens vorenthalten.“ Es war das die Zeit, wo die offiziöse Presse, Rußland zuliebe, das Ereigniß von Philippopol als das verwerflichste Unternehmen von der Welt beurtheilte. Ueber den Fürsten Alexander schrieb das „Militär-Wochenblatt“:

„Der 1879 zum Fürsten von Bulgarien erwählte Prinz Alexander von Battenberg, ehemals Premierlieutenant im königlich preussischen Regiment der Gardes du Corps und seitdem auf den berühmten Rosen Bulgariens nicht gerade beneidenswertb gebettete regierende Fürst in

Sofia, der Hauptstadt Bulgariens, fühlte sich durch den in jenem Augenblick für ihn völlig überraschenden Philippopeler Vorgang vor die Wahl gestellt, entweder selbst an die Spitze der ohne sein Zuthun ins Werk gesetzten, nun aber einmal in Fluß gekommenen und, wenn auch aufständischen so doch nationalen Bewegung zu treten, oder — sich nicht mehr als Fürst der Bulgaren zu betrachten, d. h. abzudanken. Er hielt dafür: entweder er identifizierte sich mit dem Hoffen und Wünschen seines Volkes und fühlte und handelte als Bulgare mit diesem, oder er unterließ dies und war dann Herrscher ohne Beherrschte, ein Fürst, dem Herzen seines Volkes entrückt, ein Fremdling ihm, wie ehedem. Mit schnellem Entschluß entschied Fürst Alexander sich für das Erstere. Mehr als alle Diplomaten der Kongreßmächte hatte er als regierender Fürst des von den letzteren geschaffenen Landes die nationalen und wirthschaftlichen Mängel dieser Staatsbildung empfinden können und genauer als er hatte kein Nichtbulgare die Naturwüchsigkeit und Einhelligkeit der treibenden Kraft und die Tragweite der Erhellung würdigen lernen; er am ehesten würde — so glaubte er ferner — die Erhebung an weiteren Ausschreitungen hindern, sie dadurch in den Augen Europas legalisieren und somit schließlich zur politischen Reife und Anerkennung führen können. Und so trat Fürst Alexander, der in den strengsten Grundsätzen der Ordnung und des Gehorsams erzogene deutsche Prinz und ehemalige preussische Offizier, an die Spitze jener politischen Erhebung und voll und ganz übernahm er sofort die Verantwortung für alle Folgen derselben.“

Die Offiziösen und Offiziellen in Berlin und Peters-

burg führten eine andere Sprache. Sie nannten die Versicherung des Fürsten, er sei von der Bewegung überrascht worden, eine Lüge. Das „Militär-Wochenblatt“ erklärte unumwunden:

„Der Soldat weiß solche Eigenschaften (wie die von dem Fürsten gezeigten) zu schätzen. Den Weg zur That, zum Erfolg ist mit diesen und nicht nur mit guten Gedanken gepflastert. Und hieraus ist es denn auch zu erklären, daß man in der deutschen Heimath des Fürsten und vorzugsweise in den Reihen der deutschen — vielleicht auch anderer — Offizierkorps dem persönlichen Eintreten und dem entschiedenen Vorgehen des Fürsten angesichts der Philippopeler Erhebung von Anfang an mit einer unverkennbaren Sympathie erfolgte. Das kameradschaftliche Band, welches die deutschen Offiziere mit dem Fürsten Alexander verbündet und dem dieser selbst stets ein lebhaftes, warmes Gedanke widmet, trug zu dieser, übrigens durchaus persönlichen und darum mit taktvoller Zurückhaltung sich äußern den Auffassung der Dinge mit bei. Mit merkwürdiger Einmüthigkeit nahm die gesamte deutsche Tageslitteratur von einiger Bedeutung, je länger, je mehr, die Partei Fürst Alexanders.“

Während noch vor kurzem ein russischer Agent von Sofia aus in einem Petersburger Blatte den Fürsten Alexander als „den größten Feind Rußlands, einen Feigling, und unfähigen Militär“ beschimpft hatte, sagte das „Militär-Wochenblatt:“ „Die Entschlossenheit und Kühnheit eines militärisch erzogenen, in preußischen Traditionen und Grundsätzen gereiften deutschen Prinzen, seine persönliche Tapferkeit und sein Glück führten den Umschwung herbei.“ Am Schlusse hieß es:

„Einem Jugendstreiche vergleichbar war die Volksthat vom 18. September. Als ein höchst achtungswerther, zum Mitsprechen vollauf berechtigter Mann ist der junge bulgarische Staat aus dem daraus entstandenen Konflikte hervorgegangen. Das echte Soldatenherz in der Brust Fürst Alexanders hatte Sorge getragen, daß die richtige Direction gefunden und gehalten wurde. Mit freudiger Ehrerbietung nennt ihn die deutsche Armee den Ihrigen!“

Die „Kreuzzeitung“ fand in der bulgarischen Frage, daß auf deutscher Seite nicht alles so wäre, wie es sein sollte. Sie trat der „Nordb. Allg. Ztg.“ entgegen, indem sie das Verdienst des Fürsten von Bulgarien hervorhob, das gethan zu haben, was in seinen Kräften stand, um den Mächten die Aufgabe der Erhaltung des Weltfriedens zu erleichtern, und zwar dadurch, daß er Bulgarien verließ. Die „N. Fr. Ztg.“ sagte damals, man solle das billiger Weise anerkennen, statt den Fürsten mit Anzapfungen zu verfolgen, die schlechterdings keinen andern Erfolg haben könnten, als den ohnehin ins Kraut geschossenen Uebermuth bis ins maßlose zu steigern. Dasselbe Blatt sprach bei dieser Gelegenheit auch von „jenem fervilen Uebereifer“, der den Frieden dadurch zu sichern glaube, daß er den dreistesten russischen Ansprüchen mit einer Zuorkommenheit ohne Ende die Spitze abzubrechen bestrebt sei. Mit sachlichen Zugeständnissen, wenn sie ein ernstes Ziel im Auge haben, müsse man sich abfinden; die bekannte Methode gewisser Diplomaten aber, welche sich im sebzehnten Jahrhundert und wohl auch später noch dem „Geschäft“ zu Liebe bereit finden ließen, vor orientalischen Herrschern niederzuknien, sei immer verächtlich gewesen. Ein andres Mal sprach die „N. Fr. Ztg.“ von

der „subalternen Denkweise“, welche den Ausdruck nationaler Sympathie für einen Fürsten aus deutschem Stamme mit der „Polenschwärmerei“ der dreißiger Jahre zusammenstelle. Damals wären es in der That fremde Interessen gewesen, für die sich die Deutschen erwärmten; jetzt sei es unzweifelhaft der Ausdruck wachsenden Nationalgefühls, womit wir es zu thun hätten, das solle man pflegen, nicht verspotten.

Zu eben jener Zeit beklagte die „N. Pr. Ztg.“ die Schmälerung des deutschen Sprachgebietes durch die Magyarisirungs-Politik der ungarischen Regierung innerhalb des Gebietes der Stefanskrone, sowie durch den russischen Sprachen-Umsatz für die Ostsee-Provinzen. Das genannte Blatt bemerkte dabei: „Diese Thatfachen, die niemand leugnen kann, stehen in einem Gegensatz zu der politischen Machtstellung des Deutschen Reiches. Es ist eine ägenc Art von „Aufschwung, den wir nehmen“.

Gelegentlich einer längeren Betrachtung über die am 5. Juli 1885 in der Schweiz stattgehabte Empachfeier nannte es die „Nat.-Ztg.“ eine „seltsame Erscheinung“, daß in weiteren schweizerischen Kreisen auch heute noch mehr Vorliebe für Frankreich besteht, als für uns, und daß die französische Sprache in diesen Kreisen, selbst in krndeutschen, noch immer die eifrigste Pflege findet, da doch in neuerer Zeit (man denke nur an Savoyen) nur von Frankreich die Schweiz Unbill und Drohung erfahren hatte, nimmer aber von deutscher Seite.

Hierauf erwiderte die „Kreuzzeitung“: „Uns wundert das gar nicht. Eine psychologische Erfahrung lehrt, daß die einzelnen Menschen wie die Völker der Regel nach nicht durch Wohlthaten und Freundlichkeiten gewonnen werden,

sondern nur durch die Furcht, durch die sich unwiderstehlich aufdringende Ueberzeugung einer Ueberlegenheit, die im gegebenen Falle nicht viel Federlesens macht. Alle großen Nationen der Welt lassen sich instinktmäßig von diesem Grundsatz leiten; alle wenden die Macht, die sie nun einmal haben, in diesem Sinne an; nur wir Deutschen können uns dazu nicht entschließen, und deshalb erleben wir es täglich, daß man uns nicht die Stellung einräumen will, auf die wir an sich Anspruch hätten und die uns ganz von selbst zufallen würde, wenn wir nicht fortwährend in dem alten Irrthum befangen wären, daß sich die Welt durch „Entgegenkommen“ regieren läßt. Sie hat es nie gethan, und wird es niemals thun. Der schlagendste Beweis ist die Aufnahme, welche die fünfzehnjährige Friedenspolitik des deutschen Reiches im übrigen Europa gefunden hat. Es ist dies der großartigste Versuch, der im ganzen bisherigen Verlauf der Geschichte je unternommen wurde, um die Beziehungen der Nationen mit einander freundlich zu gestalten und praktisch durchzuführen, was der Theorie nach stets eine Utopie bleiben muß und wird. Wird diese Politik, obwohl sie der Welt Ströme von Blut und Thränen erspart hat, dem Kaiser und seinem Kanzler irgendwo gedankt? zeigt sich ein Verständniß für die tief sittlich Auffassung der Dinge, die ihr zu Grunde liegt?“

Die „Kreuzzeitung“ erwiderte hierauf mit Nein und sprach dann von einem Wechsel des Systems, indem sie zwar den Versuch anerkannte, die europäische Politik auf eine andere Grundlage zu stellen, als auf die der rohen Gewalt, indessen hinzufügte, man habe im Interesse des Friedens durchaus keinen Grund, den Drohungen derer, die

ihn nur gezwungen halten, mit einer Zuorkommenheit zu begegnen, die sie durchweg nur für Schwäche ansehen und als solche zu mißachten gewohnt sind. Engländer und Franzosen sind Jahrhunderte lang mit ihrem Uebermaß an Selbstbewußtsein weit besser gefahren, als wir mit dem Gegentheil. Für das Uebermaß treten wir nicht ein, das rechte Maß aber werden wir uns allerdings angewöhnen müssen, wenn wir endlich einmal das Ansehen genießen sollen, das uns nach Maßgabe unserer Macht wie unserer Bedeutung für die Kultur der Welt gebührt.“

Die „Neue Pr. Ztg.“ untersuchte auch vor Kurzem die Verhältnisse in Elsaß = Lothringen und streifte dabei die auswärtige deutsche Politik. Die Elsaß = Lothringer, sagte sie, hängen deshalb so sehr an Frankreich, weil dieses ihnen die Genugthuung bot, einer wirklichen Großmacht anzugehören, abgesehen von der hohen Stellung der Franzosen als Kulturvolk. Die „Neue Pr. Ztg.“ fand, daß nicht bloß in Elsaß = Lothringen, sondern unsre ganze politische Zukunft davon bedingt sei, ob wir den Nationen Europas mit dem Selbstgefühl am rechten Orte entgegenzutreten verstehen, das nach der Auffassung der Gebildeten im Reichslande bei einem großen Volke ebenso selbstverständlich wie unerläßlich sei, das man aber bei uns noch immer nicht in seiner ganzen ungeheueren Bedeutung zu würdigen wisse.

Die „National Ztg.“ bemerkte am 4. Oktober 1887: „In der Neuen Pr. Ztg. treibt seit einiger Zeit ein Eisensfresser sein Wesen, der das deutsche Volk und die deutsche Presse unausgesetzt wegen unzureichender nationaler Gesinnung schulmetstert, weil nach der Ansicht dieses Bramarbas das Ausland nicht in genügendem Maße von oben herab

behandelt wird. Jetzt rempelt er alle diejenigen Blätter an, welche in der Angelegenheit des jüngsten Zwischenfalls an der deutsch-französischen Grenze nicht unbedingt Deutschland mit dem Jäger Kaufmann identifiziren. Wenn die „Neue Pr. Ztg.“ sich in der grotesken Rolle gefällt, nationaler zu sein, als Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck, so wollen wir sie darin nicht stören; sie muß aber nicht glauben, einen anderen als komischen Eindruck damit hervorzu-
bringen.“

Ueber die „Kriegspartei vor der Rede des Fürsten Bismarck vom 6. Februar 1888 und nach derselben“ schrieb das „Deutsche Tageblatt“:

„Die „Kölnische Zeitung“ brachte vor einigen Tagen einen Stimmungsartikel aus St. Petersburg, der von vielen Blättern nachgedruckt wurde. Auffallend war hierbei, daß die „Post“ einen der wichtigsten Sätze dieses Stimmungsbildes wegließ. Derselbe lautet: „Da ist so ziemlich der gesammte Generalstab, in höheren wie niederen Stellungen, dem der Krieg möglicherweise eine glänzende Laufbahn ohne allzu große persönliche Gefahr eröffnet. Viele in Befehlshaberstellen vom Regimentskommandeur abwärts stehende Offiziere träumen von den schönen Nebeneinkünften.“ Warum ließ die „Post“ diesen Satz weg? War er ihr unbequem, weil sie bisher wacker mit Krieg geführt hat? In Rußland mag eine große Masse der gebildeten Bevölkerung aller Schichten vorhanden sein, die in einem Kriege mit Deutschland ihr Heil erblickt, aber das bedeutet bei dem friedliebenden Charakter des Zaren nichts, in dessen Worte Fürst Bismarck „absolutes Vertrauen“ setzt, und ohne dessen Willen weder die Presse, noch die große Masse der Be-

völkerung, noch die Kriegspartei des Heeres einen Krieg machen kann.

„Wenn man nun die Vorgänge in der russischen und deutschen Presse der letzten Monate überdenkt, und den Inhalt der Rede des Fürsten Bismarck vom 6. Februar dagegen hält, so ergibt sich ein Gegensatz, wie er schroffer kaum gedacht werden kann, und man fragt sich unwillkürlich, wie es möglich war, daß der Kriegslärm in Deutschland einen so hohen Grad annehmen konnte gegen die Uebersetzung des Fürsten; man muß diese Frage umso mehr stellen, als der Fürst erklärte, daß es keine „unvermeidlichen“ Kriege gebe, daß für ihn die „Druckerschwärze nichts wiege“ und als einige Tage später der Prinz Wilhelm, im Anschluß an die Worte des großen Kanzlers, die entschiedenste Verwahrung dagegen einlegte, daß er auf einen Krieg losdränge.

„Wir müssen gestehen, daß wir weder vom Fürsten Bismarck noch vom Prinzen Wilhelm etwas anders erwarten konnten, denn ein Hohenzoller kann einen Krieg, der einen allgemeinen Weltbrand bedeuten würde, niemals vom rein militärischen Standpunkte aus auffassen und herbeiwünschen. Wenn nun trotz dieser beiden hochbedeutenden Manifestationen lange Zeit das Gefühl bestanden hat, daß bei uns einflußreiche Personen nicht denselben maßvollen Standpunkt einnehmen, so müssen diese wohl übersehen, daß der Krieg von der Politik abhängig ist und nicht umgekehrt. Eine andere Erklärung kann es nicht geben. Fürst Bismarck bemerkte weiter, daß er wohl begreife, daß der Offizier Krieg wünschen müsse, denn ohne das hörte er beinahe auf, ein tüchtiger Offizier zu sein. Hier liegt nun augenscheinlich

das punctum saliens. Der Fürst wollte mit seinen Worten keineswegs tabeln, daß der Offizier seine Hoffnung auf den Krieg setze, daß die Heeresleitung sich auf einen solchen mit allen Kräften vorbereite, daß dieselbe dafür einen militärisch möglichst günstigen Zeitpunkt ausnutzen wolle, sondern seine Worte waren offenbar darauf gerichtet, daß die Kriegspartei — eine solche giebt es immer und in jedem Lande — nicht öffentlich d. h. in der Presse ihr Gebiet überschreite, weil sonst unbedingt zwischen der Staatspolitik und den Bestrebungen der Kriegspartei wenigstens ein öffentlicher Widerspruch entstehen müsse. Daß der Fürst diesen Widerspruch nicht hoch anschlage, ging nun zwar aus der Beurtheilung der „Druckerschwärze“ hervor, welche er derselben zu theil werden ließ, aber immerhin wurde dadurch der Widerspruch zwischen der Staatspolitik und der Druckerschwärze der Kriegspartei bestätigt. Hiernach ist eines sicher, nämlich, daß die Staatspolitik die Hand bei den Kriegsartikeln, welche seit Wochen bei uns in der „Kölnischen Zeitung“ und in der „Kreuzzeitung“ vorwiegend erschienen sind, nicht im Spiele gehabt hat, ja, daß diese Artikel gegen die Absichten des Fürsten Bismarck veröffentlicht wurden, daß mithin ein spiritus rector bestehen müsse, welcher neben dem Fürsten Bismarck in der Staatspolitik zu dilettiren Neigung haben muß. Daß so etwas nicht nützen kann, sondern im Gegentheil die Staatspolitik — wenigstens in den Augen der öffentlichen Meinung — eher bloßstellen muß, liegt auf der Hand. Der Krieg mit der Druckerschwärze ist also von drüben und hüten ein Akt für sich gewesen — losgelöst von den Bestrebungen der Staatenleiter, — ein Preßkampf

der beiderseitigen Kriegsparteien. Derselbe ging soweit, daß sich selbst die beiden offiziellen militärischen Fachblätter, nämlich der russische „Invalide“ und das „Militär Wochenblatt“ darin mischten, eine Erscheinung, welche bis dahin wohl noch nicht da war, und welche schlagend lehrt, welchen Einfluß die Kriegsparteien in beiden Ländern erlangt hatten — sagen wir — denn wir hoffen, daß die Dinge nun ein Ende gefunden haben. Ja, wenn über Krieg und Frieden lediglich die rein militärischen Verhältnisse entschieden, dann müßte ein Nachbar über den andern herfallen, sobald der eine eine militärische Ueberlegenheit über den andern erlangt hätte, welche ihm den Sieg wahrscheinlich oder gewiß machte. So geht es aber im Staatenleben nicht, sondern der Krieg ist dasjenige Mittel der Staatspolitik, welches in der Noth und zwar dann erst ergriffen wird, wenn sich alle anderen Versuche zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen, als vergeblich erwiesen haben. Nun aber haben solche Differenzen, welche einen Krieg „unvermeidlich“ erscheinen ließen, offenbar zwischen der Staatspolitik Rußlands und Deutschlands nicht bestanden, mithin konnten die Preßartikel fortbleiben. Wann und wo ist es denn dagewesen, daß den Kriegen der Staaten ein solcher Krieg in der Presse vorausgegangen wäre, wie in den letzten Monaten, trotzdem wir doch früher nachwiesen, daß die gesammten militärischen Maßnahmen, welche sich an der russischen Westgrenze zu vollziehen im Begriffe sind, die einzelnen Glieder eines Systems von langer Hand bilden, welches bereits seit 10 Jahren ausgeführt wird, und welches gerade in den letzten Monaten, während

welcher der Krieg mit Druckerschwärze tobte, kaum eine nennenswerthe Vervollständigung erfahren hat!

„Wir haben gegen die Antwort, welche die „Kölnische Zeitung“ dem bekannten Aufsatz im russischen „Invaliden“ zu Theil werden ließ, nichts, damit aber war der Sache auch genug gethan und alles, was dieser Antwort folgte, war vom Uebel nach jeder Richtung hin. Da seitdem nun aber noch vieles geschehen ist, so muß in der That ein spiritus rector bestehen, denn ein großer Theil der politischen Tagespresse scheint von diesem direkt beeinflusst zu werden, in einem Sinne, welcher der Staatspolitik des Fürsten Bismarck zuwiderläuft. Denn sonst ist es nicht zu verstehen, daß z. B. zwei Blätter, wie die „Kölnische Zeitung“ und die „Kreuzzeitung“ in dieselbe Kriegstrompete stießen, zwei Blätter, welche sich sonst spinnefeind sind. In diese heterogenen Lager müssen also von einer Stelle aus dieselben Kanäle führen, und das ist das Bedenkliche an einer Kriegsagitation, welche das ganze Volk nach und nach in eine andauernde, nachtheilige, jeden öffentlichen Wandel lösende nervöse Aufregung versetzt hat. Die Verantwortung, welche der spiritus rector und die Hilfeleister desselben bei dieser Agitation auf sich geladen haben, ist keine kleine. Sich gegen die Gefahren eines Krieges optimistisch verschließen, führt zur Niederlage, Kriegsgefahren dauernd an die Wand malen, lähmt das ganze Volkswesen, beraubt es seiner Elastizität und treibt es schließlich in die Apathie. Da in den früheren Zeiten ein Preßkrieg in Deutschland unbekannt war, wie derjenige, den wir in den letzten Monaten erlebt haben, so muß sich „irgendwo“ ein großer Wandel vollzogen haben, sonst wäre es nicht denkbar, daß wir seit Monaten eine Staatspolitik

haben, welche keinen Krieg wünscht, und eine „andere“, welche auf einen solchen in allen Tonarten hindrängt; und dieser Zwiespalt ist seit dem 6. Februar ein öffentlicher! Wir hoffen, daß derselbe damit ein Ende nehme, daß ein Jeder auf dem Gebiete verbleibe, auf welchem seine Bestimmung liegt, und daß die Kriegspartei sich etwas mehr ins Einvernehmen mit der Staatspolitik setze, als bisher; dann wird ihr auch eine Niederlage erspart bleiben, wie diejenige des 6. Februar.“

Bei dem spiritus rector dachte das Deutsche Tageblatt vermuthlich an den Grafen Balbersee. Dieser blieb die Antwort in der Kreuzzeitung nicht schuldig. Es hieß daselbst:

„Das „Deutsche Tageblatt“ bringt in seiner ersten Ausgabe vom 14. d. M. einen Artikel: „Die Kriegspartei vor der Rede des Fürsten Bismarck und nach derselben“, welcher zu dem Ungeheuerlichsten gehört, was in dieser schmeren traurigen Zeit von einem deutschen Blatte geleistet ist. Wir würden dies Pamphlet nicht weiter berücksichtigen, wenn in demselben nicht die Behauptung aufgestellt wäre, daß vorwiegend die „Kölnische Zeitung“ und wir Artikel einer unter einem besonderen spiritus rector bestehenden Kriegspartei veröffentlicht hätten, welche der friedliebenden Staatspolitik des Fürsten Bismarck zuwider liefen. Wir weisen diese Behauptung mit Entrüstung zurück. Alles, was wir an Nachrichten über die militärische Lage gebracht haben, war eine reine Aufzählung von Thatsachen und deren Bedeutung. Niemals aber ist uns eingefallen, daran irgend welche Erörterungen über die Führung der hohen Politik zu knüpfen. Diese letztere Behauptung konstruirt sich der spiritus rector des „Deutschen Tageblattes“, um daraus

ebenso lügenhafte Folgerungen, wie diese von ihm selbst zurecht gemachte Voraussetzung zu ziehen. Es zeige uns doch das „Deutsche Tageblatt“ eine Stelle, wo wir vom militärischen Standpunkt aus hohe Politik getrieben hätten. Wir haben in den letzten Monaten, wie alle deutschen Zeitungen und auch sogar die „Norddeutsche“, nur militärische Meldungen über russische Rüstungsmaßregeln gebracht, und wenn das „Deutsche Tageblatt“ nach dieser Sache mit der Hand in seinen Busen greift, wird es dieselbe sicherlich ausfällig herausziehen. Das können wir aber bezeugen, daß wir die Nachrichten von unsern verschiedensten Mitarbeitern erhalten haben, die, soviel wir übersehen, wohl kaum mit denen der „Kölnischen“ — bei deren Denunzierung uns nur wundert, daß dieselbe so ganz und gar ohne Zustimmung derer gehandelt haben sollte, welche ihr die bekannten Artikel über die russischen Fälschungen zugänglich gemacht haben — aus einer Quelle schöpfen. Von einem gemeinschaftlichen spiritus rector unserer, an sich ganz verschiedenen militärischen Mitarbeiter kann also schon gar keine Rede sein; wir begreifen aber noch viel weniger, wie die militärischen Nachrichten der „Kölnischen Zeitung“, der „Post“ u. a., so wie die unrigen von derselben Persönlichkeit inspiriert sein sollen. Es ist überhaupt nicht einleuchtend, warum gerade wir im Verein mit der „Kölnischen Zeitung“ eine besondere Kriegspolitik getrieben haben sollen. Weshalb wird die „Post“ nicht auch dem spiritus rector der Kriegspartei unterstellt, die in Marmnachrichten und in der Besprechung des „Militär-Wochenblatt“-Artikels so großes geleistet hat? Weshalb wird die „Münchener Allgem. Zeitung“ nicht

aufgeführt, welche noch vor kurzem einen längeren Artikel über die militärischen Verhältnisse Ostpreußens brachte?

Im Uebrigen behandelt der spiritus rector des „Deutschen Tageblattes“ das rheinische Blatt als nicht ganz militärisch unmündig; er gestattet dem Weltblatte: wenigstens den Artikel des russischen „Invaliden“ zu beantworten.

Das Schmachvollste an dem Machwerke dieses „deutschen“ Blattes ist aber die zweifellose Tendenz dieses Artikels, das deutsche Volk glauben zu machen, daß der höchste Beamte des Reiches nicht volle Hingebung und nicht immer den richtigen Anschluß an die Leitung seiner Politik seitens hochgestellter Militärs finde. Solche unerhörten, unbewiesenen Behauptungen in die Oeffentlichkeit zu schleudern, zeigt von einer frivolen Gewissenlosigkeit, oder von einem seltenen Unverstande!

Was denkt sich wohl der spiritus rector des „Deutschen Tageblattes“ von der Stellung des „Militär-Wochenblattes“? Hat er die Bemerkungen der oft genug als offiziös bezeichneten „Post“ über die Bedeutung des Wochenblatt-Artikels nicht gelesen? Weiß er nicht, wen er alles mit der Hineinziehung dieser Artikel in sein Pamphlet vor der Welt anklagt? Glaubt er denn, daß es erst seines Geistes und seines Tintenflusses bedürfe, um denen, die er anklagt, das Verhältniß zwischen Politik und Kriegführung klar zu machen?

Welche Unterschätzung an Willenskraft läßt der Artikelschreiber des „Deutschen Tageblattes“ dem Reichskanzler zu Theil werden! Glaubt dieser Geist, es bedürfe erst seiner Belehrung, um den Kanzler auf das aufmerksam zu machen, was der Leitung der deutschen Politik unbecquem werden könnte? Kleiner Kläffer!

In der schweren traurigen Zeit, in welcher wir leben, sollte man wahrhaftig alles vermeiden, was nach außen hin selbst auch nur der Schein einer Disharmonie in den leitenden Kreisen erkennen lassen könnte. Statt dessen aber haben sich in letzter Zeit deutsche Blätter in Angriffen selbst auf Mitglieder unseres heißgeliebten Herrscherhauses wohlgeföhlt; zu ihnen scheint auch der spiritus rector des „Deutschen Tageblattes“ zu gehören. Hält er es doch sogar in dieser Sache für nöthig, einem preussischen Prinzen ein Wohlverhaltenszeugniß zu schreiben. Ein Prinz des königlichen Hauses steht über den Parteien und darf in keiner Beziehung in den Haber der Zeitungen gezogen werden. Man merkt, daß das „Deutsche Tageblatt“ den Linksabmarsch angetreten hat; aber es wird ihm und seinem spiritus rector nicht gelingen, Zwietracht zwischen dem Kanzler und den leitenden Kreisen der Armee zu säen. Der Kanzler kennt die Armee, und die Armee vom ältesten und einflußreichsten Offizier bis zum jüngsten Lieutenant, weiß, wie sie zum Kanzler steht. Als der greise Feldmarschall nach der großen Rede vom 6. Februar die Stufen zum Plage des Kanzlers hinaufstieg und dem höchsten Beamten des Reiches die Hand drückte, da fühlte wohl jeder im Hause, daß das treue Zusammenhalten dieser beiden Paladine unseres Kaisers, öffentlich bezeugt vor den Vertretern des deutschen Volkes, ein neuer Ausdruck der Friedensversicherungen und der im Rathe und in der That geeinten deutschen Kraft sei.

*

*

*

Es gibt bei uns keine Militärpartei im gewöhnlichen Sinne des Wortes, keine Partei, die ihre eigenen ehrgeizigen

Pläne verfolgt und von der Schürung des Krieges besondere Vortheile für sich erwartet, aber wir haben eine Partei, die nur mit Mühe die Anmaßungen Rußlands erträgt und den Krieg für so unvermeidlich ansieht, daß sie einen Vortheil darin findet, sobald als möglich loszuschlagen, um einem Angriff zuvorzukommen. Fürst Bismarck weist, wie wir gesehen haben, einen solchen „Krieg aus Vorsicht“ oder Präventiv-Krieg“ in die Sphäre des Irrsinns. In der Rede vom 6. Februar dieses Jahres forderte er den Reichstag auf, für einen solchen Angriffskrieg die Milliarde zu versagen, auch wenn er selbst sie fordere. Fürst Bismarck spielt häufig auf die „Militärpartei“ an. Er weiß auch, welche Personen es vornehmlich sind, die die Seele jener Partei bilden, und die in der „Kreuzzeitung“, gelegentlich auch in der „Kölnischen“, zu Worte kommen. Diese Partei ist aber zugleich die Battenberg'sche. Vor zwei Jahren, als Fürst Alexander durch einen Bubenstreich sein Land verlor, wurde der fortschrittlichen und ultramontanen Presse wegen ihres kriegerischen Verhaltens gegenüber Rußland harter Tadel seitens der anderen Parteien und namentlich der Offizösen zu Theil. Die eigentliche Kriegspartei steckte aber noch wo anders, nämlich im Kreise einiger militärischen Autoritäten: Das weiß niemand besser als Fürst Bismarck. „Würde der Battenberger“ — so sagt der Reichskanzler — „als Schwiegersohn des Kaisers seine Residenz in Potsdam nehmen oder doch von Zeit zu Zeit sich dort installiren, würde er überdies in die preußische Armee eintreten, wovon bereits das Gerücht wissen wollte, so würde sich sofort um ihn als festen und starken Mittelpunkt die „Militärpartei“ schaaren, durch ihn unmittelbar bis zum Thron bringen und wenn

nicht dem gegenwärtigen Inhaber desselben, doch dem nachfolgenden mit ihren Plänen in den Ohren liegen.“ — Wer auch sein Nachfolger sein wird, er will nicht eine Partei groß ziehen helfen, die den Staatswegen von den Schienen bringen würde. Der militärische Gesichtspunkt darf niemals die deutsche Politik bestimmen.



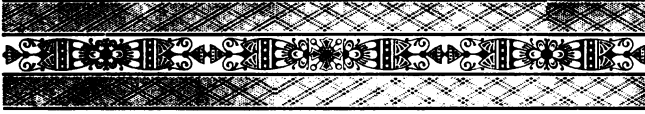
Der Ultramontanismus.



Vertical line on the right side of the page.

.

.



Die großen historischen Begebenheiten, wie langer Zeiträume sie auch zu ihrem vollen Verlaufe bedürfen und wie mannigfache Kräfte sie von verschiedenen Seiten her in ihre Bewegung hineinziehen mögen, dann und wann fassen sie sich doch gleichsam zusammen in einem einzigen Moment, in welchem sie in Handlung und Gegenwirkung, in Wort und Widerrede einzelner hervorragender Persönlichkeiten ihren wesentlichen Inhalt kurz als Ereigniß aussprechen, ihr geschichtliches Ergebniß bündig und faßlich der Theilnahme der Zeitgenossen und dem Andenken späterer Geschlechter überliefern. Seltener als früher in den einfacheren Verhältnissen der politischen Welt werden im verwickelten Getriebe des heutigen Staatslebens mit seiner reich entfalteten Arbeitstheilung noch die Herrscher selber so zu thätiger Repräsentation der Zeitgeschichte berufen, deren äußerlich glänzende Scheindarstellung ihnen freilich noch immer fast allein obliegt: auch das große Weltbrama der historischen Wirklichkeit hat unleugbar statt der bloßen Hof- und Staatsaktionen einen mehr bürger-

lichen Charakter angenommen. Dem Kaiser Wilhelm von Preußen muß man nachrühmen, daß ihm beschieden worden, in den Hauptmomenten der jüngsten Geschichte die Sache seines Staates und Volkes mit seiner eigenen Person, durchaus nicht lediglich symbolisch, vielmehr lebendig und energisch zu vertreten. Man braucht nur an den letzten großen Krieg zu denken, dessen wichtigste Wendungen der königliche Heerführer überdies in Depeschen und Briefen selbstständig zu schildern unternommen hat, wie sind nicht da seine persönlichen Erlebnisse wiederholt mit dem mächtigen Gange der Dinge übereingekommen: zuerst jene bald fast sagenhaft berufene Begegnung in Ems, in der die Beleidigung der Nation mit der Kränkung ihres Oberhauptes augenscheinlich zusammenfiel; dann der kurze Briefwechsel von Sedan und das Zwiegespräch auf Schloß Bellevue, wo der Sieg der deutschen Waffen und der Untergang des französischen Kaiserthums abermals in der schriftlichen und mündlichen Berührung König Wilhelm's mit seinem Gegner anschaulich verkörpert ward; endlich die Kaiserausrufung im Schlosse zu Versailles, wo der politische Gewinn, den das deutsche Volk aus dem Kampfe davongetragen, sich wiederum in sinnenfälliger Gestalt vor aller Welt Augen gerade auf das Haupt dieses glücklichen Herrschers herniederließ. Es ist begreiflich, daß eben diese Scenen, in Bild und Wort, bald treu, bald in phantastischer Verklärung wiederholt, in der populären Tradition der neuesten Geschichte die vornehmste Stelle einnehmen; auch die echt historische Darstellung aber wird sie in ihrer Bedeutung gleichsam als Knotenpunkte in der Verstrickung der Begebenheiten hervorzuheben nicht müde werden.

In dem geistigen Streite wider die politischen Uebergriffe der römischen Hierarchie, der alsbald nach Beendigung des äußern Krieges mit Frankreich in unserem Vaterlande entbrannte, hatte der preußische Monarch zunächst keinen Anlaß gefunden, persönlich hervorzutreten; die nothwendigen Maßregeln wurden in den für die inneren Angelegenheiten herkömmlichen geschäftlichen Formen getroffen; als typische Momente des Streites aber boten sich der zeitgenössischen Phantasie eher einzelne parlamentarische Auftritte dar, in denen Minister und Oppositionsredner einander mit effektvollen Schlagworten zu Leibe gingen. Da kam denn durch die im Jahre 1873 von der preußischen Regierung an's Licht gezogene Privatkorrespondenz zwischen Papst Pius IX. und König Wilhelm der letztere auch in dieser Sache als Repräsentant seines Staates öffentlich in einer Weise zur Erscheinung, daß die Tagespresse den Zwischenfall der konstitutionellen Doktrin zum Troz einer Besprechung unterzog, zu der die authentische Publikation der beiden denkwürdigen Schriftstücke gewissermaßen aufforderte.

Auf nationaler Seite wurde gesagt: „Das ganze Schreiben des Papstes erscheint als ein einziger ungeheurer Anachronismus, nichts mehr und nichts weniger, aber eben darin liegt schon seine praktische Hinfälligkeit, wenn auch andererseits zuzugeben ist, daß es theoretisch für einen Standpunkt wie den päpstlichen, der als ein für allemal göttlich bestimmt gelten will, keinen Wandel der Zeit und somit auch keine Möglichkeit giebt, den Fehler eines Anachronismus zu begehen. Diesem trotzdem für uns Nichtpapisten thatsächlich vorhandenen Fehler gegenüber hatte nun die königliche Erwiderung leichtes Spiel: sie brauchte bloß die wirkliche gegenwärtige Lage der

Dinge schlicht auszusprechen, und der päpstliche Angriff war glänzend abgeschlagen.

„Formell motivirt Pius IX. seinen Versuch, eine persönliche Einwirkung auf das Gemüth König Wilhelms auszuüben, mit seiner Pflicht, allen, auch den Nichtkatholiken die Wahrheit zu sagen, da auch diese, sofern sie getauft seien, in irgend einer Beziehung dem Papste angehörten, mit anderen Worten: er ignorirt einfach die selbständige Aufstellung des Protestantismus, ja überhaupt das Dasein jedes nichtrömischen Christenthums. Nach päpstlicher Theorie ohne Zweifel sehr richtig gedacht; denn ist die römische Kirche wirklich die katholische im idealen Sinne, d. h. die einzige und allgemeine, so begreift sie auch die Ketzerseelen — wenigstens als Nieten möchte man sagen — noch in sich, der getaufte Nichtkatholik gehört dann dem Papste jedenfalls noch so an, wie das entlaufene Schaf dem Hirten, der immerhin dauernd den Wunsch hegen mag, das verlorene durch Rufe aus der Ferne zu leiten und wieder anzulocken. Nur freilich steht für uns Protestanten gegen diese Theorie unsere eigene aufrecht und abwehrend da, Behauptung wider Behauptung: mit einfacher Berufung auf seinen eigenen Glauben weist daher König Wilhelm als rechter Protestant den päpstlichen Anspruch auf Autorität für alle Christen als Illusion zurück. Und damit wird zugleich das Selbstzeugniß des römischen Oberpriesters, daß er die Wahrheit sage, zur Wahrheit halte, im Geiste des Protestantismus als eine subjektive Meinung bezeichnet; auch König Wilhelm bekennt sich seinerseits zum Dienste der Wahrheit, die denn freilich für ihn eine andere ist, als die römische. So selbstverständlich nun diese Abwehr uns Evangelischen erscheinen mag, so

nothwendig war sie doch gegenüber dem naiv ungeschichtlichen sozusagen altmodischen Unterfangen des Papstes, im Verkehr mit einem Protestanten die Existenz des Protestantismus außer Acht zu lassen. Gerade weil jeder von uns nicht anders geantwortet hätte, freuen wir uns der Antwort des Königs, begrüßen in ihr die Repräsentation unseres eigenen Bekenntnisses und empfinden lebhaft den nationalen Werth der Thatsache, daß dieser königliche Protestant zugleich unser deutscher Kaiser ist, daß unser gesamtes Volk zum erstenmal einen Mann an seiner Spitze sieht, welcher die geistige Befreiung, die wir Deutsche der Reformation verdanken, in sich fühlt und nach außen hin geltend macht.

„Die materielle Begründung nun der pontificalen Privatintervention ist nicht glücklicher, als die formelle. Pius spricht die Meinung aus, daß der preußische Herrscher die jüngste antihierarchische Politik seiner Regierung nicht billigen könne. Eben deshalb will er den König insgeheim dahin bestärken, mit diesem vermeintlichen stillen Widerspruche gegen die Handlungen seiner Minister nun auch öffentlich hervorzutreten, sich ein Herz zu fassen und Wandel zu schaffen, zumal ja doch klar sei, daß die als unrichtig erkannte Politik verderblich wirken, am letzten Ende gar gefährlich für den Thron selbst werden müsse. Auch diese ganze Argumentation darf man als unmodern im höchsten Grade bezeichnen; es ist die alte Diplomatie der Kurie, wie sie an den Höfen der absoluten Monarchien etwa des 17. Jahrhunderts mit Erfolg geübt ward, wo den Einfluß der amtlich bestellten Rätthe der Krone der Gegenstrom des Gewissensrathes durch Nuntius oder Beichtvater zurückzudrängen suchte, am häufigsten und am glücklichsten eben unter Hinweis auf das angeblich

bedrohte dynastische Interesse; wo in der That hier und da Minister und Beamte mehr oder weniger autokratish regierten und verwalteten, bis es dem Wühlen der Gegner gelang, sie plötzlich durch die Hand der umgestimmten Fürsten zu stürzen. In solchen Phantafien befangen — Reminiscenzen ehemaliger Tage, die sich im Vatikan vielleicht ähnlich, wie die alten Kostüme und Ceremonien erhalten haben — hält der sanguinische Greis eine Trennung des Königs von seiner Regierung, ja wohl gar eine Zurücknahme der bereits sanktionirten Gesetze lediglich auf sein Mahnwort hin, für möglich. Wie dort auf die notorische Lehre seiner Konfession kann der König hier kurzer Hand auf das ebenso notorische Verfassungsrecht seines Staates hinweisen, wonach überhaupt kein Regierungsakt denkbar ist, den der Landesherr nicht gebilligt hätte. Die ganze Voraussetzung, von der das päpstliche Anschreiben ausging, zerfällt dadurch in nichts, und wenn sich Pius, um sie zu stützen, auf ihm zugekommene Mittheilungen bezog, so ist nur zu bedauern, daß er die Namen seiner Berichterstatter rücksichtsvoll verschwiegen; denn sollten es etwa — was nicht unwahrscheinlich — preussische Staatsbürger gewesen sein, so wäre es an der Zeit, ihnen allen Ernstes korrektere Anschauungen von der verfassungsmäßigen Stellung ihres Staatsoberhauptes beizubringen. Wenn ferner der Papst die Glaubwürdigkeit jener Angaben auch seinerseits durch den Hinweis auf frühere briefliche Aeußerungen des Königs bekräftigen zu dürfen glaubte, so hat der letztere darauf nicht direkt erwidert. Das Mißverständniß des römischen Bischofs scheint darauf zu beruhen, daß er die jetzige Kirchenpolitik des Königs deshalb nicht mit dem sonstigen Ausdruck allgemein christlicher und natürlich

auch dem katholischen Glauben so vieler seiner Unterthanen Landesväterlich wohlwollender Gefinnung desselben zu vereinigen weiß, weil er eben dieser Kirchenpolitik irriger Weise eine Tendenz zur Vernichtung des Katholizismus beimißt. Die Zurückweisung dieses Irrthums bildet den Hauptbestandtheil des königlichen Briefes.

„Gewahrten wir bisher in diesem Brief ein protestantisches und ein specifisch preußisches Moment, so vertritt in diesen wesentlichsten Abschnitten seiner Antwort König Wilhelm das Recht des modernen Staates überhaupt gegenüber den Auflehnungen hierarchischer Mächte. Er erklärt sich verpflichtet und bereit, Frieden, Ordnung und Gesetz des Staates gegen jede kirchliche Anmaßung und Anfechtung, die mit der Sache der Religion und Wahrheit nicht das Mindeste zu thun haben, kräftig zu schützen und durchzuführen. Diese Versicherung des Königs ist es, die ihn weit über die Grenzen der protestantischen Welt hinaus auch bei den staatsfreundlichen Katholiken der Nachbarlande in der Presse Oesterreichs-Ungarns, der Schweiz und Italiens lauten Beifall erweckt hat, sie wird auch in Deutschland, ja in Preußen selber die national und patriotisch denkenden Männer katholischen Bekenntnisses zur unerfrockenen Ausübung ihrer Pflichten gegen Vaterland und Staat ermutigen. Die ultramontane Partei andererseits geräth durch die Publikation des königlichen Briefes unleugbar in die peinliche Lage eines Gegensatzes nicht bloß gegen den Staat und seine Gesetze, sondern auch gegen die persönliche Haltung des Monarchen. Denn nicht bloß den Gesegentwürfen, die ihm seine Minister unterbreitet, auch den Motiven dazu, welche diese so oft unter heftigstem parlamentarischen Wider-

Sprüche der Merikalen Fraktion öffentlich dargelegt haben, giebt König Wilhelm nochmals ausdrücklich eine persönliche Sanction, indem auch er dem Papste gegenüber die vor zwei Jahren, erfolgte Organisation der Partei des sogenannten Centrums als den Ausgangspunkt der kirchenpolitischen Irrungen bezeichnet. Für diese Erschwerung ihrer eigenen politischen Stellung mögen sich denn die Herren Ultramontanen bei ihrem Papste bedanken, der den verhängnißvollen Briefwechsel begonnen.

„Wir Andern aber begrüßen auf's neue diese Kundgebung unsres Königs und Kaisers als eine jener stellvertretenden Handlungen, die ihm das Schicksal zugebilligt, als es ihn zum Haupte des deutschen Volkes auserkäh. Es wäre dabei ganz einerlei, wenn er die sprachliche Fassung seiner Gedanken, wie es bei politisch wichtigen Akten Brauch ist, vielleicht der Hand eines vertrauten Beamten überlassen hätte, denn eben in dem völligen Einvernehmen mit seinen Behörden, zu dem er sich in dem Briefe bekennt, liegt in diesem Fall für uns der Hauptwerth seines persönlichen Schrittes. Friedrich Wilhelm IV. freilich hätte einen derartigen Anlaß mit Freuden zu dem allerindividuellsten Ergüsse seines innersten Innern benützt, aber — man braucht sich nur vorzustellen, wie Friedrich Wilhelm IV in solchem Falle geschrieben und gehandelt hätte, um mit doppelter Befriedigung zu dem Briefe König Wilhelms zurückzukehren.“

Im Januar 1878, beim Tode Victor Emanuels, machte auf Kaiser Wilhelm das patriotische Verhalten der italienischen Geistlichkeit einen außerordentlichen Eindruck. Es war die berliner „Germania“ selber, welche dieses patriotische

Verhalten in das hellste Licht stellte. Sie schrieb nämlich unter der Ueberschrift „Auch eine Leichenrede auf Viktor Emanuel“: „Man muß Vieles, sehr Vieles auf den zu Ueberschwänglichkeiten geneigten Charakter des leicht erregbaren italienischen Volkes schieben, um die geradezu tolle Abgötterei zu begreifen und zu entschuldigen, welche mit Viktor Emanuel nach seinem Tode getrieben wird. Die Zeiten des alten heidnischen Roms mit der Apotheose seiner kaiserlichen Tyrannen sind zurückgekehrt, mit dem einzigen Unterschiede, daß der Cadaver nicht verbrannt wird; an den über dem Scheiterhaufen aufgelassenen Adler erinnert der mächtige Vogel aus Pappel, der auf der First des Pantheon aufgestellt worden ist, wo der König heute begraben werden soll.

„Daß die Anhänger der Regierung in Guldigungen und Verherrlichungen das Kühnste leisten, verstehen und begreifen wir; daß die Liberalen und Republikaner um keinen Preis hinter jenen zurückstehen, können wir uns auch erklären; hat doch Victor Emanuel ihren Traum vom Einheitsstaate verwirklicht und sich sein Leben lang als gehorsamer Handlanger der Sekte erwiesen. Mein, daß auch die katholische Presse, daß der Klerus Italiens und selbst die Bischöfe und sogar Kardinäle sich von dem allgemeinen Schwindel haben fortreißen lassen, das — wir wiederholen es — vermögen wir einzig aus dem zu Ueberschwänglichkeiten so sehr geneigten Charakter des leicht erregbaren italienischen Temperaments einigermaßen zu entschuldigen. Wenn man die katholischen Zeitungen, wenn man die Hirtenbriefe mancher Bischöfe liest, so muß man in der That glauben, daß Victor Emanuel ein halber Heiliger war, dessen Canonisationsprozeß baldmöglichst einzuleiten sein wird, daß die Kirche

in Italien ihn zu ihren größten Wohlthätern zählt, der die Orden nicht aufgehoben und ihr Gut eingezogen, sondern sie unter seinen väterlichen Schutz genommen, der die Bischöfe nicht beraubt und in die Gefängnisse geworfen, sondern ihrer seelsorglichen Thätigkeit die weitesten Bahnen eröffnet, der den Papst nicht entthront und durch seine ganze Regierung die Prophezeiung des Crux de cruce wahr gemacht, sondern als ein zweiter Constantin Papstthum und Kirche zur größten Glorie emporgehoben hat.

„Wenn man dem Verstorbenen die ungeheuere Schuld vergißt, die er wider die Kirche, deren Sohn er sich nannte, begangen hat, wenn man der Freude Ausdruck giebt, daß Gott ihm in seiner letzten Stunde die Gnade vergönnt hat, beichten zu können, wenn man dem heiligen Vater dankt, daß er dem Sterbenden das Wort der Vergebung und Verzeihung zugerufen, so ist das christlich und schön und lobenswerth. Und ebenso finden wir es durchaus höchst zweckdienlich, daß in allen Kirchen des Landes Seelenmessen für den König angeordnet wurden. Allein, wenn z. B. die „Voce“ ihn gleich in ihrem ersten Artikel als den größten Mann des Jahrhunderts preist und Napoleon III. und Bismarck als Stümper neben ihn hinstellt; wenn einzelne Hirtenbriefe der Bischöfe in Lobhudeleien so sehr alles Maß überschreiten, daß der dem Vatican nahe stehende „Osservatore“ erklärt, sie nicht abdrucken zu können, dann ist das — man verzeihe den scharfen Ausdruck — eine Charakterlosigkeit, die wir den Katholiken Italiens nicht zugetraut hätten.“

„Die liberalen Blätter veröffentlichen die Erklärung, welche der König vor dem Empfange der Sterbesacramente

abgegeben hat; sie lautet: „Ich sterbe als Katholik. Ich habe niemals irgend einen Act begangen mit der Absicht, der Kirche zu nahe zu treten (offendere). Ich bedaure, daß die Entschlüsse, die ich für das Wohl Italiens fassen mußte, Ursache gewesen sein konnten, der Person des Papstes Schmerz zu bereiten.“ Man muß gestehen, das ist eine sehr gewundene und geschraubte Erklärung. Der heilige Vater hat sich mit derselben zufriedengestellt und begnügt, und es entspricht ganz und gar dem milden, väterlichen Herzen Pius IX., wenn er auch die leise Neußerung der Reue gelten ließ, um daraufhin dem Reichvater die erforderliche Vollmacht zu ertheilen. „Möge Gott ihm verzeihen,“ sagte der Papst, als er den Tod des Königs vernahm. Später bemerkte er, der Priester spreche die Worte der Absolution, aber Gott sei es, der das Urtheil ratificiren müsse. — Hoffen wir in christlicher Liebe, daß Gott sein Ja und Amen dazu gesagt habe. Jedenfalls aber haben die Katholiken keine Ursache, auf jede Erklärung hin alle die päpstlichen Hirtenbriefe zu vergessen, in welchen Pius IX. vor der gesammten katholischen Welt auf das Bitterste und Schmerzlichste Klage wieder die Vergewaltigung führt, welche die Kirche und der heilige Stuhl durch Victor Emanuel zu erdulden hatten. Diese Klagen sind nicht geföhnt; von dem Raub an Kirchen- und Klostergut ist nichts zurückerstattet; von Allem, was gegen den heiligen Vater geschehen, ist nichts wieder gut gemacht worden.“

„Victor Emanuel hat ein so ausschweifendes Leben geführt, daß man fast auf ihn das Wort des alten Lactantius anwenden dürfte, er habe es sich für seine Lüste zum Grundsatz gemacht, Alles, was er begehrte, für erlaubt

anzusehen — der König hinterläßt eine Privatschuld von 38 bis 40 Millionen!! — Mehr wollen wir über das Privatleben des Hingeshiedenen nicht sagen; es ist mehr denn ausreichend, um auch nach dieser Hinsicht in Lobeserhebungen des Verstorbenen sich der äußersten Sparsamkeit zu befleißigen.

„Victor Emanuel hat Italien einig gemacht und zu einer Großmacht erhoben, um deren Gunst verschiedene Großmächte buhlen. Das ist ein politisches Verdienst, das wir die Italiener in den Himmel erheben lassen wollen, so hoch es ihnen beliebt. Allein die in höchstem Grade unmoralischen Mittel, die er dazu angewendet hat, die kann man nicht vergessen. Und wenn er Italien einig gemacht, hat er es auch unglücklich gemacht.“

Es lag nahe, daß Kaiser Wilhelm, als er von diesem Artikel der „Germania“ Kenntniß nahm und daraus erfaß, wie hochpatriotisch und gut royalistisch der italienische Klerus bis zu den Kardinälen hinauf sich beim Tode Victor Emanuels erwies, Vergleiche zog und sich vielleicht fragte, warum denn in Preußen und Deutschland das ganz anders sei.

Dem Ultramontanismus hat es während des Kulturkampfes an guten Freunden am Berliner Hofe nicht gefehlt. Fürst Radziwill, der Flügeladjutant des Kaisers Wilhelm, hat im Herrenhause die Ansprüche oder die Rechte seiner Landsleute, der Polen, stets verfochten, wie er als strenger Katholik stets die Kulturkampf-Gesetzgebung energisch bekämpfte und, wie Graf Nesselrode, der Oberhofmeister der Kaiserin, jedem Mai-Gesetze gegenüber regelmäßig sein Votum mit „Nein“ abgegeben hat. Die geschlossene Phalanx, die sich schon 1872 im Herrenhause dem Schulaufsichtsgesetz entgegen-

stellte, zählte sehr hervorragende Hofpolitiker. Beim Kaiser Wilhelm galt nur der treue persönliche, oder der gewissenhafte Staatsdienst, niemals der Parteistandpunkt oder gar die Konfession. Herr von Schleinitz, der liberale Staatsmann aus der „neuen Aera“, der seitdem einen wenig unterbrochenen geheimen Kampf gegen den Herrn von Bismarck, zuerst gegen dessen äußere (1862—1866), dann gegen dessen innere Politik führte, hat dem Kaiser stets innerlich so nahe gestanden, als äußerlich (als Minister des Kaiserlichen Hauses 1861—1885). Auch Herr von Schleinitz, obwohl ein liberaler Protestant, stellte sich in dem Kulturkampfe auf die Seite des Flügeladjutanten des Kaisers und des Oberhofmeisters der Kaiserin. Herr von Gruner, der sich bald nach dem Rücktritt des Herrn von Schleinitz von der Führung der auswärtigen Angelegenheiten als Unterstaatssekretär zur Disposition stellen ließ, bekämpfte ebenfalls im Herrenhause vom liberalen Standpunkte aus die Kirchenpolitik Bismarcks und galt als das Sprachrohr des Herrn von Schleinitz. Im Jahre 1873 gab es einmal eine sehr heftige Auseinandersetzung zwischen dem Herrn von Gruner und dem Fürsten Bismarck im Herrenhause. Bald darauf verlieh der Kaiser dem Herrn von Gruner den Titel eines Wirklichen Geheimen Rathes, wobei Schwierigkeiten wegen der Gegenzeichnung dieser Verfügung entstanden. Fürst Bismarck lehnte sie ab, und sie erfolgte sodann durch den Hausminister von Schleinitz. Es übernahm also ein Hofbeamter, wie der Minister des königlichen Hauses es ist, eine Gegenzeichnung. Herr von Gruner war also verfassungsrechtlich nicht Wirklicher Geheimer Rath, da der Verfassung gemäß ein Staatsminister, nicht ein Hofbeamter, gegenzeichnen muß.

Auch hat der Staatsanzeiger, als im Oktober 1885 Herr von Gruner starb, diese Ernennung ignorirt und bei Erwähnung des Todesfalles nur von einem Wirklichen Geheimen Legationsrath a. D. gesprochen.

Ein besonders heftiger Gegner des Kulturkampfes und des Fürsten Bismarck war der frühere Finanzminister von Nobelschwingh. Obwohl Protestant, sagte er über die kirchlichen Gesetze zum Kaiser: „Die wahre Verwirrung wird beginnen, wenn diese Gesetze von Ew. Majestät sanktionirt werden und wenn Ihre Regierung dieselben einführen wollen. Dann wird der Augenblick kommen, ich bin dessen gewiß, wo der durch diese Gesetze verursachte Brand so groß sein wird, daß er das Gebäude der falschen Politik Bismarcks in den kirchlichen Angelegenheiten zerstören wird.“ Der Kaiser antwortete: „Beinahe überall werden mir solche Bemerkungen über diese Gesetze gemacht, aber ich kann die katholischen Priester weder in Deutschland, noch in Preußen regieren lassen.“

Fürst Bismarck klagte schon 1872 über Einflüsse der ultramontanen Partei am Hofe. „Ich habe“, sagte er, „Sr. Majestät schriftlich gemeldet, daß ein Kammerherr der Kaiserin neben seinen erheblichen Beisteuern zu Agitationen gegen die Regierung in Oberschlesien auch die Geldstrafe aus eigenen Mitteln gedeckt habe, zu welcher ein polnischer Agitator wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden ist. Auf diese Anzeige hat der Kaiser sich in schriftlicher Randbemerkung weitere Ermittlungen und weiteres Verfahren vorbehalten, aber die Agitation dauert fort.“

Noch im Jahre 1877 erfolgten jene Ausfälle gegen

den „Koblenzer Hof“, von denen oben bei einer anderen Gelegenheit die Rede gewesen ist.

In einem Hefte der „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland“, dem vielberufenen Görres-Jörg'schen Organe, erörterte P.(aul) M.(ajunke) die Empfindungen, welche die preussischen und deutschen Katholiken anlässlich der Krankheit des Kronprinzen Friedrich Wilhelm erfüllten. Er führte Folgendes aus:

„Gemeinhin bestand und besteht zum Theil noch die Vorstellung, daß, wenn der Kronprinz zur Regierung komme, der „Liberalismus“ in Kirche und Staat zur Herrschaft gelangen würde. Man schloß dies namentlich aus dem „freisinnigen“ Verkehr, den der Kronprinz und mehr noch seine Gemahlin an ihren Hof zu ziehen wußten. Da sah man auf ihrem Parquet Vertreter „liberaler“ Kammer-Fraktionen, „liberale“ Professoren und Künstler und selbst „liberale“ Prediger sich bewegen. Auch die freiere Richtung in der Loge fand hier ein Asyl. Indes, der „Liberalismus“ ist auch bei manchen Höfen nur eine Mode. Je mehr an den Kronprinzen der Ernst des Lebens herantrat; je näher an ihn die Möglichkeit herankam, daß er selber das Scepter zu führen haben werde — eine Eventualität, die sich seit fünfzehn Jahren continuirlich für die nächsten vierundzwanzig Stunden bei ihm ankündigte — desto mehr drang bei ihm die Ueberzeugung durch, daß er einst ein Landesvater aller Unterthanen sein müsse, und er deshalb über den Parteien zu stehen habe. Gleichzeitig brachte der sichtliche Mißerfolg der Manchesterpolitik und das greifbare Fiasko der „Kulturkämpfer“ in ihm das

Bedürfniß hervor, auch mit Vertretern der von der Regierung von 1870 bis 1878 bekämpften Parteien in Verbindung zu treten, und es wurde öfters bemerkt, wie er bei Hoffsten u. A. adelige Mitglieder der Centrumsfraktion durch längere Unterredungen auszeichnete. Schon am 1. März 1874 hatte der Kronprinz sein Amt als Großmeister im Freimaurer-Bunde niedergelegt — er behielt nur das „Protektorat“ — weil es ihm klar wurde, daß er „durch die Loge in Verbindungen komme, die der Gerechtigkeit eines regierenden Fürsten hindernd in den Weg treten könnten.“ Die Verwundungen, welche der Kaiser in Folge des Nobiling'schen Attentats erlitten, brachten den Kronprinzen als stellvertretenden Regenten zum ersten Male vor die Oeffentlichkeit. In dieser seiner Eigenschaft erließ er u. A. ein Antwortschreiben an den Papst auf das von letzterem dem Kaiser bekundete Beileid. Das vom Fürsten Bismarck gegengezeichnete Aktenstück beginnt mit den Worten: „Ew. Heiligkeit für die bewiesene Theilnahme Selbst zu danken, ist der Kaiser, mein Herr Vater, leider noch nicht im Stande. Gern lasse Ich es daher eine Meiner ersten Obliegenheiten sein, an Seiner Statt Ihnen für den Ausdruck Ihrer freundlichen Gesinnungen aufrichtig zu danken.“ Es folgt nunmehr ein Hinweis auf den in zwei vorangegangenen Schreiben vom Papste ausgesprochenen Wunsch nach Beilegung der kirchlichen Streitigkeiten. Der Kronprinz bemerkt darüber: „Dem in Ihrem Schreiben vom 17. April ausgesprochenen Verlangen, die Verfassung und die Gesetze Preußens nach den Satzungen der katholischen Kirche abzuändern, wird kein preußischer Monarch entsprechen können,

weil die Unabhängigkeit der Monarchie, deren Wahrung Mir gegenwärtig als ein Erbe Meiner Väter und als eine Pflicht gegen Mein Land obliegt, eine Minderung erleiden würde, wenn die freie Bewegung ihrer Gesetzgebung einer außerhalb derselben stehenden Macht untergeordnet werden sollte. Wenn es daher nicht in Meiner und vielleicht auch nicht in Ew. Heiligkeit Macht steht, jetzt einen Prinzipienstreit zu schlichten, der seit einem Jahrtausend in der Geschichte Deutschlands sich mehr als in der anderer Länder fühlbar gemacht hat, so bin Ich doch gern bereit, die Schwierigkeiten, welche sich aus diesem von den Vorfahren überkommenen Konflikt für beide Theile ergeben, in dem Geiste der Liebe zum Frieden und der Versöhnlichkeit zu behandeln, welcher das Ergebnis Meiner christlichen Ueberzeugung ist.“ So der Prinz-Regent unterm 10. Juni 1878. Ob der bedauernswerthe Schreiber das „Erbe seiner Väter“ wird antreten können, steht nun leider dahin. Aber, wie dem auch sei: Der Standpunkt, von welchem er hier unter Assistenz des Fürsten Bismarck ausging, hat bereits verlassen werden müssen. Preußen hat „Prinzipien aufgeben und seine Gesetze nach den Satzungen der katholischen Kirche abändern“ müssen, wenn anders es nicht innerem Siechthum verfallen wollte! Immerhin aber berührte die entgegenkommende Form schon angenehm, in welcher der Prinz sich ausdrückte; sie bildete einen wohlthuenden Gegensatz zu dem Tone, der vorher in amtlichen Berlinischen Erlassen gegenüber dem Oberhaupte der katholischen Kirche war angeschlagen worden. „Suaviter in modo, fortiter in re“, zeigte sich auch der Kronprinz, als er am 27. Dezem-

ber 1883 einen persönlichen Besuch im Vatikan machte. Hier wich er abermals allen Versuchen des Papstes aus, die kirchenpolitischen Fragen zu näherer Erörterung zu bringen. Er sei, erklärte er, als Gast des Königs von Italien (aus Spanien) nach Rom gekommen, und habe es dabei als seine Pflicht erachtet, auch Sr. Heiligkeit einen Besuch abzustatten. Ueber den Stand der kirchenpolitischen Verhandlungen zwischen Rom und Berlin sei er nicht ausreichend informiert, gebe sich aber der Hoffnung hin, daß es Sr. Heiligkeit bald gelingen würde, mit seinem Vater, dem anerkannten Friedensfürsten, zu einem befriedigenden Ausgleich zu kommen. Auch hier mußte wenigstens die Thatfache des Besuchs im Vatikan erfreuen. Sie fiel umso mehr ins Gewicht, als der Kronprinz einige Jahre vorher in Rom sich aufgehalten hatte, ohne beim Papste vorgesprochen zu haben. Zum Fürsten Bismarck hat der Thronfolger niemals in engeren Beziehungen gestanden.

„Man schreibt diesen Umstand hauptsächlich der Kronprinzessin zu, welche befürchten soll, daß durch des Kanzlers persönliche Bedeutung der Glanz des regierenden Herrscherhauses viel verlieren könne. Es circularirten deshalb in Berlin auch längere Zeit fertige Ministerlisten, welche für den Fall, daß der Kronprinz zur Regierung käme, bald verwirklicht werden sollten; es standen darauf Männer, deren „Ergebenheit“ ebenso incontestabel war, als ihr „Liberalismus“ z. B. v. Bennigsen: Reichskanzler, Gneist: Cultusminister u. Als v. Bennigsen vor einigen Jahren aus dem parlamentarischen Leben schied (in das er bei den letzten Reichstagswahlen in Folge der Kurzsichtigkeit Richters und Genossen

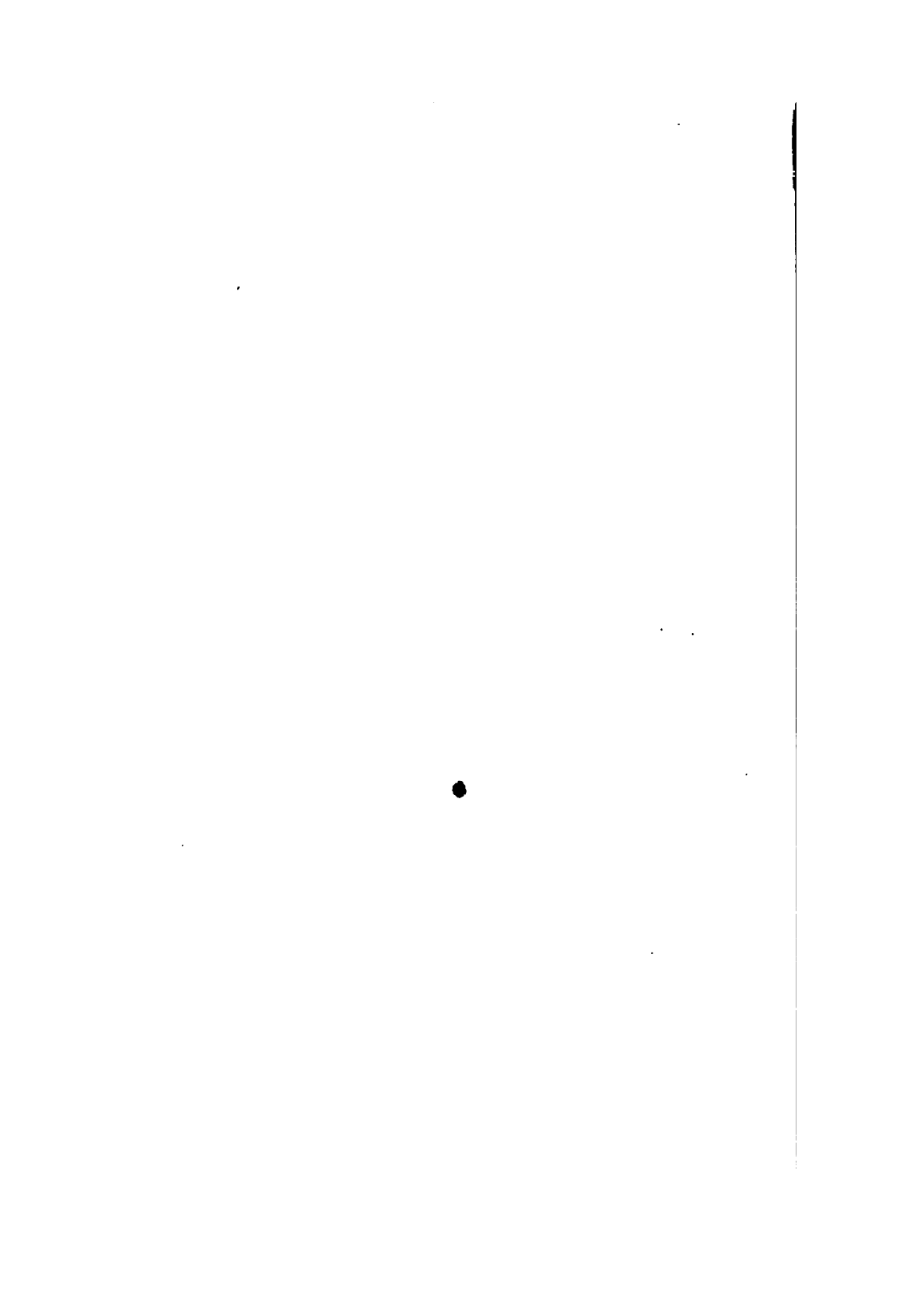
wieder hineingehoben wurde), erzählte man allerwärts, ohne Widerspruch zu finden, er „spare sich für den Kronprinzen auf“. Thatsache ist es auch, daß Fürst Bismarck in den letzten Monaten im engeren Kreise wiederholt erklärt hat, er müsse sich beeilen, den Frieden mit Rom zum Abschluß zu bringen, da man nicht wisse, was später kommen könne“. Auffällig ist es auch ohne Zweifel, daß der Prinz Wilhelm trotz seiner jungen Jahre schon geraume Zeit weit mehr in den Vordergrund getreten war, als sein Vater. Wenn wir uns refümiren und die Frage zur Beantwortung stellen, welche Chancen die preußischen resp. deutschen Katholiken von der Thronbesteigung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm zu erwarten hätten, so müssen wir sagen, daß es eine Zeitlang allerdings den Anschein hatte, daß die Katholiken für eine Aera des „Liberalismus“ unter dem Zeichen des Protestantenvereins und des „Evangelischen Bundes“ sich einzurichten haben würden, und daß das in Rheims gesprochene Wort des Kanzlers: „Wenn wir werden Herr des Katholicismus sein“ zc. alten Traditionen gemäß auch für die internationale Politik an höherer Stelle sanktionirt werden würde; — daß aber aus inneren und noch mehr aus äußeren Gründen die Durchführung eines solchen Programms bald als aussichtslos und nicht gerecht erkannt worden war und deshalb eine Aera der Gerechtigkeit zum Durchbruch gekommen wäre. Die Geschichte des „Culturkampfes“ hat zwar bewiesen, daß auch im mächtigen „protestantischen“ Preußen-Deutschland die katholische Kirche nicht nur ohne, sondern selbst gegen die weltliche Macht sich zu erhalten und nach innen und außen noch sich zu vervollkommen weiß und

daß hier wie anderwärts nur der „Herr des Katholicismus“ werden kann, der allein vom Stifter der Kirche dazu legitimirt ist: der Papst. Aber immerhin muß man, soweit irdische Faktoren in der Geschichte der Kirche in Betracht kommen, auch vom katholischen Standpunkte das tragische Geschick, dem der deutsche Thronfolger entgegenzugehen scheint, aufrichtigst bedauern“.



Graf Herbert Bismarck.







Hürst Bismarck hat einmal von den jungen angehenden Diplomaten gesagt, daß das Amüsement zu ihren Berufspflichten gehöre, und durchaus offiziell betrieben würde. „Das ist genöthigt und sieht sich gern genöthigt, alle Sorgfalt auf ein möglichst vortheilhaftes Exterieur zu verwenden. Das wird an den Hof eingeladen, verkehrt sonst in vornehmen und reichen Häusern, z. B. bei Finanzgrößen, die sich von dem Glanze alter Adelsgeschlechter bestrahlen lassen, das dinirt und soupir, tanzt, spielt, besucht den Jockeyklub oder einen anderen gleichen Genres und thut das alles keineswegs zum Vergnügen, ja vorwiegend aus Pflichtgefühl. Denn das ist alles de la plus stricte nécessité. Man muß sich orientiren, sich bekannt machen unter der Elite der Gesellschaft, sich ihr nach Kräften empfehlen, man hat die Personen und Zustände des Hofes zu studiren und zu sorgen, daß man selbst nicht verborgen bleibt, sondern geschätzt, gesucht und ausgezeichnet wird. Es ist die erste Aufgabe der Novizen, und wie und wo ließe sich die anders

lösen, als durch fleißige und gewissenhafte Benutzung der eigens zu diesem Zwecke bestimmten Einrichtungen und Gelegenheiten. Insofern läßt sich gegen die Sache gewiß nichts einwenden. Nur ist die Folge, daß die Mehrzahl der in die Praxis der Diplomatie eintretenden jungen Kavaliere der anziehenden Seite ihrer Berufsthätigkeit ihre Aufmerksamkeit vor der anderen zuzuwenden pflegt, und daß die Auffassung und Methode des Lebens, die sie sich dort aneignen, auf die Art und Weise einwirkt, wie sie die Geschäfte beurtheilen und behandeln. Sie gewöhnen sich im Umgange, namentlich mit ihren Bekanntschaften vom diplomatischen Korps, an den Gebrauch leerer, rein konventioneller Phrasen, sie lernen Wohlgefallen an geistreichem oder inhaltsarmen Geplauder, am Witzeln, an pikanten Anekdoten, an mehr oder minder feiner Malice und Medisance zu finden, den anwesenden Gegnern jede Artigkeit zu erweisen, über die abwesenden Freunde moquante Bemerkungen fallen zu lassen, Ränke zu spinnen, die Bekannten auch um Kleinigkeiten anzubohren und auszuhorchen und die Wahrheit nur mit Modifikation zu reden. Sie kommen dahin, daß der Schein ihnen zum Wesen wird und daß sie dem Nebensächlichen vor dem Wichtigem den Vorrang einräumen, und alles das wird ihnen allmählich so zur zweiten Natur, daß sie darnach bisweilen für ihre ganze Lebenszeit die Geschäfte behandeln, daß sie darauf vorzüglich ihr Streben richten, darin ihren Ruhm suchen und damit ihre Berichte füllen.“

Man darf wohl voraussetzen, wer solche Erfahrungen, wie unser Fürst Bismarck gesammelt hat, um Urtheile dieser Art über die Jugend unserer Diplomatie auszusprechen vollberechtigt zu sein, Macht genug über den eignen Sohn aus-

geübt hat, um ihn über das Niveau der Leute von Fach ein gut Theil zu erheben. Darf man von einer Schule Bismarcks sprechen, in der weder das Ränkespinnen, noch der Schein statt des Wesens, noch das Nebensächliche statt des Wichtigsten eine Geltung hat, so wird zumal derjenige Schüler, der unmittelbar unter den Augen des Lehrers groß geworden ist, vor dergleichen Behandlung der Geschäfte sich haben bewahren lassen. Nun erwäge man die Verwendung der jungen diplomatischen Kraft von früher Zeit an für die wichtigsten Missionen und immer unter der Inspiration des hohen Meisters, so wird man schwerlich in der Schätzung des Zöglings ein Wort zuviel sagen können. Seit etwa zehn Jahren ist mit jeder großen Krise Deutschlands der Name Herbert Bismarck verknüpft. Wir wollen diesen Zeitraum hier schnell durchlaufen, und den Antheil des Sohnes unseres Reichstanzlers an den Ereignissen darthun, soweit dieses in einer kurzen Skizze möglich und soweit ein Profaner im Stande ist, die Thätigkeit eines Einzelnen in dem meist undurchbringlichen Wirrwarr der Tagesdiplomatie sich zurecht zu finden.

Der Sohn des Reichstanzlers, 1874 Gesandtschafts-Attaché in München, machte 1876 zugleich mit Prinz Arenberg das diplomatische Examen. — Wir finden ihn in demselben Jahr als Sekretär in Bern, später in Dresden. Im Sommer 1878 begegnen wir ihm auf dem Berliner Kongress, wo er mit den vielen hohen Würdenträgern, aus denen diese Versammlung sich zusammensetzte, von Anton von Werner verewigt worden. Auf dem bekannten Kongress-tilde hat im Vordergrund zur Seite des Fürsten Bismarck der seitdem verstorbene Staatsminister von Bülow seinen

Platz gefunden, zur anderen Seite gewahrt man den energisch geschnittenen Kopf Lothar Buchers und die Gruppe der Sekretäre des Kongresses, von Holstein, Busch und Graf Herbert Bismarck. Letzterer ist aber nicht bloß als Sekretär des Kongresses thätig gewesen, sondern auch als diplomatischer Agent. Es handelte sich um die Okkupation und Administration Bosniens und der Herzegowina. Daß selbst in diesem Punkte Deutschland den Wünschen Rußlands näher stand als jenen Oesterreich-Ungarns, daß es daher von der russischen Presse höchst ungerecht ist, wenn sie der deutschen Politik heute das Gegentheil zum Vorwurf macht, dafür spricht eine charakteristische Thatsache, zu deren Kenntniß wir durch eine Mittheilung des verstorbenen Ministers des Auswärtigen Baron Haymerle (bekanntlich einer der Vertreter Oesterreich-Ungarns am Berliner Kongresse) gelangt sind. Noch in jener Nacht, welche dem für die Verhandlung der bosnischen Angelegenheit bestimmten Sitzungstage voranging, schickte Fürst Bismarck — es war bereits spät nach Mitternacht — seinen Sohn Herbert zum Grafen Andrassy, derselbe möge sich doch noch einmal überlegen, ob es nicht besser wäre, die Forderung Oesterreich-Ungarns bezüglich Bosniens und der Herzegowina fallen zu lassen.

Im Januar 1881 trat Graf Herbert Bismarck, bis dahin in Dresden als Legationsrath, in die politische Abtheilung des Auswärtigen Amtes ein.

Im Monat December desselben Jahres sprachen Pariser Zeitungen viel von einer geheimen Mission des Grafen Herbert nach London. Ueber den Ursprung der darauf bezüglichen Mittheilungen wurde damals aus der deutschen Botschaft in Paris geschrieben: „Der neue Conseil-Präsident

der französischen Republik soll von sehr jungen unerfahrenen Leuten umgeben sein, die in ihrer gegenwärtigen Rolle als ministerielle Sekretäre ihre jüngste Vergangenheit, da sie noch Journalisten waren, nicht völlig vergessen können und noch jetzt Neuigkeiten zu erhaschen suchen, darüber in Konversation Betrachtungen anstellen und Schlußfolgerungen daraus ziehen. Wie glücklich oder unglücklich die letzteren nun immer ausfallen mögen — sicher ist, daß dieselben mehr oder weniger bald ihren Weg in die Pariser Blätter finden. — Falls Herr Gambetta nicht Disciplin in seinen Hofstaat bringt, so ist vorauszusehen, daß sich solche Erscheinungen wie die erwähnte Veröffentlichung jenes in Paris fabricirten Telegramms aus London noch öfters wiederholen werden. Unerfahrene Leute sehen selten das Nächstliegende und verfallen auf alles andere eher als auf die natürlichste Erklärung. Daß der Fürst Bismarck die in London vorhandene Vakanz durch seinen Sohn ausgefüllt habe, um demselben, der monatelang als Privatsekretär des Reichskanzlers in ange strengtester Thätigkeit sich befunden hat, einige Monate Aufenthalt in London und eine zeitweilige Erholung zu gönnen, das ist eine viel zu natürliche und ungezwungene Erklärung, als daß darauf Leute verfallen könnten, deren Gedanken und Betrachtungen das Kriterium der Jugend und Unerfahrenheit, die Unnatur, offenbaren. Leider ist dieses Haschen nach fernliegenden superflugen Erklärungen für die einfachsten Thatsachen auch bei Franzosen, die auf gereifterer Altersstufe stehen, anzutreffen; eine Redewendung, die in keiner anderen Sprache existirt, weil für dieselbe kein Bedürfniß vorhanden ist, erweist diese französische Eigenthümlichkeit des *chercher midi à quatorze*

heures. Der Gedanke, daß die deutsche Regierung gleichzeitig mit ihrem Botschafter, in dessen Begleitung bekanntlich Graf Herbert Bismarck in England angekommen ist, einen Sekretär mit einer geheimen Instruction an einen englischen Minister schicken sollte, hat etwas so Verkehrtes, daß nur ganz unerfahrene Leute auf Grund von Romanlektüre oder eigener Imagination auf dergleichen kommen können. Wenn die Regierung sich mit einem so wunderlichen und in ihre Politik so wenig hineinpassenden Plane überhaupt trüge und es dann unmöglich fände, ihren eigenen Vertrauensmann, — ihren Botschafter in England, — damit zu beauftragen, so würde ja doch in geordneten Verhältnissen ein solcher Botschafter weder gehalten werden, noch bleiben können. — Auch das Anstandsgefühl kann in den Kreisen der Erfinder dieser Sensationsgeschichte nicht sehr lebhaft sein, wenn sie annahmen, daß ein junger Mann von gutem Hause neben seinem ihm und seiner Familie befreundeten Botschafter mit einer geheimen Instruction in der Tasche, von der der Botschafter nichts wissen darf, nach London reisen und darüber verhandeln werde.“ Man scheint später anders gedacht zu haben.

Ende 1882 ist Graf Herbert in Wien. Es war das eine sehr unruhige, spannungsvolle Zeit, wo wieder, wie in den Jahren 1875 und 1879, die Frage „Krieg in Sicht“ alle Gemüther aufregte. Die „Köln. Ztg.“ und die „Neue Preussische“ brachten heftige Artikel gegen Rußland und Frankreich. Besonders spielte das Kapitel „Russische Enthüllungen“ eine große Rolle. Dazu kamen die officiellen Enthüllungen über das drei Jahre zuvor abgeschlossene deutsch-österreichische Bündniß. Man sagte: „Diese Enthüllungen

über den Inhalt jenes Bündnisses müßten gegen irgend eine dritte Macht gerichtet sein.“ Die österreichischen, namentlich ungarischen Blätter wandten sich gegen die Berliner Entwürfe, indem sie die Tragweite des Bündnisses von 1879 abzuschwächen sich bemühten. Zu derselben Zeit war Herr v. Siers zum ersten Male in Warschau und Berlin. Auch der Großfürst Wladimir hielt sich längere Zeit in der preussischen Hauptstadt auf. Besonders auffallend erschienen officiöse Berliner Mahnrufe an Oesterreich. Ein Artikel der „Köln. Ztg.“ bezog sich auf die Gefahren, welche dem Verhältnisse zwischen Oesterreich und Deutschland drohten, nämlich von den Panflavisten in Oesterreich, die für die österreichisch-russische Privatfreundschaft arbeiteten, die als Frucht der Zerstückelung der Türkei und deren Theilung zwischen den beiden Reichen einen festen Bund der beiden dann ausgesprochen slavischen Reiche unter Führung des weisen Zaren tragen würde, einen Bund, der sehr bald seine Spitze gegen das Teutonenthum kehren würde.

Einen andern Punkt berührte die „Nordd. Allg. Ztg.“, indem sie die „Kölnische“, die die militärische Schwäche Oesterreichs angegriffen hatte, desavouierte. Sie brachte einen kurzen Artikel in vier Alineas. Das erste besagte, daß die Frage des militärischen Gleichgewichts nicht vom Auswärtigen Amt, sondern von militärischer Seite aufgeworfen sei. Das zweite Alinea enthielt eine Ablehnung der von der „Köln. Ztg.“ zu dieser militärisch-technischen Frage gebrachten politischen Erwägungen. Das dritte Alinea, wohl das wichtigste, erklärte die Beziehungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auf dem gegenseitigen Vertrauen beruhend, dessen Träger für Deutschland Graf Andrassy „vor,

während und nach seiner Amtsführung ist“. Von dem Wiener Bündniß, das bisher als die Grundlage der Beziehungen zwischen beiden Reichen galt, war nicht mehr die Rede und auch während Graf Kalnoth's Amtsführung knüpfte sich das Vertrauen auf die österreichische Politik — an den Grafen Andrássy. Das vierte Alinea stellte die Beziehungen des deutschen Reiches auf die gleiche Basis der „geschichtlichen und politischen Verhältnisse“ dieser drei großen Reiche und die Gefinnungen ihrer Monarchen.

Man zerbrach sich in Deutschland den Kopf über diese räthselhaften Andeutungen. Da kam plötzlich, am 18. Dezember, die Nachricht aus Wien: „Das Ereigniß des Tages ist die Ankunft des Legationsrathes Grafen Bismarck dachier. Derselbe traf am 15. hier ein und stattete am Tage darauf dem Grafen Kalnoth einen längeren Besuch ab. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Graf Bismarck Aufklärungen überbracht hat, welche den Gang der deutschen Politik gegenüber den mannigfachen diplomatischen und publizistischen Vorgängen der letzten Zeit klar stellen sollen. Die hiesige offiziöse Presse war diesen Vorgängen gegenüber in einer offenbaren Rathlosigkeit, keinesfalls wußte sie den Strich zu finden, unter welchem die deutsche offiziöse Publizistik segelte. Man darf daraus schließen, daß die höchsten Stellen selbst desorientirt waren.“ Die Aktionen der Politik des leitenden Staatsmanns vollziehen sich erfahrungsmäßig zum öfteren so, daß plötzlich ein journalistischer Sturm aufwirbelt, der die Welt beschäftigt und aufregt; wenn sich die aufgewirbelte Staubwolke verzogen hat, liegt eine veränderte politische Situation wie eine neue Landschaft den überraschten Blicken vor. Selbstverständlich waren dann die Vorberei-

tungen längst getroffen und es handelte sich nur um die Enthüllung des Geschehenen. So zeigte sich auch der aus dem Brausen und Zischen der letzten Tage des Jahres 1882 hervorgegangene Krystall den Blicken der Uneingeweihten bald in seinen äußeren Umrissen. In Oesterreich hatte sich, wie bemerkt, eine Tendenz bemerkbar gemacht, mit Rußland auf der Balkanhalbinsel eine neue Periode der Eroberungspolitik einzuleiten und eine letzte türkische Theilung vorzunehmen. Herr von Siers hatte zur Unterstützung dieser Tendenz anfänglich seine Reiseroute über Wien beginnen wollen. Oesterreich hatte damals die Wahl zwischen Italien und Rußland. Das Gewicht Italiens konnte nur für eine konservative Politik auf der Balkanhalbinsel in das Gewicht fallen. In dem Augenblick, wo man sich in Wien entschloß, mit Italien sich über die Orientpolitik zu verständigen, war der Traum einer türkischen Theilung, ist er jemals tatsächlich geträumt worden, aufgegeben. Mitte Dezember noch ließ sich der offiziöse „Pester Lloyd“ in einem Artikel über die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich dahin vernehmen: „Greift Frankreich allein Deutschland an, so werden in diesem Falle die Parlamente in Wien und Pest Oesterreich-Ungarns Neutralität bewahren, wie auch ein geschriebener Vertrag lauten mag.“ Während die österreichischen Offiziösen ihre Artikel in dieser Tonart abgaben, erschien Graf Herbert Bismarck in Wien. Heute wird es schwerer wie je, daran zu glauben, daß diese Mission mitten in einer kritischen Periode nicht ein besonderes Ereigniß in der diplomatischen Kampagne markierte. Der neue Krystall, der aus dem diplomatischen Prozeß hervorgegangen war, und an dessen Bildung Graf Herbert Bismarck persönlich be-

theiligt war, hieß: Eintritt Italiens in die mitteleuropäische Liga.

Im Jahre 1883 ging Graf Herbert als erster Botschaftssekretär nach London, 1884 nach dem Haag. Im Frühjahr 1884 hatte er eine Mission in Petersburg. Der in die Geschichtsbücher aufgenommene Bericht über diesen Aufenthalt lautet dahin: „daß Graf Herbert in einem eminenten Sinne der Vertrauensmann seines Vaters ist, der von seiner politischen Einsicht besonders viel hält, und daß dieser sich über russische Dinge so direkt wie möglich orientiren wollte. Die Versetzung des Grafen von Kiedern und dessen temporäre Ersetzung durch Baron Pleßien, der wieder nach Wien zurückging, boten eine gute Gelegenheit; Graf Herbert wurde mit der Ausfüllung des Interimistitums beauftragt. Er fand hinreichend Gelegenheit, Eindrücke in sich aufzunehmen. Von der Art derselben, so weit sie politischer Natur waren, mochte manches in der Gestaltung der deutschen Beziehungen zu Rußland abhängig sein.“

Wir sind der Meinung, es steckte hinter diesem Petersburger Besuche noch ein ganz besonderer Zweck. Es hat bekanntlich ein in Berlin in demselben Frühjahr 1884 abgeschlossenes am 1. April 1887 abgelaufenes und seitdem nicht erneutes Kaiserverhältniß neben dem mitteleuropäischen Dreibunde existirt. Jenes Drei-Kaiser-Verhältniß erhielt in Skierniewice seine Bestätigung und gab den Jahren 1884 und 1885 ihre friedliche Richtung. Fürst Bismarck nannte es einmal „die starke Wölbung, von der gestützt jedes von den drei Kaiserreichen schon manches aushalten kann, was ihm von anderer Seite kommen könnte.“ Sollte nicht der Besuch des Grafen Herbert in Petersburg zur Zeit oder kurze Zeit

vor dem Abschlusse des „Verhältnisses der drei Kaiser“ zu diesem in Beziehung gestanden haben? Man ist es fast gewohnt, wichtige Wendepunkte unserer jüngsten Geschichte an den Namen Herbert geknüpft zu sehen.

Im Jahre 1884 finden wir ihn sodann im Haag als Gesandten, als welcher er wiederholt zu Verhandlungen mit dem englischen Ministerium in den bekannten Konflikten auf kolonialpolitischem Gebiete verwandt wurde. Im Jahre 1885 trat ein kritischer Moment ein. Man erinnert sich der großen Rede des Fürsten Bismarck gegen Lord Granville, durch dessen Blaubücher über Neu-Guinea und Kamerun veranlaßt. Diese Rede (vom 2. März) rief eine gewaltige Erregung in Deutschland und England hervor. Graf Herbert Bismarck, welcher der Rede seines Vaters als Ohrenzeuge beiwohnte, hatte fast unmittelbar darauf eine lange Audienz beim Kaiser und reiste dann sofort nach London ab, der Form nach eingeladen vom Lord Roseberry, dem jüngsten Mitgliede des Kabinetts Gladstone. Er traf in der englischen Hauptstadt gleichzeitig mit den Blättern ein, welche die Rede seines Vaters im Wortlaut enthielten.

Lord Roseberry ist der intimste Hausfreund des greisen Gladstone; in gewöhnlich gut unterrichteten politischen Kreisen wird angenommen, daß Roseberry's „Einladung“ an den Grafen Bismarck ergangen war, unmittelbar nachdem das Kabinet Gladstone sich entschlossen hatte, trotz der bekannten fatalen Unterhaus-Abstimmung im Amte zu bleiben.

Lord Granville hatte in einer öffentlichen Parlamentsrede den Fürsten Bismarck als den schlimmen Rathgeber und Verführer zur Annexion Egyptens dargestellt. Fürst Bismarck beantwortete diese Beschuldigung ebenfalls von

der parlamentarischen Tribüne herab und Graf Herbert Bismarck ging dann nach London mit der Forderung, daß Lord Granville den Empfang und die Wichtigkeit dieser Antwort ebenfalls wieder öffentlich im Parlament zu bestätigen habe. Es ist gut beglaubigt, daß Lord Granville dieser öffentlichen parlamentarischen Erklärung ausweichen und dieselbe auf schriftlichem Wege und in diplomatischer Stille erledigen wollte. Graf Herbert Bismarck weigerte sich dessen und stellte die parlamentarische Öffentlichkeit als erste Bedingung auf. Da, wo gesündigt worden, sollte auch Buße gethan werden.

Angeichts der ägyptischen Schwierigkeiten und der afghanischen Sorgen mußte dem Kabinet Gladstone daran liegen, mit dem deutschen Reichskanzler wenigstens äußerlich wieder auf einen gewissen guten Fuß zu kommen, um so mehr, als eine deutsche Vermittelung zwischen Rußland und England den englischen Regierungskreisen sehr wünschenswerth erschien. So beugte man sich denn in London und Lord Granvilles bekannte Rede erfolgte, nachdem sie sowohl im Kabinetscrath festgestellt, als auch vorher mit dem Grafen Herbert Bismarck in den Hauptpunkten besprochen worden war.

Seit 1885 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt wurde Graf Herbert am 15. Mai 1886 zum Staatssekretär und im September zum Stellvertreter seines Vaters als Minister des Auswärtigen ernannt. Der Reichskanzler hatte seinen Sohn längst als eine lebhaft auf seine Ideen eingehende Persönlichkeit erkannt. Zudem rühmt er seine seltene Arbeitskraft. Man erinnert sich in dieser Beziehung der Unterredung, die Fürst Bismarck schon vor

Jahren mit einem Mitgliede der nationalliberalen Partei hatte, das sich bei ihm nach dem Befinden des bekanntlich längere Zeit erkrankt gewesenen Grafen Herbert erkundigte. Kürzlich hat er im Scherze gesagt, wenn er (der Vater) in der Jugend so fleißig gewesen wäre, wie sein Sohn, wer weiß, was aus ihm geworden wäre. Man darf nicht übersehen, daß der Kanzler dem Grundsätze Ludwig XIV. zu folgen scheint, die Staatsgeheimnisse in möglichst wenigen Händen zu vereinigen, und daß er das Bedürfnis hat, in seiner nächsten Umgebung Organe zu besitzen, deren Treue und Diskretion er unbedingt sicher ist.

Die Ernennung des Grafen Herbert Bismarck zum Staatssekretär des Auswärtigen verursachte, wie vorauszusehen war, einer gewissen Presse nicht geringe Pein. Sie machte darauf aufmerksam, daß der Graf, welcher jetzt erst im 37. Lebensjahre stehe, innerhalb eines nur zwölfjährigen Zeitraums im Staatsdienste „alle Rangklassen bis zur Ministerstellung durchgemacht“ und „seit Jahren alljährig eine Beförderung“ erfahren habe, bei einem neuen Avancement „könnte er nur noch in die Stellung seines Herrn Vaters selbst einrücken.“ Dabei sei der Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen durch die neuerdings erfolgte Gewährung bedeutender Repräsentationsgelder so reich dotirt (50,000 Mark), daß Graf Herbert Bismarck nun fast ebensoviel wie sein Vater, der Kanzler (54,000 Mark), und erheblich mehr als ein preussischer Minister (36,000 Mark), beziehe. Weiterhin ließ dieselbe Presse sich dann in Bemerkungen über die Frage der Befähigung des neuen Staatssekretärs aus, dessen Verdienste in parlamentarischen Kreisen nur durch eine gelegentliche Aeußerung des Kanzlers

zum Abgeordneten Gacil bekannt geworden seien. Fürst Pötmerd habe nämlich auf einer Matinée erklärt, daß er es keinem Sohne Herbert viel Freude erlebe, da derselbe eine Fortschritte mache, was ja wohl meist der Vorbereitung zu danken sei, welche Herr Professor Gneist dem jungen Diplomaten für das Bestehen des Examens habe zu Theil werden lassen. Man sprach von Protektionswesen und Nepotismus. „Die Germania“ beschränkte sich auf die Bemerkung, daß das Louncement, das auch in materieller Hinsicht einen bedeutenden Sprung bedeute, etwas sehr rasch gehe, denn Graf Herbert Bismard sei noch nicht lange Unterstaatssekretär und außerdem noch jung an Jahren.

Im März 1888 verlieh der Zar dem Grafen Herbert den Alexander-Newski-Orden. In diplomatischen Kreisen Berlins nahm man an, daß diese russische Ordensauszeichnung die Erwiderung für die bei der Kaiserzusammenkunft am 18. November vom Kaiser Wilhelm an den hiesigen russischen Botschafter Grafen Schuwalow vollzogene Verleihung des Ordens vom Schwarzen Adler ist. Dem Fürsten Bismard kann, wie derselbe neulich im Reichstage hervorgehoben hat, kein russischer Orden mehr verliehen werden, da derselbe seit langer Zeit den höchsten russischen Orden, vom heiligen Andreas, und zwar in Brillanten besitz.

Von einer mit hohen russischen Kreisen in Berlin Fühlung unterhaltenden Seite wurde bemerkt: „Wenn etwas die besonders freundschaftlichen Beziehungen Rußlands und Deutschlands in diesem Augenblicke zu beleuchten vermag, so ist dies offenbar die Verleihung des hohen russischen Alexander-Newski-Ordens an den Staatssekretär des Auswärtigen, Grafen Herbert Bismard, und die Art und Weise der

Uebermittlung dieser hohen Ordensdekoration nach Berlin. In der Person des im russischen Amte thätigen Fürsten Dholenski wurde ein eigener Abgesandter zur Ueberbringung der betreffenden Dekoration gewählt, welcher, zufolge der Ueberschwemmung des Schienenweges der Ostbahn zwischen Marienburg und Elbing, einen Umweg machen und die Insterburg-Thorner Eisenbahn benutzen mußte, um Berlin zu erreichen. Hier heute Morgen eingetroffen, konnte derselbe alsbald die hohe Auszeichnung für den Grafen Herbert Bismarck dem Kaiserlich russischen Botschafter übergeben, welcher dann auf dem Auswärtigen Amte im Laufe des heutigen Nachmittags persönlich dem Staatssekretär den ihm vom Kaiser Alexander III. verliehenen Orden überreichte. Diese neueste Dekoration des Grafen Herbert Bismarck seitens des russischen Monarchen wird in diplomatischen Kreisen für um so bedeutungsvoller angesehen, als unser Staatssekretär des Auswärtigen erst im Sommer vorigen Jahres von russischer Seite durch einen hohen Orden ausgezeichnet worden war. Die damals erfolgte Auszeichnung war auch der Grund, weshalb dem Grafen Herbert Bismarck bei der Anwesenheit des Kaisers Alexander III. nicht schon wieder eine Ordensdekoration verliehen wurde, welche Anwesenheit bekanntlich am 18. November 1887 hier selbst stattfand.“ Man wird nicht fehlgehen, wenn man in der jetzt erfolgten abermaligen Auszeichnung den Beweis dafür erblickt, daß in der schwebenden Frage, welche in erster Linie Rußland jetzt beschäftigt, das innigste Einvernehmen der beiden Nachbarreiche vorherrscht, ein Einvernehmen, welches die sichere Aussicht eröffnet, daß jene Frage — die bulgarische — nach den Wünschen Rußlands ihre Erledigung finden wird, trotz

aller entgegengesetzten Meldungen aus Sofia und jenen Kreisen, die dem Prinzen Ferdinand von Coburg sonst nahe stehen. Es mag bei dieser Gelegenheit wiederholt darauf hingewiesen werden, daß den hauptsächlich durch die „Agence Havas“ in die Blätter lancirten Nachrichten von dem beschlossenen äußersten Widerstande der bulgarischen Regierung gegen einen Verzicht des Prinzen von Coburg auf den bulgarischen Thron um so weniger Gewicht beizulegen ist, als derartige Nachrichten von der unmittelbaren Umgebung des Prinzen Ferdinand fabrizirt und gegen feste Honorarzahlgung von der „Agence Havas“ verbreitet werden. In hiesigen diplomatischen Kreisen will man allen Ernstes wissen, daß der Prinz von Coburg selbst bereits seiner in Sofia übernommenen Rolle herzlich müde und nun darauf bedacht sein soll, sich mit Anstand wieder aus der Affaire zu ziehen. Die aus Sofia neuerdings so spärlich fließenden Nachrichten schienen in der That auf die Müdigkeit des Prinzen hinzuweisen, und daher dürfte sich auch unsere obige Andeutung bewahrheiten, daß die Wünsche Rußlands ihrer Erfüllung bedeutend näher gerückt sind.“

Kaiser Friedrich ernannte den Grafen von Bismarck zum Staatsminister und Mitglied des Staatsministeriums. Verschiedene Zeitungen wurden durch diese Ernennung in Aufregung versetzt worden. Dieselben behaupteten, in so junglichem Alter wäre noch niemand in das Staatsministerium berufen worden. Indessen unsere eigne vaterländische Geschichte weist mehr als ein Beispiel auf, sie lehrt uns, daß z. B. ein Vorfahr derselben Familie, welche jetzt durch die in Rede stehende Minister-Ernennung abermals ausgezeichnet ist, bereits im 32. Lebensjahre zu

solcher Würde emporstieg. Wir meinen den am 7. Juli 1750 geborenen Herrn Wilhelm August von Bismarck, welcher als Referendar beim Kammer-Gericht seine Laufbahn begann, später Legationsrath, dann Gesandter in Kopenhagen und im Jahre 1782, also im 32. Lebensjahre, Geheimer Staats- und Kriegsminister wurde. Dieser Vorfahr der Familie von Bismarck bildet übrigens keineswegs das einzige Beispiel verhältnißmäßig jugendlicher Minister in Preußen. So wurde der 1714 geborene Graf Finkenstein im Jahre 1748, also 34 Jahre alt, zum Minister ernannt. Herr von Zedlitz, geboren um 4. Januar 1731, wurde Ende 1770, 39 Jahre alt, Justizminister und am 18. Januar 1771 zum Unterrichtsminister berufen, als solcher der Reformator des preussischen Schulwesens. Endlich sei noch des am 2. September 1725 geborenen Ministers Herzberg gedacht, welcher am 5. April 1763, 38 Jahre alt, zu dieser Würde berufen wurde.

Vorstehende Beispiele dürften genügen, um gewisse Blätter über ihre Skrupel wegen der „Jugendlichkeit“ des Staatsministers Grafen Herbert von Bismarck zu beruhigen. Graf Herbert und Kronprinz Wilhelm sind sich mehr als einmal auf diplomatischen Missionen begegnet. So 1884 in Petersburg, 1886 in Gastein. Abgesehen davon ist der Verkehr Beider ein sehr lebhafter. Im Winter 1886—87 arbeitete Prinz Wilhelm im Auswärtigen Amt. Wie man erzählt, war daselbst Graf Herbert der eigentliche Lehrer des Prinzen. Daraus hat sich ein sehr enges Verhältniß zwischen Beiden entwickelt, das uns von Näherstehenden als das einer intimen Freundschaft bezeichnet wird. Der Lehrer hat sich seines Schülers in einer so empfindlichen und ver-

nathlich auch geschickten Weise angenommen, daß der Letztere sowohl ein großes Wohlwollen, wie auch eine ausgezeichnete Hochschätzung für die Eigenschaften des jüngeren Bismarck an den Tag legt. Von Potsdam aus hat der Prinz bei seinen häufigen, fast täglichen Besuchen in Berlin es selten veräuimt, in der Wilhelmstraße vorzufahren. Im Auswärtigen Amte selber glaubte man, das zwischen dem Prinzen Wilhelm und dem Grafen Herbert bestehende Verhältniß als bedeutungsvoll für die Zukunft des deutschen Reiches ansehen zu müssen. Man sprach von dem Interesse, welches der Prinz dem Gedanken zuwendet, das Reichskanzler-Amt einst vom Vater auf den Sohn übergehen zu sehen. Er sieht in diesem den natürlichen Erben des Fürsten Bismarck, da kein deutscher Staatsmann so voll und ganz in alle Geschäfte des Reichskanzlers eingeweiht, keiner über die letzten Absichten derselben so unterrichtet sein könne, also auch in keiner die Geschäfte so im Sinne des Reichskanzlers zu führen vermöge, als eben Graf Herbert. Der Prinz mag an England denken, das zwei William Pitt gekannt hat.



Ein verhaßter Minister.





Es giebt einen preussischen Minister, der nicht so sehr durch seine politischen Tendenzen, oder durch seine persönlichen Eigenschaften ungemein interessant geworden ist, und zumal jetzt, nach dem Regierungswechsel, als vielmehr dadurch, daß sein Sturz als erste und sicherste Bewährung des vom Regierungswechsel zu erwartenden Systemwechsels gilt. Man schenkt, wenn es nicht anders sein kann, dem Kaiser Friedrich den Bismarck, den Goxler, den Maybach u. s. w., nur nicht den Puttkamer. An diesem soll sich auf alle Fälle das neue Regiment manifestiren. Kaiser Friedrich hat in seiner ersten Verfügung von San Remo aus alle bisherigen Minister mit der Fortführung ihrer Aemter beauftragt. Der Herrscher hat in seinem Aufrufe an das Volk wie in seinem Erlasse an den Reichskanzler jeden Satz vermieden, der als ein Widerspruch gegen die bisher beobachtete Politik erscheinen müßte, wiewohl er keinen Zweifel läßt, daß er sich seines guten Rechtes zur persönlichen Bestimmung der Wege, welche seine Regierung

zu gehen habe, voll bewußt sei. Da er aber mit Buttkamer immer noch zögert, so zu sagen ihn zu vergessen scheint, hat das Abgeordnetenhaus es für nöthig gehalten, ihn an oberster Stelle in Erinnerung zu bringen. Die Aera Buttkamer soll die Regierungszeit des Kaisers Wilhelm nicht überdauern. Eine solche unrühmliche Aera darf nicht übergehen auf die neue Zeit. „Die Freiheit der Völker ist zum Märchen geworden . . . dem zu steuern, war Kaiser Friedrich gewillt. Nimmt ihn das Verhängniß seinem Volke hinweg, so wird dasselbe um eine leuchtende Hoffnung ärmer sein, durch die es aufrecht erhalten ward im Glauben an Frieden und Freiheit, in dem Widerstande gegen eine Reaction, die es im Innern entgelten ließ, was es nach Außen mit seinem Blute sich errungen.“ So sprach sich kürzlich ein auswärtiges Blatt, die „Neue freie Presse“ aus. Die Zeit vor der Regierung Friedrich III. erscheint hier als eine Zeit des Druckes, der Knechtung, der wüthendsten Reaction, aus welcher das deutsche Volk nach Erlösung schmachtet. Die liberale Presse, die bereits entdeckt hat, daß Kaiser Wilhelm im Grunde genommen gar keine hervorragenden Eigenschaften gehabt, und daß nur Männer wie Bismarck und Moltke ihm den Glanz verliehen, will aus der Zeit des todtten Kaisers wenigstens den bösesten Fleck ausgewischt sehen, das System Buttkamer. Nach Kaiser Wilhelm ist dieses System, so zu sagen, ein Anachronismus, der nicht gebuldet werden darf. Den Fürsten Bismarck will die liberale Presse der neuen Zeit nicht opfern. Ihre Gründe, sagt sie, liegen auf dem Gebiete auswärtiger Politik. „Die Lage Europas ist eine gespannte — es könnte nichts Verhängnißvolleres geschehen, als ein Rücktritt des Reichs-

Kanzlers". — Sie, die liberale Presse, nimmt sogar dafür, wenn auch nicht gern — des Reichskanzlers innere Politik in den Kauf — aber nicht die Buttamer'sche. Diese gilt nämlich als selbst über die Bismarck'sche Reaction noch hinausgehend. Es ist zwar kaum zweifelhaft, wie wohl der Reichskanzler im Abgeordnetenhaufe einen Antrag behandelt haben würde, der nichts Geringeres bezweckte, als eine allgemeine Rüge königlicher Beamten für die Vergangenheit und eine Mahnung, künftig es besser zu machen. Vermuthlich hätte er doch wohl etwas schärfer als Herr von Buttamer den Eingriff in die Verwaltung abgewiesen. Bis jetzt hat Herr von Buttamer, den man in jeder parlamentarischen Debatte immer von neuem vom Reichskanzler trennen wollte, regelmäßig diesen auf seiner Seite gefunden, so in Bezug auf die Wahlagitation der Beamten, auf das allgemeine Wahlrecht u. s. w. Und was die auf dem Verwaltungsgebiete unternommenen Schritte betrifft, so kann man von Glück sagen, daß die Reformen bisher nicht zu einem Conflict führten, wie die beiden Eulenburg hinter einander ihn erlebt haben, die dem „reaktionären“ Reichskanzler zu liberal waren. Man wird sich schon entschließen müssen, nicht von einer „Aera Buttamer“ zu sprechen, sondern von einer „Aera Bismarck“, und daß diese Bezeichnung stets einen guten Klang haben wird, dafür ist gesorgt. Zu dem Verbleiben des Fürsten Bismarck im Amte macht man gute Miene wie zu einem bösen Spiel. Aber gleichzeitig möchte man durch einen neuen Minister des Innern einen Keil in die Regierung einschieben, um zunächst in die stehenden Gewässer einige Bewegung zu bringen, die dann schon von selber weiter führen würde. Daher der deutsch-freisinnige Antrag im

Abgeordnetenhaus, der nichts weiter sollte, als durch ein neues Stigma den Minister von Puttkamer an hoher Stelle wieder in Erinnerung zu bringen. Die Stelle, wo Herr von Puttkamer steht, ist schon längst als diejenige ausgewählt worden, wo man in die preussische Regierung die erste Bresche legen will, um so zunächst an einem Punkte in der konservativen Hochburg Terrain zu gewinnen. Daher das konzentrierte Feuer aller Liberalen nach dieser Stelle hin. Auch die Ultramontanen machen den Sport mit. Es giebt auch Freiconservative, die wenigstens eine wohlwollende Neutralität bewahren, sie sind nicht immer mit dem taktischen Verhalten des Ministers zufrieden. Herr von Puttkamer mag thun, was er will, es giebt von liberaler Seite Feuer auf ihn, und sollte seine Orthographie das Ziel sein. Als der Minister einmal sich über gewisse bauliche Mängel in seinem Hotel beschwerte, wurde die Scheuerfrau als Autorität angeführt, daß in den zahllosen Diensträumen des ausgedehnten Gebäudes seit Jahren der Scheuer-, Wisch- und Puzlappen nur selten geschwungen seien, was denn eine hochgradige Schwärzung der Dekorationen an Wänden und Decken, so wie eine arge Verstaubung der Tapeten u. s. w. zur natürlichen Folge gehabt habe.

Man wird zwischen den preussischen Ministern allerlei politische Nuancen finden, aber doch keinen von ihnen einer bestimmten parlamentarischen Partei zuweisen können. Sie sind mehr oder weniger konservativ. Von den Parteien selber werden sie lediglich nach taktischen Gesichtspunkten abgeschätzt. Herr von Gossler ist gewiß ein konservativer Mann, wird aber von der deutsch-freisinnigen Partei förmlich gehätschelt. Als er im Monat März (1888) einen

Streit im Parlament mit Herrn Rickert hatte, wunderten sich die Deutsch-Freisinnigen, daß der Minister so in Harnisch gerathen sei, wie man diesen „ruhigen und bedächtigen Staatsmann“ selten gesehen hätte. „Herr v. Gofler wird — so sagte ein Blatt — bei unbefangener Prüfung des Sachverhalts zugeben, daß die von dem Abgeordneten Rickert vorgebrachten Beschwerden der Begründung und Bedeutung nicht entbehrten. Vielleicht ist sogar die Empfindung berechtigt, daß der Herr Minister im Grunde des Herzens über die Versuche der Wahlbeeinflussung im Lehrerstande und über die Ausbreitung einzelner Personen, welche schließlich seinem Verwaltungszweige angehören, genau so urtheilt wie der Beschwerdeführer. Der Unwille, der sich in den Worten des Herrn von Gofler ausprägte, war mithin wohl nur an eine falsche Adresse gerichtet. Jedenfalls ist Herr von Gofler schwer im Irrthum, wenn er meint, daß die freisinnige Presse ihn wie Herrn von Buttkamer zu stürzen suche und als einen Knecht der „schwärzesten Reaktion“ behandle. Uns ist nicht bekannt, bei welcher Gelegenheit die freisinnige Presse in dieser Weise von Herrn von Gofler gesprochen hat, Herr von Gofler hat vielmehr in der liberalen Presse vielfach und mit Recht warme Anerkennung gefunden, und vielleicht ist dem Herrn Minister selbst nicht entgangen, daß er in der konservativen Partei viel heftigere Gegner hat, als auf der Linken. Die im Auftrage des Herrn von Gofler gearbeitete Denkschrift „Die öffentlichen Volksschulen im preussischen Staate,“ mit ihren sehr treffenden Ausführungen über die Dauer der Schulpflicht und die Zwecke und Ziele der Volksschule hat viel mehr Anerkennung in der liberalen als in der konservativen Presse gefunden.

Ebenso hat der Herr Minister nicht die Linke, sondern die Rechte angerebet, als er den Selbstverwaltungsbehörden „das Gewissen schärfte“, um sie zu Aufwendungen für die Schule zu veranlassen. Nicht minder erfreute sich Herr von Gofler bei seiner Haltung zu der Division und dem Impfwange viel mehr der Unterstützung der liberalen als der konservativen Parteien. Noch gegenwärtig ist es gerade die Linke, welche die von Herrn von Gofler beantragte Aufhebung des Schulgeldes gegen den Widerstand der konservativen Partei vertheidigt. Nicht minder wird in der liberalen Presse die Weitherzigkeit anerkannt, mit welcher Herr von Gofler mannigfachen Bedürfnissen der Hochschulen entgegenkommt. Wenn aber in anderen Fragen die freisinnige Partei bisweilen Grund hat, gegen den Minister aufzutreten, so hat sie zweifelsohne gelegentlich die Empfindung, daß Herr von Gofler nicht schiebe, sondern geschoben werde, so bei der Ernennung eines vielgenannten Arztes und „ungenannten Doktors“ zum Professor in Berlin, oder bei dem vorjährigen Schulleistungsgesetze oder auch bei manchem kirchenpolitischen Gesetze. Vielleicht waltet auch bei der Betrachtung der kürzlich besprochenen Vorgänge bei den Wahlen mannigfach die Vermuthung vor, daß Herr von Gofler persönlich eine viel entschiedenere Haltung einnehmen würde, wenn er sich nicht durch gewisse Rücksichten beengt fühlte. Sicherlich aber hat die freisinnige Partei dem Herrn Minister nicht den geringsten Anlaß zu dem Glauben gegeben, daß sie ihn als einen „Knecht der schwärzesten Reaktion“ betrachte und ihn stürzen wolle. Herr von Gofler ist ein Neffe des früheren Kultusministers Heinrich von Mühlher und in seinem Amte der Nachfolger des Herrn von Butt-

Kamer. Aber die liberale Partei ist weit entfernt, ihn mit diesen Männern auf die gleiche politische Stufe zu stellen. Gewiß kann ihm der Vorwurf nicht immer erspart werden, daß er gegen die äußerste Rechte nachgiebiger sei, als nach liberaler Auffassung dem Interesse der Schule und des Staates entspricht. Aber das bedeutet noch nicht, daß man auf seinen Sturz hinarbeite. Wenn Herr von Gofler einst stürzen soll, so werden die Angriffe von ganz anderer Seite kommen, abgesehen von der Thatsache, daß sich die freisinnige Partei nicht mit dem Wahne schmeichelt, Minister machen oder stürzen zu können. Die freisinnige Partei steht Herrn von Gofler durchaus unbefangen gegenüber. Aber freilich kann ihre Rücksicht nicht so weit gehen, um der Person des Ministers willen gerechte Beschwerden gegen unliebame Vorgänge innerhalb seiner Verwaltung zu unterlassen.“

Das ist doch eine sehr wohlwollende Sprache aus deutsch-freisinnigem Munde für den konservativen Minister. Nun sehen wir uns dagegen den Herrn von Buttkamer an. Er mag sich drehen und wenden, wie er will; der reaktionäre Zopf wird ihm hinten angehängt. Jeder Verwaltungsmaßregel oder Gesetzesvorlage mit seinem Namen war stets von vorn herein ein gehäßiges Brandmal aufgedrückt. Der Fortführung der Verwaltungsreform setzten die Liberalen im Bunde mit den Ultramontanen konsequent ihre Obstruktionspolitik gegenüber. Schon bei der hannoverschen Kreisordnung, mit welcher Herr von Buttkamer debütierte, und die durchaus liberal zugeschnitten war, so daß die Konservativen schwere Bedenken dagegen erhoben, sprach die liberale Presse sich mit dünnen Worten für die offene Sistierung der Verwaltungsreform, zunächst für die Ablehnung der

hannoverschen und jeder ähnlichen Kreisordnung aus. „Die Zeit wird kommen“, sagte sie, „wo nach vollständigem Beweis der Unfähigkeit der konservativen Staatskunst, das liberale Reformwerk entweder zu vollenden oder durch etwas anderes zu ersetzen, die erstere Aufgabe wieder den Liberalen unter günstigeren Verhältnissen zufallen wird.“ Das hieß doch wohl dem deutlichen Sinne nach: „Es gilt, die Regierung durch Obstruktion lahm zu legen, sie als unfähig in den Augen des Volkes zu brandmarken, damit sie ihren Platz an die Liberalen abtritt.“

Wir gehen auf die Zeit zurück, wo Herr v. Buttkamer das Kultusministerium übernahm. Bekanntlich begann mit dieser Uebernahme die Friedensära im Kulturkampf. Daß Herr v. Buttkamer mit dieser Mission hervortrat, stempelte sofort dieselbe zu einem Werke der Reaktion, des Verraths, der Preisgebung unveräußerlicher Staatsrechte an Rom. Dabei war es doch wunderbar, daß die „Germania“ im Oktober 1880, also nach einjähriger Regierung, dem Herrn von Buttkamer das folgende Zeugniß ausstellte: „Der Kulturkampf wüthet, wie unter Falk, die Verurtheilungen wegen Verrichtung priesterlicher Funktionen dauern fort, in Posen macht Militär und Polizei Jagd auf Geistliche, welche die heilige Messe lesen und die Sakramente spenden. Ja, der konservative Oberpräsident von Schlesien weist dem Häuflein Mitkatholiken in Neisse einen Theil des Kirchenvermögens zu und verbrieft ihnen neuerdings den Gebrauch des römisch-katholischen Gotteshauses. Daneben besteht, wenig Ausnahmen abgerechnet die Falk'sche Schulpolitik gegenüber der katholischen Kirche fort, während allerdings die protestantische Kirche auf diesem Gebiete sich allerlei Erleichterungen er-

freut. Die „liberalen“ Befürchtungen sind leider nicht eingetroffen, das katholische Volk leidet wie bisher.“

Das war doch wohl, vom liberalen Standpunkte aus, für Herrn von Puttkamer ein geradezu glänzendes Zeugniß. Besser konnte er es doch im Sinne der Kulturkämpfer unmöglich machen, als hier es die „Germania“ beklagte.

Eben dieser Minister ist sogar im November 1882 soweit gelangen, das Falk'sche Schulwesen gegen die Angriffe der Konservativen zu vertheidigen, indem er nämlich in seinem eignen Namen, wie in dem des gegenwärtigen Kultusministers und aus seinen Erfahrungen als unmittelbarer Amtsnachfolger Falk's heraus die den Kern der Falk'schen Maßregeln auf dem Gebiete der Volksschule bildenden „Allgemeinen Bestimmungen“ als durchaus geeignete Grundlage für eine ausreichende Pflege der Religion in der Volksschule und für die christliche Erziehung der schulpflichtigen Jugend bezeichnete. Mit Nachdruck wies er zur Befräftigung seiner Ausführungen darauf hin, daß, wie immer die beiden auf Falk folgenden wahrlich in Bezug auf christliche und konservative Gesinnung unanfechtbaren Kultusminister im Einzelnen verschieden von jenem gedacht und gehandelt, jene grundlegenden Bestimmungen über die Ordnung des Elementarunterrichts nach wie vor in Geltung seien. — Alles vergebens. Auch das rehabilitirte den ehemaligen Kultusminister von Puttkamer nicht bei den Liberalen. Und nun erst der Minister des Innern!

Herr von Puttkamer ist einmal in einer Stöcker'schen Volksversammlung hinter einem Pfeiler als Zuhörer bemerkt worden. Das machte Aufsehen in der liberalen Presse. „Der Beweis des Antisemitismus war damit dem blödesten

Auge geliefert.“ Herr Birchow beschuldigte im Februar 1882 auch den Minister im Abgeordnetenhaufe, an den Judenverfolgungen in Pommern und Westpreußen seinen Antheil zu haben. Denn, sagte er, diese Verfolgungen hätten den Minister „ganz kalt“ gelassen. Obgleich Herr von Puttkamer noch keine Leiche ist, hatte sich doch der Anatom bereits mit ihm beschäftigt, und die Entdeckung gemacht, daß der Minister „kein Herz“ für die Juden habe und sein „Blut“ den Verfolgungen gegenüber ganz kalt geblieben sei. Dem Herrn von Puttkamer wurde insbesondere das zur Last gelegt, daß er von Berlin aus kein Militär requirirt habe, um auf das Volk schießen zu lassen. Herr von Puttkamer war dagegen kaltblütig genug, seine Genugthuung auszudrücken, daß es ohne Blutvergießen abgegangen sei, und daß die Lokalbehörden ausgereicht hätten, um der beklagenswerthen und nicht genug zu verdammen und zu bestrafenden Revolten Herr zu werden. Sie haben Unglück, die Liberalen, mit dem Minister des Innern. Da gab es einmal eine große Sitzung im Reichstage, nämlich am 15. Dezember 1881. Ueber diese schrieb ein liberales Blatt: „Der Reichstag hat am Donnerstag eine in des Wortes vollem Sinn unerhörte Verhandlung erlebt. Wir haben hocheerregte Scenen in diesem Hause gesehen, so an dem Tage, da der Elsäßer Deutsch seinen herausfordernden Protest von der Tribüne vorlas, und an dem andern, da der Reichskanzler dem Centrum den Mordgesellen Kullmann an die Rockschöße heftete. Aber sie waren nicht entfernt zu vergleichen mit dem Vorgange, der heute noch in allen Gemüthern nachzittert. Niemals seit dem Jahre 1879 ist die Regierung so heftig angegriffen und so schwach vertheidigt

worden, wie an diesem 15. Dezember. Bis zu einem gewissen Grade wäre das schlechterdings nicht zu vermeiden gewesen, die schroff parteiische Handlungsweise zahlreicher Beamten im letzten Wahlkampfe mußte zu einer parlamentarischen Auseinandersetzung führen, die unmöglich zum Vortheil der Regierung ausschlagen konnte. Aber eine einigermaßen geschickte Vertretung des Regierungsstandpunktes hätte durch Mißbilligung der notorisch erfolgten Mißgriffe und Ausschreitungen der Anklage die Spitze abbrechen, die hochgehenden Wogen der Erregung beschwichtigen können. Statt dessen hielt der preussische Minister des Innern von Buttner für gut, Del ins Feuer zu gießen. Zum ersten Male in Preußen und im Reiche wurde aus seinem Munde in voller Nacktheit verkündet, daß die Regierung im Wahlkampfe von ihren Beamten eine Thätigkeit für die von ihr protegirte Partei erwartet. Und mehr als das: zum ersten Male in Preußen und im Reich wurde für solche Parteithätigkeit der Beamten ausdrücklich der Dank des Kaiserlichen Herrn in Aussicht gestellt. Den Eindruck, den diese Hereinzerrung der erhabenen Person des Kaisers in den Kampf der Parteien, diese Proklamirung der Parteiherrschaft, diese Verleugnung der besten Traditionen des deutschen, insbesondere des preussischen Beamtenthums im Reichstage machte, spottet jeder Beschreibung.“

Solche Sprache führte damals die Entrüstung. Wie vernichtend für den unglücklichen Minister, der unerhörte Grundsätze zum ersten Male in Preußen in ganzer Nacktheit proklamirte und damit einen Eindruck machte, der jeder Beschreibung spottete!

Es kam der Erlaß vom 4. Januar 1882. Er be-

stätigte ausdrücklich die unerhörte Theorie des Ministers von Buttler und verhiess den treuen Beamten Königlichen Dank. Er setzte die Theorie des Herrn von Bennigsen fort, der am 15. Dezember in der Abend Sitzung den König herrschen aber nicht regieren lassen wollte, und gegen die Flucht der Minister hinter den Schild des Kaiserlichen Namens“ seine Entrüstung hatte laut werden lassen. Und am 24. Januar trat der Kanzler in der parlamentarischen Arena auf und forderte diejenigen heraus, die ihn der Feigheit beschuldigten, indem sie ihm den Vorwurf der Deckung durch den Monarchen machen. „Also Sie, Herr Laster, machen mir den Vorwurf der Feigheit?“ — „Bei Leibe nicht, Gott bewahre!“ Und so wollte Niemand es gewesen sein. Niemand wollte dem Kanzler vorgeworfen haben, er suche für sich Deckung hinter der Person des Königs. Was der Erlaß nach der Interpretation des Reichskanzlers den Beamten untersagen und auferlegen wollte, mußten die Herren von Bennigsen und Eugen Richter als berechtigt anerkennen.

Herr von Buttler wurde bei Gelegenheit des Antrages des Frankfurter Demokraten Stern auf Einführung der geheimen Stimmabgabe bei den Landtagswahlen von Herrn Richter wieder auf das Gebiet der Beamtenkorruption geführt (December 1863). Dieses Mal erwiderte der Minister, Herr Richter beabsichtige mit seiner Rede einen Gegensatz herbeizuführen zwischen der Spitze der Staatsregierung und dem Beamtenthum und letzterem Muth und Trost einzulösen, bis einmal ein liberales Ministerium komme. Ein solches habe man schon einmal gehabt, und die Partei, welcher Herr Richter angehört, habe alles auf-

geboten, um das Ministerium zu einer gründlichen Purifikation des Beamtenstandes zu veranlassen. Die Beamten würden unter der jetzigen Regierung nicht gezwungen, für dieselbe einzutreten und viele derselben hätten leider liberal gewählt. „Aber wo und wann ist in einem solchen Falle ein Beamter bestraft oder entlassen worden? Die andere Frage jedoch, ob die Staatsregierung verpflichtet ist, ja, ob sie das Recht hat, Seiner Majestät diesen oder jenen Beamten zur Beförderung vorzuschlagen, der sich einer Agitation gegen die Regierung schuldig gemacht hat, diese Frage glaube ich mit Nein beantworten zu müssen“.

Bei derselben Gelegenheit äußerte sich der Minister über den Antrag Stern dahin, es sei Sache der ernstern Erwägung der Staatsregierung, ob sie nicht darauf wird Bedacht nehmen müssen, ihren Einfluß im Bundesrathe dafür einzusetzen, daß die Abschaffung der geheimen Abstimmung für den Reichstag durchgeführt wird. Wieder sollte Herr von Puttkamer in dieser Sache isolirt dastehen, aber es ergab sich, daß er nichts anders dachte, als seine Kollegen, als vor allem Fürst Bismarck. Letzterer hatte sogar den Minister von Puttkamer über seine Rede vom 5. December beglückwünscht und die „Nordb. Allg. Ztg.“ erklärte, sobald die Regierung eine Reichseinrichtung für schädlich halte, habe sie auch die Pflicht, auf Beseitigung derselben bedacht zu sein.

Herr von Puttkamer hat schon als Oberpräsident von Schlesien in einem an den damaligen Minister des Innern über die Verwaltungsreform erstatteten Bericht vor Jahren sich als einen grundsätzlichen Freund und Anhänger dieser Reform und des ihr zu Grunde liegenden politischen Ge-

bankens bekannt. Den Erlaß der Kreisordnung hatte Herr von Buttkamer mit vollster Sympathie begleitet, bei ihrer Ausführung thätig mitgewirkt und sich des Gelingens der letzteren aufrichtig gefreut. Im Februar 1882 glaubte Herr von Buttkamer behaupten zu können, daß der Aufbau der Selbstverwaltungsbehörden in der Bezirksinstanz nicht in dem Maaße gelungen ist, wie der Unterbau in der Kreisordnung. Die abstracte und dem wirklichen Leben nicht entsprechende Trennung zwischen Verwaltungsstreit- und Verwaltungsbeschlußsachen und die darauf basirende Nothwendigkeit der formalen Trennung der Bezirksbehörden in Verwaltungsgericht- und Verwaltungsbeschluß-Behörden, haben eine sehr starke Inconvenienz zur Folge gehabt, nämlich vor Allem eine bedenkliche Unübersichtlichkeit der Instanzen und starke Zweifel über die Zuständigkeit auch bei den Behörden selbst, die zur Entscheidung berufen sind. Derselben Ansicht waren viele Liberale, namentlich auch Lasker. Als Ernst mit der Reform dieses Punktes gemacht werden sollte, sprangen sie plötzlich um und erklärten dem Minister, der ihnen nicht mit gleicher Elasticität folgte: „Du triebst Verrath an der unparteilichen Verwaltungs-Rechtsprechung.“

Herr von Buttkamer feiert fortwährend parlamentarische Triumphe. Zuletzt hat ihm auch noch der schweizerische Bundesrath einen diplomatischen bereitet.

Man muß zugeben, daß Herr von Buttkamer zu einer interessanten Persönlichkeit geworden ist. Wird an ihm der an oberster Stelle erwartete Systemwechsel sich manifestiren? Herr von Buttkamer selbst hält sich für sicher. Daher sein Auftreten am 2. Mai im Abgeordnetenhaufe.

Zur Zeit, als Kaiser Friedrich noch Kronprinz war,

sagte man von Herrn von Buttkamer, seine Beziehungen zu demselben seien gespannt. Das sagte man zu Zeiten auch vom Fürsten Bismarck, und überhaupt von jeder mißliebigen politischen Persönlichkeit. Es lag dabei das Bemühen der Liberalen zu Grunde, die Person des Kronprinzen in die politischen Partekämpfe hineinzuziehen und den Erben der Reichskrone als einen besonderen Freund und Gönner der großen, wahrhaft liberalen Partei Rickert-Richter hinzustellen. Ueber dieses Bemühen sagte einmal (Juni 1884) die Frankfurter Zeitung: „. . . Ungescheut haben wir zuweilen Herrn Richters politische Fehler aufgedeckt, vor allem die Art, wie er im „Reichsfreund“ den Kronprinzen als eine Art Hospitanten der freisinnigen Partei behandelt hat . . . Herr Richter weiß, daß uns die Nachrichten, auf denen diese Kronprinzelei basiert, so gut bekannt waren, wie ihm, wir haben sie im Interesse der Freisinnigen unterdrückt, er, der Führer, hat sie ausposaunt, und der Erfolg? Es giebt Männer, die Herrn Richter sehr nahe stehen und der festen Ueberzeugung sind, daß er und sein „Reichsfreund“ mit die Ursache sind des intimen Verkehrs, der sich zwischen dem Kronprinzen und dem Reichskanzler entwickelt hat. Auch der Rücktritt des Hofmarschalls von Normann giebt gerade in dieser Hinsicht wohl zu denken.“ Diesem Rücktritte wurde nämlich die Bedeutung einer Schwenkung der Politik am kronprinzlichen Hofe zugeschrieben.



1884



Lachendes Album

Goldene Blätter

aus dem Schatz deutschen Witzes und Humors
mit Beiträgen von

Ernst Eckstein, Paul Lindau, Schmidt-Ladavits, Franz v. Schönthau, Schumann-Blumchen, Julius Stettenheim, Joh. Trojan, Alex. Moszkowski, M. v. Raymond und vielen Anderen.

Herausgegeben von

Signor Domino.

Preis broch. Mk. 2.80, in Prachtband Mk. 4.—.

Das Werk bietet eine im höheren Sinne gehaltene Blumenlese, das wirklich Beste auf dem Gebiete der humoristischen Literatur, von heut bis zurück zur Zeit Logau's, eine ächte, werthvolle humoristische Anthologie.



Das „Kleine Journal“ vom 21. Februar 1887 schreibt:

Lachen des Album. Goldene Blätter aus dem Schatz deutschen Witzes und Humors. Herausgegeben von Signor Domino. (Berlin, Hugo Steinig Verlag). Der Inhalt eines Buches soll den Titel rechtfertigen, oder umgekehrt — und beides ist bei diesem neuesten Opus des neuerdings mit seinen Werken so vielfach Aufmerksamkeit erregenden pseudonymen Autors „Signor Domino“ der Fall. Mit großem Verständnis und kritischem Geschmacl hat er die Geistesblitze und Witzraketen, Satyren, epigrammatischen Sinnsprüche, Scherzreden, berben und herben Humoristika, geistvollen Spottgedichte u. s. w., kurzum, was an Bestem es in der Literatur an Lachstoff gab, in dem einen Bande „Lachendes Album“ zusammengefaßt. Wir finden darin die alten und neuen Helden des Witzes und der Satyre vertreten, von Logau und Lessing bis — zum Blutigen Oskar (Oskar Blumenthal). Darunter die gewähltesten Gaben Nichtenberg's, Jean Paul's, Börne's; Ergänztes von Franz v. Schönthau, Paul Lindau, Eckstein, Trojan, Stettenheim, Saphir, Glasbrenner, Kallisch, Dohm, „August Buddelmeier“ — und Signor Domino's, des Herausgebers selbst. Ja, was ist dieser pseudonyme Freund der lachenden Menschheit eigentlich? Er verräth es uns nicht. In dem biographischen Verzeichnisse der Autoren steht über ihn neidschnysteriös verzeichnet: „Signor Domino, geb.“ und hat derselbe an der Auswahl des hier Aufgenommenen unter seinen Schriften selbstverständlich bescheidenlich nicht theilgenommen.“ Wir erlauben uns, eine draustisch-epigrammatische Biöce aus seinen Beiträgen hier wiederzugeben. „Das Ideal der Menschheit ist das Geld. Ein Lump, wer kein Ideal hat.“ — Nun gut; möge Signor Domino mit seinem lachenden Album gute Geschäfte machen. Er hat es um die lachbedürftige Menschheit verdient, stets — recht viel Ideal zu haben.

— Sensationeller Erfolg! —

Die Kunst verheirathet und doch glücklich zu sein!

Strategie und Taktik im Ehekrige.

Nach dem englischen „How to be happy though married“
frei bearbeitet von

Ottomar Beta.

80. 16 Bogen stark, broch. Mk. 3.50, eleg. geb. Mk. 5.—.

— Dritte und vierte Auflage. —

Dieses Buch ergänzt die epochemachenden Erzeugnisse eines Samuel Smiles, Paul Mantegazza, Michelet, Julius Duboc, Max Nordau zc. nach verschiedener Richtung hin.

In 33 Kapiteln, welche eine seltene Fülle von Belehrung in ungemein fesselnder und unterhaltend anregender Form bergen, gewürzt von echtem Humor und feiner Ironie wird auf Grund einer durchaus zeitgemäßen, wenn auch zumeist von dem Herkömmlichen abweichenden Welt- und Lebensanschauung, der durchaus nicht dornenlose Rosenkranz intimer Beziehungen zwischen Mann und Weib (in der von Staat und Gesellschaft sanktionirten Form) einer eingehenden Betrachtung und kritischen Behandlung unterzogen, und so gewissermaßen eine Psychologie des Ehestandes geboten. Zugleich giebt aber der Verfasser dem Leser auch einen Leitfaden vernünftiger Ehepraxis an die Hand, indem er all' jene Grundsätze entwickelt, nach denen das junge, in den meisten Dingen fast immer unerfahrene Ehepaar sich häuslich einrichten, die Kinder erziehen, die Dienstboten, die Geldfragen, ferner die Angelegenheiten des Honigmondes, der Hochzeitsreisen zc. zc. behandeln, und wie es seinen Eltern, Geschwistern und — last not least — auch Schwiegermüttern gegenüber sich verhalten soll.



